

Stenographisches Protokoll

102. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XV. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 21. Jänner 1982

Tagesordnung

1. Finanzschuldenbericht 1981 der Österreichischen Postsparkasse
2. Bericht über die Tätigkeit der Arbeitsinspektion auf dem Gebiet des Bundesbedienstetenschutzes im Jahre 1979
3. Bericht über den Antrag (145/A) betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Rundfunkgesetz 1974 und das Arbeitsverfassungsgesetz geändert werden
4. Europäisches Übereinkommen über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland samt Anlage und Erklärung der Republik Österreich

Inhalt

Personalien

- Krankmeldungen (S. 10325)
Entschuldigungen (S. 10325)

Tatsächliche Berichtigungen

- Staudinger (S. 10367)
Graf (S. 10378)
Dr. Veselsky (Erwiderung) (S. 10387)

Fragestunde (71.)

Bundeskanzleramt (S. 10325)

- Ing. Gassner (570/M); Dipl.-Vw. Josseck, Ruhaltinger, Dkfm. Gorton
Heinzinger (571/M); Dipl.-Vw. Josseck, Dkfm. Gorton
Steinbauer (573/M); Bergmann
Dr. Frischenschlager (574/M)
Dr. Reinhart (575/M); Dr. Frischenschlager, Dr. Ermacora
Edith Dobesberger (576/M); Dipl.-Ing. Maria Elisabeth Möst, Probst
Dr. Stix (577/M); Dr. Feurstein, Dr. Frischenschlager
Dr. Gradenegger (579/M); Dr. Ermacora, Dr. Frischenschlager
Hochmair (580/M); Dr. Ettmayer, Dr. Frischenschlager

Ausschüsse

- Zuweisung (S. 10338)

Verhandlungen

- (1) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Bericht des Bundesministers für Finanzen (III-105) betreffend den Finanzschuldenbericht 1981 der Österreichischen Postsparkasse (891 d. B.)

Berichterstatter: Ing. Hasler (S. 10338)

Redner:

- Dr. Taus (S. 10338),
Dr. Nowotny (S. 10346),
Dkfm. Bauer (S. 10351),
Sandmeier (S. 10357),
Dr. Veselsky (S. 10362),
Staudinger (S. 10367) (tatsächliche Berichtigung),
Dkfm. Gorton (S. 10367),
Bundesminister Dr. Salcher (S. 10373),
Graf (S. 10378) (tatsächliche Berichtigung),
Dr. Schüssel (S. 10378),
Dr. Veselsky (S. 10387) (tatsächliche Berichtigung),
Dr. Stippel (S. 10388),
Staudinger (S. 10391),
Dr. Jörg Haider (S. 10392) und
Dr. Steidl (S. 10397)

Kenntnisnahme (S. 10400)

- (2) Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung betreffend den Bericht des Bundesministers für soziale Verwaltung (III-101) über die Tätigkeit der Arbeitsinspektion auf dem Gebiet des Bundesbedienstetenschutzes im Jahre 1979 (845 d. B.)

Berichterstatter: Pichler (S. 10400)

Kenntnisnahme (S. 10401)

- (3) Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag (145/A) der Abgeordneten Braun, Steinbauer, Dr. Frischenschlager und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Rundfunkgesetz 1974 und das Arbeitsverfassungsgesetz geändert werden (964 d. B.)

Berichterstatter: Hochmair (S. 10401)

Redner:

Braun (S. 10402)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 10402)

- (4) Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (816 d. B.): Europäisches Übereinkommen über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland samt Anlage und Erklärung der Republik Österreich (956 d. B.)

Berichterstatter: Mandorff (S. 10402)

Genehmigung (S. 10403)

Eingebracht wurden**Anträge der Abgeordneten**

Kittl, Schemer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz zur Förderung der Erhaltung und Verbesserung von Wohnhäusern sowie der Stadterneuerung (148/A)

Kittl, Schemer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über ein Wohnbausonderprogramm 1982 (Bundes-Sonderwohnbaugesetz 1982) (149/A)

Mühlbacher, Dkfm. Bauer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem eine Investitionsprämie eingeführt wird (Investitionsprämienengesetz) (150/A)

Mühlbacher, Graf. Dkfm. Bauer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die Errichtung und Verwaltung von Beteiligungsfonds (Beteiligungsgesetz) (151/A)

Mühlbacher und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die Förderung von Kapitalversicherungen (Kapitalversicherungs-Förderungsgesetz) (152/A)

Anfragen der Abgeordneten

Heinzinger und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Beteiligung der Österreichischen Industrieverwaltungs-AG an der „Interpädagogica“ (1657/J)

Dr. Wiesinger und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend die Gewährung eines Ausganges für einen geistig abnormen Rechtsbrecher aus der Sonderanstalt Mittersteig (1658/J)

Dr. Höchtl und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Ausbau der A4 Ostautobahn, Baulos Fischamend (1659/J)

Vetter und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Ausbau der Bundesstraße 41 (1660/J)

Vetter und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Vornahme von Investitionen auf der Franz Josefs-Bahn (1661/J)

Vetter und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Entscheidungen über Nebenbahnen im Waldviertel (1662/J)

Dr. Ermacora, Kraft und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend den Bauzustand der Radetzky-Kaserne in Wien (1663/J)

Heigl und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Vergabe von Trafiken durch die Austria Tabak-Werke AG. (1664/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Landesverteidigung auf die Anfrage der Abgeordneten **Kraft und Genossen** (1508/AB zu 1562/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten **Dkfm. Bauer und Genossen** (1509/AB zu 1522/J)

des Bundesministers für Landesverteidigung auf die Anfrage der Abgeordneten **Dr. Ermacora und Genossen** (1510/AB zu 1530/J)

des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten **Ing. Gassner und Genossen** (1511/AB zu 1535/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten **Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen** (1512/AB zu 1649/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten **Ing. Gassner und Genossen** (1513/AB zu 1540/J)

Schriftliche Beantwortung einer mündlichen Anfrage

des Bundesministers für Verkehr auf die Anfrage des Abgeordneten **Dkfm. Bauer** (1/ABM zu 561/M)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident **Mag. Minkowitsch**, Dritter Präsident **Thalhammer**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Dr. Kreisky und Breiteneder.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Burger und Hietl.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde.

Bundeskanzleramt

Präsident: 1. Anfrage: Abgeordneter Gassner (ÖVP) an den Herrn Vizekanzler.

570/M

Wie viele Steuergelder sind in den nächsten Jahren zur Verlustabdeckung in der verstaatlichten Industrie notwendig?

Präsident: Bitte, Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Dr. **Sinowatz:** Herr Abgeordneter Gassner! Ich habe einige Reserve gegen den Ausdruck „Steuergelder“ im Zusammenhang mit der Mittelzufuhr an die Verstaatlichte, weil das ja zu Mißverständnissen führen könnte, daß es sich um Privilegien handelt, und auch im Bereich des Begriffes „Verlustabdeckung“ deswegen, weil es sich hier ja um eine besondere Situation auf Grund der Lage in der Stahlindustrie überhaupt handelt.

Jedenfalls, was die Verpflichtungen des Bundes für heuer und das nächste Jahr betrifft, ist es so, daß auf Grund des Gesetzes vom Mai 1981 2 Milliarden S über die ÖIAG der VEW zugeflossen sind und daß dafür heuer vom Bund für Tilgung und Zinsen ein Betrag von 285 Millionen S in Aussicht genommen ist, der noch nicht zum Tragen gekommen ist, und daß auf Grund des Gesetzes vom Dezember des Vorjahres, das wir gemeinsam im Plenum beschlossen haben, weitere 4 Milliarden nach Bedarf an die VOEST und VEW fließen, von der ÖIAG aufgenommen werden. Hier ist die Kreditoperation noch nicht durchgeführt, so daß die Kosten auch noch nicht feststehen.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Ing. **Gassner:** Herr Vizekanzler! Ich glaube, daß die Frage trotzdem richtig ist — aus Steuergeldern —, weil ich ja nicht annehme, daß die Republik Österreich, sprich: der Finanzminister, in der Klassenlotterie oder beim Sport-Toto Geld gewinnen kann, sondern letztlich sind es Steuermittel, die die Bundesregierung ja zur Verfügung stellen muß, um die verstaatlichte Industrie am Leben zu erhalten.

Herr Vizekanzler! Jeder private Unternehmer wird genau analysieren, in welchem Bereich Mittel notwendig sind, um seinen Betrieb aufrechtzuerhalten oder sogar in eine zukunftsorientierte Politik führen zu können.

Meine konkrete Frage lautet deshalb: In welchem Unternehmen, in welchen Industriezweigen der verstaatlichten Industrie rechnen Sie, daß in den nächsten Jahren Mittel — und in welcher Höhe — zugeführt werden müssen seitens der Republik, seitens des Eigentümers?

Präsident: Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Dr. **Sinowatz:** Herr Abgeordneter! Ich möchte nicht streiten über das, was ich mit Steuergeldern meinte, nämlich das, daß es die Verpflichtung des Bundes ist, für die Betriebe, die mittelbar über die ÖIAG Bundesbetriebe sind, auch die entsprechende Vorsorge zu treffen. Es ist also kein Privileg der verstaatlichten Betriebe. Das ist das eine.

Das zweite: daß es natürlich selbstverständlich ist, daß in einer mittelfristigen Planung ständig überlegt wird, wie die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Jahren sein wird. Aber Sie wissen selbst, daß es zum Beispiel schon für 1982 sehr davon abhängt, wie der Dollar-Kurs sein wird, wie die Energiekosten sein werden, um die Ertragssituation auch tatsächlich feststellen zu können, und daher kann eine konkrete Aussage über den Mittelbedarf heute noch nicht gemacht werden.

Präsident: Eine weitere Frage.

Abgeordneter Ing. **Gassner:** Herr Vizekanzler! Ich bedaure sehr, daß die Bundesregierung nicht doch im groben Rahmen konkrete Aussagen machen kann, denn ich glaube, genauso wie ein Privatunternehmer haben letztlich auch die verstaatlichte Industrie und die einzelnen verstaatlichten Unternehmen doch über Jahre hinaus Prognosen zu erstellen und zu sagen, in welchem Bereich muß ich

10326

Nationalrat XV. GP — 102. Sitzung — 21. Jänner 1982

Ing. Gassner

investieren, um konkurrenzfähig zu sein, um auch die Arbeitsplätze erhalten zu können.

Wir haben deshalb Schwierigkeiten in der verstaatlichten Industrie bekommen, weil eben die verstaatlichte Industrie, einige Unternehmen, zu wenig Kapital, Verluste gehabt haben, und damit die Kapitaldecke immer geringer wurde.

Deshalb meine Frage an Sie, Herr Vizekanzler: Wird die Bundesregierung eine Politik in Aussicht nehmen, den verstaatlichten Unternehmen künftig zeitgerecht die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen?

Präsident: Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Dr. **Sinowatz:** Herr Abgeordneter! Ich glaube, man muß unterscheiden zwischen dem, was die Verstaatlichte an mittelfristiger Planung ausarbeitet und natürlich im Zusammenhang mit der ÖIAG die entsprechenden Vorkehrungen trifft, und dem, was in der Öffentlichkeit stets als Verlustvorschau diskutiert werden sollte, denn das ist eine ungleiche Behandlung gegenüber den privaten Unternehmen. Auch die sprechen ja nicht ununterbrochen von Verlusten, die noch gar nicht eingetreten sind, weil das auch nicht für die Reputation im internationalen Konkurrenzkampf sehr förderlich ist.

Aber daß sich die verstaatlichten Unternehmen, ÖIAG und Bund über diese mittelfristige Planung, von der ich gesprochen habe, Gedanken machen, ist eine Selbstverständlichkeit. Dazu ist noch zu sagen — ich brauche das Ihnen ja gar nicht mitzuteilen —, daß im gesamten Bereich der westeuropäischen Stahlindustrie in den letzten Jahren die Schwierigkeiten so groß gewesen sind, daß gewaltige Kapitalzuführungen notwendig gewesen sind, schon zu einem Zeitpunkt, als das bei uns durch die gute Führung der Unternehmen aus eigener Kraft bewältigt werden konnte.

Präsident: Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Josseck.

Abgeordneter Dipl.-Vw. **Josseck (FPÖ):** Herr Vizekanzler! Der Vorwurf, den wir Freiheitlichen der Bundesregierung seit Jahren gemacht haben, daß sie auch in guten Zeiten es verabsäumt hat, der verstaatlichten Industrie entsprechend Kapital zuzuführen, bewahrheitet sich. Wir reden von Umstrukturierung, aber ohne Kapital geht es nicht. Können Sie in etwa eine Ziffer nennen, was die Bundesregierung schätzt, daß sie in den nächsten Jahren an Kapital der verstaatlichten

Industrie zuführen wird müssen. Das kommt sicher auf Sie zu, denn nur die VEW oder wie jetzt die VOEST, das ist sicher zuwenig gewesen.

Präsident: Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Dr. **Sinowatz:** Ich muß mich wieder an das halten, was ich vorhin sehr ausführlich bei der Beantwortung der Frage des Herrn Abgeordneten Gassner gesagt habe. Es können unmöglich Ziffern genannt werden. Es kann nur gesagt werden, daß vom Bund alles getan wird, was notwendig ist, um die Strukturmaßnahmen und Strukturveränderungen und -verbesserungen der Verstaatlichten zu ermöglichen. Das hängt aber von der Ertragslage, der Ertragssituation der nächsten Jahre ab. Dann erst können die konkreten Beschlüsse gefaßt und die entsprechenden finanziellen Maßnahmen getroffen werden.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Ruhaltinger.

Abgeordneter **Ruhaltinger (SPÖ):** Herr Vizekanzler! Wir, die Belegschaft in der verstaatlichten Industrie, wehren uns ebenfalls gegen den Begriff der Steuergelder, weil wir der Meinung sind, daß dies Mittel des Eigentümers sind. (*Abg. Anton Schlager: Es sind doch Steuergelder!*)

Ich darf vielleicht eine Gegenfrage stellen, es laufen ja Investitionen in allen Betrieben in Milliardenhöhe, es sind Umstrukturierungen im Gange, wir wissen, daß sich auf dem Flachproduktsektor die Preise international etwas stabilisieren: Sind überhaupt Verluste für 1982 in Aussicht gestellt beziehungsweise kommen wir überhaupt in die Verlustzone? Nach den Prognosen haben wir die Hoffnung, an der Nullgrenze anzulangen.

Präsident: Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Dr. **Sinowatz:** Herr Abgeordneter! Das, was Sie sagen, bestätigt das, was ich vorhin gesagt habe. Es ist furchtbar schwer, heute schon endgültig von der Ertragssituation etwa des Jahres 1982 zu sprechen, ganz zu schweigen von jener von 1983 und 1984. Alle Aussagen, die von den kompetenten Persönlichkeiten aus den verstaatlichten Unternehmen gemacht wurden, etwa aus dem Bereich der VOEST, deuten darauf hin, daß es möglich sein könnte, für 1982 entweder überhaupt keine Verluste vormerken zu müssen oder nur ganz geringe. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Investitionen, die in einem sehr hohen Maße getätigt wurden, zu greifen

Vizekanzler Dr. Sinowatz

beginnen, daß sie richtig gewesen sind, daß außerdem auch gewisse Absprachen im Bereich der Stahlindustrie in Europa bestehen und hoffentlich zum Tragen kommen und daß auch die Auftragsituation im dritten Quartal des vorigen Jahres bedeutend besser gewesen ist als zum selben Zeitpunkt des Jahres 1980.

Präsident: Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Gorton.

Abgeordneter Dkfm. Gorton (ÖVP): Herr Vizekanzler! Zur Klarstellung ist es, glaube ich, doch notwendig, daß man auf die Anfrage des Herrn Kollegen Ruhaltinger sagt, daß alles, was wir hier im Parlament beschließen, gleichgültig, ob es für Verlustabdeckung der Verstaatlichten oder für Kapitalaufstockungen ist, Steuergelder sind.

Die Vereinigten Edelstahlwerke haben, bevor man an die Strukturverbesserung herangegangen ist, von einer Consulting-Firma Booz-Allen ein Gutachten erstellen lassen. Von der VOEST-Alpine haben wir bei Beschluß unserer Mittelzuführung im Dezember kein solches Gutachten gehabt. Der Generaldirektor der ÖIAG hat im Herbst in vielleicht nicht sehr eleganter Weise über eine Pressekonferenz den Generaldirektor der ÖMV wissen lassen, daß er beabsichtigt, für die ÖMV, die sich auch nicht mehr in so guten Zeiten befindet, ein Consulting-Gutachten zu bestellen.

Meine Frage an Sie, Herr Vizekanzler: Wer ist zunächst berechtigt, solche Gutachten in Auftrag zu geben: Der Chef der Muttergesellschaft oder die Vorstände in den Gesellschaften selbst, und ist beabsichtigt, in nächster Zeit solche Consulting-Gutachten über andere verstaatlichte Unternehmungen einzuholen?

Präsident: Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter! Ich möchte jetzt gar nicht eingehen auf die Frage der Berechtigung. Ich glaube, daß es sinnvoll ist, daß ÖIAG und die einzelnen Vorstände gemeinsam darüber beraten, was für das einzelne Unternehmen wichtig und notwendig ist, und daß die entsprechenden Beschlüsse gefaßt werden. Das betrifft natürlich auch den zweiten Teil Ihrer Frage, das muß nach der Notwendigkeit beraten, da müssen die entsprechenden Beschlüsse gefaßt werden.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 2: Herr Abgeordneter Heinzinger (ÖVP) an den Herrn Vizekanzler.

571/M

Wie hoch werden die Verluste der einzelnen verstaatlichten Unternehmungen in den Jahren 1981/82 voraussichtlich sein?

Präsident: Bitte, Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter Heinzinger! An sich ist das, was Sie fragen, Gegenstand der bisherigen Fragebeantwortung gewesen. Ich muß noch einmal auf die Problematik des Begriffes „Verlust“ in diesem Zusammenhang hinweisen, damit keine Mißverständnisse entstehen.

Ich meine, das, was jetzt in der Verstaatlichten vor allem im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie zur Verlustabdeckung notwendig ist, ist in höchstem Maße zurückzuführen auf die Entwicklung in der Eisen- und Stahlindustrie im gesamten Westeuropa.

Man kann hier nur gemeinsam von den Strukturmaßnahmen, die notwendig sind, und von der Ertragslage, wie sie sich aus der besonderen Situation ergibt, sprechen. Die Ergebnissituation 1981 kann konkret noch nicht dargelegt werden, weil die Jahresabschlüsse noch nicht vorliegen. Was 1982 betrifft, so haben wir ja vorhin zumindest zum Bereich VOEST-Alpine einiges gesagt.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Heinzinger: Herr Vizekanzler! Ich schätze durchaus Ihr sprachliches Zartgefühl im Zusammenhang mit Steuergeldern und Verlusten, weiß das auch zu schätzen, aber jeder ordentliche Kaufmann ist verpflichtet zu planen; wirtschaftliches Handeln ist ja Planen schlechthin. Daher ist es wahrscheinlich auch notwendig, gerade in großen Zusammenhängen zu planen, wenn Verluste kommen, wie hoch sie sein und wie sie abgedeckt werden.

Ich darf doch annehmen, daß die Regierung in dieser Frage zumindest ein Jahr vorausdenkt. Gibt es überhaupt keine Vorstellungen, wie hoch diese Verluste sein können?

Präsident: Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter Heinzinger! Ich muß mit allem Nachdruck feststellen, daß das nicht stimmt, was Sie in Ihren Ausführungen anklingen haben lassen, nämlich daß zwar im privaten Bereich der Wirtschaft geplant wird, daß aber bei der verstaatlichten Industrie nicht geplant wird. Das stimmt absolut nicht! Ganz im Gegenteil! Hier wird besonders im mittelfristigen Bereich ständig die Planung durchgeführt.

10328

Nationalrat XV. GP — 102. Sitzung — 21. Jänner 1982

Vizekanzler Dr. Sinowatz

Nur vor einem bitte muß ich warnen: daß wir zwar im Bereich der Verstaatlichten ständig von Verlusten sprechen, die vielleicht kommen werden und damit letzten Endes auch international gesehen die Reputation dieser Unternehmungen unter Umständen in Schwierigkeiten bringen, daß es aber im privaten Bereich der Wirtschaft — aus für mich durchaus einleuchtenden Gründen — nicht der Fall ist, daß man ständig in der Öffentlichkeit über Verluste redet, die noch gar nicht quantifizierbar sind und es auch noch gar nicht feststeht, ob diese überhaupt eintreten werden. Ich meine, das hat mit semantischer, sprachlicher Fähigkeit überhaupt nichts zu tun, sondern ist ein Faktum letzten Endes auch in wirtschaftlicher Hinsicht.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter **Heinzinger:** Herr Vizekanzler! Das Faktum meiner Frage war nicht, daß ich der Verstaatlichten unterstellt hätte, sie plane nicht. Im Gegenteil: die wissen sehr genau, was auf sie zukommt.

Meine Frage war an die Bundesregierung gerichtet, ob die Bundesregierung denn nicht plane, was in dieser Frage auf sie zukomme; diese Frage haben Sie bisher weder dem Kollegen Gassner noch dem Kollegen Gorton noch mir beantwortet.

Darf ich Sie daher noch einmal herzlich bitten: Was glauben Sie, was an Verlusten auf die Bundesregierung in dieser Frage zukommt?

Präsident: Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Dr. **Sinowatz:** Herr Abgeordneter! Im Gegensatz zu Ihnen bin ich schon der Auffassung, daß ich die Frage beantwortet habe. Ich formuliere es noch einmal: Die Bundesregierung ist natürlich das zuständige Ressort; das Bundeskanzleramt ist ständig in Verbindung mit der ÖLAG, darüber hinaus mit den einzelnen Vorständen der verstaatlichten Unternehmen.

Natürlich sind die Tendenzen, die sich für 1981 abgezeichnet haben und die demnächst in den Jahresabschlüssen zum Vorschein kommen werden und die Tendenzen für 1982 bekannt. Das, was ich meine, ist, daß bevor die Jahresabschlüsse vorliegen, doch nicht hier mit Ziffern agiert werden kann, die noch gar nicht bekannt sind. Das ist doch wirklich nicht notwendig und nicht möglich! (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Josseck.

Abgeordneter Dipl.-Vw. **Josseck (FPÖ):** Herr Vizekanzler! Es liegt mir fern, bei irgendeinem Bereich der verstaatlichten Industrie vielleicht durch heikle Fragen in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, man will diese krankjammern. Aber es ist doch sicher, daß wir in der Situation — das ist Ihnen ja auch bekannt — einfach an einer Grenze angelangt sind. Man weiß, daß in allen Bereichen der verstaatlichten Industrie die stillen Reserven bis aufs letzte aufgelöst sind; hinsichtlich der Bewertung versucht man zu machen, was geht, nur um halbwegs über die Runden zu kommen.

Ich habe den Fall vor mir, daß im verstaatlichten Bereich am Markt vorbeinvestiert und auch vorbeiproduziert wird. Dort wird es sicher eines Tages genau dieselben Schwierigkeiten geben wie in den anderen Bereichen.

Denkt die Bundesregierung daran, wenn man offensichtlich merkt, daß es nicht nur die wirtschaftliche Lage ist, sondern auch personell fehlbesetzt ist, auch personelle Konsequenzen daraus zu ziehen, wenn ein Bereich wirklich so schlecht liegt?

Präsident: Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Dr. **Sinowatz:** Herr Abgeordneter! Sie haben ein bißchen kryptisch gesprochen und eigentlich nicht konkret gesagt, wo, was und wer hier gemeint sein könnte. Daher kann auch von mir nur ganz allgemein geantwortet werden. Dort, wo sozusagen in der Planung, in der Durchführung Fakten gesetzt werden, die zum Schaden der Unternehmungen gereichen, müssen auch entsprechende Konsequenzen in personeller Hinsicht gezogen werden.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Gorton.

Abgeordneter Dkfm. **Gorton (ÖVP):** Herr Vizekanzler! Ich kann verstehen, daß Sie bei Ihrer kryptischen Beantwortung oder Nichtbeantwortung der gestellten Fragen in Vertretung des Herrn Bundeskanzlers nicht sehr in concreto auf die Probleme eingehen können. Ich kann auch verstehen, daß Sie vielleicht nicht ganz glücklich sind über die Fragen, weil man hier über die Verluste der Verstaatlichten sprechen will. Der Herr Verstaatlichtensektionschef Gatscha hat sich gestern in einem privaten Gespräch auch so geäußert. Ich kann das verstehen. Auf der anderen Seite muß man aber auch verstehen, wenn

Dkfm. Gorton

wir hier im Parlament gewaltige Mittel zu beschließen haben, daß wir hier auch konkret über die Schwierigkeiten sprechen müssen.

Ich möchte aber meine Zusatzfrage jetzt positiv stellen: Von welchen der 23 verstaatlichten Unternehmungen und Tochterunternehmungen, die in der ÖIAG zusammengefaßt sind, erwarten Sie, nachdem die Zahlen für 1981 ja schon ungefähr im Gerippe da sein werden, bei dieser Wirtschaftspolitik der Bundesregierung im Jahre 1981 Gewinne, damit die im Budget 1982 ausgewiesenen 117 Millionen Schilling ÖIAG-Dividende an den Bund auch gezahlt werden können?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Dr. **Sinowatz:** Auch wenn Sie die Frage anders stellen, bin ich nicht bereit, ehe die Jahresabschlüsse da sind und ehe darüber die entsprechenden Überlegungen konkret angestellt werden, Auskunft zu geben. Das zweite ist, daß ja über die Verstaatlichte nicht nur in den Fragestunden gesprochen wird. Es gibt den Verstaatlichtenausschuß, in dem gerade jetzt der Bericht über die Verstaatlichte diskutiert wird, der demnächst ins Parlament kommt, wo sicherlich auch darüber gesprochen wird. Wenn die entsprechenden Zahlen da sind, wird darüber auch ganz konkret gesprochen werden.

Aber noch einmal: Es ist eine Selbstverständlichkeit — ich nehme an, daß der Herr Sektionschef in dem gestrigen Gespräch mit Ihnen darauf hingewiesen hat —, daß daneben alles getan wird, um die entsprechende Planung durchzuführen. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Aber die Frage ergibt sich, ob hier heute, ehe die Bilanzen und die entsprechenden Abrechnungen vorliegen, schon gesagt werden kann, wo Gewinne sind, wie hoch die Gewinne sind, wo Verluste sind, wie hoch die Verluste sind. Das geht nicht.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 3: Herr Abgeordneter Steinbauer (ÖVP) an den Herrn Vizekanzler.

573/M

Werden Sie die Entwicklung der „Wiener Zeitung“ zum SPÖ-Zentralorgan stoppen?

Präsident: Bitte, Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Dr. **Sinowatz:** Herr Abgeordneter Steinbauer! Weil wir heute schon über Fragen und Antworten gesprochen haben, so muß ich mich ein bisserl beschweren. Eigentlich bin ich nicht ganz klug geworden aus dieser Fragestellung: „Werden Sie die Entwicklung der ‚Wiener Zeitung‘ zum SPÖ-Zentralorgan

stoppen?“ Zwischen der „Wiener Zeitung“ und dem SPÖ-Zentralorgan gibt es, wie Sie ja selbst wissen, Welten. (*Ruf bei der ÖVP: Gemeinsame Welten!*) Ich kann mir das nur so erklären, daß Sie meinen, daß die „Wiener Zeitung“ sozusagen eine Regierungszeitung wäre und nur die Meinung der Regierung oder die Meinung der Sozialistischen Partei brächte. Dazu kann ich nur sagen: Wenn man die „Wiener Zeitung“ täglich liest, dann kann man wirklich die Stellungnahmen aller Parteien zu den verschiedensten Fragen der Politik in Österreich kennenlernen, so wie das kaum in einer anderen Zeitung der Fall ist.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Steinbauer:** Herr Vizekanzler! Der Bundeskanzler hätte wahrscheinlich meine Frage verstanden mit seinem „feinen“ Gefühl für die Medien. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Die beiden Welten von „AZ“ und „Wiener Zeitung“ rinnen leider ineinander. Wenn Sie wie alle Beamte täglich in der Früh die „Wiener Zeitung“ lesen, also gewissermaßen das staatliche Morgengebet, dann müssen Sie leider seit vielen, vielen Monaten registrieren, daß zwar Berichte über die verschiedenen Parteien drinnen sind, aber daß die Wertigkeit der Regierung vertreten wird und leider auch die Kommentare dazu in vielen Fällen wörtlich aus der „Arbeiter-Zeitung“ stammen könnten. Ich könnte Ihnen hier viele Beispiele nennen. Nun glaube ich doch — und das ist eine Frage —, daß es Möglichkeiten für die Bundesregierung gibt, diese Fehlentwicklung wieder zurückzudrehen in Richtung Objektivität, deren sich, wie wir alle wollen, die „Wiener Zeitung“ befeißigen soll. Sehen Sie Möglichkeiten, im Hinblick auf mehr Objektivität Einfluß zu nehmen?

Präsident: Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Dr. **Sinowatz:** Herr Abgeordneter Steinbauer! Das, was Sie meinen, zu erkennen, dazu braucht man kein feines Gefühl, aber die Formulierung der Frage, wie sie ist, zu erkennen, darüber muß man lange nachdenken. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*)

Ich muß noch einmal sagen: Natürlich kann es sein, daß in einem Kommentar, der gezeichnet ist, Meinungen vertreten werden, die Ihnen nicht gefallen. Es wird viele Kommentare geben, die gezeichnet sind, die mir nicht gefallen. Aber es ist doch eine Sache des Kommentars, der gezeichnet ist, daß in erster Linie die Meinung der Journalisten zum Ausdruck kommt. Das ist auch richtig, und der

Vizekanzler Dr. Sinowatz

Kommentar muß auch frei sein in einem freien Land. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Steinbauer:** Herr Minister! Leider werden Sie die Kommentare, die Ihnen nicht gefallen, in der „Wiener Zeitung“ nicht finden. Schauen Sie besser nach. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber, Herr Minister, um Ihnen den Geist der Redaktion, der sich da, von einigen provoziert, abzuzeichnen beginnt, klarzumachen, möchte ich sagen, daß ein Zitat von Austerlitz, eines sozialdemokratischen Redakteurs, in den Räumen der „Wiener Zeitung“ gewissermaßen als Leitsatz ausgehängt wurde, wo als Aufgabe des Journalisten steht: „Davon wollen wir gar nicht sprechen, daß ein sozialdemokratischer Journalist in jedem Fall ein Redner und Agitator, in vielen Fällen ein Abgeordneter sein muß.“

Bitte, ist das der Geist, Herr Vizekanzler, den wir alle in der „Wiener Zeitung“ wollen? Ich glaube nicht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Dr. **Sinowatz:** Ich bin zwar nicht ganz darüber im klaren, was Sie mit der Frage meinen, aber eines kann ich Ihnen sagen: Was von den Bediensteten in einem Unternehmen angeschlagen wird, ist ja nicht das, was in der Zeitung steht.

Wenn Sie ins Unterrichtsministerium kommen und dort die Anschläge lesen, werden Sie sehr viel lesen, was Ihnen sehr gefällt, aber mir nicht gefällt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Weitere Anfrage: Abgeordneter Bergmann.

Abgeordneter **Bergmann (ÖVP):** Herr Minister! Da nun durch Verkündigung dieser Budenordnung der Redaktion klargestellt ist, wohin die Zeitung umfunktioniert worden ist, ist ja eine Frage besonders interessant.

Wir haben im Laufe des letzten Jahres durch mühsame Recherchen herausbekommen, daß die eine sozialistische Parteizeitung, die mit Steuergeldern finanziert wird, die „Agrarwelt“, den Steuerzahlern bereits 10 Millionen Schilling im Jahr kostet. Und es wäre jetzt interessant zu erfahren — und ich würde Sie bitten, wenn es geht, diese Frage zu beantworten —: Wie viele gestern abgelehnte Heizkostenzuschüsse für Rentner und Pensionisten könnte man finanzieren, müßte der Bund für die nun neuerdings in eine Parteizei-

tung umgewandelte „Wiener Zeitung“ das Defizit nicht bezahlen?

Präsident: Herr Abgeordneter, ich darf sagen, diese Frage steht nicht im Zusammenhang mit der aufgeworfenen. Ist abgelehnt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir kommen zur Anfrage 4: Abgeordneter Frischenschlager (FPÖ) an den Staatssekretär.

574/M

Wann ist mit der nächsten Anhebung der Aufwandsätze im Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof zu rechnen?

Präsident: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär im Bundeskanzleramt Dr. **Löschner:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Anhebung der Pauschalansätze vor dem Verwaltungsgerichtshof wurde zuletzt mit einer Verordnung vom 7. April 1981 vorgenommen. Sie entspricht den gesetzlichen Anforderungen, und es ist daher nicht damit zu rechnen, daß in Kürze eine weitere Anhebung beziehungsweise Neuregelung erfolgen wird.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Frischenschlager:** Herr Staatssekretär! Sie wissen ja, daß im letzten Volksanwaltschaftsbericht auf die Problematik dieses Kostenersatzes beim Verwaltungsgerichtshof eingegangen und darauf hingewiesen wird, daß trotz dieser von Ihnen jetzt zitierten Verordnung dieser Aufwandsersatz, diese Pauschale noch zu gering ist. Es ist ein Zustand, daß jemand, der mit einem Teil der öffentlichen Hand einen Rechtsstreit eingeht, zum Verwaltungsgerichtshof geht. Auch dann, wenn es eine offensichtlich vielleicht auch schikanöse Behandlung des Staatsbürgers durch eine Gebietskörperschaft ist, entsteht, weil er die hohen Kosten durch den Anwaltszwang trotzdem hat und nur einen Teil zurückbekommt, wirklich ein Schaden für den Rechtsstaat.

Meine Frage: Sind Sie nicht doch der Ansicht, daß dann, wenn derjenige, der den Verwaltungsgerichtshof angeht, nur einen Bruchteil der Anwaltskosten bekommt, dieser Zustand trotz Ihrer jetzt geäußerten Meinung in Bälde im Sinne des Rechtsstaates und im Sinne des Zuganges zum Recht gebessert gehört?

Präsident: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Löschnak: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Erstens einmal darf ich feststellen, daß mit dieser Verordnung die Pauschalsätze um 170 Prozent gegenüber vorher angehoben wurden. Zweitens darf ich feststellen, daß der obsiegenden Partei nicht nur ein Bruchteil der Rechtsanwaltskosten oder der aufgelaufenen Kosten ersetzt wird, sondern ein, wie mir scheint, sehr wesentlicher Teil. Zum dritten darf ich sagen: Das kann man natürlich nicht nur einseitig von der obsiegenden Partei aus sehen, sondern das muß man schon in einer gewissen Ausgewogenheit auch zur unterliegenden Partei sehen, denn diese Pauschalsätze bedingen sich ja gegenseitig. Daher muß das, was in einem Falle recht ist, auch im anderen Falle recht sein, und man kann nicht überproportional anheben, wie es die Volksanwaltschaft nicht nur in ihrem 4. Bericht, sondern auch bereits in ihrem 3. Bericht entsprechend angeht hat.

Die Gespräche mit dem Österreichischen Rechtsanwaltskammertag und mit dem Verwaltungsgerichtshof, also mit den unmittelbar Betroffenen, finden ja laufend statt. Wir sind noch nicht in der Lage, hier eine Patentlösung anzubieten.

Präsident: Jetzt kommen wir zur Anfrage 5: Abgeordneter Dr. Reinhart (SPÖ) an den Herrn Bundeskanzler. Beantwortet wird sie der Herr Staatssekretär.

575/M

Wie ist der Stand der Gespräche betreffend die Einbeziehung der Landesverwaltung für Tirol und Vorarlberg in den Wirkungsbereich der Volksanwaltschaft?

Präsident: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Löschnak: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Bundesregierung ist in übereinstimmenden Entschließungen des Bundesrates und des Nationalrates aufgefordert worden, in Gesprächen mit den Ländern Tirol und Vorarlberg hinsichtlich der Einbeziehung der Landesverwaltungen dieser Länder in den Wirkungsbereich der Volksanwaltschaft einzutreten.

Wir haben diesen Entschließungen insofern entsprochen, als vorerst an die beiden in Betracht kommenden Landesamtsdirektoren entsprechende Schreiben ergangen sind. Darüber hinaus haben wir die Gelegenheit der Landeshauptmännerkonferenz am 10. Dezember wahrgenommen, um diesen Wunsch der beiden Kammern nochmals an die Landeshauptleute von Tirol und Vorarlberg heranzutragen.

Zusammenfassend, und zwar sowohl aus den Schreiben der beiden Landesamtsdirektoren in Beantwortung des Schreibens des Bundeskanzleramtes als auch aus der Diskussion bei der Beratung dieses Verhandlungsgegenstandes bei der Landeshauptmännerkonferenz am 10. Dezember 1981, läßt sich feststellen, daß beide Länder der Meinung sind, daß die bisher gewachsene Struktur in den Ländern die Einrichtung eigenständiger volksanwaltschaftsähnlicher Institutionen eher tunlich erscheinen läßt als die Einbeziehung in die Volksanwaltschaft selbst.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Reinhart: Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Wir Tiroler Sozialisten sind sehr froh, daß dieses Gespräch weiterhin in Fluß ist, haben wir doch vor den letzten Nationalratswahlen ein sogenanntes 96-Punkte-Programm aufgestellt. In diesem 96-Punkte-Programm ist auch ein Punkt enthalten, der sich mit der Volksanwaltschaft im Bundesland Tirol befaßt. Aus diesem Grunde sind wir sehr froh, daß die diesbezüglichen Verhandlungen geführt und, wie wir hoffen, auch zu einem erfolgreichen Ende kommen werden, wenn es auch nicht in absehbarer Zeit zu einem solchen Abschluß und zu einer solchen Einführung einer Volksanwaltschaft in Tirol reichen mag.

Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Welchen Argumenten, die von Tiroler und Vorarlberger Seite vorgebracht werden, könnten Sie sich anschließen, und welche Argumente müssen Sie von Ihrer Warte aus strikt ablehnen?

Präsident: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Löschnak: Herr Abgeordneter! Es steht außer Zweifel, daß bei Schaffung der Volksanwaltschaft im Jahre 1977 den Ländern die Möglichkeit eröffnet wurde, gleichartige Regelungen für den Landesbereich einzuführen. Die Länder Tirol und Vorarlberg sind daher von der gesetzlichen Warte her gesehen im Recht.

Es läßt sich allerdings nicht verkennen, daß mit der Einrichtung gleichartiger, der Volksanwaltschaft entsprechender Institutionen eine Doppelgleisigkeit für die Bereiche Tirol und Vorarlberg eintritt und das mit Sicherheit nicht die Situation der beschwerdeführenden Staatsbürger erleichtert.

Dazu kommt noch, daß die bestehenden Einrichtungen zwar vielleicht faktisch weisungsfrei gestellt sind — das wird zumindest behauptet —, rechtlich läßt sich eine solche

10332

Nationalrat XV. GP — 102. Sitzung — 21. Jänner 1982

Staatssekretär Dr. Löschnak

Weisungsfreiheit zumindest bisher aber nicht feststellen. Das sind eben die Negativpunkte der Argumentation.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Frischenschlager.

Abgeordneter Dr. Frischenschlager (FPÖ): Herr Staatssekretär! Die Frage der Einbeziehung in die Volksanwaltschaft, auch die Inwirksamsetzung der Volksanwaltschaft für diese beiden letzten Bundesländer befaßt uns schon einige Jahre.

Da ja sieben Bundesländer die Volksanwaltschaft in ihrem Bereich wirksam haben werden lassen, ist meine Frage: Sind bei den Verhandlungen von seiten dieser Länder, die die Volksanwaltschaft bereits wirksam haben werden lassen, Argumente aufgetaucht, die geeignet wären für Vorarlberg und Tirol, zu sagen: Es hat keinen Sinn, oder es ist schlecht für uns, wenn die Volksanwaltschaft auch in diesen beiden Ländern wirksam wird. Sind in den Verhandlungen und Beratungen von den anderen Bundesländern, die die Volksanwaltschaft bereits bei sich haben, irgendwelche Argumente aufgetaucht, die geeignet sind, Vorarlberg und Tirol Argumente zu liefern, daß sie ablehnen, die Volksanwaltschaft auch bei ihnen einzusetzen?

Präsident: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Löschnak: Herr Abgeordneter! Sie wissen, die Überlegungen gehen zumindest in diesem Punkt von Ihnen und von uns in die gleiche Richtung. Wir haben sehr viele und sehr enge Kontakte mit den Volksanwälten, und es ist uns — damit meine ich das Bundeskanzleramt oder den diese Materie behandelnden Mitarbeiter im Bundeskanzleramt und mich — kein Umstand bekannt, der dagegensprechen würde, daß auch diese beiden Länder in den Verband der Volksanwaltschaft eingebunden würden.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Ermacora.

Abgeordneter Dr. Ermacora (ÖVP): Herr Staatssekretär! Ich möchte Sie fragen, ob Sie Beschwerden haben, daß dort, das heißt in Vorarlberg und in Tirol, der Rechtsschutz nicht funktioniert.

Darüber hinaus möchte ich fragen, warum Sie in dieser Frage so antiföderalistisch eingestellt sind und die Probleme zentralistisch geordnet wissen wollen.

Präsident: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Löschnak: Herr Abgeordneter! Ich darf feststellen, daß Beschwerden von Bürgern des Landes Tirol oder des Landes Vorarlberg entweder an die Volksanwaltschaft gerichtet werden oder an die Beschwerdestellen der Länder. An mich werden sie in Marginalgrößen, wenn Sie gestatten, wenn überhaupt, gerichtet, daher kann ich diesen Teil der Frage nicht beantworten.

Aber eines muß ich schon mit Entschiedenheit feststellen: Ich bin mit der Beantwortung dieser hier aufgeworfenen Frage ja keineswegs antiföderalistisch eingestellt, sondern ich agiere in Befolgung einer Entschließung, die im Bundesrat und im Nationalrat gefaßt wurde, und versuche, das umzusetzen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Daß Sie mir Antiföderalismus vorwerfen, entbehrt tatsächlich jeder Grundlage.

Ich lade Sie geradezu ein, den Herrn Landeshauptmann von Tirol oder den Herrn Landeshauptmann von Vorarlberg bei nächster Gelegenheit zu fragen, ob diese Ihre Feststellung wirklich nur eine Minute einer Überprüfung standhielte und was die beiden Herren von Ihrer Aussage halten. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 6: Frau Abgeordnete Dobsberger (*SPÖ*) an den Herrn Bundeskanzler beziehungsweise zur Beantwortung an den Herrn Staatssekretär.

576/M

Die Lehrer für Werkerziehung haben bereits seit einigen Jahren auf Grund der gestiegenen Anforderungen die Förderung erhoben, höher gereicht zu werden, und ich frage Sie daher, ob in absehbarer Zeit mit einer Erledigung dieser Forderung gerechnet werden kann.

Präsident: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Löschnak: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Das Problem der Höherreihung der Lehrer für Werkerziehung, also der L 3-Lehrer, ist insofern ein sehr umfassendes Problem, als hier nicht nur ein großer Personenkreis betroffen ist — es handelt sich für den Bereich des Bundes und damit auch der Landeslehrer um einen Personenkreis von etwa 5 000 Mitarbeitern —, sondern darüber hinaus auch die Länder von dieser Frage berührt sind, weil ja in einigen Ländern und weitergehend auch in Gemeinden dieses L 3-Schema, das Sie hier in Rede ziehen, entsprechend auch für den Landes- oder Gemeindebereich umgelegt ist, und das ist nochmals ein Personenkreis von etwa 6 000 Mitarbeitern, zumindest was den Landesbereich anlangt.

Staatssekretär Dr. Löschnak

Neben dieser Problematik, daß es sich also um etwa 11 000 Mitarbeiter handelt, muß man natürlich den gesamten Besoldungsaufbau des Bundes, der Länder und Gemeinden und damit überhaupt des öffentlichen Dienstes sehen, der dadurch in Bewegung gerät. Daher sind die Verhandlungen, die wir seit nunmehr eineinhalb Jahren führen, so würde ich sagen, schwer in Bewegung zu halten und dann auch zu dem Punkt zu bringen, der letztlich zumindest einen Teil der Beteiligten befriedigt stellt.

Ich glaube — das hat der Verlauf der im November letzten Jahres stattgefundenen Gesprächsrunde gezeigt, und das wird hoffentlich auch bei der nächsten Verhandlungsrunde, die im Februar stattfinden wird, bestätigt —, daß es in absehbarer Zeit doch gelingen wird, hier eine, wie gesagt, teilweise Befriedigung herbeizuführen.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordnete Edith Dobesberger: Herr Staatssekretär! Ich gebe gerne zu, daß es ein sehr schwerwiegendes Problem ist wegen der nachfolgenden Forderungen, die an den Bund gestellt werden könnten.

Aber ich glaube, wir sind uns alle einig, daß die Anforderungen an die Werklehrerinnen, also die ehemaligen Handarbeitslehrerinnen, wirklich sehr gestiegen sind. Haben Sie bei diesen Verhandlungen auch Überlegungen angestellt, wie überprüft werden soll, welche Anforderungen nun an die zukünftigen Werklehrerinnen gestellt werden, damit sie in den Genuß der Anhebung kommen können?

Präsident: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Löschnak: Frau Abgeordnete! Wir haben im Zuge dieser Gespräche den veränderten Bedingungen, unter denen die Kollegen ihre Tätigkeit abzuleisten haben, insofern versucht Rechnung zu tragen, als wir meinten, wenn man hier noch eine zusätzliche Ausbildung geben könnte, die meines Erachtens allerdings auch mit einem entsprechenden Abschluß in Form eines Kolloquiums oder einer Prüfung versehen sein müßte, dann könnte man sich durchaus vorstellen, daß in geraffter Form dem Rechnung getragen wird und daß man, davon ausgehend, dann eine Höherreihung vornehmen kann.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordnete Edith Dobesberger: Für eine 25jährige wird meine Frage jetzt wahrscheinlich keine große Rolle spielen, aber für Kolle-

ginnen in meinem Alter (*Ruf bei der ÖVP: Aber!*) ergibt sich die Frage: Wie rasch werden die Werklehrerinnen in den Genuß dieser verbesserten Bezahlung kommen, wie rasch wird das also verwirklicht werden?

Präsident: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Löschnak: Frau Abgeordnete! Ich kann hier keine dezidierte Antwort geben, denn das würde den bisherigen Gepflogenheiten, über Verhandlungszüge zwischen der Gewerkschaft und den Dienstgebervertretern vor Abschluß keine verbindliche Auskunft zu geben, widersprechen. Ich kann daher diese verbindliche Auskunft nicht geben. Aber wir sind bemüht, und ich meine, daß es bei einigem Bemühen gelingen müßte, noch in dieser Legislaturperiode die entsprechende Vorsorge zu treffen.

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Möst.

Abgeordnete Dipl.-Ing. Maria Elisabeth Möst (ÖVP): Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Ich darf einen Teilbereich herausheben. Wir sind der Ansicht, daß die Bewertung der Haushaltsgegenstände zu niedrig angesetzt ist. Wir meinen also, daß sie aufgewertet werden müßten. Können Sie sich dieser Ansicht anschließen?

Präsident: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Löschnak: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich kann diese Frage sozusagen nicht aus dem Stegreif beantworten. Ich darf darauf hinweisen, daß das gesamte Lehrerschema beziehungsweise -gefüge — das zieht sich von L 3 bis L 1, wenn Sie wollen, oder LPA, um die von der Ausbildung her höchstqualifizierten Mitarbeiter im Lehrbereich herzunehmen — doch etwas in Bewegung geraten ist. Das bezieht sich nicht nur auf die Ausbildung, nicht nur auf Gehaltsansätze, sondern das bezieht sich inhaltlich auch auf die Lehrstundenverpflichtung, auf ihre entsprechende Bewertung und deren Auswirkungen. Das ist seit rund eineinhalb Jahren Gegenstand intensivster Beratungen zwischen Gewerkschaft auf der einen Seite und Bundeskanzleramt, Bundesministerium für Finanzen sowie Bundesministerium für Unterricht und Kunst auf der anderen Seite.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

Abgeordneter Probst (FPÖ): Herr Staatssekretär! Ich kann mir vorstellen, daß es für

10334

Nationalrat XV. GP — 102. Sitzung — 21. Jänner 1982

Probst

eine 25jährige sehr wohl erheblich ist, wie die Gehaltsregelung aussieht, denn ich weiß, wie wenig ein junger Lehrer verdient, wenn es ihm nicht möglich ist, Überstunden zu machen und sich irgendwo ein zusätzliches Einkommen zu sichern. Wie wenig bekommt dann erst ein Werkerzieher!

Ich möchte Sie fragen, wie die Regelung aussieht. In der Novelle ist vorgesehen, daß die Betroffenen in der Ausbildung angeglichen werden, daß sie an die PÄDAK kommen. Die Gehaltsregelung müßte sich ja dann ebenfalls angleichen an die der anderen Lehrer.

Wie stehen die Chancen für diese Werkerzieher, die die PÄDAK besuchen wollen, wie ist der Bedarf in Österreich? Also welche Anstellungsaussichten haben die?

Präsident: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Löschnak: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wenn Sie hier ein soziales Verständnis in der Einleitung Ihrer Frage ansprechen, dann darf ich einmal feststellen, daß dieses soziale Verständnis, das Sie hier zeigen, auf unserer Seite zumindest genauso vorhanden ist. Daß das halt nicht ein Lippenbekenntnis ist, sondern darüber hinausgeht, kann man dem Umstand entnehmen, daß wir ja gar nicht auf das warten, was etwa an zusätzlicher Ausbildung durch die 7. SCHOG-Novelle gebracht wird, sondern daß wir eben in Vorziehung dieser Möglichkeiten versuchen, hier eine Höherreihung vorzunehmen.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 7: Abgeordneter Stix (FPÖ) an den Herrn Staatssekretär.

577/M

Welche Fragen stehen auf der Tagesordnung der Anfang Dezember 1981 stattfindenden Sitzung der Österreichisch-Deutschen Raumordnungskommission, zu der Ihr Ressort einen Vertreter entsendet?

Präsident: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Löschnak: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich war bei dieser Tagung, die im Dezember 1981 stattgefunden hat, nicht dabei, bin daher nur in der Lage, Ihre Frage so zu beantworten, wie sie gestellt ist, nämlich Ihnen die Tagesordnung dieser Österreichisch-Deutschen Raumordnungskommission bekanntzugeben. Neben den allgemein üblichen Einleitungen hat diese Tagesordnung folgendermaßen ausgesehen:

„Genehmigung der Niederschrift über die 5. Sitzung der Österreichisch-Deutschen

Raumordnungskommission am 8. November 1979...“

„Gegenseitige Information über die Schwerpunkte der Raumordnung in beiden Staaten.“

„Bericht der Unterkommission...“

„Bericht über die ‚Empfehlung zur grenzüberschreitenden Abstimmung der Raumordnung in Gemeinden in Gebieten nahe der gemeinsamen Staatsgrenze (grenzüberschreitende Abstimmung der kommunalen Bauleitplanung)‘.“

„Bericht über die ‚Bestandsaufnahme grenzüberschreitender Raumordnungsprobleme im österr.-deutschen Grenzraum‘.“

„Bericht über die vorbereitenden Arbeiten für einen Empfehlungsentwurf ‚Zusammenarbeit in Angelegenheiten des grenzüberschreitenden Umweltschutzes‘.“

„Bericht über die Empfehlung zu ‚Möglichkeiten einer durchgehenden Elektrifizierung der Bahnstrecken und durchgehenden Zugverbindung Linz—Braunau—Simbach—München‘.“

„Weitere Tätigkeiten der Kommission und Aufträge an die Unterkommission (insbesondere gegenseitige Kontakte und Information, Bestandsaufnahme und deren Auswertung, Probleme des Umweltschutzes)“, und dann, wie auch üblich, die ausgleitenden Punkte einer Tagesordnung rein formaler Natur.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Stix: Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Ich bin natürlich enttäuscht, daß Sie mir heute eine Tagesordnung bekanntgeben, nach der ich zwar formal gefragt habe, die aber eine Sitzung betrifft, die bereits Anfang Dezember stattgefunden hat. Ich habe eigentlich erwartet, daß Sie heute in der Lage sind, auch etwas über den tatsächlichen Verlauf dieser Tagung zu berichten.

Ich darf aber zur Tagesordnung, weil diese sehr formal gehalten ist, folgende Zusatzfrage stellen:

Der Herr Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten hat dem Obmann des Handelsausschusses vor ziemlich genau einem Jahr mitgeteilt, daß in dieser Österreichisch-Deutschen Raumordnungskommission laufend auch die Fragen der möglichen Kernkraftwerkstandorte Pleinting und Marienberg behandelt werden. „Laufend“, sagte der Herr Bundesaußenminister. Konkret möchte ich jetzt gerne von Ihnen hören, ob bei dieser im

Dr. Stix

Dezember stattgefundenen Tagung der Deutsch-Österreichischen Raumordnungskommission ebenfalls über die Fragen dieser beiden Standorte der Kraftwerke Pleinting und Marienberg gesprochen wurde.

Präsident: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Löschnak: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie haben das ja in Ihrer Zusatzfrage in der Einleitung selbst festgestellt. Enttäuscht brauchen Sie wirklich nicht zu sein, sondern ich habe tatsächlich nur versucht, Ihre Frage, wie sie gestellt wurde, zu beantworten.

Was die Ergebnisse anlangt, darf ich vielleicht noch festhalten, daß es zwischen Staaten üblich ist, bevor man über Ergebnisse spricht, auch das entsprechende Protokoll über die Besprechungen gegenseitig abzugleichen und erst dann Aussagen zu treffen.

Um aber die zuletzt gestellte Frage zu beantworten: Es hat anlässlich dieser Tagung auch einen Informationsaustausch über den Stand der Planung der Wärmekraftwerke Pleinting und Marienberg gegeben.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Stix: Verehrter Herr Staatssekretär! Wenn es also einen solchen Gedankenaustausch gegeben hat, dann nehme ich an, daß der sicherlich gut vorbereitete österreichische Vertreter dabei auch eine vorbereitete Stellungnahme des Bundeskanzleramtes zu diesen Fragen mitgebracht hat.

Ich darf fragen: Wie lautet die Stellungnahme des Bundeskanzleramtes zu der Kraftwerksplanung Pleinting, Marienberg aus österreichischer Sicht?

Präsident: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Löschnak: Herr Abgeordneter! Wie ich bereits in der Beantwortung der Vorfrage festgestellt habe, war es ein Informationsaustausch, der stattgefunden hat. Es war seitens des Bundeskanzleramtes beziehungsweise des Vertreters des Bundeskanzleramtes keine Stellungnahme abzugeben, sondern es war, wie das bei Gesprächen, die der Information dienen, üblich ist, ein reiner Erfahrungs- beziehungsweise Informationsaustausch.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Feurstein.

Abgeordneter Dr. Feurstein (ÖVP): Herr

Staatssekretär! Sie sind ja nicht unmittelbar zuständig für diese Österreichisch-Deutsche Raumordnungskommission. Es liegt daher natürlich auch nicht in Ihrer Verantwortung, wenn die Ergebnisse dieser Kommission nicht immer unseren Erwartungen entsprechen.

Meine Frage richtet sich nun aber an Sie, da Sie sich vor allem auch mit den Fragen des Föderalismus auseinandersetzen. Sie wissen, daß im Rahmen dieser Kommission von den Ländervertretern immer wieder der Wunsch geäußert worden ist, in stärkerem Maße mit den deutschen Partnern, vor allem mit den deutschen Bundesländern, aber auch mit den Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland, mit den Landkreisen und mit den Regierungsbezirken in unmittelbarem Kontakt treten zu können — natürlich unter Beachtung der österreichischen Verfassung.

Meine Frage an Sie, Herr Staatssekretär: Glauben Sie, daß in diese Richtung ein Fortschritt in der nächsten Zeit erzielt werden kann, daß die österreichische Bundesregierung und vor allem auch das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten bereit sind, solche Kontakte zu ermöglichen und vielleicht sogar einmal zu fördern?

Präsident: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Löschnak: Herr Abgeordneter! Die Bundesregierung beziehungsweise das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten waren auch schon in der Vergangenheit bemüht, diese Kontakte zu fördern, nur — und das sollte man bedenken — kann das ausschließlich auf dem Boden der bestehenden Rechtslage geschehen. Sie wissen mit großer Genauigkeit, daß dieser Boden für solche Möglichkeiten sehr klein ist und daß daher der Wunsch der Länder verständlich ist.

Aber so wie derzeit die Rechtslage gestaltet ist, wird das sicher nicht in diesem Sinne erfüllt werden können.

Präsident: Herr Abgeordneter Frischenschlager.

Abgeordneter Dr. Frischenschlager (FPÖ): Herr Staatssekretär! Ich bin einigermaßen verwundert, daß über die Frage der Atomkraftwerke im grenznahen Raum, in Bayern, lediglich ein Gedankenaustausch geführt wird. Das Problem ist einige Jahre alt. Diese Atomkraftwerke befinden sich in einer Distanz von rund 27 oder 28 km zur österreichischen Grenze.

10336

Nationalrat XV. GP — 102. Sitzung — 21. Jänner 1982

Dr. Frischenschlager

Meine Frage: Wird die Bundesregierung, ähnlich wie es ja gegenüber der Tschechoslowakei an sich verbal geschieht, strengste politische Kontakte und Maßnahmen ergreifen, damit auf Grund dieser bayerischen Atomkraftwerke keine Umweltschutzgefährdungen für die österreichische Bevölkerung entstehen?

Präsident: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Löschnak: Herr Abgeordneter! Es ist selbstverständlich, daß die österreichische Bundesregierung im Rahmen der ihr international zustehenden Möglichkeiten jede Möglichkeit ausschöpft, um die Gefährdung sozusagen auf den kleinsten Punkt zurückzuschrauben. Nur wissen Sie genau, daß das im Zuge der internationalen Abkommen dann eben nicht entsprechend exekutiert werden kann, sondern daß das vorwiegend mit Goodwill und entsprechender Information verbunden ist, und das geschieht.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 8: Anfrage des Herrn Abgeordneten Gradenegger (SPÖ).

579/M

Gibt es im Zuge der Verhandlungen über das Bundesländerforderungsprogramm eine verbindliche Zusage, die Gegenforderungen des Bundes zu berücksichtigen?

Präsident: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Löschnak: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es gibt im Zuge der Behandlung des Forderungsprogramms 1976 der Bundesländer und der Wünsche, die der Bund für sich und die übrigen Gebietskörperschaften im Zuge dieser Behandlung angemeldet hat, keine verbindliche Zusage der Länder, Wünsche des Bundes zu erfüllen, und zwar deswegen keine verbindliche Zusage, weil sowohl was Teile der Erledigung des Forderungsprogramms anlangt als auch was die Erledigung der Wünsche des Bundes und der Gemeinden anlangt, die Dinge noch voll im Fluß sind.

Es zeichnet sich aber eine Lösung insofern ab, als es in kurzer Zeit möglich sein könnte, ein erstes Paket zu verabschieden.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Gradenegger: Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Um welche Gegenforderungen des Bundes an die Länder wird es sich bei den künftigen Verhandlungen im speziellen handeln?

Präsident: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Löschnak: Herr Abgeordneter! Der Bund hat einer großen Zahl von Wünschen, die die Länder im Rahmen des Forderungsprogramms 1976 gestellt haben, einige Wünsche entgegengestellt oder sie bei dieser Gelegenheit angemeldet. So wie die Dinge jetzt laufen oder so wie es aussieht, daß sie laufen werden, glauben wir, daß bei der Schaffung einer Bundeskompetenz oder bei einer Vereinheitlichung für das Landarbeiterrecht eine Möglichkeit besteht, den Wünschen des Bundes entgegenzukommen, daß man unter Umständen in Richtung einiger Bundeskompetenzen beim Immissionsschutz eine Geneigtheit der Verhandlungspartner sieht und daß sich darüber hinaus eine Bundeskompetenz für Angelegenheiten des Fernunterrichtes und Möglichkeiten in bestimmten Angelegenheiten der Umfassenden Landesverteidigung abzeichnen.

Präsident: Weitere Wortmeldung: Herr Abgeordneter Ermacora.

Abgeordneter Dr. Ermacora (ÖVP): Herr Staatssekretär! Schon allein das 15-Punkte-Programm, das Sie seinerzeit mit Schreiben vom 16. Oktober 1980 vorgelegt haben, scheint mir ein typisches Beispiel zentralistischer Politik zu sein. Das nur im Hinblick auf meine vorige Bemerkung.

Herr Staatssekretär! Wie steht es also konkret um Ihre Forderung — die ich begrüße — „Bundeskompetenz zur Organisation des Zivilschutzes und der Katastrophenhilfe bei Ereignissen überregionaler Bedeutung“? Wie steht es konkret um diesen Verhandlungspunkt?

Präsident: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Löschnak: Herr Abgeordneter! Wie bereits zur Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Gradenegger ausgeführt, sind die Länder grundsätzlich bereit, einer Kompetenzänderung zugunsten des Bundes näherzutreten. Es wurde bei der Landeshauptmännerkonferenz am 10. Dezember des vorangegangenen Jahres vereinbart, daß die Länder untereinander im Laufe dieses Monats noch Kontakt nehmen und dann im Laufe des Februars mit den Bundesvertretern die Verhandlungen zu diesem Punkt im Detail aufnehmen werden.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Frischenschlager.

Abgeordneter Dr. **Frischenschlager** (FPÖ): Herr Staatssekretär! Erlauben Sie mir in Anknüpfung an eine vorhergehende Frage auf die Volksanwaltschaft zurückzukommen. Es handelt sich bei diesem Forderungskatalog um Forderungen auch politischer Natur und nicht nur um rein rechtlicher Natur.

Können Sie sich vorstellen, daß der Bund im Zuge dieser Beratungen im Interesse einer einheitlichen Handhabung des Instrumentes der Volksanwaltschaft — wenn die Bundesregierung von dieser Interessenlage des Bürgers ausgeht — gegenüber den Ländern noch einmal den deutlichen Wunsch ausspricht, daß die Länder Vorarlberg und Tirol sich vielleicht doch herbeilassen, die Volksanwaltschaft bei ihnen einkehren zu lassen? Können Sie sich das vorstellen?

Präsident: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. **Löschnak:** Herr Abgeordneter! Vorstellen kann ich es mir natürlich sehr wohl, daß der Bund das in seine Wünsche aufnimmt. Nur: Wenn man die Dinge realistisch betrachtet — und ich glaube, das sollte man von jeder Seite tun —, dann sehe ich auf Grund der mehrmals vorgebrachten Argumentation von unserer Seite, auf Grund der vorgebrachten Wünsche seitens des Bundesrates und des Nationalrates und auf Grund der bisher erfolgten Stellungnahmen seitens der Landeshauptleute von Tirol und Vorarlberg ganz einfach keine Chance, daß dem tatsächlich entgegengekommen oder das verwirklicht wird. Daher erscheint es mir auch im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht mehr realistisch, das in die Gegenwünsche oder in die Wünsche des Bundes aufzunehmen.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 9: Abgeordneter Hochmair (SPÖ) an den Herrn Staatssekretär.

580/M

Welche Auslandsreisen haben Sie bisher für das Jahr 1982 geplant?

Präsident: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. **Löschnak:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Soweit das Präsidium des Bundeskanzleramtes in diese Frage eingeschaltet ist und wird, wurde mir mitgeteilt, daß für das Jahr 1982 keine offiziellen Auslandsreisen geplant sind.

Präsident: Herr Abgeordneter Ettmayer.

Abgeordneter Dr. **Ettmayer** (ÖVP): Herr Staatssekretär! In der Vergangenheit hat es

doch immer geheißen, daß gerade die Auslandsreisen des Bundeskanzlers dazu dienen, das Ansehen Österreichs im Ausland zu verstärken, beziehungsweise dies auch dann positive Auswirkungen auf unsere Sicherheit hätte.

Ich möchte Sie nun fragen, inwieweit es möglich ist, daß nun auf einmal auf die Auslandsreisen des Herrn Bundeskanzlers verzichtet werden kann.

Präsident: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. **Löschnak:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich verstehe Ihre Frage nicht. Die Grundfrage hat gelautet: Welche Auslandsreisen sind für das Jahr 1982 geplant? Soweit mir Mitteilungen zugegangen sind, sind keine geplant. (*Abg. Dr. Fischer: Bisher!*) Ich verstehe daher nicht, worauf man da verzichten soll. Man kann doch wohl nur auf etwas verzichten, was man schon hat oder was man in Aussicht genommen hat. Daher kann ich Ihre Frage wirklich nicht beantworten.

Präsident: Abgeordneter Frischenschlager.

Abgeordneter Dr. **Frischenschlager** (FPÖ): Herr Staatssekretär! Eine Frage: Glauben Sie in diesem Fall den Informationen, daß der Bundeskanzler in diesem Jahr tatsächlich keine Auslandsreisen macht? Mich würde es wundern, wenn ein Bundeskanzler ein Jahr lang nur im Lande bliebe. Er hat andere Gewohnheiten. (*Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Daß er zu keinem Scheich fährt!*)

Präsident: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. **Löschnak:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Frage hat gelautet, welche Auslandsreisen für das Jahr 1982 geplant sind. Geplant sind, wie ich ausführte, keine, aber ich schließe damit nicht aus, daß der Herr Bundeskanzler eine Auslandsreise antritt, wenn sich die Situation in irgendeinem Teil der Erde so ändert, daß er meint, daß er dazu beitragen kann, die Situation zu verbessern und damit auch die Situation für die österreichischen Mitbürger zu verbessern.

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Einlauf und Zuweisung

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortungen 1508/AB bis 1513/AB sowie 1/ABM eingelangt sind.

Präsident

Den in der letzten Sitzung eingebrachten Antrag 147/A der Abgeordneten Wille, Dipl.-Vw. Dr. Stix und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz geändert wird, weise ich dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung zu.

1. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Bericht des Bundesministers für Finanzen (III-105 der Beilagen betreffend den Finanzschuldenbericht 1981 der Österreichischen Postsparkasse (891 der Beilagen))

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Finanzschuldenbericht 1981 der Österreichischen Postsparkasse.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Hasler. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Ing. **Hasler:** Herr Präsident! Hohes Haus! Im Sinne des Beschlusses des Staatsschuldenausschusses vom 18. Mai 1971 hat der vorliegende Bericht, da er im letzten Jahr der Funktionsperiode des Ausschusses erstellt wurde, wieder den erweiterten Umfang der Berichte 1970, 1973 und 1977. Er beschreibt somit nach einer umfassenden Darstellung und Analyse der Schuldengabung 1980 und des ersten Quartals 1981 auch die Entwicklung der Finanzschuld des Bundes in den Jahren 1975 bis 1980 und umfaßt weiters die Entwicklung des österreichischen Geld- und Kapitalmarktes unter Einbeziehung der wesentlichen Faktoren der internationalen Finanzmärkte in dem genannten Zeitraum.

Die in die Finanzschuldenberichte der beiden Vorjahre erstmals aufgenommene Darstellung der Entwicklung der Finanzierungsströme wurde auf den gesamten Berichtszeitraum 1975 bis 1980 ausgedehnt. Daran anschließend findet sich wie bereits 1979 und 1980 eine Vorschau für das laufende Jahr. Die Gegenüberstellung der finanziellen Vermögensänderungen in den Sektoren „Private Haushalte und Wirtschaftsunternehmen“, „Finanzierungsinstitute“, „Bund“, „Sonstige öffentliche Haushalte“ und „Ausland“ basiert auf einer von der Österreichischen Postsparkasse bei den Referenten des Wirtschaftsforschungsinstitutes Dr. Heinz Handler und Dr. Gerhard Lehner in Auftrag gegebenen Studie „Finanzielle Interdependenzen in Österreich“, die heuer als Beilage zum Finanzschuldenbericht veröffentlicht wird. Die im

Arbeitsjahr 1980/81 abgegebenen Empfehlungen sind im Anhang wiedergegeben.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat den gegenständlichen Bericht in seiner Sitzung am 6. November 1981 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr, Dkfm. Bauer, Dkfm. Dr. Steidl, Dr. Veselsky, Dr. Feurstein, Dr. Nowotny und Kern sowie der Bundesminister für Finanzen Dr. Salcher.

Bei der Abstimmung wurde mehrstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme des vorliegenden Berichtes zu empfehlen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Finanz- und Budgetausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht des Bundesministers für Finanzen über den Finanzschuldenbericht 1981 der Österreichischen Postsparkasse (III-105 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Herr Präsident! Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzutreten.

Präsident: Ich danke für die Ausführungen.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Taus.

10.04

Abgeordneter Dr. **Taus** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin kein prestigebewußter Mensch und lege persönlich überhaupt keinen Wert darauf, daß die Ministerbank besetzt ist, wenn ich rede. Aber daß bei einem Bericht . . . Verzeihung, es ist nun der Herr Staatssekretär hier.

Ich würde aber meinen, daß jemand vom Finanzministerium da sein sollte, denn immerhin haben wir das erste Mal in der Geschichte der Zweiten Republik einen Finanzminister und zwei Staatssekretäre im Bundesministerium für Finanzen, also irgend jemand hätte da wohl Zeit finden müssen, auf der Ministerbank zu sitzen, wenn es um einen Staatsschuldenbericht geht, meine Herren. (Beifall bei der ÖVP. — Bundesminister Dr. Salcher betritt die Regierungsbank. — Abg. Graf: *Lupus in fabula!*) Okay, okay. Es geht ja nicht um den Redner, sondern es geht einfach um das Parlament, deshalb . . . (Abg. Peter: . . . Salcher kommt!) So ist es, wunderbar, alles in Ordnung. Sie müssen sich darüber gar nicht alterieren. Wenn Sie dann reden, können Sie ja verlangen, daß niemand hier herunter sitzt. (Beifall bei der ÖVP. —

Dr. Taus

Zwischenruf des Abg. Peter.) Irgend jemand von Ihnen wird schon reden. *(Bundesminister Dr. Salcher: ... Mock hat mich dringend aufgehalten!)* Ja.

Meine Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei wird den Staatsschuldenbericht des Postsparkassenamtes ablehnen. Ich gebe durchaus zu, daß das ein ungewöhnlicher Schritt ist, einen an sich ordentlich zusammengestellten Bericht abzulehnen. Lassen Sie mich aber nur mit ein paar Sätzen begründen, warum wir das tun werden. Meine Herren Kollegen, die nach mir reden werden, werden sich eingehender damit befassen.

Wir haben als Österreichische Volkspartei in den letzten Jahren immer moniert, daß es keinen Sinn hat, schönzufärben. Wir haben immer moniert, daß es keinen Sinn hat, eine Lage besser darzustellen, als sie tatsächlich ist.

Nun hat es eine Diskussion gegeben, daß man einige Tabellen in diesem Bericht, die jahrelang im Bericht enthalten waren und die gezeigt haben, daß Österreich in den letzten Jahren eine überdurchschnittlich schnelle Expansion der Staatsschuld gehabt hat, weggelassen hat und sie trotz des Ersuchens der Herren, die uns nahestehen und in dem Staatsschuldenausschuß sitzen, nicht hineingegeben hat.

Jetzt will ich eine solche Situation nicht überbewerten. Aber wir wollen Ihnen mit unserer Ablehnung zeigen, meine Damen und Herren, daß es doch keinen Sinn hat schönzufärben und daß es viel besser ist, wenn man die Lage realistisch darstellt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dieser Staatsschuldenbericht zeigt, wie auch die Budgetdebatte und wie alle wirtschaftspolitischen Diskussionen erwiesen haben, daß die Bundesregierung eigentlich seit geraumer Zeit — meiner Meinung nach eigentlich seit den Jahren 1973 und 1974 — vor allem im Staatsschuldenbereich nicht eine bewußte konzeptive Wirtschaftspolitik getrieben hat, sondern daß sie eigentlich bis zum heutigen Tag eine Getriebene gewesen ist und selbst in Zeiten eines bedeutenden Wirtschaftswachstums der Schuldenberg in Österreich, und zwar der Schuldenberg der öffentlichen Hand, rasch gewachsen ist.

Ich möchte jetzt gar nicht sosehr in Details und auf Zahlen eingehen. Aber immerhin, wenn sich zwischen 1970 und 1981 die Staatsschuld in etwa versechsfacht hat, nachdem sie sich zwischen 1960 und 1969 nicht einmal verdoppelt hat, dann sprechen eigentlich allein schon diese wenigen Angaben für sich.

Aber, meine Damen und Herren, wir haben ja im Augenblick, und nicht nur im Augenblick, eine schwierige Situation, und die Österreichische Volkspartei hat seit Jahren von dieser Stelle aus in diesem Haus und in der Öffentlichkeit auf die Problematik der wirtschaftspolitischen Lage, die sich ja langsam angekündigt hat, hingewiesen. Das ist ja nicht so, daß wirtschaftspolitische Entwicklungen über Nacht eintreten, das ist eher der seltene Fall, sondern es sind langsame Entwicklungen, die zunächst einmal gar nicht so schwierig ausschauen, die aber dann im Lauf der Zeit immer dramatischere Akzente bekommen.

Wir haben Ihnen das von dieser Stelle aus viele Jahre hindurch gesagt, Das hat nichts mit Miesmacherei zu tun. Das ist nicht übertriebene Oppositionskritik gewesen, sondern das war die Darstellung der Auffassung der Österreichischen Volkspartei zur wirtschaftlichen Situation unseres Landes.

In den letzten Monaten ist es selbst dem gutgläubigsten Beobachter der österreichischen Wirtschaftsszene aufgefallen, daß nun auch bei uns eine Entwicklung eingetreten ist, von der ich durchaus zugebe, daß sie zurückgestaut wurde und dieses Zurückstauen in den Menschen Hoffnungen erweckt hat. Das heißt, daß Österreich, nun erkennbar für die Masse der österreichischen Staatsbürger, in eine wirtschaftlich schwierige Lage hineingeraten ist, und wir werden aus dieser wirtschaftlich schwierigen Lage nur herauskommen, wenn wir realistisch feststellen, daß es so ist, und eine Schönfärberei, gleichgültig, wo immer sie stattfindet, endlich aufgeben, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Lassen Sie mich jetzt nur ein paar Punkte im Zusammenhang mit dem Finanzschuldenbericht herausgreifen.

Ich gebe Ihnen durchaus zu, daß das Durchtauchen durch eine kurze Rezessionsperiode, wie es die Regierung probiert hat, etwas ist, das man versuchen kann. Aber das ist mißlungen. Es geht um keine kurze Rezessionsperiode, sondern es geht in Österreich darum, daß wir auch eine Strukturkrise haben, daß wir uns intern um diese Strukturkrise zuwenig gekümmert haben und daß wir zusätzlich — ich habe das von dieser Stelle aus immer betont — auch mit einer schwierigen internationalen Lage zu rechnen haben.

In dieser Situation — und das spiegelt eben dieser Finanzschuldenbericht wider — ist praktisch die österreichische Budgetpolitik mehr oder minder handlungsunfähig, bezie-

Dr. Taus

hungsweise, um das so auszudrücken, der Handlungsspielraum der Finanzpolitik bewegt sich gegen Null.

Der Herr Finanzminister hat das ja auch schon in einer ganzen Reihe von Äußerungen zugegeben. Ich möchte nicht langatmig zitieren, aber aus Anlaß der Klausur der Bundesregierung hat er dem Sinne nach — ich habe mir die Stelle herausgenommen; wenn ich es rasch finde, werde ich es Ihnen schneller sagen — gesagt, wenn er eine ähnliche Aktion starten würde wie 1975, würde sich das Budgetdefizit um 60 Milliarden Schilling erhöhen.

Ich möchte mich jetzt mit dieser Regierungsklausur nicht beschäftigen, da waren die Ergebnisse in meinen Augen eher dürftig, wiewohl ich aber durchaus zugebe, daß das Mock-Kreisky-Abkommen eine ganze Reihe von Maßnahmen bringen wird, von denen wir glauben, daß sie sehr heilsame wirtschaftspolitische Auswirkungen in Österreich haben werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nun zu einigen Punkten kommen, die für mich besorgniserregend sind.

Ich bin eigentlich ein wenig erschrocken, als ich gestern am Abend in den Nachrichten gehört habe, daß Sie, Herr Bundesminister — Sie werden sicherlich dem Hohen Hause mehr darüber berichten können, wenn Sie glauben, daß es schon reif ist, darüber zu reden —, gestern mit dem saudi-arabischen Finanzminister zumindest darüber gesprochen oder ein Abkommen getroffen haben — ich weiß es nicht —, daß Saudi-Arabien Österreich namhafte Kredite einräumen wird, und es stand heute in irgendeiner Zeitung — ich weiß es nicht, wo ich es gelesen habe —, daß das rund 15 Milliarden Schilling oder so sein soll. Ich habe das nur irgendwo gelesen, Sie werden das sofort korrigieren können, ich bin ja nur auf die Medien angewiesen.

Und nun, meine Damen und Herren, geht es mir um ein fundamentales wirtschaftspolitisches Problem: Österreich, und zwar nur der Staat, nur die Republik, hat in den letzten Jahren die Auslandsschuld verneunfacht. Meine Damen und Herren, stellen Sie sich das vor: In einem Zeitraum von zehn Jahren haben wir das Neunfache an Auslandsschulden nur der Republik! Ich zähle jetzt gar nicht die Haftungen dazu, die wir in Fremdwährung übernommen haben, ich zähle gar nicht dazu, was zum Teil bei den Ländern, vielleicht auch bei manchen größeren Gemeinden, im Ausland aufgenommen wurde, und ich zähle auch nicht dazu, was die eine oder andere größere Firma im Ausland an Krediten aufge-

nommen hat; es gibt darüber intern in der Notenbank sicherlich umfassende Statistiken, die bis auf den letzten Heller die Gesamtverschuldung unseres Landes im Ausland darstellen.

Ich möchte mich jetzt einmal grundsätzlich mit dieser Frage der Auslandsverschuldung Österreichs beschäftigen, weil wir aufzufallen beginnen. Wir beginnen international aufzufallen, und ich möchte Ihnen nur ganz kurz wenige Zitate vorlesen, weil so etwas rechtzeitig gesehen werden soll und weil uns ein solches Auffallen Probleme bringen kann.

Ich habe hier den Wirtschaftsteil der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ von gestern; ich könnte auch andere Zitate bringen, ich möchte mich aber mit diesem einen begnügen. Da gibt es als Schlagzeile des Wirtschaftsteiles: Über 200 Milliarden Dollar neue Eurokredite.

Und dann gibt es in diesem Artikel einen Satz, der folgendermaßen lautet: Zu den Großschuldnern am Euromarkt — also dort, wo Eurodollar, Euromark, was immer es ist, also vom Schillingstandpunkt aus und von Österreich aus gesehen Fremdwährung, aufgenommen werden —, zu den Großschuldnern auf diesem Markt gehören auch viele europäische Länder, vor allem die Belgier, die Skandinavier und die Österreicher.

Und dann gibt es eine Tabelle bei den Industrieländern — die wichtigsten Länder der Neuverschuldung am Euromarkt —, und da stehen wir im Jahr 1980 mit 1,9 Milliarden Dollar, im Jahr 1981 mit 2 Milliarden Dollar. Da sind die Engländer dabei, die Dänen, die Schweden, um einige Länder zu nennen, die Vereinigten Staaten; aber die verschulden sich ja in der Regel in ihrer eigenen Währung, also in Dollar, für die ist das nicht so ein Problem. Es sind natürlich andere wichtige Länder, kleine Industriestaaten, wie die Holländer, wie die Norweger, wie die Schweizer, nicht enthalten. Man muß das sehen.

Was heißt denn das? — Das heißt, daß Österreich nun langsam, aber sicher in jenen Kreis von Ländern eintritt, die sich auf den internationalen Märkten in Fremdwährung schwer verschulden.

Ich würde jetzt diese Dinge nicht so herausgestellt haben, wenn nicht so allgemein eine gewisse Häme in der internationalen Presse entstände, daß man sagt, das österreichische Wirtschaftswunder, oder wie immer man das bezeichnet, sei ja nun auch vorbei.

Ich möchte gar nicht den „Spiegel“ zitieren, wiewohl es natürlich schon erstaunlich ist,

Dr. Taus

daß der „Spiegel“ einen Artikel geschrieben hat, in dem steht: Modell Österreich abgewirtschaftet. — Das kann ja jeder lesen.

Jetzt weiß aber jeder, daß der „Spiegel“, sagen wir es einmal vorsichtig, christlich-demokratischen Parteien wie der Österreichischen Volkspartei ja nicht übertrieben freundlich gegenübersteht und eigentlich für sozialdemokratische Parteien immer sehr viel übrig gehabt hat. Das muß man ja sagen. Es ist nichts Böses, das ist einmal so. Immerhin, ein Blatt, das zumindest einen Linksdrall hat, beginnt nun, über Österreich mit einem gewissen hämischen Unterton zu sagen: hat abgewirtschaftet.

Mir gefällt so etwas nicht. Mir gefällt es nicht, aber es ist jetzt der Rückschlag, es ist genau das, was wir auch von diesem Platz aus verschiedentlich gesagt haben und wo man uns eigentlich so weggewischt hat, wo man gemeint hat, wir seien neidig auf die Erfolge der Regierung, und ähnliches mehr.

Meine Damen und Herren! Es ist nie gut, wenn ein großes Land, aber schon gar nicht, wenn ein kleines Land sich selber zuviel rühmt. Jahrelang hat die Regierung in der nationalen und in der internationalen Öffentlichkeit erzählt, daß wir eigentlich die Besten seien. Wenn ich das behauptete, behauptete ich auf jeden Fall damit, daß die anderen schlechter sind, und dann kommt genau der Punkt, wo sich alle das gemerkt haben und die Rechnung präsentieren, und das heißt zunächst einmal nur eine publizistische Rechnung, weil sich niemand sehr gerne sagen läßt, national und international nicht, daß er eigentlich untüchtiger, ungeschickter oder vielleicht sogar dümmer ist als andere. — Das ist eine eher ungeschickte Politik gewesen, und wir beginnen nun, die Früchte dieser Politik zu ernten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

In der Wirtschaft und in der Wirtschaftspolitik ist es noch immer das Vernünftigste, selbst wenn man gut dasteht, nicht groß drüber zu reden, sondern sich drüber zu freuen, daß man gut dasteht, zufrieden damit zu sein, aber nicht unbedingt alle aufmerksam zu machen, noch dazu, wenn man ein kleines Land ist.

Und nun lassen Sie mich einen Schritt weitergehen. Was mich in den letzten Tagen noch so irritiert hat, weil wir ja schließlich und endlich alle in einem Boot hier sitzen, war die Meinung — es ging um die Finanzierung des berühmten Konferenzentrums, das ja nun schon langsam jeder Österreicher kennt —, daß uns das gewissermaßen nicht viel Geld kosten würde, denn das werden uns die Saudis finanzieren.

Meine Damen und Herren! Wer uns das finanziert, ist völlig gleichgültig, sie werden es uns nicht schenken! In Wahrheit wird es eine Erhöhung unserer Auslandskredite bedeuten, überhaupt nichts anderes. Ob ich das im Leasing-Verfahren mache, in welchem Verfahren auch immer, wie ich das dann verbuche, ob das sofort ins Budget zu Buch schlägt, ob ich das noch nicht verbuchen muß und ähnliches, das ist völlig belanglos: ökonomisch schulden wir dem Ausland wieder mehr Geld.

Und nun sind wir bei der entscheidenden Frage. Es gibt eben einen Unterschied zwischen der Auslandsschuld und der Inlandsschuld, denn jeden Schilling, den die Republik, vertreten durch den Bundeskanzler und den Finanzminister oder wen immer, im Ausland in Fremdwährung zur Finanzierung des Budgetdefizits, also häufig für konsumtive Zwecke aufnimmt, den muß irgendeine Firma in Fremdwährung durch Exporte verdienen. Das heißt also: Jeden Schilling Auslandsschuld mehr, wo wir die Zinsen ins Ausland zu zahlen haben, wo wir die Rückzahlung ins Ausland zu geben haben, müssen die Firmen, die Unternehmen, der Produktionsapparat im harten Konkurrenzkampf auf den internationalen Märkten verdienen, und sie müssen damit einen Teil unseres Sozialprodukts an diejenigen abliefern, der uns vorher diese Kredite gegeben hat. Daher, meine Damen und Herren, ist das Auslandsverschulden und dieses rasche Tempo der Auslandsverschuldung für die unmittelbare Zukunft unseres Landes echt besorgniserregend. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Lassen Sie mich hier nur ganz kurz etwas zitieren: Ich habe hier ein Interview, das der deutsche Bundesbankpräsident, Karl Otto Pöhl, in der zweiten Dezemberhälfte gegeben hat, da beschäftigt man sich auch mit Auslandsverschuldung. Pöhl gibt hier eine Antwort, die lautet: Das Ganze — es geht um Budgetfinanzierungen, Kreditaufnahmen im Ausland — darf natürlich nicht dazu führen — sagt der deutsche Bundesbankpräsident —, daß das Defizit der öffentlichen Haushalte durch eine Kreditaufnahme im Ausland größer wird. Wenn der Bund einen Teil seiner Defizite im Ausland finanziert, ist dagegen aus heutiger Sicht nichts einzuwenden.

Dann kommt der Frager: Solange er sich in D-Mark verschuldet?

Antwort von Pöhl: Das sowieso. Er hat sich ja bisher — der deutsche Bund — ja auch nur in D-Mark verschuldet. Für eine Verschuldung in fremden Währungen besteht angesichts der eher zunehmenden Attraktivität

10342

Nationalrat XV. GP — 102. Sitzung — 21. Jänner 1982

Dr. Taus

der D-Mark glücklicherweise keine Notwendigkeit.

Das heißt, überall wird natürlich das Risiko einer großen Auslandsverschuldung gesehen, überall wird es gesehen, während wir munter den Weg gehen, uns im Ausland weiter zu verschulden, ohne zu überlegen, was das für Konsequenzen hat, auch für die Budgetpolitik, auch für den budgetären Finanzierungsspielraum.

Aber die Hauptfrage liegt für mich so: Betrachten Sie die Auslandsschulden nicht genauso wie die Inlandsschulden. Sie wissen genau, daß mit jedem Schilling Auslandsverschuldung unsere unmittelbare Zukunft weit schwerer belastet wird, als wenn sich der Bund vielleicht im Inland verschuldet hätte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Es ist noch ein Risiko dabei. Die internationale Finanzwelt ist nervös geworden aus einer ganzen Reihe von Gründen. Sie wissen, bei jeder Finanzinstitution gibt es sogenannte Länderplafonds, bei jeder Bank, überall. Und die werden jetzt eher restriktiv ausgelegt, und unser Problem beginnt in dem Moment, wenn wir an Länderplafonds stoßen. Jetzt will ich nicht sagen, daß wir schlechte Schuldner sind, wir wollen unser österreichisches Licht nicht unter den Scheffel stellen.

Aber es kann uns sehr leicht passieren, daß da oder dort eine Diskussion entsteht und dann muß man zu einer anderen Adresse gehen. Dann können wir nicht mehr zu einer ersten Bankadresse gehen, dann müssen wir unter Umständen zu einer zweiten, einer dritten gehen, und überall kostet die Verschuldung dann etwas mehr, und immer mehr engen Sie damit den Spielraum, den Sie haben als Finanzminister, ein.

Das ist ein technisches Problem, wie ich es hier schildere, aber in Wahrheit ist es ein eminent politisches und wirtschaftspolitisches Problem, und ich darf Ihnen hier im Namen der Österreichischen Volkspartei sagen, wir finden das Tempo der Auslandsverschuldung für ausgesprochen besorgniserregend. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun aber lassen Sie mich weiter zu einem Punkt kommen, der ja auch im Bereich der Schuldenpolitik liegt, und wir haben ja in dem Finanzschuldenbericht eine sehr saubere Darstellung der Entwicklung, zumindest nur der Finanzschulden in Österreich. Es wäre vernünftig, wenn Sie sich auch einmal mit den Verwaltungsschulden und den Verpflichtungen und den anderen Dingen auseinandersetzen.

Ich möchte hier gar nicht schwarzmalen, immer gibt es einen Weg, den man doch noch gehen kann. Aber ich persönlich bin der Meinung, daß wir wirtschaftspolitisch mit hoher Wahrscheinlichkeit die schwierigste Situation seit dem Staatsvertrag haben.

Was unsere Situation eigentlich so problematisch gemacht hat, ist, daß der Rückstau mancher Probleme, der jahrelang der Bevölkerung gutgetan hat — und wir haben uns von der Österreichischen Volkspartei nie gegen die Vollbeschäftigungspolitik gewandt und wir werden das auch in Zukunft nicht tun —, aber jetzt passiert uns das, daß uns hier die Netze löchrig werden — ein Netz ist immer löchrig *(Abg. Dr. Fischer: Genau!)* —, zumindest in manchen Bereichen zu reißen beginnen. Das ist das Problem des freien Redens, Herr Abgeordneter Fischer, ich habe es noch rechtzeitig bemerkt und korrigiert, lassen Sie Gnade walten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Hauptfrage liegt darin, daß wir nun etwa seit dem Frühjahr des vergangenen Jahres eine schon besorgniserregend schnelle Zunahme der Arbeitslosigkeit registrieren können. Nachdem also wir in Österreich — und da haben wir auch mitgetan — den Erfolg der Wirtschaftspolitik auch nicht zuletzt daran gemessen haben, wie hoch die Arbeitslosenraten sind, das heißt, es war möglich, der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung dieses Landes Arbeit und Brot zu geben, so sehen wir nun, daß die Indikatoren seit dem Frühjahr auf Sturm zeigen und die Unternehmungen eigentlich nicht mehr in der Lage sind, die Leute zu halten. Ich werde mich damit auseinandersetzen, weil das natürlich unmittelbar mit der Staatsschuldenpolitik zusammenhängt. Lassen Sie mich das ganz kurz zu argumentieren versuchen.

Ich habe geglaubt, nachdem ich mir die Zahlen ein bißchen angesehen habe, daß wir im Dezember schon ungefähr auf eine freie Stelle rund 5 Stellensuchende gehabt haben, da ist sicherlich ein Teil in der Arbeitslosigkeit saisonal drinnen. Aber, meine Damen und Herren, lassen wir uns nicht täuschen, wir müssen von der Annahme ausgehen, daß ein großer Teil dieser hohen Winterarbeitslosigkeit nicht saisonal ist, sondern daß er ein stärkeres Element der Dauer hat, als man vielleicht da oder dort glaubt.

Das heißt also, der beschäftigungspolitische Plafond, den wir wirtschaftspolitisch in diesem Land eingezogen haben — wir haben uns dazu bekannt, wenn wir auch den Weg, den Sie gegangen sind, nicht immer bejaht haben —, beginnt nun brüchig zu werden. Und es

Dr. Taus

läßt sich auch argumentieren, warum er brüchig wird.

Wenn so etwas passiert bei einem Land, das so lang bestimmte Probleme zugedeckt hat, wie wir das getan haben, dann beginnt etwas sehr Unangenehmes, daß nämlich das, wo die anderen vielleicht zwei, drei Jahre sich daran gewöhnt haben — denn Arbeitslosigkeit ist nicht etwas, an das man sich gewöhnen darf —, aber die anderen in zwei, drei, vier Jahren hineingeglitten sind, passiert uns jetzt möglicherweise in einer sehr kurzen Zeitspanne!

Ich war immer der Meinung, daß diese gefährliche Situation von Ihrer Seite erkannt wird, und ich habe es eigentlich begrüßt, als unser Parteiboss Dr. Mock in vielen, vielen Gesprächen mit dem Bundeskanzler versucht hat, einen Grundkonsens in der Wirtschaftspolitik zu erreichen. Sie wissen ganz genau, daß er in den Medien schon nicht mehr gut behandelt wurde, und es ist immer gesagt worden, mein Gott, jetzt redet er mit dem Dr. Kreisky und redet, wird ihn dieser routinierte Politiker da nicht vielleicht hinters Licht führen und ähnliches mehr. Das haben wir überall in den Medien gelesen.

Aber die Linie, die hier Mock gegangen hat, war völlig richtig, und das Abkommen, das er mit dem Bundeskanzler geschlossen hat, ist von mir als eine zarte Pflanze, als ein Versuch, einen Konsens in dieser schwierigen Zeit zu kriegen, gewertet worden, und es hat sich gezeigt, daß das, was er hier getan hat, was ihm in der Öffentlichkeit zunächst gar nichts gebracht hat, ein völlig richtiger Weg war, auch für eine Oppositionspartei. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Genauso ununterbrochen gesprächsbereit, es ist fast förmlich gesagt worden, wir sind bereit, mit euch zu reden in dieser Lage, war auch unser Wirtschaftssprecher, der Abgeordnete Graf, und auch ihm hat man das nicht immer nur positiv ausgelegt. Auch in den eigenen Reihen, warum sollen wir das leugnen. Und ich habe mich wirklich gefreut, als dann dieses Abkommen geschlossen wurde, denn ich gebe Ihnen ehrlich zu, ich habe in der jetzigen Situation wirkliche Bedenken, und ich habe gedacht, vielleicht gelingt es uns in Österreich, die minimalen Chancen zu nützen, die wir haben, diese Entwicklung teilweise zu korrigieren. Ich muß Ihnen ehrlich gestehen, ich bin im Moment ein Enttäuschter, und ich sage Ihnen auch, warum ich ein Enttäuschter bin.

Ich habe gedacht, daß dieses Dezember-Klima, das hier entstanden ist, die Basis sein kann — die ja letztlich zwischen allen drei

Parteien hier entstanden ist —, daß man einen vernünftigen Weg versucht. Und die Entwicklung der letzten Tage und Wochen im neuen Jahr hat — eigentlich für mich unverständlich — ein wirtschaftspolitisches Klima in die Diskussion hineingebracht, von dem ich glaube, daß es der derzeitigen Situation nicht angemessen ist.

Wenn eine Opposition in einer solchen Lage, wo sie ja mit allen Rohren schießen könnte und die Verantwortung mit Recht der Regierung zuschieben kann, noch dazu einer Regierung, die 12 Jahre regiert, wenn die in einer solchen Lage die Hand hinstreckt und sagt, es ist so gefährlich, also probieren wir doch etwas, und dann beginnen wir eine Reihe von Schlägen zu kriegen, dann ist das für mich aus staatspolitischen Gründen, meine Damen und Herren, völlig unverständlich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Als die Regierung auf ihre wirtschaftspolitischen Erfolge hingewiesen hat und die Menschen geglaubt haben, es geht uns ohnedies allen gut, alles ist bestens, hat man die Opposition ein bißchen von oben herab behandelt. Das ist zwar menschlich nicht schön, ist wahrscheinlich langfristig oder mittelfristig gesehen nicht einmal politisch klug, aber wenn Sie wollen, ich habe dafür, auch wenn es mich in vielen Punkten getroffen hat, persönlich Verständnis gehabt. Das passiert halt. Wenn einer auf einem Pferd sitzt und der andere muß brav daneben hergehen, dann hat der auf dem Pferd sitzende eine Zeitlang das Gefühl, daß er etwas Besseres ist. Haben wir in der ÖVP durchgelitten, durchgestanden, hat uns nicht geschadet. Aber wenn man sieht, daß man von dem Pferd heruntersteigen muß, daß man sich dann genauso verhält, dafür fehlt mir das Verständnis, das halte ich für nicht klug. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das halte ich nicht einmal für parteipolitisch klug.

Meine Damen und Herren, worum geht es uns denn jetzt? Sehen Sie, der erste Punkt, die Sozialpartnerschaft. Ich habe hier, habe es auch nur den Zeitungen entnommen, abwertende Bemerkungen des Herrn Bundeskanzlers gehört über die Sozialpartnerschaft. Jetzt kann der eine eher positiv zur Sozialpartnerschaft stehen, der andere wieder ein bißerl weniger positiv dazu stehen, aber, meine Damen und Herren, was das Land jetzt braucht, ist einfach diese Institution für die Wirtschaftspolitik. Und in dieser Situation muß die Sozialpartnerschaft in meinen Augen eher gestärkt, in den Vordergrund gerückt werden, als daß ich versuche, sie so ein bißchen auf die Seite zu schieben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dr. Taus

Wobei ich Ihnen sage — das ist jetzt meine rein subjektive Einschätzung, die mag nicht richtig sein —, die Sozialpartnerschaft während Ihrer Regierungszeit hat Ihnen sicher mehr gebracht, als sie uns politisch gebracht hat, um das ganz nüchtern zu sagen. Das ist so. Trotzdem, daher verstehe ich es umso weniger.

Und wenn Österreich, meine Damen und Herren, auch nur eine kleine Chance hat, diese jetzige Lage zu bewältigen, dann hat sie diese Chance einfach — und ich sage das auch als oppositioneller Abgeordneter — überhaupt nur, wenn es uns gelingt, diesen Basiskonsens durchzutragen und Schritt für Schritt eine Maßnahme nach der anderen, wenn es geht miteinander, zu setzen, wo wir auch unorthodoxe Maßnahmen versuchen, wo wir versuchen können, vielleicht die ärgsten Probleme von uns abzuhalten. Ich sage Ihnen das als Oppositionsabgeordneter hier, daß das eine zwingende Notwendigkeit ist. Aber in Wahrheit müßte das die Regierung sagen (*Beifall bei der ÖVP*), die müßte jetzt die Opposition einladen, hier mitzutun in einer solchen Situation.

Jetzt ist der Herr Bundeskanzler heute nicht da, er ist krank, wir wünschen ihm eine baldige Besserung, aber in Wahrheit habe ich nicht verstanden, daß ein Mann, der so lange in der Politik ist, in den letzten 14 Tagen ein paar Dinge gemacht hat, die vielleicht wichtige Maßnahmen verzögern. Und das muß man ja auch sagen, die Regierungsklausur hat ja keine Inflation an guten wirtschaftspolitischen Ideen gebracht, die waren ja schon vorher in dem Mock-Kreisky-Abkommen drinnen, nachher ist ja nicht mehr sehr viel übrig geblieben. Und es ist ja nichts Neues herausgekommen bei der Regierungsklausur. Auch das muß man hier einmal festhalten.

Ich glaube, wenn wir die Tage einigermaßen bewältigen wollen, und ich will nicht schwarzmalen, die schönste Sache für mich wäre es, wenn die Konjunktur wieder anziehen würde, aber wir müssen davon ausgehen, daß sie nicht anzieht, daß sie eine Weile noch sehr tief im Tal bleibt und daß wir eine Schwierigkeit nach der anderen bekommen, daß wir schwer zu ringen haben werden, eine angemessene Beschäftigungssituation zu halten. Es ist überhaupt nur möglich in Zukunft, ein einigermaßen akzeptables Ergebnis zu haben, wenn die Annahme, die ich gemacht habe, daß es nicht so schnell aufwärts geht, stimmt, wenn wir mit unorthodoxen Maßnahmen vorgehen.

Und ich sage Ihnen ein paar Punkte, von denen ich glaube, daß sie notwendig sind.

Das Erste, das Um und Auf, meine Damen und Herren, ist: Alle, die in der Wirtschaft tätig sind, müssen Vertrauen in die Wirtschaftspolitik haben, in die Kontinuität dieser Politik. Sie dürfen nicht fürchten, daß die zusätzlichen Schuldenaufnahmen zu neuen Steuern führen, sie dürfen nicht fürchten, daß eine schlechte Ertragslage von Unternehmungen zu Beschimpfungen der führenden Leute dort führt, Sie wissen vielleicht gar nicht, wie das einschlägt, daß dann viele sagen, ja Moment einmal, ich investiere, ich riskiere meine ganze Reputation, mein ganzes Prestige, dann geht mir etwas schief und was passiert mir dann, ich werde möglicherweise noch als untüchtig, unfähig abgekanzelt. Das gilt für Private genauso wie für Verstaatlichte, meine Damen und Herren, das sind auch nur Menschen, die dort agieren, die auch nur einen Ruf haben, auch nur ein Leben haben. Der handelt dann nicht mehr. Der sagt sich, ich mache lieber nichts, das ist vielleicht für mich die günstigste Situation, als daß ich mich auf ein Risiko einlasse. Das meine ich auch unter Vertrauen. Es hat keinen Sinn, wenn man Menschen, die entscheiden sollen, in ihrer Entscheidungskapazität noch verunsichert, wie das in den letzten Monaten geschehen ist. (*Beifall bei der ÖVP*)

Die zweite Frage ist: Ich gebe zu, es ist für die Gewerkschaft nach der traditionellen Meinung, ich komme schon darauf zurück, gar nicht so einfach, diese Sache hinzukriegen.

Auch in Österreich müssen die Ertragserwartungen, die Gewinnerwartungen der Unternehmungen verbessert werden. Es kann kein Mensch in der unternehmerischen Sphäre etwas tun, wenn er keine positiven Gewinnerwartungen hat. Das heißt, nur über die positive Gewinnerwartung wird der Arbeitsplatz gesichert und über gar nichts anderes. (*Beifall bei der ÖVP*)

Jetzt sind wir soweit, daß eine hohe Staatsverschuldung, die die Budgetpolitik mehr und mehr einengt, Arbeitsplätze zerstört, weil die Budgetpolitik ja ihren Handlungsspielraum verloren hat.

Und das ist eine entscheidende Frage für die Gewerkschaft. Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, ich bin viele Jahre Gewerkschaftsmitglied. Aber die Einkommenspolitik der Gewerkschaften trägt zu einem guten Teil dazu bei, ob wir die Lage meistern können. Jetzt will ich gar nicht sagen, daß das bisher von der Gewerkschaft schlecht gemacht wurde. Es wäre unfair von mir, wenn ich es sagen würde. Aber es ist schwierig, den Mitgliedern das beizubringen, daß man hier auf einem schwierigen Weg zu gehen hat: Auf der

Dr. Taus

einen Seite darf die Kaufkraft nicht zu stark sinken, auf der anderen Seite darf die Lohnpolitik nicht die Gewinnerwartungen zerdreschen. Diesen Weg zu gehen, ist für eine Gewerkschaft nicht einfach, aber natürlich, und jetzt gibt es eine sehr deutliche Sache, wenn man viel Macht hat, und der ÖGB hat viel Macht, dann hat man auch viel Verantwortung in einem Lande. Das gehört immer dazu. Macht und Verantwortung ist untrennbar verbunden, denn sonst wird Macht etwas Böses. Nur wenn sie sich der Verantwortung bewußt ist, dann ist es etwas Gutes. *(Beifall bei der ÖVP.)* Von der Einkommenspolitik wird viel abhängen, und das wird gar nicht leicht sein.

Denn wir müssen auf den exponierten Sektor, auf den Produktionsapparat schauen, auf die Leute, die im Ausland verkaufen müssen. Und wenn ich denen die Kostenstruktur zerstöre, daß ihre Austauschverhältnisse, ihre Möglichkeiten zu exportieren, beeinträchtigt werden, dann gibt es kein Halten der Arbeitsplätze. Und unser Heil müssen wir zu einem guten Teil unter anderem auch im Export suchen, und daher heißt es, daß die Gewerkschaftspolitik, die Lohnpolitik in Wahrheit mittelfristig, ich weiß, was ich damit sage, mit dafür zu sorgen hat, daß die Gewinnerwartungen steigen. Das klingt wie ein Paradoxon, aber das ist natürlich der Ausfluß einer Gesellschaft, in der, ich bekenne mich dazu, Arbeitnehmer gesellschaftliche Macht bekommen haben. Sie selber müssen sich jetzt ihre Arbeitsplätze sichern, sie selber mit ihrer Politik, mit der Politik ihrer mächtigen Institutionen, meine Damen und Herren. Das soll einmal hier in diesem Hause gesagt werden.

Und nun kommt die nächste Frage. Ich sage das nur ganz kurz, mit diesem Zinsniveau gibt es keine Erholung. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das riskiert niemand.

Das nächste, um das es geht: Herr Finanzminister und meine Damen und Herren von der Regierungspartei, ich habe vorhin gesagt, unorthodoxe Maßnahmen. Sie können mit der Österreichischen Volkspartei sogar über Budgetdefizite reden, wo der Herr Bundeskanzler in unserer Regierungszeit, bei kleinen Defiziten, gesagt hat, das ist ein Wahnsinn, ich glaube, bei 7 oder 8 Milliarden, Sie können mit uns sogar über Defizitpolitik reden, aber nur dann, wenn es um die Verbesserung des Produktionsapparates dieses Landes geht. Denn nur das sichert uns Arbeitsplätze und sonst überhaupt nichts, gar nichts anderes. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und jetzt, meine Damen und Herren, geht es ja um eine andere Frage. Ich verstehe

daher von Ihrer Seite nicht, wirtschaftspolitisch nicht, wie Sie jetzt, das ist eine Nebenfrage, eine Arabeske, ich will es nicht überbewerten, gestern ist lange genug darüber geredet worden, ich verstehe nicht, wie ein Objekt wie das Konferenzzentrum wirtschaftspolitisch so in den Mittelpunkt gestellt werden kann, so die innenpolitische Diskussion beherrschen kann. Sie haben doch lange gesagt, Sie verschieben's, das müssen sie doch verstehen.

Das bringt Ihnen beschäftigungspolitisch fast nichts, meine Damen und Herren. Außer Folgekosten, außer höheren Auslandsschulden bringt Ihnen das nichts. Das bringt uns allen wirtschaftspolitisch nichts.

Es geht doch nicht darum, daß man dort ein Gebäude hinstellt oder nicht. So kleinlich sind wir nicht, daß wir so etwas diskutieren, sondern wir glauben, daß man uns damit eher behindert. Aber das bringt uns doch nichts, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)* Prestige war noch nie ein guter Ratgeber. *(Abg. Dr. Veselsky: Kollege Taus, das war doch gerade die Linie Ihrer Kritik! Bevor noch die Regierung tagte, kam schon der Angriff auf diesen möglichen Beschluß!)*

Das war ja angekündigt, Herr Kollege Veselsky. Das war ja angekündigt, das haben Sie verschoben gehabt.

Ich wollte als Arabeske nur sagen: Es bringt uns doch nichts, es bringt uns doch nichts.

Wenn einem in einer so schwierigen Zeit ein Projekt nichts bringt, kann man als Regierung auch über den Schatten springen, wenn ich es sowieso schon verschoben habe. Aber lassen wir diese Sache weg. *(Abg. Dr. Keimel: Siehe Staatssekretär Veselsky: Aus nichts wird nichts!)*

Meine Damen und Herren! Ich habe hier einen Vortrag vor mir, den der Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts, Herr Dr. Kramer, vor dem Forum CA gehalten hat — der Vortrag ist gestern oder vorgestern in meine Hände gekommen —, wo Dr. Kramer sehr ausgewogen zusammenfaßt, worum es geht.

Er sagt hier zusammenfassend: „Die Beschäftigung hat sich im Herbst derart bedrohlich entwickelt, daß man guten Gewissens nicht mehr ohne Modifikationen am bisher überwiegend mittelfristig orientierten Kurs der Wirtschaftspolitik festhalten sollte.“

Er sagt dann auch in den weiteren Ausführungen — jeder kann es lesen, ich habe korrekt zitiert —, daß Änderungen Schritt für Schritt gemacht werden müssen, daß die Leute mehr miteinander reden sollen und daß

Dr. Taus

man vieles, vieles, was bisher liebgewordene Gewohnheit gewesen ist, ändern sollte.

Dieses Ändern, von dem hier die Rede ist — Sie können es nachlesen —, ist gar nichts anderes als der von unserem Parteiohmann verlangte Kurswechsel.

Ich weiß schon, für eine Regierungspartei ist das unangenehm. Sie können ein anderes Wort dafür verwenden. Das Verbale ist mir gleichgültig. Wenn Sie sagen, Änderung der Wirtschaftspolitik, Anpassung an die neue Situation, ist mir das alles recht.

Aber daß er recht gehabt hat mit dem Kurswechsel, das steht auch außer Frage für jeden. Meine Damen und Herren! Taufen wir ihn anders, aber führen wir ihn durch! Führen wir ihn durch im Interesse dieses Landes, führen wir ihn durch, weil wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, in einer viel schwierigeren Lage sind, als es vielleicht der eine oder andere vor einem Jahr noch angenommen hätte.

Das ist jetzt von meiner Seite überhaupt keine Einladung und überhaupt kein Versuch, sich irgendwo anzudienen. Ich habe das in den letzten Referaten, die ich die Ehre hatte, hier vor dem Hohen Haus zu halten, immer wieder gesagt, weil ich wirklich besorgt bin und weil ein kleiner neutraler Staat wie Österreich es sich einfach nicht leisten kann, große Dissonanzen in der Wirtschaftspolitik zu haben.

Unsere Partei, vor allem an der Spitze der Parteiohmann und der Wirtschaftssprecher, waren immer dafür in den letzten Monaten, daß man redet, weil jeder sieht, daß es schwierig ist. Wir sind bereit, das zu tun. Aber wir erwarten von Ihrer Seite, daß diese Bereitschaft dazu, für das Land und für die Menschen in diesem Lande etwas zu tun, nicht damit gelohnt wird, daß gewissermaßen Schläge für die freundlich hingestreckte Hand ausgeteilt werden. Das halte ich im Interesse Österreichs für eine schlechte Politik. *(Beifall bei der ÖVP.)* 10.43

Präsident: Zum Wort kommt der Abgeordnete Nowotny.

10.44

Abgeordneter Dr. Nowotny (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf gleich auf die letzten Worte des Abgeordneten Taus eingehen und begrüße es sehr, wenn er hier von Kooperation spricht, wenn er sozusagen die Hand ausstreckt. Nur muß ich natürlich sagen, es ist dann umso eigenartiger, wenn das, worüber Sie gesprochen haben, Herr Abgeordneter, nämlich der Finanzschulden-

bericht, von Ihrer Partei das erstmal abgelehnt wird, und zwar, Herr Kollege Taus, und das ist das besonders eigenartige, abgelehnt, obwohl er im Staatsschuldenausschuß einstimmig angenommen wurde, angenommen auch mit den Stimmen der Vertreter, die von der Bundeswirtschaftskammer entsandt wurden, mit den Stimmen der Vertreter, die von der Landwirtschaftskammer entsandt wurden, und sehr prominenter ÖVP-Vertreter, zum Beispiel des Herrn Generaldirektors Klauhs, der dort sitzt und den Sie offensichtlich damit auch als Schönfärber bezeichnen wollen.

Herr Kollege Taus, bei aller Liebe zur Kooperation, aber ich glaube, so einfach darf man es sich nicht machen. Man darf das nicht nur beim Verbalen lassen, dem müssen schon konkrete konstruktive Handlungen folgen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und was Ihre Begründung betrifft. Herr Kollege Taus: Ich war selber lange Mitglied dieses Staatsschuldenausschusses, zuletzt Vorsitzender, und ich kann Ihnen versichern, daß dort immer ein sehr kooperatives, ein sehr konstruktives Klima besteht, eine sehr gute Atmosphäre, und alle Informationen, die verlangt werden, auch gegeben werden. Inzwischen haben Sie auch alles, was Sie nachträglich noch verlangt haben, ebenfalls bekommen.

Ich möchte auch bei der Gelegenheit nicht versäumen, gerade der Postsparkassa und ihren Mitarbeitern sehr herzlich zu danken für die große Arbeit, die sie mit diesem Staatsschuldenbericht geleistet haben und die eine sehr gute und exzellente Arbeit gewesen ist.

Meine Damen und Herren! Sicherlich ist es so, daß ein solcher Ausschuß kein Präjudiz schaffen kann für die parlamentarische Behandlung. Es ist sicher Ihr gutes Recht, dann im Finanzausschuß zu sagen: Bitte schön, das lehnen wir ab.

Aber eines, meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP, muß man dann doch festhalten: Die von der Bundeswirtschaftskammer und von der Landwirtschaftskammer entsandten Mitglieder haben dem Bericht zugestimmt. Im Finanzausschuß haben Sie ihn dann abgelehnt. Das heißt, und das ist ja das interessante: Wir sehen hier wieder einmal ein Auseinanderfallen zwischen der Meinung der Fachleute, zwischen den fachlich begründeten Stellungnahmen auch der Leute von Ihnen und der politischen Linie, die Ihnen offensichtlich in Ihrem Klub oktroyiert wird, ein Auseinanderfallen zwischen Sachverstand und politischer Aktion.

Dr. Nowotny

Meine Damen und Herren! Es ist sicherlich Ihr gutes Recht, auf dieser Linie zu agieren, es gibt ja auch andere Fälle, wo das passiert ist. Aber ob das Ihrer politischen Glaubwürdigkeit, ob das dem Vertrauen in die wirtschaftspolitische Kompetenz Ihrer Seite, ob das wirklich Ihrem politischen Kurs entspricht, das, glaube ich, ist doch sehr die Frage.

Ich würde Ihnen doch empfehlen, meine Damen und Herren, sich in wirtschaftspolitischen Fragen zum Beispiel an den Herrn Generaldirektor Klauhs, den früheren Bundesfinanzreferenten, zu halten, statt an die politischen Instruktionen, die Sie vom politischen Direktor Ihres Klubs bekommen. Ich glaube, damit werden Sie gerade in der Wirtschaftspolitik sehr viel besser fahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich nun zum Finanzschuldenbericht 1981 Stellung nehmen darf, so ist er vor allem deshalb interessant, weil er die Möglichkeit gibt, die Entwicklung der öffentlichen Verschuldung über längere Zeiträume zu betrachten und damit gewisse grundlegende Tendenzen zu erkennen.

Wenn man nun diese längeren Tendenzen ansieht, so erkennt man sehr deutlich, daß die Ursachen des Anstiegs der öffentlichen Verschuldung, die wir in diesem Bericht finden, ganz eindeutig konjunktureller Natur sind. Das heißt, die Zunahme der öffentlichen Verschuldung ist eben nur dann richtig zu beurteilen, wenn man sie der erfolgreichen Vollbeschäftigungspolitik in diesem selben Zeitraum gegenüberstellt.

Meine Damen und Herren! Wir Sozialisten haben nie behauptet, daß Vollbeschäftigungspolitik kostenlos ist. Sicher, alles in der Wirtschaft hat irgendwo Kosten. Aber, und das ist unsere Überzeugung, wir sind sicher, daß es Kosten sind, die hier gut angelegt waren, Kosten, die es uns ermöglicht haben, die Vollbeschäftigung in diesem Land zu sichern und damit sehr viel wirtschaftlichen Schaden und auch menschliches Leid von Österreich fernzuhalten. Und zu dieser Politik, meine Damen und Herren, stehen wir nach wie vor. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Schließlich muß man doch auch bedenken: Auch eine Politik der Krise, auch eine Politik der Restriktion ist ja nicht kostenlos. Sie wissen ja selber: Wenn die Wirtschaftskraft zurückgeht, sinken die Steuererträge. Wenn die Arbeitslosigkeit steigt, müssen zusätzliche Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung geleistet werden. Und man sieht ja ganz deutlich: Alle die Staaten, die einen restriktiven

Wirtschaftskurs gegangen sind, wie Großbritannien, wie leider in einem gewissen Umfang auch die Bundesrepublik Deutschland, alle diese Staaten haben heute eine genauso große oder vielleicht sogar eine größere prozentuelle Verschuldung als Österreich, aber dazu noch Millionen von Arbeitslosen. Hier war der österreichische Weg, den wir gegangen sind, sicherlich der bessere. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Wenn man nun die Verschuldungsentwicklung im einzelnen betrachtet, so sieht man für den Zeitraum 1970 bis 1974 sehr geringe Abgänge. Wenn man die Bundesbetriebe herausnimmt, die ja zum Beispiel im deutschen Budget auch heraußen sind, hatten wir praktisch ausgeglichene Budgets.

Und dann vom Jahr 1974 auf 1975, also zusammenfallend mit diesem massiven Konjunkturreinbruch, kam es zu einer sehr starken Ausweitung der öffentlichen Verschuldung. Das Nettodefizit ist in diesem einen Jahr von 1,8 Prozent auf 4,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts angestiegen.

Seither dann wieder eine Phase der kontinuierlichen Konsolidierung des öffentlichen Haushalts, etwa ausgedrückt — Sie können die Zahlen alle im Staatsschuldenbericht ansehen — in der Frage der Neuverschuldung, die im Prozent des Budgetvolumens von einem Satz von 20 Prozent im Jahr 1975 auf 10 Prozent im Jahr 1980 zurückgegangen ist, oder im Nettobudgetabgang, der von 4,9 auf 2,4 Prozent im Jahr 1981 reduziert worden ist.

Nun kann man natürlich fragen, das ist ja auch hier geschehen, ob diese Konsolidierung rasch genug erfolgt ist, ob man wieder rascher hätte zurückfahren sollen.

Ich glaube, diese Frage ist nur zu beantworten, wenn man die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sowohl in Österreich wie auch international berücksichtigt. Und da muß man sehen, daß wir seit 1975 keine wirklich starke Erholung der Weltwirtschaft gehabt haben. Wir haben kleine Aufschwünge gehabt, die aber nie ausgereicht haben, um wirklich massive Konjunkturimpulse zu bringen. Es war daher richtig, hier vorsichtig vorzugehen.

Gerade wenn wir die Politik Österreichs mit der der Bundesrepublik Deutschland vergleichen, zeigen sich die Akzente. In der Bundesrepublik Deutschland ist man nach der Konjunkturphase 1975 relativ rasch auf Konsolidierung übergegangen. Aber gerade erst dieser Tage hat ein Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung das als vorzeitige Konsolidierung gebrandmarkt und gezeigt, daß genau dadurch dieser große Sockel an Arbeitslosigkeit entstanden ist, von

Dr. Nowotny

dem man offensichtlich überaus schwer wieder wekommt und der im Augenblick sogar wieder ganz entschieden hinaufgeht. Daher war es sicher richtig in Österreich, vorsichtig zu agieren und uns auf diese Weise die Vollbeschäftigung in einer Zeit zu erhalten, wo in Deutschland schon lange keine Vollbeschäftigung mehr möglich war.

Wenn wir jetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren — da stimme ich auch mit dem Kollegen Taus überein —, in einer der schwierigsten weltwirtschaftlichen Situationen, die wir seit dem Zweiten Weltkrieg hatten, wenn wir jetzt in einer so schwierigen Situation ein Expansionsprogramm machen, so ist das konjunkturpolitisch zweifellos richtig.

Wir sehen im OECD-Bereich einen massiven Rückgang, wir sehen in Deutschland einen massiven Rückgang, und es ist ganz klar, daß die österreichische Wirtschaft von solchen Entwicklungen selbstverständlich nicht völlig unbeeinflusst sein kann. Aber das besondere in Österreich ist eben, daß wir sehr rasch und sehr entschlossen diesen negativen Tendenzen gegensteuern, und genau das ist das, was auf der Regierungsklausur besprochen wurde.

Ich hoffe daher schon sehr, daß von der ÖVP genau dieser Punkt gesehen wird, daß es sich hier um ein massives Expansionsprogramm handelt.

Alle Detailfragen, mit denen Sie jetzt kommen, können ja nicht darüber hinwegtäuschen, daß der wirkliche Kern und der entscheidende Punkt dieser Regierungsklausur der ist, daß Österreichs Regierung wieder einmal in einer kritischen Situation durch entscheidendes und rasches Handeln — das ist der entscheidende Punkt: durch rasches Handeln — uns in die Lage versetzt, eine Vollbeschäftigungspolitik in einer sehr schwierigen Zeit zu betreiben. Um das geht es in Wirklichkeit.

Ich freue mich, wenn von seiten der ÖVP Konsens signalisiert wird. Von unserer Seite ist dieser Konsens sicherlich immer gegeben.

Wenn hier vom Abgeordneten Taus die Frage der Sozialpartnerschaft angeschnitten wurde, so darf ich Ihnen versichern: Niemand von unserer Seite stellt die Sozialpartnerschaft in irgendeiner Weise in Abrede. Wir haben hier immer voll mitgewirkt, und gerade die Gewerkschaften sind in Österreich ein Muster für ein wirtschaftspolitisch vernünftiges und für ein wirtschaftspolitisch verantwortungsbewußtes Handeln.

Aber selbstverständlich geht es nicht an, daß man nur voll mitbestimmen will, aber nicht bereit ist, Verantwortung zu tragen.

Der Herr Abgeordnete Taus hat völlig richtig gesagt: Macht und Verantwortung sind untrennbar. Genau das meinen wir eben auch. Wenn Sie Macht mittragen wollen, zum Beispiel gerade heute: Der Herr Finanzminister ist eben jetzt mit dem Abgeordneten Taus wieder einmal bei Besprechungen, um über die neuen Förderungsmaßnahmen ... (*Abg. Peter: Sitzen sie eh schon wieder beieinander?*) Sicherlich sitzen sie die ganze Zeit zusammen. Das ist ja das österreichische System der Sozialpartnerschaft, zu dem stehen wir auch.

Wir hatten gestern Verhandlungen, wir haben gerade jetzt wieder Verhandlungen. Alles das geschieht. Daher kann ich es nicht recht verstehen, wenn der Herr Abgeordnete Taus meint, es wäre irgendeine Gefährdung des wirtschaftspolitischen Klimas. Ganz im Gegenteil. Das Klima ist tadellos intakt. Nur, meine Herren von der ÖVP, Sie müssen natürlich auch bereit sein, Verantwortung mitzutragen, wenn Sie bereit und wenn Sie in der Lage sind, hier mitzubestimmen. Und genau das ist es, worum es geht. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Herr Präsident! Hohes Haus! Im Zusammenhang mit der Beurteilung der Verschuldungsentwicklung ist es, glaube ich, ganz interessant, auch auf andere Gebietskörperschaften einzugehen. Es ist daher der Postsparkasse zu danken, daß entsprechende Daten im Anhang gegeben sind.

Natürlich ist das nicht immer alles voll vergleichbar, das ist mir schon bewußt. Aber es ist gerade zum Beispiel interessant, die Länder zu betrachten, die ja doch relativ große Gebietskörperschaften sind, und zu schauen: Wie ist denn eigentlich die öffentliche Verschuldung bei diesen Gebietskörperschaften erfolgt?

Wenn ich hier aus naheliegenden Gründen das Land Oberösterreich heranziehe, wo der Herr Landeshauptmann Ratzenböck zugleich auch Landesfinanzreferent ist und bekanntlich auch stellvertretender Bundesparteiobermann der ÖVP, so sieht man, daß in diesem Land Oberösterreich die Finanzschuld von 1974 auf 1979 um 746 Prozent gestiegen ist, beim Bund um 270 Prozent. (*Abg. Dr. Zittmayr: Weil Oberösterreich das vorfinanzieren mußte, was der Bund nicht getan hat!*) Das Land Niederösterreich: ein Anstieg um 343 Prozent, ebenfalls deutlich höher als der Bund. (*Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Dr. Nowotny

Ich möchte jetzt gar nicht sagen, daß das falsch war, das hat sicherlich alles seine guten Gründe gehabt, es wurde ja auch zum größten Teil einstimmig beschlossen.

Aber das, was ich sagen will, ist folgendes: Man sollte nicht beim Bund und bei den Ländern mit verschiedenem Maß messen. Man muß ganz deutlich sagen, daß das, was beim Land notwendig ist, beim Bund eben in noch viel größerem Maß notwendig gewesen ist. (*Abg. Kraft: Kennen Sie die Vorfinanzierungen des Landes Oberösterreich?*) Aber, Herr Kollege, Sie wissen doch ganz genau: Die wesentliche Last der Konjunkturpolitik hatte natürlich der Bund zu tragen. Das ist schon von seiner Funktion her klar, und umso bemerkenswerter ist es, daß es hier anders war. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich glaube, meine Damen und Herren von der ÖVP, es wäre vielleicht doch ganz günstig, wenn Sie sich einmal in Ihren Führungsgremien, vielleicht auch mit dem Herrn Landeshauptmann Ratzenböck, ein bißchen unterhalten würden, mit jenen Leuten, die konkrete Verantwortung dafür haben, Budgets in diesen Zeiten zu erstellen. Das würde Ihre Beurteilung des Bundeshaushaltes doch einigermaßen realistischer und abgewogener machen, als wir es leider häufig sehen müssen. (*Abg. Kraft: Die Länder und die Gemeinden sind doch die Leidtragenden Ihrer Finanzpolitik!*)

Herr Kollege, sicher, auch die Gemeinden sind davon betroffen, alle Gebietskörperschaften. Genau deshalb sage ich ja, daß es unsinnig ist, in einem Fall zu sagen, selbstverständlich müssen wir eine Verschuldung eingehen, während es beim Bund als eine Schuldenwirtschaft hingestellt wird. In allen Fällen, Herr Kollege, ist es eben in Zeiten schwieriger Konjunkturlage notwendig und wurde Gott sei Dank in Österreich auch durchgeführt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ein weiterer Punkt, auf den ich kurz eingehen will, weil der Herr Kollege Taus gerade diese internationalen Aspekte sehr betont hat, ist doch der, daß man der Verschuldungsentwicklung auch gewisse reale Indikatoren gegenüberstellt. Nehmen wir das Beispiel Österreich — Deutschland, weil es in diesem Artikel im „Spiegel“ angeschnitten worden ist.

Gerade die Leute, die sich ein bißchen mit der deutschen Entwicklung auseinandersetzen, wissen ja, daß das ein Artikel ist, der für den innerpolitisch deutschen Bedarf geschrieben wurde, weil es dort starke Gruppen gibt, die nach wie vor der Meinung sind, man sollte

keine Konjunkturpolitik betreiben, und die aus diesem Grund sozusagen Österreich prüfen, aber in Wirklichkeit etwas ganz anderes meinen. Ich glaube, Sie müssen sich hier schon ein bißchen mit den Hintergründen auseinandersetzen. Die Zahlen sind ja eindeutig genug.

Nehmen wir die Verschuldung des öffentlichen Sektors, so gab es in Deutschland tatsächlich eine geringere Zunahme als in Österreich. Im Zeitraum von 1973 bis 1980 ist sie in der Bundesrepublik Deutschland um 118 Prozent angestiegen, in Österreich um 247 Prozent.

Aber, meine Damen und Herren, wenn Sie dem im selben Zeitraum die Entwicklung der Arbeitslosenrate gegenüberstellen, so ist die Arbeitslosenrate in der Bundesrepublik Deutschland um 200 Prozent angestiegen und in Österreich um 19 Prozent. Das heißt: Mit einer etwas höheren Verschuldung ist es uns gelungen, eine wesentlich niedrigere Zunahme der Arbeitslosigkeit zu erreichen. Ich glaube, das ist sicherlich ein Maß und ein Preis, zu dem wir uns voll bekennen können, der sicherlich völlig in unserem Sinn und im Sinn der österreichischen Politik ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn der Herr Kollege Taus gemeint hat, Österreich fällt hier langsam auf, so kann ich ihm völlig zustimmen. Das ist schon richtig, Österreich fällt auf, nur doch in einem sehr anderen Sinn, als er es vielleicht gemeint hat.

Ich habe hier vor mir die „Finanznachrichten“ vom 15. Jänner 1982, also das letzte Exemplar, und dort ist drinnen ein Economic for performance index, also ein Index der wirtschaftlichen Leistungskraft, der von der New Yorker Börse erstellt worden ist, also sicherlich keine Institution, auf die die Sozialistische Partei Österreichs wesentlichen Einfluß haben kann.

In diesem Index sind drinnen: Wachstumsrate, Arbeitslosenrate und Inflationsrate. Wenn man sich nun anschaut, was hier herausgekommen ist — Sie können das alles selber gerne in den „Finanznachrichten“ nachlesen —, so sieht man, daß Österreich an erster Stelle steht, noch vor Japan, noch vor Deutschland, Frankreich, Kanada, USA, Italien. Das sind die Daten, die tatsächlich auffallen!

Der Kollege Taus hat schon recht: Man soll hier nicht sozusagen protzen und irgendwie den Neid anderer hervorrufen, aber ich glaube, im Inland wird man doch sagen dürfen, was die Tatsachen sind, was Realitäten sind und das unterscheiden von dem, was nur

10350

Nationalrat XV. GP — 102. Sitzung — 21. Jänner 1982

Dr. Nowotny

Miesmacherei und das Erwecken von Gefühlen ist, die durch keine tatsächlichen Fakten begründet sind. Das, glaube ich, muß man doch auch hier bedenken. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein ich als letzten Punkt, zu dem dieser Staatsschuldenbericht Anlaß gibt, ganz kurz auf Fragen des Kapitalmarkts eingehen darf, so war das Jahr 1980, das hier in dem Bericht im wesentlichen behandelt ist, ja noch ein sehr ruhiges Jahr, das Jahr 1981 hingegen sicherlich ein durchaus turbulentes Jahr auf den Kapitalmärkten. Das hat sich ja auch in den Empfehlungen ausgewirkt, die hier abgedruckt sind.

Ich glaube, man kann nun aus dieser Entwicklung der Kapitalmärkte im Jahr 1981 mehrere Schlüsse ziehen. Der erste ist der, daß man deutlich sagen kann, daß die Kreditwirtschaft in Österreich auch dieses schwere Jahr 1981 gut und ohne Schaden überstanden hat. Immerhin ist das, glaube ich, auch ein wichtiger Punkt zu zeigen, daß Österreichs Finanzstruktur auch bei schlechtem Wetter stabil und widerstandsfähig genug ist.

Der zweite Punkt ist der, daß es sicherlich einzelne Institute gegeben hat, die Schwierigkeiten gehabt haben. Ich glaube, alle, die von der Sache etwas verstehen, stimmen überein, daß es nicht sinnvoll ist, hier vor dem Plenum diese Dinge im Detail zu diskutieren. Ich möchte aber ein grundsätzliches Problem doch ansprechen, das hier, glaube ich, immer wichtiger wird und gerade mit diesen Dingen zusammenhängt.

Dieses Auftreten von Risikofällen hat natürlich zu einem erhöhten Sicherheitsdenken der Banken geführt, das ja auch verständlich ist, das kann aber nun zu Verhaltensweisen führen, die gesamtwirtschaftlich nicht unproblematisch sind. Denn diese Vermeidung von Risiko, dieses Sicherheitsdenken, darf jetzt nicht dazu führen, daß es sich geradezu zu einer Risikoscheu auswirkt, das heißt, daß die Banken und der Kreditapparat eine gewisse Scheu vor industriellen Engagements bekommen, was ja sowohl wachstumspolitisch sehr gefährlich wird, wie vor allem auch gerade für die kleinen und mittleren Unternehmen gefährlich wird, wo ja ein erhebliches innovatives Potential drinnensteckt.

Nun ist es so, daß der Bund, der öffentliche Sektor hier gewisse Hilfestellungen leisten können. Wir haben ja die FGG als ein sehr leistungsfähiges Instrument zur Haftungsabsicherung, wir haben den Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft,

der ja gerade jetzt wieder bei der Regierungsklausur zusätzliche Mittel bekommen hat und sich zu einem überaus leistungsfähigen Instrument entwickelt.

Wir haben die TOP-Kredite, die über die Invest-Kredit AG vergeben werden, eine Aktion, die sich sehr gut angelassen hat und wo ich Sie darauf hinweisen will, daß sich entgegen Ihren Erwartungen jetzt zeigt, daß es überwiegend die Klein- und Mittelbetriebe sind, die von dieser speziellen Aktion profitieren, wo sich weiters zeigt, daß der größte Teil Anträge über Fertigungsüberleitung sind, das heißt, wo gewisse Erfindungen, technische Neuerungen in die Produktion hinüberkommen. Das zeigt ja, daß hier in der österreichischen Wirtschaft eine Menge drinnensteckt, daß hier durchaus viel Platz ist und viele Möglichkeiten sind und daß es sinnvoll ist, durch spezielle Aktionen diese Möglichkeiten hier zu wecken. Genau das ist das, was wir ja machen.

Wir befinden uns jetzt gerade im Stadium der Verhandlung über eine ganze Reihe von weiteren Möglichkeiten zum Beispiel der Risikokapitalfinanzierung. Ich glaube — das ist deshalb möglich, ich will an das anknüpfen, was der Kollege Taus über das Klima gesagt hat —, man muß eben ganz deutlich auch den Unternehmern zeigen und sagen, was hier alles geschieht. Sicherlich haben Sie von der ÖVP hier den besseren Zugang als wir.

Ich glaube, hier hat schon auch die Österreichische Volkspartei eine gewisse Verantwortung. Keiner von uns wird verlangen, Sie sollen für die SPÖ Propaganda machen im Unternehmerlager, das wäre wirklich zu viel Selbstlosigkeit. Aber was, glaube ich, von Ihnen schon zu verlangen ist und von den Organisationen, wo Sie doch massiven Einfluß haben, das ist, ganz objektiv darauf hinzuweisen, welche gewaltigen Möglichkeiten es hier gibt, welche Möglichkeiten hier von der öffentlichen Hand erweckt werden, um produktive Investitionen in Österreich zu machen. Die Unternehmer ergreifen diese Möglichkeiten ja auch. Aber ich glaube, gerade hier haben Sie eine Verantwortung für das psychologische Klima, der Sie sich sicherlich nicht entziehen können.

Was die Frage der Zinspolitik betrifft, so stimme ich mit Ihnen völlig überein, daß die Hochzinsphase eine überaus gefährliche Entwicklung ist, eine Entwicklung, die natürlich von Österreich nur marginal beeinflusst werden kann, weil sie ja vor allem in den USA entsteht, wo man sich aber doch Mühe geben muß, auch die kleinen Möglichkeiten voll auszunützen, das heißt, den autonomen Zinsbe-

Dr. Nowotny

reich, den es ja doch im gewissen Maß gibt, auszunützen. Das zeigt ja gerade die jüngste Zinsenentwicklung, wo dies gelungen ist, wo es zweitens gilt — das ist doch auch ein wichtiger Punkt —, die hausgemachte Komponente des Zinsauftriebs nach Möglichkeit unter Kontrolle zu bekommen.

Wir sehen ja derzeit, daß sich im Kreditwesen nach wie vor ein selbstverschuldetes Wettbewerbsdilemma zeigt, das eigentlich keinerlei Gewinner hat, auch bei den Instituten keinerlei Gewinner, das aber letztlich doch dazu führt, daß sich keiner isoliert traut, aus diesem Dilemma auszusteigen.

Es kommt hier zu einer Entwicklung, die überaus unerwünscht ist, weil die hohen Sollzinsen sicherlich investitionshemmend sind, weil auf der anderen Seite die hohen Habenzinsen verteilungspolitisch gar nichts bringen, weil das natürlich überwiegend die hohen Einkommen sind, die davon profitieren, weil ja die Last eben die zu tragen haben, deren Wohnung dann teurer oder deren Arbeitsplatz unsicher wird, weil eben über hohe Zinsen Investitionen nicht mehr möglich sind.

Ich glaube daher, daß alle Versuche, dieser hausgemachten Komponente des Zinsauftriebs in Österreich entgegenzuwirken, mit voller Intensität fortzusetzen sind und daß es sicherlich auch sinnvoll sein wird, das notfalls durch gesetzliche Maßnahmen hier abzuschern.

Herr Präsident! Hohes Haus! Abschließend glaube ich sagen zu können, daß dieser Staatsschuldenbericht zeigt, daß es sicherlich nicht leicht ist, in einer Welt der wirtschaftlichen und finanziellen Turbulenzen eine gesunde Wirtschaftsentwicklung und eine ruhige Entwicklung von Wirtschafts- und Kapitalmärkten zu sichern. Das gilt für den Bund, das gilt auch für die Länder, das gilt auch für die Gemeinden und gilt natürlich auch für die anderen Industriestaaten.

Sicherlich mußte auch Österreich einen Preis für die Vollbeschäftigungspolitik zahlen, einen Preis, der sich hier in diesem Staatsschuldenbericht ausdrückt. Aber ich glaube, man muß ebenfalls sagen, daß wir eben durch einen entschlossenen und erfolgreichen Einsatz unserer Finanzpolitik in der Lage waren, um diesen Preis auch etwas zu erreichen, was eben andere Staaten nicht erreicht haben, nämlich die Erhaltung der Vollbeschäftigung auch in extrem schwierigen weltwirtschaftlichen Bedingungen.

Wir Sozialisten sind überzeugt, daß diese Kosten, die wir hier eingegangen sind, es wert

sind und gut angelegt wurden. Wir werden sicherlich diese Politik einer vollbeschäftigungsorientierten Wirtschaftspolitik auch in Zukunft weiter verfolgen. *(Beifall bei der SPÖ.)* 11.09

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dkfm. Bauer. Ich erteile es ihm.

11.09

Abgeordneter Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Kollege Nowotny hat das hohe Soll-Zins-Niveau in unserem Lande zu Recht beklagt und hat gemeint, man müßte hier unter anderem auch gesetzliche Maßnahmen ins Auge fassen, also den gesamten Kreditsektor wieder in ein Korsett etwa eines Zinsabkommens zwingen.

Das ist sicher eine Möglichkeit, Herr Kollege Nowotny, nur haben wir das schon einmal gehabt; diese Möglichkeit hat sich nicht bewährt. Darum ist man ja davon abgegangen.

Ich würde Ihnen aber einen anderen Rat geben, erstens einmal durch Ihre Defizitwirtschaft nicht so viel vom Kreditmarkt für die öffentliche Hand abzuschöpfen, was über das Spiel von Nachfrage und Angebot natürlich den Preis für die Ware Geld in die Höhe treibt. Ich würde Ihnen als Rezept, das Sie sofort verwirklichen können, empfehlen, etwa die von Ihnen eingeführte Kreditgebühr und Bankensteuer abzuschaffen beziehungsweise zu sistieren. Das ist eine Maßnahme, die Sie sofort oder zumindest bereits im nächsten Monat durchführen können und die Sie in einer Zeit eingeführt haben, in der sich das Zinsniveau bereits in dieser Höhe abzeichnete. Sie haben daher durch diese Ihre Maßnahme das Zinsniveau intern noch weiter hinaufgetrieben. Bitte, nehmen Sie das zur Kenntnis. *(Abg. Dr. Nowotny: Herr Kollege Bauer! Glauben Sie, daß die Politik des federal reserve wirklich von dem abweicht?)* Es ist ein Teil der hohen Zinsspanne. Das ist der hausgemachte Teil der Zinshausse in Österreich. Diese Ihre Bankensteuer und Kreditgebühr sind sicherlich ein Teil.

Ich möchte jetzt mit Ihnen nicht diskutieren oder gar streiten, ist es ein halber Prozentpunkt in der Summe, ist es ein Prozent. Aber wer weiß, daß im Bankwesen ein Prozentpunkt schon einiges ausmacht, wird verstehen, wenn ich Ihnen das vorschlage. Ich würde Ihnen das wirklich dringend empfehlen.

Ich möchte mich einleitend in meinem Debattenbeitrag über den Finanzschuldenbe-

Dkfm. Bauer

richt 1981 mit der Beilage zu diesem Bericht ganz kurz auseinandersetzen. Es handelt sich hier um eine Untersuchung über die sogenannten finanziellen Interdependenzen in Österreich, wie das so schön heißt.

Es ist dies eine Arbeit, in der erstmals für Österreich versucht wurde, die Zusammenhänge zwischen Güter- und Leistungstransaktionen, die sich in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf der einen Seite in der Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsproduktes widerspiegeln, und den finanziellen Transaktionen auf der anderen Seite nicht nur theoretisch, sondern auch in einem praktischen Zahlengebäude darzustellen.

Diese Arbeit zeigt ferner auf, welche Verflechtungen zwischen den finanziellen Aktiva und Passiva der verschiedenen Sektoren der Gesamtwirtschaft bestehen. Es ist diese Arbeit aus der Sicht der freiheitlichen Fraktion in diesem Hause eine sehr wichtige und informative Untersuchung. Wir glauben nur, daß dieses Thema schon wesentlich früher gründlich behandelt hätte werden müssen.

Das ist nicht das übliche „Ceterum censeo“ eines Oppositionsabgeordneten: zu spät, früher hätte man es machen müssen, selber ist es ihm aber nicht eingefallen. Wir haben das hier in diesem Hause schon seit einiger Zeit verlangt und haben darauf hingewiesen, daß derartige Dinge im Ausland seit einigen Jahren sehr wohl gemacht werden. Aber wir Freiheitlichen begrüßen die Veröffentlichung dieser Studie im Rahmen des Finanzschuldenberichtes, weil wir glauben, daß einige für das Finanzressort hier wertvolle Anregungen darin enthalten sind.

Die vorliegende Studie ist für uns darüber hinaus wiederum Anlaß, auf die Notwendigkeit wissenschaftlicher Grundlagenarbeit gerade im Finanzbereich hinzuweisen. Denn nur mit Hilfe dieser wissenschaftlichen Grundlagenforschung und sorgfältigen Datenerhebung können verlässliche Informationen erarbeitet werden.

Allerdings erheben die Verfasser in ihrem Bericht einen — wie ich glaube — schweren Vorwurf in Richtung Finanzministerium, wenn sie schreiben, daß es in Österreich seit Mitte der sechziger Jahre keine ernsthaften Versuche mehr gegeben hat, eine Finanzierungsstatistik zu entwickeln. Damals, also Mitte der sechziger Jahre, waren im Rahmen des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen einige vorbereitende Studien erstellt worden, doch scheiterte das Gesamtprojekt an mangelndem Interesse der zur Datengewinnung

notwendigen Institutionen. — Das sei den Institutionen Statistisches Zentralamt und Bundesministerium für Finanzen ins Stammbuch geschrieben.

Warum wir glauben, daß diese Arbeit so wichtig und interessant ist, liegt darin begründet, weil man damit auch diese sogenannten und von uns seit einiger Zeit geforderten Input-Output-Analysen erstellen kann, das heißt, Analysen, mit denen berechnet werden kann, mit welchen Budgetausgaben, in welcher Größenordnung, welcher volkswirtschaftlicher Effekt erreicht werden kann.

Das soll weiter heißen — auf ein ganz konkretes Beispiel angewendet —, daß Sie dann sicherlich nicht das UNO-Konferenzzentrum bauen würden, denn anhand dieser sogenannten Input-Output-Analysen würde Ihnen ganz genau nachgewiesen werden, daß Sie damit kaum, um nicht zu sagen: überhaupt keine beschäftigungspolitischen Effekte relevanter Größenordnung und keine echte wirtschaftliche Konjunkturbelebung für ganz Österreich erreichen können.

Wenn man das hätte und wenn man das anwendete, dann könnten wir uns die Diskussion darüber ersparen und klipp und klar festhalten: Es handelt sich hier bei diesem Bau eben um keine arbeitsmarktpolitische Notwendigkeit, um keine konjunkturpolitische Notwendigkeit, sondern schlicht und einfach, wie ich es gestern bezeichnet habe, um eine Marotte des Herrn Bundeskanzlers, um ein Prestigeprojekt und um sonst gar nichts! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Damit möchte ich mich aber dem Finanzschuldenbericht selber zuwenden. (*Zwischenruf des Abg. Braun.*) Herr Kollege Braun, es dürfte Ihnen entgangen sein, daß dieser Finanzschuldenbericht eine Beilage hat, und diese Beilage habe ich jetzt kurz gestreift und versucht, Ihnen zu erklären, worum es dabei geht. Sie haben es nicht begriffen, ich kann Ihnen dann ein Privatissimum geben, wenn Sie Wert darauf legen. Aber, wie ich Sie kenne, tun Sie das nicht.

Aber nochmals: Wenn Sie das anwendeten, was hier drinnen steht, hätten Sie sich die Diskussion über das Konferenzzentrum ersparen können, denn da wird klipp und klar nachgewiesen, nicht an Hand des konkreten Beispiels Konferenzzentrum, daß man mit so einer Input-Output-Analyse, mit den Daten, die erhoben werden, errechnen kann, welche beschäftigungspolitischen und konjunkturpolitischen Effekte von ganz bestimmten Budgetausgaben ausgehen. Dann würden Sie sehen, daß von dem Objekt UNO-Konferenz-

Dkfm. Bauer

zentrum wenig bis keine derartigen beschäftigungspolitischen Effekte, wenig bis keine konjunkturpolitischen Belebungen ausgehen werden, daß die mit ganz anderen Ausgaben in weitaus größerem Ausmaß für ganz Österreich möglich wären. (*Abg. Braun: Sie begreifen noch immer nicht den großen Zusammenhang!*) Bitte lesen Sie es, dann werden Sie vielleicht sehen, daß es so ist. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Braun.*)

Auch der Schuldenbericht der Österreichischen Postsparkasse über das Jahr 1980 zeigt, so wie die vorangegangenen, daß die sozialistische Alleinregierung Österreich Jahr für Jahr immer tiefer in einen, wie ich glaube, letztlich alles verschlingenden Strudel hemmungsloser Schuldenwirtschaft stürzt. So stieg auch im Berichtsjahr die Verschuldung in allen Bereichen. Inlandsschuld: Plus 13 Prozent oder 21 Milliarden Schilling. Die Auslandsschuld stieg um 30 Milliarden Schilling, die gesamte Finanzschuld des Bundes von 230 Milliarden Schilling auf 261 Milliarden Schilling.

Nicht berücksichtigt sind in diesen besorgniserregenden Zahlen, in dieser besorgniserregenden Entwicklung die Verwaltungsschulden, die auch noch einmal in der Größenordnung von 50 bis 60 Milliarden Schilling ange-setzt werden müssen.

Nicht berücksichtigt sind die Schulden des Bundes, die er über den Umweg der sogenannten Sonderfinanzierungen macht, indem er Sondergesellschaften gründet, zum Teil aus budgetkosmetischen Gründen.

Aktuelles Beispiel ist das Konferenzzentrum. Das Leasingverfahren wird ja vielleicht wirklich aus Gründen, die im Koran zu finden sind, die ich gestern hier dargelegt habe, gewählt, aber sicherlich auch gerne von Österreich, weil damit die Dinge nicht im Budget aufscheinen.

Nicht berücksichtigt sind auch bei dieser Aufstellung die zahlreichen Haftungsübernahmen des Bundes, die er zum Teil für verwirtschaftete Gelder oder Darlehen des verstaatlichten Bereiches — das muß man auch wieder einmal deutlich dazu sagen —, aber natürlich auch anderer privatwirtschaftlicher Bereiche, da gibt es ja überhaupt keine Diskussion, übernommen hat.

Ich wage mir gar nicht vorzustellen — ich wage es wirklich nicht —, was sein würde, wenn einmal mehrere größere Brocken aus diesen Haftungsübernahmen gleichzeitig zu verkraften wären. Wenn das wirklich einmal eintreten sollte, dann Gnade uns Gott bei unserem Defizit, das wir zurzeit haben. Das

bitte ich Sie, sich einmal in aller Deutlichkeit vor Augen zu führen.

Der Bericht bestätigt weiter, daß das zugegebenermaßen konjunkturell bedingte Defizit der Jahre 1974 und 1975 zu einer Dauereinrichtung in diesem Staat, in dieser sozialistischen Bundesregierung geworden ist.

Es ist ein strukturelles Defizit geworden. Wir kommen von diesem Dauerdefizit in der Größenordnung von über 50 Milliarden Schilling — das gilt bis zum Jahre 1981; 1982 schaut es ja noch viel trauriger aus —, Konjunktur hin, Konjunktur her, ganz einfach nicht mehr weg. Auf diesem strukturellen Defizit von mehr als 50 Milliarden Schilling sitzt der Finanzminister nunmehr seit vier Jahren, wenn ich es richtig im Kopf habe.

Ja mehr sogar, meine sehr geehrten Damen und Herren: Es ist nicht nur nicht gelungen, diesen staatlichen Schuldenberg in den guten Jahren, in den Jahren guter konjunktureller Entwicklung, die es zwischen 1975 und 1980 ja Gott sei Dank auch gegeben hat, abzutragen, ja nicht einmal zu stabilisieren, sondern er wurde laufend ausgeweitet. Wir vergrößerten diesen Schuldenberg laufend über die gesamte Periode 1975 bis 1980, über die wir heute diskutieren.

Ich möchte noch einmal von diesem Pult aus die österreichische Staatsverschuldung in einen internationalen Vergleich bringen, denn das tun Sie von der Regierung auch immer sehr gerne. Ich möchte das auch deshalb tun, weil ich das letzte Mal, als diese Frage durch einen Zwischenruf aus Ihren Reihen aufgetaucht ist, die Statistik nicht mitgebracht habe, wo Österreich in der internationalen Staatsverschuldung liegt. Ich möchte das heute nachholen.

Die SPÖ und die sozialistische Alleinregierung behaupten, Österreich liege mit seiner Staatsverschuldung international verglichen im Mittelfeld. Das stimmt. Allerdings vergleichen Sie — und jetzt komme ich wieder zu dem Punkt, an dem wir letztes Mal auf Grund fehlender konkreter Zahlen zu diskutieren aufhören mußten — Äpfel mit Birnen. Hier wird mit Ländern verglichen, die noch Staatsschulden aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg mit sich schleppen, während Österreich bekanntermaßen nach 1945 mit null Staatsverschuldung begonnen hat. Daher kann ich das nicht vergleichen.

Ich kann nur den Vergleich bezüglich des Tempos der Staatsverschuldung machen, also wie rasch die Staatsverschuldung in den einzelnen Ländern wächst. Ich habe mir für heute die Tabelle ausgehoben. Hier liegt

10354

Nationalrat XV. GP — 102. Sitzung — 21. Jänner 1982

Dkfm. Bauer

Österreich an erster Stelle, was das Tempo der Staatsverschuldung betrifft, also die Zunahme der Staatsverschuldung in den Jahren 1975 bis 1979. Gefolgt wird Österreich von Italien, Schweden, Frankreich, Großbritannien, der Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden, den USA und der Schweiz.

Die Finanzschulden Österreichs, gerechnet pro Kopf der Einwohner, haben im Jahr 1975 20 000 S betragen und im Jahre 1979 — das ist die jüngste Zahl, die zur Verfügung steht, die hier in dieser Tabelle berechnet wurde — 43 964 S. Das heißt, jeder Österreicher, ob Mann, ob Frau, ob Kind, ob Erwerbstätiger oder Pensionist, hat in diesem Land — zusätzlich zu den Schulden, die er vielleicht selbst persönlich gemacht hat — 44 000 S an Schulden, von denen er wahrscheinlich gar nichts weiß, weil er sich natürlich nicht mit diesen Dingen so befaßt. Es muß auch einmal der Öffentlichkeit gesagt werden, daß diese Bundesregierung jeden Österreicher — noch einmal: Mann, Frau, Kind, Erwerbstätiger, Pensionist — mit 44 000 S verschuldet hat. Das muß alles einmal zurückbezahlt werden. Das ist gar keine Frage.

Es gibt aber auch noch weitere besorgniserregende Kennzahlen über die Staatsverschuldung Österreichs. So haben 1970 — also vor einem Jahrzehnt etwa — die Bundesschulden Österreichs nur zirka die Hälfte der gesamten Jahreseinnahmen des Finanzministers ausgemacht. 1980 — und jetzt bitte ich wirklich, das zur Kenntnis zu nehmen — wird erstmals — erstmals! — in der Geschichte der Zweiten Republik der Schuldenstand des Bundes beziehungsweise Ihrer Bundesregierung höher als die Gesamteinnahmen eines Jahres sein. Das, wie gesagt, erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik! Was heißt das: Erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik? Das heißt, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir, die Österreicher, die gesamte Phase des Wiederaufbaus in diesem Lande mit geringeren Schulden bewerkstelligt haben als Sie das Übertauchen der zwei Rezessionsjahre 1974/75. Das ist wahrlich eine traurige Vergleichszahl. Das glaube ich hier schon mit aller Deutlichkeit sagen zu müssen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das spricht nicht für die Güte Ihrer Finanz- und Wirtschaftspolitik. Ich bitte, den Vergleich wirklich einmal im stillen Kämmerlein anzustellen, was es heißt, den gesamten Wiederaufbau in diesem Land mit weniger Schulden — relativ gemessen und natürlich auch in absoluten Zahlen — bewerkstelligt zu haben als zwei Jahre Rezession zu bewältigen. Wirklich ein trauriges Zeugnis Ihrer Wirtschaftspolitik!

Ich gebe zu, daß Ihnen diese Betrachtungsweise natürlich nicht besonders gefallen wird, daß Ihnen vielleicht auch der Vergleich mit der Pro-Kopf-Verschuldung zu hausbacken ist. Herrn Professor Nowotny wird das etwa so gehen. Aber wenden wir uns auch jenem Gradmesser zu, den er hier angewendet hat, nämlich die Staatsverschuldung Österreichs am Bruttoinlandsprodukt zu messen. Da kann ich ihm auch nur sagen: Die Staatsschulden wuchsen in den Jahren 1975 bis 1980 deutlich stärker — in jedem Jahr deutlich stärker! — als das nominelle Bruttoinlandsprodukt, und zwar auch wieder — darauf muß man hinweisen — in Zeiten der Hochkonjunktur.

In Zeiten der Depression ist das an sich grundsätzlich noch nichts Schlechtes, es kann im Gegenteil sogar etwas Gutes sein. Aber schlecht und falsch ist es, wenn die Staatsschulden gemessen am Bruttoinlandsprodukt auch in den Hochkonjunkturzeiten stärker wachsen, denn damit wäre ja die ganze Lehre von Herrn Keynes, der Sie als Sozialisten besonders anhängen, als Unfug deklariert. Das behauptet natürlich auch Herr Keynes nicht. Er sagt etwas anderes: Wenn man sich schon nichts auf die hohe Kante legen will oder kann in den guten Jahren, wie das jeder normale Sparer täte, dann muß man wenigstens in diesen Zeiten das Defizit abbauen und nicht ausweiten, wie Sie es getan haben, und zwar laufend getan haben. Abbauen müßte man es — das ist ja auch logisch —, damit man für den Fall einer neuerlichen Rezession entsprechend gerüstet ist. Das ist ganz logisch und klar. Weil dies eben nicht geschehen ist, weil Sie in den guten Jahren eben nicht das Defizit abgebaut oder wenigstens stabilisiert, sondern laufend weiter vergrößert haben, sind wir jetzt nicht oder nur wenig gerüstet, die neuerliche Depression zu meistern, in der wir ohne Zweifel stehen und die uns auch noch einige Zeit begleiten wird.

Noch einmal: Umso unverständlicher ist es für mich — das ist meine echte, ehrliche Überzeugung —, wenn man dann in ein Konferenzzentrum mit diesen zweifelhaften beschäftigungspolitischen, konjunkturpolitischen Aspekten und Begleiterscheinungen 7,5 Milliarden Schilling hineinbuttern will. Ich würde in ganz andere Dinge investieren und nicht in dieses Projekt.

Spiegelbild dieser Schuldenwirtschaft ist die besorgniserregende Entwicklung der Budgetdefizite. 1975, also in dem Rezessionsjahr, von dem ich gesprochen habe, hat das Defizit 37 Milliarden Schilling ausgemacht. 1978, 1979 und 1980 sind wir dann in das strukturelle Defizit von 50 Milliarden Schilling hineinge-

Dkfm. Bauer

schlittert, von dem ich schon gesprochen habe. 1981, also im vergangenen Jahr, haben wir bereits über 90 Prozent der Neuverschuldung, also über 90 Prozent jener Kredite, die wir zusätzlich neu aufgenommen haben, für die Abstattung der Zinsen der bereits bestehenden Kredite verwenden müssen. Wieviel da für die Arbeitsplatzsicherung übrig bleibt, können Sie sich selber ausrechnen: nicht einmal 10 Prozent der Neuverschuldung! Es ist daher ein Märchen, wenn Sie immer wieder behaupten, diese Neuverschuldung, diese neuen Kredite werden ausschließlich zur Arbeitsplatzsicherung aufgenommen. Nichts ist damit! Zinsen werden zurückbezahlt. Mehr als 90 Prozent dessen, was Sie aufnehmen, fressen die Zinsen der alten der schon bestehenden Schulden weg.

Ich muß jetzt noch hinzufügen, daß wir von 1981 auf 1982 beim Budgetdefizit so etwas wie einen Quantensprung haben werden. Wir werden nämlich von über 50 Milliarden Schilling auf deutlich mehr als 60 Milliarden Schilling am Ende des Jahres kommen. Da verwette ich meinen Kopf. Auch wenn es im Budget zurzeit nur 60 Milliarden Schilling sind, sagen uns aber allein die Maßnahmen, die schon beschlossen worden sind, und die Situation auf dem Arbeitsmarkt, daß wir mit diesem Defizit nicht das Auslangen finden können.

Der Herr Finanzminister Salcher und auch der Herr Professor Nowotny haben es seinerzeit vom Tisch gewischt und eher als „lächerlich“ und als „Kaffeessudleserei“ hingestellt, als ich Ihnen vor nicht ganz zwei Jahren von diesem Pult aus prophezeite, und zwar an Hand einer Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts, daß wir schon in der ersten Hälfte der neunziger Jahre mehr als 90 Prozent der jährlich aufzunehmenden Schulden ausschließlich für Zinsen und Rückzahlungen verwenden werden müssen. Sie haben gesagt: Das ist ja nicht wahr. Mein Gott, Studien kann jeder erstellen. Das sind Prognosen. Wo haben Sie denn das her? Und: Die Entwicklung wird das zeigen. — Ja, die Entwicklung hat es gezeigt, aber leider, muß ich sagen, in meinem Sinn. Es ist nämlich bereits jetzt so. Die Entwicklung hat in kürzester Zeit das, was Sie hier behauptet haben, als Unwahrheit herausgestellt.

Noch einmal: Raum für Wachstumsimpulse, Raum für Arbeitsplatzsicherung bleibt da natürlich nicht mehr, oder er ist minimal, marginal, weil ich ja nur mehr weniger als zehn Prozent übrig habe, um wirklich konjunkturelle Impulse über das Budget zu geben.

Wissen Sie, Herr Professor Nowotny, was

wir Ihnen eigentlich genaugenommen bei Ihrer Defizitwirtschaft vorwerfen? Was wir hier mit Nachdruck immer wieder anprangern müssen, ist, daß Sie die Kredite, die Sie aufnehmen, nicht vornehmlich und ausschließlich zur Arbeitsplatzsicherung verwenden. Das geht ja auch aus dem Budget 1982 ganz deutlich hervor. Ich habe es ja schon gesagt: Grob gesprochen hat das Defizit 1981 50 Milliarden Schilling betragen. Laut Vorschlag wird das Defizit 1982 60 Milliarden Schilling ausmachen. Ich nehme das jetzt einmal als gegeben an, damit wir uns leichter rechnen. Das sind also um 10 Milliarden Schilling mehr. Aber wissen Sie — Sie wissen es —, welches Ressort 10 Milliarden Schilling mehr budgetiert hat? — Das Sozialressort. Ich habe nichts gegen Sozialpolitik, nur werden vom Sozialbereich kaum konjunkturelle Impulse ausgehen. (*Abg. Dr. Nowotny: Der Kollege Haider verlangt immer mehr!*) Nein, der ist sehr realistisch in diesen Dingen. (*Abg. Dr. Jörg Haider zu Abg. Dr. Nowotny: Sie hören nicht zu!*)

Um 10 Milliarden Schilling ist das Defizit im Vergleich zum letzten gestiegen. 10 Milliarden Schilling mehr hat das Sozialressort budgetiert. Ich sage noch einmal: Nichts gegen Sozialpolitik. Wir sollen und müssen natürlich am sozialen Netz in unserem Land, das erfreulicherweise schon sehr dicht ist, auch in Zukunft weiterweben. Ich frage mich nur, ob das jetzt der geeignete Zeitpunkt ist, ob wir nicht jetzt anderen Dingen Vorrang einräumen müßten: der Arbeitsplatzsicherung, der Konjunkturbelebung. Dann werden wir sehr rasch wieder und sicher viel, viel besser an diesem sozialen Netz weiterarbeiten können. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber Sie tun das natürlich nicht. Sie pumpen die Gelder, die Sie aufnehmen, nicht in den Produktionsprozeß. Sie verwenden sie nicht zur Konjunkturbelebung, sondern offensichtlich nach Ihren ideologischen Gesichtspunkten für ganz andere Bereiche.

Ich stehe aber nicht an, hier von diesem Pult aus festzustellen, daß nicht auszuschließen ist, daß aus dieser Budgetnot, die ich jetzt mit hoffentlich einigermaßen eindrucksvollen Worten charakterisiert habe, eine Tugend werden könnte. Es zeichnet sich nämlich folgendes ab: Weil der sozialistischen Alleinregierung Geld an allen Ecken und Enden fehlt, weil das Loch im Budgetsack immer schwerer zu flicken ist, da wir eben schon tief verschuldet sind, besinnt man sich nunmehr auf wesentlich zielführendere Methoden. Was meine ich damit? — Anstatt zu glauben, die Konjunktur so wie bisher hauptsächlich über

Dkfm. Bauer

die Eigeninvestitionen des Zentralstaates beleben zu können, versucht man jetzt ansatzweise — das unterstreiche ich deutlich und dreimal: ansatzweise —, mit Bundesmitteln wirtschaftliche Anreize zu geben, um Privatkapital zu mobilisieren. Ich sage noch einmal: Ansatzweise wird das jetzt versucht.

Dazu gehört etwa der Versuch, über Beteiligungskapitalgesellschaften Privatkapital anzulocken. Dazu gehört die Investitionsprämie, um Privatkapital im Bereich der Investitionen zu mobilisieren. Dazu gehört sicherlich auch Ihr Versuch, über das Wohnbausonderprogramm und die Althausanierung ähnliches zu erzielen. Ich sage: Über den Weg, wie man das tut, sind wir, speziell was das Wohnbausonderprogramm und das Althausanierungsprogramm betrifft, anderer Meinung. Aber grundsätzlich geht es jetzt in die richtige Richtung. Es liegt ja auch auf der Hand — ein einfaches Rechenbeispiel —: Das wird laut Auskunft des Finanzministers den Budgetsäkel mit 2 bis 3 Milliarden Schilling belasten. Andererseits kann man sich mit Fug und Recht erwarten, daß dadurch ein Vielfaches an privatem Kapital mobilisiert werden kann.

Ich möchte aber schon sehr deutlich dazu sagen, wenn ich jetzt so verbindlich in Ihre Richtung argumentiert habe, daß ich bei aller Bescheidenheit glaube, daß Ihnen auf diese wirtschaftspolitischen Sprünge schon auch ein wenig die Opposition geholfen hat. Ich sehe das als eines der positiven Ergebnisse jener Wirtschaftsgespräche, die mit der Freiheitlichen Partei und der Österreichischen Volkspartei geführt worden sind und auf die der Herr Kollege Taus auch schon verwiesen hat. (*Abg. Dr. Veselsky: ... die FPÖ mit der Regierungspartei; nur für das Protokoll!*) Also bitte, Sie können ins Protokoll hineinreklamieren, was Sie wollen. Ich habe Sie nicht verstanden. Was haben Sie gemeint? (*Abg. Dr. Veselsky: Gespräche der Freiheitlichen Partei mit der Regierungspartei und der Opposition!*) Ja, selbstverständlich. Was habe ich gesagt? (*Ruf: Genau das hast du gesagt!*)

Ich glaube nämlich nicht, meine Kolleginnen und Kollegen von der linken Seite des Hauses, daß Sie ganz alleine über diesen Ihren ideologischen Schatten gesprungen wären, denn Kapital kann man halt einmal nur von dort mobilisieren, wo sich welches befindet. Es geht Ihnen, glaube ich, nur sehr schwer ein, daß man in solchen Zeiten auch das versuchenden Anreize für die Kapitalgeber geben muß. Daß Sie es so sehen, schließe ich daraus, daß Sie das bisher nicht getan haben.

Ich glaube aber, daß man in schwierigen

Zeiten die ideologischen Scheuklappen ablegen muß. Die gefährlichsten politischen Parteien sind immer die, welche gerade in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten diese ihre ideologischen Scheuklappen nicht ablegen. Die umgekehrte Tendenz ist sehr oft zu verfolgen, weil in diesen Zeiten auch der innerparteiliche Widerstand, der innerparteiliche Druck größer wird. Daher neigt man eben ganz besonders dazu, ideologisch ausgeprägte Politik zu machen. Das gilt für alle Parteien. Das ist gar kein Vorwurf. Wenn Sie bereit sind, diese Ihre ideologischen Scheuklappen, ich will gar nicht sagen, abzulegen, aber ein wenig nach hinten zu klappen, wird das dem Lande und uns allen guttun.

Ich möchte nur noch ganz kurz zum Schluß nochmals auf Ihre Schuldenpolitik zurückkommen. Ich habe Ihnen schon gesagt, daß Sie einen Gutteil, mehr als 90 Prozent, nur mehr dafür aufnehmen, um bereits eingegangene Kreditverpflichtungen zurückzahlen zu können: Schuldendienst, Zinsendienst.

Das ist eine klassische Loch-auf-Loch-zu-Politik, wenn ich neue Schulden mache, um alte zurückzahlen zu können. Ich glaube, es ist unbestritten, daß man das Loch auf-Loch zu-Politik nennt. Und wenn man das, was die sozialistische Alleinregierung seit Jahren tut, mit einem Wechsel macht, dann nennt man das Wechselreiterei. Wechselreiterei wird in der Wirtschaft sehr oft in betrügerischer Absicht — unterstelle ich Ihnen natürlich nicht — gemacht und versucht, um einen drohenden Konkurs abzuwenden. Hier ist die Parallele schon in irgendeiner Form gegeben und zu sehen.

Zum Schluß und zusammenfassend möchte ich festhalten, daß auch der vorliegende Finanzschuldenbericht 1981 in aller Deutlichkeit — in erschreckender Deutlichkeit — die Sorglosigkeit aufzeigt, mit der Sie mit den Steuergeldern der Österreicher umgehen, und — bis jetzt zumindest — auch aufzeigt — das ist das Resümee, das ich daraus ziehe, das steht nicht drinnen — den mangelnden Willen der Sozialisten in diesem Land, über ideologische Scheuklappen hinaus ökonomische, volkswirtschaftliche, budgetpolitische Realitäten, Zusammenhänge und Folgewirkungen zur Kenntnis zu nehmen, wenn sie nicht in Ihr sozialistisches Umverteilungs- und Versorgungstaatskonzept hineinpassen.

Herr Kollege Taus — und das möchte ich vielleicht auch noch anmerken — hat auf eine bemerkenswerte Strukturverschiebung bei der Verschuldung des Zentralstaates hingewiesen. Er hat auf die Verschiebung von der

Dkfm. Bauer

Inlandsverschuldung auf die Auslandsverschuldung hingewiesen.

Dem ist nichts hinzuzufügen. Vielleicht nur ein Gedankengang noch. Es wäre interessant zu erfahren, inwieweit die Verschiebung von der Inlandsverschuldung zur Auslandsverschuldung auch mit dazu beigetragen hat, die Inflation in diesem Lande doch wieder deutlich ansteigen zu lassen. Ich kann es nicht beurteilen, mir fehlen die Unterlagen und die Berechnungsmöglichkeiten hierfür. Aber der Grundzusammenhang ist ja wohl klar. Wenn ich vom Ausland zusätzlich Kapital importiere, ins Land pumpe, erhöhe ich den Geldumlauf, und über den vergrößerten Geldumlauf setze ich natürlich auch die Inflationsspirale in Gang.

Nachdem wir gerade im Berichtszeitraum auch ein Ansteigen der Inflationsrate zur Kenntnis nehmen müssen, ist es nicht von der Hand zu weisen, daß hier ein gewisser Zusammenhang zumindest besteht.

Es ist aber noch eine bemerkenswerte Strukturverschiebung bei der Schuldenpolitik der Bundesregierung zu bemerken, nämlich das Weggehen von den kurz- und mittelfristig fälligen Schulden zu den langfristigen Darlehen. Ich weiß schon, daß das auch darin begründet sein kann, daß ich dadurch möglicherweise günstigere Zinsbedingungen erreiche. Aber logisch und verständlich wird es auch, wenn man sich vor Augen hält, daß man halt ganz einfach kurz- und mittelfristig nicht mehr recht liquid ist, weil man nicht mehr rasch zurückzahlen kann und die Zurückzahlung daher hinausschiebt. Das ist, glaube ich, auch einer der Hintergründe dieser bemerkenswerten Strukturverschiebung.

Das heißt, daß die sozialistische Alleinregierung nicht nur die gegenwärtig erwerbstätige Bevölkerung in diesem Land mit ihrer Schuldenwirtschaft belastet, sondern auch einen ungedeckten Wechsel auf die Zukunft ausgestellt hat, den auch noch die kommende Generation, die noch nicht in den Arbeitsprozeß eingegliedert ist, zu begleichen haben wird. Wir können Sie nur warnen und beinahe bitten, möchte ich sagen, von diesem falschen Weg abzugehen.

Und damit ein letzter Satz zum Bericht selbst beziehungsweise zum Abstimmungsverhalten. Ich möchte und muß das deswegen sagen, weil Herr Kollege Dr. Taus angekündigt hat, daß die Österreichische Volkspartei diesmal von einer jahrelangen Praxis abgehen und den Schuldenbericht der Postsparkasse nicht zur Kenntnis nehmen wird. Meiner bescheidenen Meinung nach heißt ja,

wenn ich einen Bericht zur Kenntnis nehme, nicht, daß ich dem Inhalt oder den Vorgängen, die in diesem Bericht dargestellt werden, zustimme. Das ist der alte Streit, soll es nicht besser heißen: vom Bericht Kenntnis nehmen oder den Bericht zur Kenntnis nehmen. Aber das ist eher mehr ein formales Problem. Wie gesagt, nachdem den Bericht zur Kenntnis nehmen nicht heißt, daß man das gutheißt, was da drinnensteht, sehen wir Freiheitlichen keinen Grund, von dieser jahrelang in diesem Hause einvernehmlich geübten Praxis abzugehen. Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der FPÖ.)* ^{11.44}

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Sandmeier. Ich erteile es ihm.

^{11.45}

Abgeordneter **Sandmeier** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte eingangs nur mit wenigen Worten auf die Vorhaltung des Herrn Abgeordneten Dr. Nowotny eingehen, der gemeint hat, Schulden werden nicht nur vom Bund gemacht, Schulden gibt es auch in den Bundesländern. Das ist richtig, ich widerspreche dem nicht.

Aber ich glaube, es wäre fair gewesen, Herr Abgeordneter Dr. Nowotny, wenn Sie, als Sie das Land Oberösterreich erwähnten und meinten, daß der Schuldenanstieg in Oberösterreich auch rascher vor sich gegangen ist als früher, dazu gesagt hätten, warum das so ist.

Wissen Sie, warum das so ist? Ich glaube, Sie wissen es, aber ich sage es Ihnen noch einmal, weil es auch die Öffentlichkeit wissen soll: In der Hauptsache liegt es darin, daß der Bund seinen Zahlungsverpflichtungen eben nicht nachkommen kann und die Länder jetzt Vorfinanzierungen machen müssen, die ja eigentlich der Bund machen müßte. Ich erwähne nur die Pyhrn Autobahn-Vorfinanzierung, Linzer Autobahn-Vorfinanzierung, Mühlkreis Autobahn-Vorfinanzierung, Innkreis Autobahn-Vorfinanzierung.

Herr Abgeordneter Dr. Nowotny! Wir sind in Oberösterreich an und für sich sehr, sehr froh, daß überhaupt gebaut worden ist, weil es von der Verkehrssituation her absolut notwendig ist. Aber wenn der Bund pleite ist und kein Geld hat, dann ist es unfair, Vorwürfe zu machen, weil die Länder vorfinanzieren. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Taus hat schon in zwei Sätzen erwähnt, warum wir heute diesen Finanz-

10358

Nationalrat XV. GP — 102. Sitzung — 21. Jänner 1982

Sandmeier

schuldenbericht ablehnen. Ich möchte noch hinzufügen, daß es eben jene Tabelle war, die 1980 in dem Finanzschuldenbericht aufschien und die eine ganz entscheidende Aussage gebracht hat über die Zunahme der prozentuellen Prokopfverschuldung in unserem Land. Diese Tabelle hat ausgesagt, daß die prozentuelle Prokopfverschuldung des Zentralstaates in den Ländern Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Schweden, Schweiz, USA und Österreich in den Jahren 1973 bis 1979 Österreich ganz deutlich auf die Überholspur gebracht hat, das heißt, in Österreich ist die Zunahme prozentuell am höchsten gewesen. Und weil Sie nicht wollten, daß es weiterhin im Finanzschuldenbericht 1981 aufscheint, haben Sie einfach diese Tabelle aus dem Schuldenbericht 1981 eliminiert.

Wir wollen nicht haben, daß der Finanzschuldenbericht denselben Weg geht wie die amtliche „Wiener Zeitung“, die ebenfalls — wir haben das heute in der Anfragebeantwortung gehört — zu einem Gefälligkeitsblatt der Regierung geworden ist.

Hohes Haus! Der enorme, überdurchschnittlich rasche Anstieg der Schulden hat Österreich sicherlich in eine sehr schwierige Lage gebracht. Der Bundeskanzler hat selbst zugegeben, daß sich Österreich mitten in einer schweren Krise befindet. Das ist ein Ausspruch des Herrn Bundeskanzlers. Sicher spielt dabei auch die Weltwirtschaftslage mit hinein. Aber dieser Krisenzustand hat auch noch andere Gründe. Die Budgetpolitik, die Steuerpolitik und die Wirtschaftspolitik in den letzten zwölf Jahren sind für mich die zentralen Ursachen für die wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme in unserem Land. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn wir in den vergangenen Jahren auf die nach unserer Meinung in vielen Punkten falsche Konzipierung des Budgets hingewiesen haben, dann wurde unsere Kritik, die wir dabei geübt haben — und dazu sind wir als kontrollierende Opposition verpflichtet —, immer als Schwarzmalerei abgetan.

Heute liegt das Ergebnis von zwölf Jahren sozialistischer Wirtschafts-, Budget- und Steuerpolitik vor uns. Ich gebe zu, daß der Finanzminister kein gutes Erbe übernommen hat. Aber schon das erste Budget des neuen Finanzministers ist falsch konzipiert, es mußte praktisch nach einem Monat bereits geändert werden. Das war eigentlich noch nie da.

Es wurde für 1982 ein Budget vorgelegt und von der sozialistischen Regierungsfraktion auch beschlossen, in dem an völlig falscher

Stelle ein Sparversuch unternommen wurde. Es wurde bei öffentlichen Investitionen und der Investitionsförderung eingespart.

Meine Damen und Herren! Wenn ich daran denke, daß fast jede Woche von der Sicherung der Arbeitsplätze gesprochen wird, daß aber die Regierung selbst in ihrem eigenen Budget immer weniger Mittel für die Sicherung der Arbeitsplätze einsetzt, dann, muß ich sagen, ist das eben keine glaubwürdige Politik. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Im Jahre 1970 war der Anteil der öffentlichen Investitionen am Bundesbudget 9,1 Prozent, heute sind es nur mehr 6,2 Prozent. Das gleiche gilt für die Investitionsförderung. Das heißt also, jene Teilgebiete, die mehr Arbeitsplätze schaffen sollten, bekommen weniger Geld aus dem Bundesbudget. Und trotz der Streichung dieser arbeitsplatzsichernden Ausgaben im Budget stieg das Defizit um 20 Prozent. Es beträgt im heurigen Jahr 59 Milliarden Schilling. Das ist ungefähr der Betrag, den der Bund braucht, seine Schulden zu tilgen und zu verzinsen.

Im Gegensatz dazu steigt aber der Verwaltungsaufwand, der Aufwand für die Bürokratie ständig weiter. 900 Dienstposten wurden für 1982 neu geschaffen. Der Personalaufwand ist seit 1970 um 7 Prozent gestiegen, in den Ministerien und Zentralstellen sogar um 16 Prozent.

Eine Budgetpolitik, wie sie in den letzten zwölf Jahren betrieben wurde, muß einfach zu einem enormen Anstieg der Staatsschulden führen. Immer wieder wurde dieser Anstieg der Staatsschulden damit begründet, man müsse Arbeitsplätze sichern. Heute müssen Sie selbst zugeben, Sie schaffen mit dieser enormen Neuverschuldung dieses Jahr keine zusätzlichen Arbeitsplätze, sondern die Staatsschulden zerstören letztlich die Arbeitsplätze. *(Beifall bei der ÖVP.)* Weil Sie immer mehr Mittel aus dem Budget für Ihre Schuldentrückzahlungen und Verzinsungen zur Verfügung stellen müssen, verbleiben im Budget keine weiteren Mittel, keine ausreichenden Mittel für Investitionen und damit für die Sicherung der Arbeitsplätze.

Ich möchte heute den Ausspruch eines unverdächtigen Zeugen wiederholen. Es ist der ehemalige Androsch-Intimus Dr. Vranitzky, heutiger Länderbank-Chef, der wörtlich gesagt hat: Arbeitsplätze auf Schulden sind langfristig keine sicheren Arbeitsplätze. Wenn wir immer mehr Mittel im Budget für den Schuldendienst in Anspruch nehmen, dann bleiben eben immer weniger Mittel für arbeitsplatzsichernde Maßnahmen, aber auch

Sandmeier

keine Mittel für eine überfällige Strukturanpassung unserer Wirtschaft.

Anstatt zu sparen, um wieder Mittel für die Arbeitsplatzbeschaffung freizubekommen, werden stattdessen flott neun Staatssekretariate aufrechterhalten mit einem enormen Geldaufwand, stattdessen verbleibt man bei der unwirtschaftlichsten Methode des freien Schulbuches und verschwendet dabei Hunderte Millionen Schilling. Stattdessen dehnt man die Zentralbürokratie immer noch mehr aus, 900 Dienstposten mehr für heuer. Und schließlich fehlt es ganz offensichtlich am Mut, den Bundeszuschuß der Österreichischen Bundesbahnen, derzeit schon über 20 Milliarden Schilling, wenigstens stufenweise durch Rationalisierungen und Verwaltungsvereinfachung zu reduzieren.

Eine einmalige Gelegenheit, in aller Öffentlichkeit den Sparwillen der Regierung kundzutun, wäre, auf den Bau des Monsterkonferenzpalastes zu verzichten, weil man daselbe, nämlich ausreichend Konferenzräume für die UNO sicherzustellen, auf wesentlich billigere Weise hätte durchführen können, indem man eben den Ausbau des Messepalastes und der Hofburg forciert hätte. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich muß sagen, gar so abwegig war die Idee des Bautenministers nicht, wenn er dies vorgeschlagen hat.

Wie immer die Finanzierung dieses Konferenzpalastes geschieht und geregelt wird, fest steht, daß uns niemand dieses Monsterprojekt schenken wird, sondern daß wir es mit Zinsen und Zinseszinsen zurückzahlen müssen.

Noch einmal sei festgestellt, der Bau dieses Konferenzpalastes ist kein taugliches Mittel für die Behebung der Arbeitslosigkeit in ganz Österreich.

Es gibt sicher keinen Neid der Bundesländer — das darf ich feststellen —, aber Gerechtigkeit muß sein.

Da lese ich gestern in der Grazer „Kleinen Zeitung“, daß in der Steiermark 40 Prozent der Bauarbeiter ohne Arbeit sind. Das stellt die Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter fest, nicht irgendein Kommentar. Da gibt es in Kirchdorf an der Krems eine Arbeitslosigkeit in einer Größenordnung von 8,4 Prozent, und dabei gäbe es gerade in dieser Region baureife Projekte, ich erinnere nur an den Bau der Kaserne in Kirchdorf, aber der Bund hat kein Geld, und die Arbeitslosigkeit wird damit zur Kenntnis genommen.

Im Salzkammergut — ich komme aus dem Salzkammergut — gibt es heute die größte Arbeitslosigkeit seit 22 Jahren. Und da baut

die Regierung, weil ihr Bundeskanzler justament mit dem Kopf durch die Wand will, ausgerechnet dort, wo eine Überhitzung befürchtet werden muß, wie der Leiter des Wirtschaftsforschungsinstitutes festgestellt hat, einen Konferenzpalast hin, den nicht einmal die Wiener wollten, wie es die Befragung deutlich zum Ausdruck gebracht hat. 90 Prozent haben ihn abgelehnt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Sicherheit der Arbeitsplätze im nächsten Jahr, im nächsten Jahrzehnt darf ich sagen, hängt sicherlich nicht davon ab, ob Österreich dieses Monsterkonferenzzentrum baut oder nicht. Sichere und den technischen, sozialen und handelspolitischen Bedingungen der achtziger Jahre adäquate Arbeitsplätze erfordern vielmehr eine klare Linie der Wirtschaftspolitik *(Beifall bei der ÖVP)* mit einem starken Akzent auf dem Strukturwandel und einer vernünftigen Budgetpolitik. Die „Nachmir-die-Sintflut-Politik“ des hemmungslosen Schuldenmachens belastet hingegen die kommende Generation und erschwert die Anpassung der Wirtschaft an die Änderungen im weltwirtschaftlichen Gefüge.

Dr. Busek hatte schon recht, wenn er sagte, Kreisky soll doch endlich aufhören, die Zukunft schon heute zu verbrauchen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Unser heute gefeierter Wohlstand ist auf dem Fleiß der nächsten Generation aufgebaut. Die Sicherung des Wohlstandes der heute arbeitenden Generation geht auf Kosten unserer Kinder und Enkelkinder.

Die Generation, die heute am Ruder ist, übernahm ein praktisch schuldenfreies Erbe. Sie konnte sich eine Wohlstandssteigerung schaffen, weil sie schließlich die fetten Jahre für sich hatte. Trotzdem lebt sie in Saus und Braus auch noch von dem Geld, das die nächste Generation erst verdienen müssen.

Wie gut diese fetten Jahre waren und welche enorme Mittel der Regierung zur Verfügung standen, die sie teilweise leider — verzeihen Sie den Ausdruck — verplemperte, zeigen die üppig gewachsenen Staatseinnahmen. 1973 betragen in Österreich die Lohnsteuereinnahmen 21 Milliarden Schilling. 1980 konnte der Staat 61 Milliarden Schilling an Lohnsteuer kassieren. 1973 zahlten die Österreicher 37 Milliarden Schilling Mehrwertsteuer, 1981 konnte der Staat 81 Milliarden Schilling kassieren. Und diese enormen Einnahmen waren immer noch zuwenig!

Obwohl die Einnahmen überdurchschnittlich hoch waren, wuchs dennoch die Staats-

10360

Nationalrat XV. GP — 102. Sitzung — 21. Jänner 1982

Sandmeier

schuld kräftig an. 260 Milliarden Schilling hat allein diese Regierung seit 1970 Schulden gemacht. Mit Ende 1982 wird der Schuldenstand 332 Milliarden Schilling ausmachen. In Wirklichkeit wird dieser Schuldenberg ja noch höher sein, weil ja sicherlich neue Ausgaben beschlossen werden.

Meine Damen und Herren! Wenn man das sagt, muß man dazusagen, daß das Makabre dabei ist, daß trotz der hohen Staatseinnahmen, trotz der an die 40 durchgeführten Steuer- und Gebührenerhöhungen während der Alleinregierung der Sozialisten und trotz des enormen Schuldenberges die Staatskasse total leer ist. Dafür wird der Schuldenberg auch heuer noch einmal höher. Weitere 31 Milliarden Schilling kommen dazu.

Das also, meine geschätzten Damen und Herren, ist die Hinterlassenschaft dieser Regierung, die ausgezogen ist mit dem Versprechen, ein modernes Österreich zu bauen.

Die Frage wird heute immer häufiger gestellt, was denn aus diesem Versprechen geworden ist. Und die Antwort, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion und meine Herren auf der Regierungsbank, die Antwort finden Sie am deutlichsten in der letzten Nummer der deutschen Zeitschrift „Der Spiegel“. Ich glaube, es gibt wohl niemanden, der nicht diesen Artikel auf Seite 92 gelesen hätte. Es mag sein, daß er sehr hart formuliert ist.

Ich möchte aber doch, weil es symptomatisch dafür ist, welches Urteil heute das Ausland über diese Regierung abgibt, einige Worte aus diesem Artikel herausgreifen und gleich vorweg festhalten — der Herr Kollege Taus hat es ja schon gesagt —, daß dies ein sehr unverdächtiger Zeuge ist, weil „Der Spiegel“ noch nie rechts gestanden ist, aber sehr wohl weit links und die Meinungen der linken Seite wiedergegeben hat.

In diesen linken „Spiegel“ können Sie, meine Damen und Herren, hineinschauen. Sie werden dort lesen: „Österreichs Sozialisten abgewirtschaftet“, „Pleiten in Österreich“, „Korruption“, „Staatsverschuldung“, „Arbeitslosigkeit“. Einen Satz davon zitiere ich wörtlich: „Nach dem Motto ‚Nach mir die Sintflut‘ geht es der Regierung offenkundig allein darum, das wirtschaftliche Desaster bis zum nächsten Wahltermin im Frühjahr 1983 bestmöglich zu drapieren.“

Das also, meine Damen und Herren, scheint das Ende des vielgerühmten und strapazierten sozialistischen Weges zu sein. Ich gebe zu, daß Sie sich alle und auch ein großer Teil der

Bevölkerung diesen Weg ganz anders vorgestellt haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Denn was die Regierung wirklich hinterläßt, ist eine große Schuldenhypothek, an der die Regierungen der nächsten Jahrzehnte und auch die Bevölkerung noch zu tragen haben werden.

Die von Dr. Kreisky gestellte Frage „Wollt ihr Schulden oder Arbeitslose?“ war vom Grunde her sehr unseriös, denn durch eben diese Schuldenpolitik — nur ein ganz geringer Teil dieser Schulden wurde ja zur Arbeitsbeschaffung verwendet — ist es dazu gekommen, daß wir heute Schulden und Arbeitslosigkeit haben.

Die gigantischen Staatsschulden sind eher dazu angetan, die Arbeitsplätze zu zerstören. Ein Drittel der verbleibenden Steuereinnahmen müssen heute bereits — und das ist die Folge dieser Schuldenpolitik — für Schuldentilgung und Zinsenzahlungen verwendet werden.

Mit dieser Wirtschafts- und Budgetpolitik nähern wir uns einer, man kann sagen, kritischen Situation, wie wir sie bereits von europäischen Staaten her kennen, wo sozialistische Regierungen abgewirtschaftet haben. Es gibt genügend Fachleute — ich bin überzeugt, auch der Herr Finanzminister hat einige dieser Artikel schon gelesen —, die bereits heute der Meinung sind, daß Österreich an der Grenze der Staatsverschuldung angelangt ist.

Deshalb ist es verständlich, daß allenthalben Überlegungen angestellt werden, ob es nicht angesichts der bestehenden horrenden Staatsschulden und der jährlich neu dazukommenden Schulden — heuer sind es ja wieder 31 Milliarden Schilling mehr Schulden — eine gesetzliche Barriere geben sollte, daß ab einer gewissen Grenze Schulden nur mehr mit qualifizierter Mehrheit in diesem Haus beschlossen werden dürfen.

Man muß sich doch einmal folgendes vorstellen: Da kann heute eine Regierung mit einer hauchdünnen Mehrheit, eine Regierung, wenn Sie wollen, mit 1 Prozent Mehrheit, in Wirklichkeit wird es gar keine Mehrheit mehr sein, mit einem einfachen Gesetz den Staat total verschulden und dadurch Belastungen schaffen, die weit in die Zukunft reichen. Die heute dies tun, sind wahrscheinlich allesamt nicht mehr da, wenn diese Wechsel in die Zukunft von unseren Kindern und Enkeln eingelöst werden müssen.

Was aber besonders betrüblich ist — und es ist symptomatisch, daß heute alle Oppositionsredner davon gesprochen haben, auch

Sandmeier

der Kollege Bauer hat davon geredet —, das ist der hohe Stand der Auslandsverschuldung. Von dem Finanzschuldenstand per 31. Dezember 1981 in Höhe von 291 Milliarden Schilling entfallen allein auf die Auslandsverschuldung 95 Milliarden Schilling. Und Ende 1982 — so steht es zumindest in der Budgetrede des Finanzministers — wird der Auslandsschuldenstand 104 Milliarden Schilling betragen. Und wenn wir hören, daß wir uns aus Saudi-Arabien weitere 15 Milliarden holen, so kommen auch die noch dazu. Es ist schon angedeutet worden, daß diese Auslandsverschuldung ja auch in einen direkten Zusammenhang mit der Inflationsentwicklung zu setzen ist. Je mehr Geld in Umlauf kommt, umso mehr besteht die Gefahr einer weiteren Inflationsentwicklung.

Österreich ist also jetzt beziehungsweise Ende des Jahres mit 104 Milliarden Schilling im Ausland verschuldet. Wissen Sie, meine Damen und Herren, was das eigentlich heißt? Die Österreicher, ob an der Werkbank in der Fabrik, im Geschäft, im Büro oder auf dem Bauernhof, sie alle müssen pro Jahr viele Milliarden Schilling erarbeiten, mit viel Schweiß erarbeiten, und diese Milliarden Schilling, ich möchte vorerst nur von den Zinsen reden, muß dann der Finanzminister ins Ausland schicken für Schulden, die er dort gemacht hat.

Die Regierung hat es zustande gebracht, Österreich mit rund 95 Milliarden Schilling im Ausland zu verschulden, das entspricht einer elfeinhalbfachen Steigerung! Wir müssen also mit österreichischen Gütern, mit österreichischen Dienstleistungen, mit österreichischer Arbeit, mit dem, was wir an Sozialprodukt erarbeitet haben, 1982 allein an Zinsen 7,9 Milliarden Schilling ins Ausland zahlen. Wenn ich die Tilgung noch dazunehme, dann sind es 13,5 Milliarden Schilling, die ins Ausland gehen. Mit dieser Finanzpolitik werden unsere Arbeiter letztlich zu Gastarbeitern im eigenen Land gemacht. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Schließlich ist die Ausweitung der Auslandsschulden eine neuerliche zusätzliche Belastung der kommenden Generation. Künftige Zinsenzahlungen an das Ausland bedeuten eine Schmälerung des Volkseinkommens und der Einkommensmöglichkeiten unserer Jugend.

Es ist bedenklich, wenn man mit neuen Krediten nur kurzfristige Beschäftigungseffekte erzielt. Der geplante Bau des Konferenzpalastes läßt zudem nach Fertigstellung hohe jährliche Folgekosten erwarten, für die keine Deckung vorhanden ist. Wichtiger ist die Stär-

kung des produktiven Sektors, der der einzige Garant für die Bedienung hoher Staatsschulden ist.

Meine Damen und Herren! Das derzeitige Budget ist ja nicht von selbst aus den Fugen geraten, und der enorme Schuldenberg von 332 Milliarden Schilling ist ja nicht von selbst gewachsen. Beides ist das Ergebnis eines wirtschaftlich falschen Weges, den die sozialistische Alleinregierung zwölf Jahre hindurch gegangen ist. Es ist das Ergebnis sozialistischer Wirtschaftspolitik, die wir in vielen Dingen eben für falsch halten. Arbeitsplätze kann man auf Dauer nicht mit gepumptem Geld sichern.

Die Alternative zu dieser kurzatmigen Wirtschaftspolitik der Bundesregierung wurde im Mock-Plan, den die ÖVP vorgelegt hat, zusammengefaßt. Aber in Ihrer Hochnäsigkeit und in Ihrem Hochmut sind Sie gar nicht bereit, darüber erst zu diskutieren. Sie haben auch den Mock-Plan wieder vom Tisch gefegt. Ich glaube, es täte Ihnen gut, die guten Gedanken, die hier drinnen liegen, wenigstens ein bißchen zu überlegen. Ich sage nicht, daß Sie alles durchführen sollen. Das kann man von einer Regierung gar nicht verlangen. Aber Sie sollten wenigstens den guten Willen zeigen, und ich glaube, daß es zum Wohle dieses Landes wäre, wenn Sie sich etwas danach halten würden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir glauben, Vollbeschäftigung, Stabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht sind nur durch leistungsstarke und wettbewerbsfähige Unternehmen zu erreichen, nicht aber durch eine Wirtschaftspolitik, die an Grenzen stößt, an Grenzen der Verschuldung im Budget, an Grenzen der Leistungsbilanzdefizite in der Außenwirtschaft, und auf betrieblicher Ebene an die Grenzen der schwindenden Möglichkeit, nach Jahren des Substanzverlustes noch Risiko zu übernehmen und die Anforderung des Strukturwandels unternehmerisch zu bewältigen.

Aus dieser Sackgasse kann nur eine Wirtschaftspolitik herausführen, die eine mittelfristige Konsolidierung des Budgets von der Ausgabenseite her, eine schrittweise Milderung wettbewerbsverzerrender Kostenbelastungen, eine effektive Innovationspolitik, eine Stärkung der Risikokapitalbasis und Investitionsförderung anstrebt. Die verfehlte und manchmal auch kleinkarierte Budget- und Wirtschaftspolitik ist zu einer großen Gefahr für die Staatsfinanzen unseres Landes geworden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Der Regierung kann man heute den Vorwurf nicht ersparen,

Sandmeier

daß sie die Bevölkerung jahrelang über den wahren Stand der Staatsfinanzen im unklaren gelassen hat, daß sie in den siebziger Jahren im Gegenteil mit zahllosen Sozialgeschenken an die Bevölkerung den Eindruck zu erwecken versucht hat, daß die Wohlstandsvermehrung sich unbegrenzt nach dem Muster der sechziger Jahre fortsetzen werde.

Wohin eine solche Politik in letzter Konsequenz führt, zeigten auch die Diskussionen um die Kreditfähigkeit Belgiens, Schwedens und Dänemarks. Eine neue internationale Finanzkrise wie 1974/75 würde auch die Kreditfähigkeit Österreichs im Ausland dramatisch beeinträchtigen und könnte über Nacht die vielgerühmte Position unseres Landes als sogenannter erstklassiger Schuldner hinwegfegen.

Und es sollte eine Warnung sein, wenn es in angesehenen Blättern wie in der „Wirtschaftswoche“, einer europäischen Fachzeitschrift, heißt: „Für internationale Banken gilt Österreich in puncto Bonität nicht mehr als erste Adresse.“ (*Bundesminister Dr. Salcher: Wo steht das?*) Ich werde es Ihnen dann sagen, Herr Bundesminister.

Ich glaube, daß es die Pflicht einer kontrollierenden Opposition ist, auf diesen Verfall unserer Bonität aufmerksam zu machen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Ich möchte zum Schluß zusammenfassen: Die bisherige Politik des ungehemmten Schuldenmachens der sozialistischen Regierung hat sichtbar zu einer Gefährdung der Arbeitsplätze geführt, hat eine ungeheure Hypothek für die Zukunft gebracht, eine Hypothek, die auch noch die kommende Generation schwer belastet, und hat dem Budget jede Möglichkeit einer Konjunktursteuerung genommen. Die Regierung geht trotzdem den Weg des Schuldenmachens weiter, sie macht immer neue Schulden, um die alten Schulden begleichen zu können. Vom Budget gehen keine beschäftigungspolitischen Impulse mehr aus.

Die Regierung hat aber offensichtlich keine Kraft zu einer Änderung dieses falschen Weges. Sie lebt weiter von der Hand in den Mund. Diese Form der Finanzpolitik lehnen wir ab. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{12.17}

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Veselsky. Ich erteile es ihm.

^{12.18}

Abgeordneter Dr. **Veselsky** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Zum ersten eine Bemerkung zum Herrn Kollegen Bauer. Ich möchte

mich anschließen seinem Lob, seinem Lob dafür, daß die Mitarbeiter an diesem Finanzschuldenbericht auch eine Zusammenstellung der Finanzierungsströme Österreichs versucht haben. Aber auch eine negative Bemerkung zu ihm. Als er sich an den Kollegen Abgeordneten Braun wendete, meinte er im Anschluß an die gestrige Debatte: Wenn Sie die Unterlagen nicht begreifen ...

Herr Kollege Bauer! Ich glaube, wir sollen einander nichts Ehrenrühriges unterstellen, sondern sagen, es gibt eben die Möglichkeit, aus ein und denselben Unterlagen unterschiedliche Schlüsse zu ziehen.

Ein Wort zum Kollegen Sandmeier zuvor, denn ich möchte an etwas anknüpfen. Er meinte, die Regierungspartei hätte den Mock-Plan vom Tisch gewischt. Herr Kollege Taus hat aber heute hier vom Mock-Kreisky-Abkommen gesprochen. Ich möchte doch der Wahrheit die Ehre geben und das umbenennen in Kreisky-Mock-Abkommen, nach der Größe ... (*Abg. Dr. Mock: Einverstanden! — Ruf bei der ÖVP: Das ist ein echtes Problem!*) Sie hat eine große Bedeutung, nicht nur von der Größe der Partei her, sondern auch hinsichtlich der Beiträge.

Aber immerhin, Herr Kollege Sandmeier, wir haben diesen Ihren Mock-Plan nicht nur studiert, sondern er ist auch zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht worden, und ich selbst habe ja mit Kollegen Taus an den vorbereitenden Gesprächen mitgewirkt. Ich habe mir nachher erlaubt, das Ausmaß des Konsens, der gefunden wurde, zu quantifizieren: 90 Prozent. Herr Kollege Sandmeier! Also wischen Sie nicht Ihren Mock-Plan dadurch vom Tisch, daß Sie sagen, die Regierung hätte ihn vom Tisch gewischt. (*Abg. Anton Schläger: Das ist doch nur ein kleiner Teil! Ihr müßt alles machen!*) Herr Kollege! Wenn Sie es sich angeschaut hätten, dann wüßten Sie, wieviel es ist. Aber ich glaube, daß Sie sich selbst zu wenig damit beschäftigt haben, weil Sie es vielleicht selbst nicht ernst genug nehmen. (*Abg. Sandmeier: Es ist sehr erfreulich, wenn Sie endlich zur Erkenntnis kommen, daß man daraus wenigstens etwas entnehmen kann!*) Ja, etwas kann man wirklich daraus entnehmen: daß Sie bis zum heutigen Tag nicht wissen, daß es darüber Verhandlungen gegeben hat. Herr Kollege Taus sagte es. (*Abg. Sandmeier: Ein Teil davon ist berücksichtigt, ein kleiner Teil!*) Ein Teil davon, der vernünftig ist, wurde berücksichtigt. Und wir haben gesagt, es gibt ein hohes Maß an Übereinstimmung, Herr Kollege Sandmeier! Sie waren nicht bei den Verhandlungen anwesend. Sie hätten sich dar-

Dr. Veselsky

über berichten lassen sollen, dann hätten Sie das heute nicht gesagt. Dies möchte ich hier festgehalten haben.

Meine Damen und Herren! Damit bin ich aber schon bei der Frage des Konsenses. Herr Kollege Taus hat sich heute hier zum Konsens bekannt, er hat gesagt, er strecke die Hand dazu aus, und ich glaube ihm, daß er diese Hand ausstreckt. Ich meine aber, daß es doch viele gibt, die die von uns ausgestreckte Hand sehr gern übersehen oder sogar weggeschoben haben. Ich erinnere Sie daran, was man gerade im Zusammenhang mit dem Bau des Konferenzzentrums hier immer wieder an Hetze zu entfachen versuchte. Man wollte ablenken von den wahren Dingen, um die es in der Wirtschaftspolitik geht, nämlich davon, daß die Regierung ein Sonderbeschäftigungsprogramm im Jänner beschlossen hat. Davon wollen Sie doch auch jetzt schon wieder ablenken (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk*), jetzt schon wieder ablenken, Herr Kollege! Das ist nämlich Brandstiftung, Herr Kollege! Das möchte ich betonen. Wenn sich Kollege Taus hier mit Engelszungen zum Konsens bekennt, dann gibt es andere in Ihren Reihen — und sie bekennen sich dazu —, die in Wirklichkeit am Tage vor der Regierungsklausur sagten: Und das Konferenzzentrum darf nicht gebaut werden. Das wäre der wichtigste Beitrag zur Wirtschaftspolitik. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Aber ich sage Ihnen etwas anderes, Herr Kollege, als einer, der um den Konsens in Österreich wirklich lang bemüht war und ist: Ich habe mich im September des Vorjahres in einer Pressekonferenz dafür ausgesprochen, den Basiskonsens zu erweitern über die wirtschaftspartnerschaftliche Konsensfindung hinaus: „... für Zeiten wie diese.“

Ich habe darauf auch in diesem Haus höhnische Randbemerkungen geerntet. Aber heute hat sich Kollege Taus zum erweiterten Basiskonsens bekannt, und ich bin ihm dafür dankbar. Er hat nämlich darauf hingewiesen, daß seither etwas geschehen ist, daß es auf der Ebene von Parteiengesprächen möglich war, zwischen den großen Parteien dieses Landes, zwischen der Regierungspartei einerseits und der Österreichischen Volkspartei andererseits, aber auch zwischen der Regierungspartei — Kollege Bauer hat darauf aufmerksam gemacht — und der Freiheitlichen Partei, Gespräche zu führen mit dem Ergebnis, daß man einen nationalen Basiskonsens baut und erweitert.

Das ist etwas grundsätzlich Neues in diesem Land. Warum? Es gab Konsens in den Jahren der großen Koalition. Nun gut, wenn

man miteinander regiert, dann muß man auch miteinander gewisse Dinge einvernehmlich feststellen. Kein Kunststück. Es gab die Jahre des Wiederaufbaues und der Besetzung, und es war damals notwendig zusammenzustehen, damit dieses Land unabhängig werden konnte, damit es aus den Trümmern erstehen konnte. Die Not hat uns zu diesem Konsens gebracht.

Es gab darüber hinaus den zweiten Konsens, der damals ebenfalls geboren wurde, den Konsens zwischen den Wirtschafts- und Sozialpartnern, einen Konsens, der Österreich auszeichnet vor anderen Staaten, der uns Arbeitskonflikte erspart, einen Konsens, der uns aber auch einen geringeren Preisauftrieb beschert, als er in anderen Ländern üblich und an der Tagesordnung ist, und das Ausland bewundert uns darob. Eine österreichische Besonderheit, die wir pflegen.

Ich muß sagen: Hier bin ich nicht der Auffassung des Kollegen Taus, daß seitens der Regierung oder des Regierungschefs an dieser Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft gerüttelt wurde und wird, sondern ganz im Gegenteil.

Ich glaube, daß jetzt etwas Neues entstanden ist über diesen Koalitionskonsens hinaus, über diesen Wirtschafts- und Sozialpartnerschaftskonsens hinaus, eine Art der Übereinstimmung zwischen den Parteien, die die politische Landschaft dieses Landes prägt. Ich finde das bemerkenswert.

Ich frage Sie: In welchem Land gibt es das noch? Ich glaube, es ist eine neue österreichische Eigentümlichkeit entstanden, die man über Jahr und Tag vielleicht ebenso beschreiben wird, vielleicht mit einem Namen versehen wird, wie man das mit der Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft schon tut.

Ich möchte, an die Adresse der Öffentlichkeit gerichtet, festhalten: Es war nicht so, daß hier zwischen den Parteien gepackelt wurde, daß Kaufpreise in die Waagschale gelegt werden mußten, sondern hier ging es um das Finden einer gemeinsamen Überzeugung vor dem Hintergrund der Einsicht „in Zeiten wie diesen“.

Ich glaube, wir müssen also festhalten, daß es in Österreich eine Verbreiterung des Basiskonsenses gibt. Ich gebe zu, das ist für die Presse nicht so lustig, denn es ist viel lustiger, wenn man darüber berichten kann, wie die Politiker einander auf den Kopf schlagen, wie sie einander beschimpfen; das ist lustiger. Es ist viel weniger spektakulär, darzustellen, daß ein Basiskonsens besteht und daß das eigentlich etwas Gigantisches ist. Denn selbstver-

10364

Nationalrat XV. GP — 102. Sitzung — 21. Jänner 1982

Dr. Veselsky

ständig konnte der bisher so erfolgreich beschrittene Österreichische Weg so gesehen werden, daß die Opposition sagte: Das Gute dabei ist ja selbstverständlich, und von dem, was dabei schlecht ist, distanzieren wir uns. Wir waren ja immer für Vollbeschäftigung, wenn auch Herr Mitterer es einmal anders gesagt hatte. *(Abg. Staudinger: Unsinn!)* Ja, das war Unsinn, was er gesagt hat, danke schön! *(Abg. Staudinger: Nein, das, ist Staatssekretär Veselsky jetzt sagte, ist Unsinn!)* Dann bitte ich um einen Ordnungsruf. *(Abg. Staudinger: Den kann ich nicht erteilen! Ich bin nicht der Präsident!)* Für Sie, für Sie! *(Heiterkeit.)* Denn ich halte das für disqualifizierend und unqualifiziert... *(Abg. Staudinger: Seien Sie redlich und lesen Sie nach, was Mitterer gesagt hat!)* Ich habe es in meiner Dokumentation. Er sagte damals ausdrücklich: Es wäre richtiger, selbst um den Preis von etwas mehr Arbeitslosigkeit mehr Preisstabilität zu erreichen. — Das war damals seine Ausführung. *(Neulicher Zwischenruf des Abg. Staudinger.)*

Daher ersuche ich Sie, derartige disqualifizierende Zwischenrufe zu unterlassen, weil sie beleidigend und unnötig sind, insbesondere wenn ich mich bemühe, Ihnen jetzt klarzulegen, wie wichtig ich Konsens finde. Ich halte das für eine nationale Tat, die hier gesetzt wurde, nämlich daß über Wirtschaftspartnerschaft und über Koalition hinaus der Basiskonsens verbreitert wurde.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist sehr wichtig, daß wir das feststellen, denn die Zeiten sind, international gesehen, sehr schlecht geworden, und ich möchte sie nur etwas beleuchten:

Wir erwarten für das Jahr 1982 laut internationalen Prognosen der OECD ein Wirtschaftswachstum von knapp über 1 Prozent, knapp über 1 Prozent! Hier kam es zur Zurücknahme der Prognose um einen halben Prozentpunkt. Man würde sagen: Das ist nicht dramatisch.

Dramatisch ist aber nur eines: daß sich dieses internationale Wachstum eigentlich nur einstellen kann, wenn in der zweiten Jahreshälfte ein Wunder geschieht und wenn es überall plötzlich aufwärts geht, vor allem in den Vereinigten Staaten von Amerika. Das ist dramatisch, meine Damen und Herren! Denn in Wirklichkeit bedeutet selbst diese Prognose, die wahrscheinlich optimistisch, ja sogar überoptimistisch ist, daß die Arbeitslosigkeit von jetzt 26 Millionen Menschen in den westlichen Industriestaaten auf 28,5 Millionen ansteigen wird, damit von 7,5 Prozent auf 8 Prozent und in Europa auf 10 Prozent.

Meine Damen und Herren! Erstmals in der Geschichte der OECD wird dafür der sehr dramatische Name „Rezession“ gewählt. Erstmals! Ich glaube, er ist viel zuwenig dramatisch, denn wir haben es möglicherweise mit einer sich ausweitenden Weltwirtschaftskrise zu tun.

Das, meine Damen und Herren, ist der Hintergrund „in Zeiten wie diesen“. Sie sind schwierig. Wir sind gefährdet, vom Ausland Arbeitslosigkeit zu importieren. Wir haben uns bisher dagegen erfolgreich gewehrt. Wir haben einen höheren Grad an Vollbeschäftigung sichern können als andere Staaten. Wir waren erfolgreicher. Ich möchte nicht so weit gehen, zu sagen, daß wir es unbedingt viel, viel besser gemacht haben. Aber wir waren erfolgreich. *(Abg. Dr. Blenk: Besser als wer, die Schweiz?)* Jedenfalls als die Schweiz, Herr Kollege. Schauen Sie sich Unterlagen an, dann werden Sie nicht solche Zwischenrufe machen! Schauen Sie sich die Unterlagen an!

Meine Damen und Herren! Ich möchte sehr vorsichtig formulieren und sagen: Wir waren sehr erfolgreich, und der Preis, der dafür gezahlt wurde, war eine Ausweitung der Staatsschuld. Und jetzt sind wir beim Staatsschuldenbericht.

Herr Kollege Taus hat von einer Versechsfachung der Staatsschuld gesprochen. Ich möchte sagen: Trotzdem liegt Österreich pro Kopf der Bevölkerung an zehnter Stelle in einem Weltvergleich, also nicht übertrieben hoch, und Österreich ist — und das sei jetzt den Kollegen der ÖVP gesagt —, was, wie ich glaube, wichtig ist, ein guter Schuldner. Und wir sollen diese Tatsache auch nicht durch Behauptung des Gegenteils von diesem Platz hier in Frage stellen! *(Beifall bei der SPÖ. — Widerspruch des Abg. Dr. Blenk.)* Sprechen Sie doch nicht die Unwahrheit! Das ist doch nicht wahr, Herr Kollege! *(Abg. Dr. Blenk: Weil Sie das behaupten, meinen Sie, ist es so?)*

Herr Kollege Taus sagte ja heute von diesem Platz: Was wir brauchen, ist Vertrauen in die Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, und Sie leisten schon wieder einen Beitrag dazu. Das können wir feststellen. Es ist kein „guter“ Beitrag, der da geleistet wird. *(Weitere Zwischenrufe.)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte vielleicht etwas Positives zur Debatte beitragen, indem ich in Zukunft nicht mehr auf Ihre Zwischenrufe reagieren werden, weil Sie, obwohl ich Ihnen doch, glaube ich, gezeigt habe, daß Sie nicht recht haben, diese Rufe wiederho-

Dr. Veselsky

len. (*Abg. Dr. Blenk: Was Sie mir zeigen müssen, das sage ich Ihnen!*)

Ich glaube, wir sollen doch jetzt festhalten: Vollbeschäftigungspolitik nach den Erkenntnissen der neuen Nationalökonomie — ich möchte jetzt nicht werten, wieweit Sie sich damit beschäftigt haben — erfordert auch die Inkaufnahme von Defiziten, das heißt von Staatsverschuldung. Zu dieser Politik der Vollbeschäftigung bekennen wir uns. Sie bekennen sich nur zum Ergebnis, dazu, daß wir es erreicht haben, aber der Weg paßt Ihnen nicht. Das ist ja nur die Kehrseite der Medaille. (*Abg. Dr. Blenk: Ich hoffe für Sie, daß Sie es besser wissen, als Sie es sagen!*) Das ist doch nur die Kehrseite der Medaille, und zwar sicherlich keine angenehme.

Jetzt kommt es: Wir haben im Jahre 1969 das neue Postsparkassengesetz beschlossen. Seither gibt es einen Staatsschuldenausschuß und einen Staatsschuldenbericht.

Aber ich möchte in Erinnerung rufen, was mit diesem Gesetzesbeschluß beabsichtigt war, und das mit dem vergleichen, was daraus jetzt in der Praxis gemacht wurde.

Dieser Beschluß des Nationalrates, Postsparkassengesetz 1969, ging auf eine Anregung des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen zurück. Also da wirken auch ÖVP-nahe Experten in großer Zahl mit. Da lautete die Anregung, man müsse das, was man im Englischen Debt-Management nennt und was — nur schlecht — mit „Staatschuldenverwaltung“ übersetzt wird, eigentlich vorantreiben durch die Schaffung eines solchen Ausschusses bei der Postsparkasse und eines solchen Berichtes an den Nationalrat, mit der Zielsetzung, daß dieser Bericht Anlaß geben soll, zu prüfen: Haben wir die richtigen Vorkehrungen dafür, daß die Staatsschuld zu möglichst niedrigen Zinsen plaziert wird, daß eine entsprechende Pflege des Marktes erfolgt und so fort, also um technische Fragen zu diskutieren.

Auch die Empfehlungen des Staatsschuldenausschusses gehen in diese Richtung. Beispielsweise für das Berichtsjahr: Der Staat solle sich mehr im Ausland verschulden, um nicht auf dem inländischen Kapitalmarkt private Kreditnehmer zu verdrängen. Es wurde dem Rechnung getragen, aber heute wurde hier kritisiert, die Auslandsschuld wäre zu sehr ins Kraut geschossen.

Ich möchte also gesagt haben, daß in Wirklichkeit entgegen der Absicht des Gesetzgebers jetzt bei der Debatte die vorgelagerte Frage behandelt wird, nämlich die der Staats-

verschuldung insgesamt, wozu wir bei der Budgetdebatte und beim Rechnungsabschluß genug Gelegenheit haben, aber heute hier nochmals. Wenn wir das aber tun, dann bitte, meine Damen und Herren, können Sie nicht über diese stark gestiegene Staatsverschuldung hier reden, ohne daß wir Ihnen den Erfolg auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes, den Erfolg auf dem Gebiete des Wachstums, den Erfolg auf dem Gebiete der Stabilitätspolitik entgegenhalten, und auch das müssen Sie sich dann von uns heute und hier sagen lassen. (*Abg. Dr. Blenk: Lesen Sie den „Spiegel“-Bericht!*)

Herr Kollege! Wir werden in diesem „Spiegel“-Bericht, wir Österreicher werden in diesem „Spiegel“-Bericht insgesamt sehr abfällig beurteilt. Ich glaube, jeder Österreicher, der diesen Bericht gelesen hat, stellt sich die Frage (*Abg. Dr. Blenk: Wieso können Sie das schon wissen?*), ob das nicht ein Zerrbild in diesem „Spiegel“ ist. Gut, da wird ja auch von der Chancenlosigkeit der ÖVP geredet. Und das gefällt Ihnen auch so gut? Dann lesen Sie es doch, bitte! Die Chancenlosigkeit der ÖVP wird darin dargestellt. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Und dazu lachen Sie?

Aber insgesamt, glaube ich, wird zu sehr ein Zerrbild entworfen. Und dieses Zerrbild sollte keinen von uns freuen. Keinen freuen! Es ist nicht das Bild des Österreichers, das uns hier entgegenschaut, sondern eine Karikatur. Doch auch Karikaturen haben ihren Wert, ganz gewiß.

Meine Damen und Herren! Wenn wir uns jetzt der Technik etwas zuwenden, dann kommen wir zur Frage Strukturverschiebung zur Auslandsschuld. Herr Kollege Taus hat das kritisiert. Taus, den ich sonst für einen guten Ökonomen halte, hat sich zu wenig angeschaut — zu wenig angeschaut! —, daß einer Empfehlung des Staatsschuldenausschusses Folge geleistet wurde. Es haben seine Leute selbst mitgewirkt.

Kollege Bauer hat die Frage gestellt: War das nicht ein Beitrag zur Inflationsankurbelung? — Bitte: Diese Frage ist zulässig. Ich glaube das nicht, sondern ich glaube, es war eine Marktnotwendigkeit insgesamt. — Das dazu.

Ich glaube, wir müssen noch — auch im technischen Bereich — einige Worte verlieren zu der Entwicklung der Zinsen. Sie war zu sehr nach oben gerichtet. Wir können — hier bin ich mit Taus einer Meinung — nicht an eine ernsthafte Ankurbelung glauben, solange das internationale Zinsniveau so hoch bleibt. Das internationale, füge ich hinzu. Denn,

10366

Nationalrat XV. GP — 102. Sitzung — 21. Jänner 1982

Dr. Veselsky

meine Damen und Herren: Österreich hat darauf einen allzu geringen Einfluß.

Der Finanzminister würde sich freuen, wenn er uns ein niedrigeres Zinsniveau bescheren könnte. Aber was wäre die Folge eines Alleinganges? — Abfluß österreichischer Einlagen ins Ausland, ein Infragestellen unter Umständen unserer Währungsreserven und damit sehr unliebsame Konsequenzen. Das internationale Zinsniveau ist so hoch!

Nun, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, einige Lehren aus dem, was hinter uns liegt, zu ziehen.

Wir haben in Österreich die Vollbeschäftigung besser verteidigt als anderswo. Wir haben in Österreich Vollbeschäftigungspolitik eingesetzt. Wir haben daher auch mehr Verschuldungsentwicklung als anderswo. International haben wir es jetzt mit der Tatsache zu tun, daß wir einige Schlußfolgerungen eindeutig ziehen können und müssen.

Die erste: Es ist offenbar in einer so verflochtenen Weltwirtschaft, wie wir sie haben, nicht leicht möglich, daß ein Land allein auf die Dauer Vollbeschäftigungspolitik machen kann, ohne dadurch von außen in Schwierigkeiten zu geraten.

Meine Damen und Herren! Sie werden jetzt sagen: Aha, Veselsky sagt jetzt in Wirklichkeit: Ofen aus bei uns in Österreich, wo wir doch Vollbeschäftigungspolitik betrieben haben!

Ich sage nicht: Ofen aus!, sondern ich glaube, wir stehen vor einer großen Aufgabe. Wir müssen für eine hinreichende internationale Zusammenarbeit und Konzertierung sorgen. Gerade stark außenhandelsabhängige Staaten wie Österreich sind darauf angewiesen, denn sonst kann es uns passieren, daß jede Ankurbelung, die wir vornehmen, zu sehr nach außen verpufft. Um den angestrebten Erfolg zu erzielen, müssen wir noch mehr reinhauen, und das wird zu kostspielig.

Ich glaube, das ist eine Lehre, die die Welt ziehen muß. (*Abg. Brandstätter: Meinen Sie damit das Konferenzzentrum?*) Herr Kollege! Das hat mit dem Konferenzzentrum so wenig zu tun wie Ihr Zwischenruf mit der heutigen Debatte. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Brandstätter: Ich meine das nur, weil Sie das so aufzeigen!*)

Die zweite Lehre. Die zweite Lehre, die die Welt aus den Erfahrungen der letzten zehn Jahre ziehen muß: Daß sicherlich das Instrumentarium der Neuen Nationalökonomie, also der Konjunkturpolitik, geeignet ist, Konjunk-

turrückschläge zu überwinden, ihnen entgegenzutreten. Ich würde sagen: vor allem, wenn man international zusammenarbeitet. Das hat man zu wenig getan. Daher sind Staaten, die es getan haben, in Leistungsbilanzprobleme gekommen.

Aber ich glaube, wir haben auch zu erkennen, daß es nicht leicht möglich ist, mit konjunkturpolitischen Mitteln langfristigen Entwicklungen, die nach unten gerichtet sind, entgegenzutreten. Damit haben wir es offenbar seit 1973 in zunehmendem Maß zu tun. Man kann also sicherlich Konjunkturpolitik nicht statt Langfristpolitik einsetzen, sondern man muß die Grenzen sehen. Wir haben die Gefahr — und es soll ausgesprochen werden — einer echten weltwirtschaftlichen Verdüsterung, vielleicht sogar einer Weltwirtschaftskrise, vor uns.

Zusammenhängend damit, daß unter anderem durch den Erdölchock des Jahres 1973 und der folgenden Jahre der Technologiepolster, den der Zweite Weltkrieg hinterlassen hat, auf einmal obsolet geworden ist, weil man nicht mehr immer teurer werdende Arbeitskraft durch billigeres Kapital — und sage: billige und verfügbare Energie — ersetzen konnte. Energie war teurer geworden. Das Perpetuum mobile wurde zertrümmert. Der Innovationspolster des Zweiten Weltkrieges war damit auf einmal nicht mehr vorhanden. Vor dem Hintergrund, daß auch der Nachholbedarf der Nachkriegssituation weg war, bedeutete das sehr viel, meine Damen und Herren.

Ich glaube, das sind langfristige Veränderungen, mit denen man sich auseinandersetzen muß und mit denen man nicht konjunkturpolitisch fertig werden kann, wo es wieder auf internationale Zusammenarbeit ankommt und wo die Antwort im Bereich der Ordnungspolitik, der Forschungspolitik und sicherlich der Strukturpolitik liegt. Aber hier hat Österreich — auch früher als andere Staaten — eigene Ansätze entwickelt und Leistungen vollbracht, die man nicht so wegschieben soll.

Meine Damen und Herren! Das würde ich als den Hintergrund der Zeiten bezeichnen, denen wir entgegengehen. Da kann es auch viel Meinungsverschiedenheiten geben, die sachlich begründet sind. Die Problematik ist groß genug. Man soll sie nicht noch vergrößern.

Ich möchte darauf hinweisen — vor allem diejenigen Damen und Herren, die die Defizitentwicklung in Österreich so gern kritisieren —, daß uns bei der letzten Länderprüfung Österreichs durch die OECD gesagt wurde:

Dr. Veselsky

Herrschaften, ihr solltet eigentlich sogar expansivere Budgetpolitik machen. — Wir sollten also das Defizit nicht verkleinern, sondern wir sollten das Defizit erhöhen.

Meine Damen und Herren! Sie werden doch bitte nicht sagen (*Abg. Brandstätter: Das machen Sie ja ununterbrochen! Ununterbrochen erhöhen Sie das Defizit! Da waren Sie gelehrige Schüler!*), daß die OECD-Experten ideologisch auf der linken Seite anzusiedeln wären, daß sie in irgendeiner Weise von der Regierung beeinflusbar wären. Die Regierung hat sich ja nicht einmal an diesen Ratsschlag gehalten.

Ich glaube, das zeigt, wie wenig glaubwürdig eigentlich auch Ihr Versuch ist, wenn Sie sich zwar mit den Ergebnissen dessen, was wir in der Politik, in der Wirtschaftspolitik erreicht haben, identifizieren, aber den Weg verdammen und sich damit abseilen von dem, was man die Staatsschuld nennt.

Meine Damen und Herren! Die Staatsschuld ist nichts Lustiges. Die Staatsschuld ist sicherlich etwas, was wir uns kleiner wünschen würden. Aber sie ist das Resultat unseres Kampfes für Vollbeschäftigung, und zwar eines erfolgreichen Kampfes. Ich gebe zu, daß wir uns vielleicht in Zukunft ein langfristiges oder zumindest ein mittelfristiges Ziel setzen sollen, den Staatsschuldendienst in seinem Anteil am Sozialprodukt insgesamt nicht steigen zu lassen, um damit der Budgetpolitik Manövrierfähigkeit zu erhalten.

Aber ich glaube, es ist richtig, wenn sich diese Regierung, diese Regierungspartei und damit Österreich absolut zur Vorrangigkeit von Vollbeschäftigung, Wohlstand und damit Sicherheit für alle bekennt. (*Beifall bei der SPÖ.*) ^{12.49}

Präsident Mag. Minkowitsch: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Abgeordnete Staudinger gemeldet.

Ich mache ihn auf die Fünf-Minuten-Begrenzung aufmerksam und erteile ihm das Wort.

^{12.50}

Abgeordneter Staudinger (ÖVP): Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Staatssekretär Dr. Veselsky! Wieder einmal ist der seinerzeitige Abgeordnete Minister Mitterer zitiert worden mit der Aussage, er sei für mehr Arbeitslosigkeit zugunsten der Stabilität. Ich habe den Zwischenruf gemacht „Unsinn“. Wenn Sie dieser Zwischenruf gekränkt hat, dann tut es mir leid. Ich nehme ihn gern zurück. (*Abg. Dr. Veselsky: Danke!*)

Ich halte Ihnen zugute, daß Sie die präzise Aussage des Abgeordneten Mitterer nicht kennen, denn sonst müßte ich im Hinblick auf den Konsens, den Sie hier angesprochen haben, doch von Unredlichkeit reden.

Ich habe hier den Text des Interviews, das Mitterer am 29. 10. 1974 gegeben hat. Ich will nicht den ganzen Text vorlesen. Es geht aus dem Text hervor, daß wir seinerzeit eine Überhitzung der Konjunktur gehabt haben und daß unter dieser Überhitzung selbstverständlich die Stabilität gelitten hat. Darauf hat Mitterer hingewiesen. Und schließlich und endlich hat er gesagt:

„Ich glaube aber trotzdem, daß die Inflation in der jetzigen Höhe nicht zu halten ist und daß sie das Hauptübel darstellt und wahrscheinlich die Quelle einer späteren wirtschaftlichen, schweren, großen, schwierigen Situation auslösen wird. Also Vollbeschäftigung auf jeden Preis, das heißt, auch mit einer hohen Inflationsquote, das halte ich für falsch.“ Und jetzt kommt die wesentliche Aussage des Abgeordneten Mitterer: „Vollbeschäftigung ja, die Überbeschäftigung nein.“

Damit hat Mitterer etwas ausgesprochen, was bitte von Wirtschaftspublizisten in der damaligen Zeit kritisiert wurde, daß wegen einiger kleiner Wachstumsprozente mehr die Stabilität in diesen Jahren verloren gegangen ist. (*Abg. Mühlbacher: War das in Bad Gastein, Herr Kollege?*) Bitte? — (*Abg. Mühlbacher: Das war Bad Gastein?*) Das war Bad Gastein. Richtig. Ja, das war in Bad Gastein, bitte schön. (*Abg. Mühlbacher: Da hat er etwas anderes auch gesagt!*) Das Datum: 29. 10. 1974, ORF-Interview, im Mittagsjournal gegeben.

Das ist die Wahrheit. Bitte, sich in Zukunft an die Wahrheit zu halten. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{12.53}

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dkfm. Gorton. Ich erteile es ihm.

^{12.54}

Abgeordneter Dkfm. Gorton (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube, gerade die letzten Worte des Herrn Abgeordneten Veselsky, die darauf hinausliefen, daß sich die Regierung — er kann ja nur an seine Regierung die Worte richten — bemühen sollte, in Zukunft doch langfristig oder zumindest mittelfristig ein Einbremsen oder einen Abbau der Staatsschuld anzustreben, diese Worte aus den Reihen der Mannschaft der Regierungspartei zeigen, glaube ich, daß man jetzt im Augenblick oder überhaupt in den letzten Jahren in diesen Fragen der Staatsverschul-

10368

Nationalrat XV. GP — 102. Sitzung — 21. Jänner 1982

Dkfm. Gorton

derung, aber sicherlich auch des Einsatzes der Mittel, die durch diese Staatsschuld zur Verfügung gestanden sind, weder mittel- noch langfristig, sondern immer nur kurzfristig Feuerwehrmaßnahmen gesetzt hat.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Gerade das kritisieren wir ja auch immer, daß diese Regierung eben nicht mittel- und langfristig Maßnahmen setzt, sondern gerade nur für den Augenblick schaut, irgendwie Feuerwehr zu spielen, wodurch die Lage in Österreich zweifellos immer mehr erschwert wird. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Veselsky in seiner Einleitung auch sehr viel von Konsens gesprochen hat, so möchte ich auch hier für unsere große Oppositionspartei gern feststellen, daß wir zweifellos besonders in Wirtschaftsfragen um einen Konsens bemüht sind, weil wir wissen, daß diese wichtigen Fragen doch immer möglichst auf eine breite Basis zu setzen sind. Wenn er die Nachkriegszeit zitiert hat, daß uns damals die Not auch zum Konsens und zur Zusammenarbeit geführt hat, so geht er vielleicht auch nicht ganz fehl, daß uns zum Teil die Not, in die uns die Politik dieser Regierung in den letzten Jahren hineingeführt hat, auch zum Konsens zwingen sollte.

Wir bemühen uns sicherlich. Nur: Die ersten Schritte und die maßgeblichen Intentionen zu einem solchen Konsens haben sicherlich vom stärkeren Partner auszugehen, von der stärkeren Partei. Wir erwarten eigentlich doch wesentlich mehr, als bisher getan wurde, nämlich von der Regierung Zeichen des Bemühens und Zeichen des Wollens, in wirtschaftlichen Fragen zu einem Konsens zu kommen.

Ich erinnere an die Dezember-Aktion mit dem Mock-Kreisky-Abkommen. Ich sage bewußt Mock-Kreisky-Abkommen, weil in erster Linie von uns die Initiativen ausgegangen sind, erste Schritte zu setzen. Wir hoffen jetzt, daß in den Ausführungsgesetzen, die ja jetzt notwendig sein werden, dieser Konsens fortgesponnen und aufrechterhalten werden kann.

Ich möchte aber nicht verhehlen, daß sicherlich Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers in den letzten Tagen, in der jüngsten Zeit zum Teil wieder große Fragezeichen in den Raum gestellt haben.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Sie in der Regierungspartei sind innerlich von Meinungsverschiedenheiten zum Teil geschüttelt. Gerade in der Wirtschaftspolitik

tauchen immer wieder Fragen auf, wo sehr geteilte Meinungen in Ihren Reihen sind. Ich will hier nicht Äußerungen des Herrn Bautenministers und des Herrn Bundeskanzlers und so weiter zitieren. Wenn aber solche Situationen da sind und dann der Herr Bundeskanzler vor einer Vertrauensmännerkonferenz sagt: „Viel wichtiger für Österreich ist die Einigkeit der Sozialistischen Partei als etwa die Sozialpartnerschaft!“, dann sind das, meine sehr geschätzten Damen und Herren, sehr gefährliche Äußerungen. Wir sind keineswegs der Ansicht... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Fertl.)* Bitte? *(Abg. Dr. Fertl.: Für ihn ist es wichtiger, aber nicht für Österreich!)* Wie? Was? Reden Sie lauter, wenn Sie einen Zwischenruf machen, Herr Kollege! *(Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Aber in diesem Sinn war die Äußerung gemacht.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Mit solchen Äußerungen die Sozialpartnerschaft mit einem Fragezeichen zu versehen, finde ich — und ich bekenne mich zu diesen Worten — leichtfertig vom Herrn Bundeskanzler. Das lehnen wir ab! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir haben schon durch unseren Erstredner zum Ausdruck gebracht, daß wir uns nicht in der Lage sehen, diesem Bericht, diesem Finanzschuldenbericht 1981 der Österreichischen Postsparkasse die Zustimmung zu geben. Das wurde von den späteren Rednern immer wieder als „eigenartig“ — oder wie man das bezeichnen will — hingestellt.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Der Kollege Taus und auch der Kollege Sandmeier haben es schon zum Ausdruck gebracht: Wir glauben — das sehe ich eben auch als nicht ungefährlich an —, daß doch durch politischen Regierungseinfluß in diesem Finanzschuldenbericht eine Aufstellung fehlt, die in den letzten Jahren enthalten war. Es fehlt eine Übersicht, die doch sehr klar auch zum Ausdruck gebracht hat die immer progressiveren Zuwachsraten der Pro-Kopf-Verschuldung durch die Staatsverschuldung in Österreich. In dem besagten Bericht fehlt diese Aufstellung. Sie wurde von Vertretern in diesem Ausschuß auch moniert. Aber man hat sich nicht dazu bereitgefunden, hier offen auch die Wahrheiten in einer solchen Übersicht, wie sie bisher immer üblich war, darzulegen. Man hat sich nicht dazu bereitgefunden.

Ich glaube, daß es von uns richtig ist, wenn solche Verschleierungsversuche in diesem Fall gemacht werden, das eben durch einen Akt der Nichtzustimmung oder der Nichtzur-

Dkfm. Gorton

kenntnisnahme hier im Hohen Haus auch der Öffentlichkeit bekanntzugeben, weil wir einen solchen Weg nicht für richtig halten und weil wir glauben, daß dieser Bericht eben offen, so wie in früheren Jahren, alles enthalten soll, auch solche Einzelheiten, die vielleicht der Regierungspartei nicht sehr angenehm sein mögen. (*Präsident Thalhammer übernimmt den Vorsitz.*)

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Der Staatsschuldenstand und die Schuldentwicklung stehen sicherlich auch in ursächlichem Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik.

Der Bericht, der die Schulden des Staates zu Ende 1980 darstellt, der praktisch schon ein Jahr alt ist, wird zweifellos für das jüngste Jahr leider auch nicht besser geworden sein. Der Stand am 31. Dezember 1980 waren 261,18 Milliarden Finanzschulden, wovon im Inland 188,54 Milliarden oder 72,2 Prozent und im Ausland 72,64 Milliarden oder 27,8 Prozent resultieren. Die Entwicklung von 1980 zu 1979 hat also einen Zuwachs von über 30 Milliarden S oder 13,1 Prozent beinhaltet, wovon die Inlandsschuld 12,7 Prozent und die Auslandsschuld eben um 14,1 Prozent, also nicht unwesentlich stärker, zugenommen hat als die Inlandsverschuldung.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die Struktur der Auslandsschuld weist Ende 1980 als Hauptgläubiger-Währungen die Schweiz mit 46,1 Prozent aus. Die Schweizer Franken-Auslandsanleihen haben ein Jahr vorher weniger betragen, also der Anteil war vorher 35 Prozent. Der ist jetzt auf über 46 Prozent gestiegen, während der D-Mark-Anteil zurückgegangen ist.

Diese Entwicklung im Jahr 1980 mag also finanztechnisch notwendig oder vertretbar gewesen sein. Ich möchte aber nicht verhehlen, daß natürlich die Entwicklung der Staatsschuld auch im direkten Zusammenhang mit der Budgetpolitik steht, das heißt, daß sich die Finanzstaatsschulden, grob gerechnet, natürlich um den jährlichen Nettoabgang des Staatshaushaltes ungefähr vermehren.

Wenn also Abgeordneter Veselsky vorhin gesagt hat, man soll mittel- oder langfristig doch die Staatsschuld ins Auge fassen, ich möchte sagen, einbremsen, die Progressivität irgendwie einschleifen, so heißt das auf deutsch, daß sicherlich über das Budget eine andere Politik zu machen ist und daß eben hier mehr Sparsamkeit vorherrschen sollte.

Wir haben in den vergangenen Jahren bei der Budgetdebatte ja immer reichlich Einsparungsvorschläge gemacht. Ich möchte hier

nicht noch einmal in die Details eingehen, aber wir wissen, daß zweifellos in der Verwaltungsaufblähung, daß zweifellos bei Monsterprojekten und so weiter, die volkswirtschaftlich in diesem Maße unserer Auffassung nach nicht vertretbar sind, Einsparungen gemacht werden könnten. Ich spreche gar nicht von der Hypertrophie des Regierungsapparates. Aber wir haben bei jeder Budgetdebatte — auch jetzt im vergangenen Herbst — Einsparungsvorschläge gemacht, und wenn der Herr Staatssekretär außer Dienst Veselsky sagt, mittel- oder langfristig soll die Regierung endlich doch Überlegungen anstellen, die Staatsverschuldung einzuschleifen, einzubremsen, dann, Herr Finanzminister, können wir Ihnen nur empfehlen, sich an unsere Einsparungsvorschläge auch zu halten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist aber bei Beurteilung der Schuldverpflichtung unseres Staates natürlich nicht nur die im Postsparkassenbericht ausgewiesene Finanzschuld mit 261,2 Milliarden mit Stand Ende 1980 in Betracht zu ziehen, sondern es sind natürlich auch die übrigen Schuldtitel, wie sie im Bundesrechnungsabschluß ja auch im Detail ausgewiesen sind, in Betracht zu ziehen.

Ich erinnere an die Verwaltungsschuld, die mit Ende 1980 73,3 Milliarden betragen hat. Auch die ist sicherlich bis 1981 weiter angestiegen.

Ich möchte auch auf die Schulden der zunächst voranschlagsunwirksamen Gebarung mit 14,2 Milliarden — ebenfalls im Rechnungsabschluß enthalten — hinweisen, sodaß sich zunächst aus diesen Komponenten eine tatsächliche Bundesschuld per Ende 1980 von fast 349 Milliarden, genau 348,7 Milliarden, ergibt.

Meine Damen und Herren! Wenn man noch die bereits eingegangenen Verpflichtungen des Bundes für die künftigen Finanzjahre, die ja letzten Endes dann auch als Belastungen resultieren, hinzuzählt — übrigens haben sich diese Verpflichtungen in den letzten zehn Jahren nahezu verzehnfacht —, so haben wir mit diesen Verpflichtungen, die über 155 Milliarden betragen, Ende 1980 bereits über 503 Milliarden Schilling Gesamtverpflichtungen des Bundes, die eigentlich ins Kalkül zu ziehen sind, was bei den budgetmäßig veranschlagten Gesamteinnahmen im Jahr 1980, die 253 Milliarden Schilling betragen haben, bedeutet, daß die Verpflichtungen des Bundes praktisch bereits das Doppelte der gesamten Jahreseinnahmen, für das Jahr 1980 gerechnet, betragen.

Dkfm. Gorton

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn ich als Wirtschaftstreibender diese Relation in das praktische Wirtschaftsleben übertragen würde — sicherlich kann man den Staat nicht direkt mit einem Privatbetrieb oder mit einem Wirtschaftsunternehmen in dem Sinn vergleichen, aber irgendwelche marginale Leitlinien sollte man sich vergleichsweise doch vor Augen halten —, so würde das mehr oder weniger heißen, daß ein Jahresumsatz, wenn ich die Einnahmen des Staates betrachte, in doppelter Höhe als Schuldenlast ausgewiesen wird. Was das in der Wirtschaft bedeutet, brauche ich hier nicht weiter zu unterstreichen.

Ich möchte sagen: Man würde sich in einem Wirtschaftsbetrieb wahrscheinlich gar nicht dorthin bewegen können, weil man diese Kredite gar nicht mehr bekommen würde, aber eine solche ... (*Bundesminister Dr. Salcher: Wo rechnen Sie den Jahresumsatz...?*) Die gesamten Einnahmen, die der Bund hat; das waren 253 Milliarden. (*Zwischenruf des Bundesministers Dr. Salcher.*) Letzten Endes sind das einigermaßen Vergleichsziffern, denn ungefähr kann man die Gesamteinnahmen, wenn man nicht in einem Jahr mit sehr großen Außenständen operiert — aber der Bund hat ja nicht solche Forderungen als Außenstände, die man vergleichen könnte —, im großen und ganzen gesehen mit einer Umsatzziffer schon, glaube ich, in Zusammenhang bringen.

Ich meine, daß in der Privatwirtschaft so etwas natürlich gar nicht möglich wäre. Aber dort, wo es da oder dort an den Rande kommt oder käme, bewegt man sich sicherlich schon in einem Kridatarbereich.

Meine Damen und Herren! Ich möchte diese Relationen nun doch auch in den Raum stellen und glaube, daß man nicht ganz daran vorbeigehen kann und daß man doch ein gewisses plastisches Vergleichsbild über den Zustand unserer heutigen Staatsverpflichtungen mit darzustellen in der Lage ist.

Ich glaube aber, daß man in diesem Zusammenhang auch auf die Fragen Staatsverschuldung und Arbeitsplatzsicherung oder Arbeitsplatzbeschaffung und Wirtschaftsbelebung sicherlich zu sprechen kommen muß, und sie wurden von den Vorrednern auch angezogen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn der Herr Bundeskanzler mit dem Slogan reist: Lieber Milliarden Staatsschulden mehr als 1 000 Arbeitsplätze weniger beziehungsweise als entsprechend viele Arbeitslose mehr!, so greift das natürlich irgendwo in der öffentlichen Diskussion. Aber

Arbeitsplätze schafft und sichert man durch Investitionen, und wenn die Wirtschaft selbst nicht oder zuwenig zu investieren in der Lage ist und damit zuwenig Arbeitsplätze zur Vollbeschäftigung angeboten werden, soll der Staat zur Belebung sicherlich auch zusätzlich mit Investitionen einspringen. Wenn der Staat dafür dann kein Geld haben sollte, muß er dafür Schulden aufnehmen. Das soll gar nicht bestritten werden.

Soweit, sagen wir, die simplifizierte Vollbeschäftigungsformel oder Arbeitslosigkeitsbekämpfungsformel des Herrn Bundeskanzlers und sicherlich auch seines Teams. Man stützt sich dabei auf die Lehren von Keynes, man spricht natürlich vom Durchstarten zur Wirtschaftsbelebung und hofft von einem Jahr zum andern, daß es eben wieder einmal besser werden muß.

Ich möchte eines zunächst klarstellen: Ich bin grundsätzlich keineswegs gegen den Einsatz von Fremdmitteln, sprich: von Schuldenaufnahme, zur Finanzierung von Investitionen. Wir haben das natürlich auch in der Privatwirtschaft, sprich also: bei Investitionsfinanzierungen, Schaffung, Erhaltung oder durch Rationalisierung nach Sicherung von Arbeitsplätzen.

Nur, meine sehr geschätzten Damen und Herren:

Wenn ich zunächst einen noch unverschuldeten Betrieb habe, dann werde ich bei der Kosten-Nutzen-Rechnung zur Aufnahme von Fremdmitteln vielleicht mit etwas geringerer Akribie in meinen Überlegungen an die Sache herangehen können. Trotzdem muß ich den Zinsen- und Annuitätendienst in meiner Kalkulation unterbringen können, und mittel- oder längerfristig muß die Rechnung natürlich stimmen.

Je größer aber mein Schuldenstand wächst, umso überlegter müssen meine Dispositionen bei Aufnahme neuer Fremdmittel sein. Ich glaube, daß das sicherlich eine Binsenwahrheit ist. Und wenn eine so bewährte, von der westlichen Welt anerkannte Einrichtung wie die österreichische Sozialpartnerschaft gemeinsam auch in diesen Fragen, auch bei Investitionen und der Sicherung von Investitionen und bei der Frage der Beurteilung von Gesetzen mitwirken soll, soll man sicherlich nicht, wie das der Herr Bundeskanzler leider getan hat, diese Sozialpartnerschaft in Frage stellen.

Ich möchte aber jetzt zur Argumentation für eine noch vertretbare Schuldenpolitik zur Abwehr einer Arbeitslosigkeit zurückkommen.

Dkfm. Gorton

Natürlich kann man nicht jede betriebswirtschaftliche Überlegung direkt als Richtlinie auf staatlich notwendige Maßnahmen oder gar Krisenmaßnahmen transportieren. Aber gewisse grundsätzliche Parallelen dürfen zweifellos hier nicht übersehen werden.

Meine Damen und Herren! Ein weitgehend verschuldetes Unternehmen, das eben weitere und sicherlich auch hochverzinsliche Fremdmittel aufnimmt, soweit es solche noch zu erhalten in der Lage ist, und dann mit diesen zusätzlichen Fremdmitteln nicht produktive und die Betriebsstruktur verbessernde Investitionen durchführt, sondern zum Beispiel einen nicht produktiven und nicht benötigten Büroluxusbau errichten würde, ein solches Unternehmen wird sicherlich früher oder später in einen Konkurs gehen und damit Arbeitsplätze zugrunde richten.

Was will ich damit sagen? Ein verschuldeter Staat — und darüber sprechen wir ja heute —, der weitere Schulden zur Errichtung zum Beispiel eines völlig unproduktiven und in dieser Größe sicherlich auch nie benötigten Konferenzmonsters aufnimmt, dessen betriebliche Folgekosten zu den Zinsen und Rückzahlungsraten in kommenden Jahren zusätzlich zu berappen sein werden, der wird sicherlich nicht in Konkurs gehen, Herr Finanzminister — das widerfährt kaum einem Staat —, aber er muß sich bei seinen Bürgern und Unternehmungen durch später wahrscheinlich progressiv zusätzlich erhöhte Steuern das Geld für die Rückzahlungen wieder holen und gefährdet zweifellos durch solche zusätzliche Belastungen Arbeitsplätze, anstatt durch Erleichterungen die Vollbeschäftigung in der Wirtschaft auch entsprechend zu sichern. Und da setzt unsere Kritik ein, Herr Finanzminister.

Wir haben gestern stundenlang über diese Frage diskutiert, und auch heute ist sie immer wieder zur Sprache gekommen. Ich habe aber von keinem sozialistischen Redner auch nur den andeutungsweisen Versuch hören können, selbst über mögliche Umwegrentabilitäten, die es bei diesem Konferenzzentrum kaum geben kann, von einer langfristigen Kosten- und Nutzenrechnung über diese mit Schulden finanzierte 7,5-Milliarden-Investition zu sprechen. Im Gegenteil, außer Zins- und Kreditrückzahlungsbelastungen wird zweifellos noch jährlich ein Betrag in der Größenordnung von zirka 350 Millionen Schilling an Betriebskosten aufzubringen sein, die wir alle dann aus Steuermitteln neu aufzubringen haben werden.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hier glauben wir, daß eben die Politik

falsch ist. Hier kann es keinen Konsens geben, weil wir der Ansicht sind, daß mit zusätzlichen Fremdmitteln, mit zusätzlichen Schuldenaufnahmen des Staates produktive Investitionen geleistet werden sollen, und wir glauben, daß nur solch produktive Investitionen, auch wenn sie der Staat durchführt, die Vollbeschäftigung sichern und langfristig auch die Struktur innerhalb unseres gesamten staatlichen Gefüges und unseres Wirtschaftsgefüges verbessern können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn dann in den Raum gestellt wird, es wären keine Projekte baureif vorhanden, so ist auch eine solche Behauptung sicherlich nicht haltbar, und sie würde ja der gesamten Verwaltung oder zumindest jenen Teilen der Verwaltung, die sich auch mit öffentlichen Investitionen und deren Vorbereitung zu befassen haben, ein Armutszeugnis ausstellen.

Meine Damen und Herren! Wir haben im Bund und in den Ländern Straßen- und Wohnbauprojekte, die bisher zweifellos zurückstehen mußten. Ich hätte aber auch — nur als Beispiel — einen lauten Ruf des Herrn Verkehrsministers erwartet, wenn sich die Regierung entschließt, zusätzliche Mittel, gleichgültig woher, aufzunehmen, daß er zum Beispiel für seine zwei Großverschiebebahnhofprojekte in Kledering und in Fürnitz unten für sein Ressort zusätzliche Mittel zur schnelleren Fertigstellung dieser Projekte bekommen hätte können.

Denn wenn man zum Beispiel beim Großverschiebebahnhof Fürnitz — Villach-Süd heißt er — in Kärnten, der auf zehn Jahre geplant ist — ich glaube, heuer ist er mit zirka 230 oder 250 Millionen Schilling dotiert —, wenn man bei einer solchen zehnjährigen Investition, die die Zinseszinskosten für die zunächst noch nicht wirksam werdenden Einrichtungen, die die Kosten noch erhöht, die Bauzeit auf die Hälfte abkürzen würde, so hätte das zweifellos einen doppelten Produktivitätserfolg. Der sonst zehnjährige Zinsendienst würde schon nach fünf Jahren produktivitätswirksam werden, und dadurch würde das Bundesbahndefizit vorzeitig vermindert. Diese Rationalisierungsmaßnahmen sollen ja auf der einen Seite mit dazu beitragen, das Bundesbahndefizit etwas zu verringern. Wir bekennen uns zu dieser Investition. Auf der anderen Seite würde das raschere Wirksamwerden der Frachtzeitverkürzung dem großen Bundesbahnkundenkreis der österreichischen Wirtschaft zugute kommen und hier ebenfalls einen Rationalisierungseffekt hervorrufen.

Dkfm. Gorton

Das sind produktive Investitionen, zum Unterschied von dem Konferenzzentrum, die wir unterstützen und von denen wir glauben, daß sie vorgezogen werden sollten. Und da bedaure ich eben, daß sich der Herr Verkehrsminister im Regierungskollegium oder bei der SPÖ-Beratung, die ja viele Budgetziffern, die erst im Dezember beschlossen wurden, wieder umgeworfen hat, nicht lautstark zu Wort gemeldet hat, wo er sich vielleicht doch hätte durchsetzen können.

Meine Damen und Herren! Wenn Schuldenaufnahme, dann, wie gesagt, nur für produktive Investitionen! Das gilt grundsätzlich als Vorrang für die Wirtschaft, für die Privatwirtschaft, aber auch für die verstaatlichte Wirtschaft natürlich, und sollte, glauben wir, auch für unseren Staat gelten.

Aber auch für das Investitionsklima hat der Staat in erster Linie die Voraussetzungen zu schaffen. Und ich muß sagen, Herr Finanzminister: Hier hat leider der Zickzackkurs der Regierung — ich weiß nicht, ob Sie der Treibende oder der Getriebene im vergangenen Jahr, im ersten Jahr Ihrer Tätigkeit, waren (*Bundesminister Dr. Salcher: Ich sage es Ihnen dann!*) — nicht sehr viel beigetragen, Sicherheit zu schaffen, sondern im Gegenteil, hier wurde durch eine Diskussion eher Unsicherheit in das Investitionsklima hineingetragen.

Ich möchte nicht auf die berüchtigten Abgabenänderungsgesetze der vergangenen Jahre mit deren Belastung für Bevölkerung und Wirtschaft hier nochmals zu sprechen kommen. Aber, wie gesagt, die mehr als halbjährige Diskussion um das im Dezember dann beschlossene letzte Abgabenänderungsgesetz war alles andere als dazu angetan, das Investitionsklima zu verbessern und das Vertrauen der Wirtschaft in die Politik der Regierung zu stärken.

Meine Damen und Herren! Das Investitionsklima ist dann gut, wenn die Unternehmungen in der Lage sind, Eigenkapital zu bilden und vor allen Dingen auch die Investitionen, zum Teil zumindest, mit Eigenkapital durchzuführen.

Die ideologische Diskussion um die sogenannte direkte und indirekte Investitionsförderung mußte zunächst die sehr gefährliche Entwicklung erwarten lassen, daß man ein erprobtes Instrumentarium bisheriger indirekter Investitionsförderungsbestimmungen, welches richtigerweise allen Unternehmungen die Entscheidung freiläßt, zugunsten dirigistischer direkter Förderungsmaßnahmen, die in erster Linie sicherlich nur einigen

Groß- oder Größtbetrieben zugute kommen können, ersetzt.

Meine Damen und Herren! Diese Unsicherheit im vergangenen Jahr hat sicherlich nicht positiv auf die Investitionsbereitschaft der Betriebe und Unternehmungen gewirkt.

Es sollten zunächst vorzeitige Abschreibungen oder der Investitionsfreibetrag gekürzt werden oder zum Teil gar auslaufen und einige Großvorhaben wahrscheinlich zusätzlich selektiv gefördert werden.

Meine Damen und Herren! Tatsächlich hat der Begutachtungsentwurf zum Beispiel eine gänzliche Streichung, sprich Auslaufen der vorzeitigen Abschreibung für Gebäude, beinhaltet, für bewegliche Wirtschaftsgüter eine Kürzung, die ja dann auch stattgefunden hat.

Diese beabsichtigte Streichung der vorzeitigen Abschreibung für Gebäude war gerade in einem Zeitpunkt, da die Bauwirtschaft zum Teil unter Beschäftigungs- und Auftragsmangel gelitten hat, eine völlig falsche Ankündigung.

Herr Finanzminister, ich möchte zu Ihrer Ehre sagen, daß man das dann im Zuge der Verhandlungen über das Mock-Kreisky-Abkommen wieder fallengelassen hat. Aber hier haben sich Versicherungstendenzen gezeigt, die sich nicht positiv auf das Investitionsklima ausgewirkt haben.

Ich möchte unterstreichen, daß ich der Auffassung bin, daß das Instrumentarium der indirekten Investitionsförderung — ich glaube, daß auch der Vorsteher des Wirtschaftsforschungsinstituts, Dr. Helmut Kramer, das mehrfach zum Ausdruck gebracht hat, also ein völlig unabhängiger Fachmann — auch weiterhin voll zur Anwendung kommen soll, ein Instrumentarium, das in die Betriebe hinein die Entscheidungen über die Investitionen verlagert.

Das schließt sicherlich nicht aus, daß daneben auch gewisse direkte Investitionsförderungsmaßnahmen der Bundesregierung, die aber nicht mehr dirigistischen Charakter als bisher bekommen sollten, Anwendung finden.

Das ist bei den ERP-Krediten oder bei Regionalmaßnahmen ja sicherlich der Fall. Aber das eine kann nie das andere ersetzen, und in der Philosophie ist es richtig, die Investitionsentscheidungen in den Betrieben zu belassen und nicht zu glauben, auf anderer Seite entsprechend Einfluß nehmen zu müssen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Das waren einige Hinweise im Zusam-

Dkfm. Gorton

menhang mit der ganzen Schuldenwirtschaft des Staates.

Ich habe früher schon zum Ausdruck gebracht: Das Fehlen gewisser Komponenten in diesem Bericht hat es uns leider schon im Ausschuß nicht ermöglicht, die Zustimmung zu geben. Wir haben den Bericht aus den von mir bereits angeführten Gründen im Ausschuß abgelehnt und können ihm auch hier nicht unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)* 13.25

Präsident Thalhammer: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Finanzen. Bitte, Herr Minister.

13.25

Bundesminister für Finanzen Dr. Salcher: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte da beginnen, wo der Herr Abgeordnete Gorton aufgehört hat, und zwar möchte ich mit einer Frage beginnen, die auch der Herr Abgeordnete Taus behandelt hat, nämlich mit der Ankündigung, daß die Österreichische Volkspartei dem vorliegenden Finanzschuldenbericht 1981 der Österreichischen Postsparkasse nicht zustimmen werde.

Ich beginne deshalb damit, weil diese Vorgangsweise an sich unverständlich ist. Im Staatsschuldenausschuß, der diesen Bericht erarbeitet hat, sitzen auch Leute der Österreichischen Volkspartei, prominente Wirtschaftspolitiker der Volkspartei, und in diesem Staatsschuldenausschuß kam es zu einer einstimmigen Zustimmung zu diesem Bericht. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Außerdem, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist dieser Bericht richtig und vollständig — das hat der Herr Abgeordnete Taus deutlich zum Ausdruck gebracht —, sodaß auch von diesem Gesichtspunkt aus kein Grund wäre, diesem Finanzschuldenbericht 1981 nicht zuzustimmen.

Der Herr Abgeordnete Taus hat diese Vorgangsweise, die er angekündigt hat, nicht näher begründet. Er hat sich mit dieser für diesen Tagesordnungspunkt sicher zentralen Frage nicht beschäftigt. Er hat sich aber beispielsweise sehr ausführlich mit dem politischen Klima befaßt.

Ich möchte, weil das der Herr Abgeordnete Taus getan hat, auch von diesem Klima sprechen und gleich mit einem Vorfall heute um 10 Uhr beginnen.

Unmittelbar vor 10 Uhr ruft mich der Bundesparteiobmann der ÖVP, Dr. Mock, in einer dringenden Angelegenheit an. Ich habe bemerkt, ich muß ins Plenum, und trotzdem

wurde ich aufgehalten. Ich hoffe, es war keine Doppelstrategie, daß zum selben Zeitpunkt der Herr Abgeordnete Taus sich darüber mokiert hat, daß ich nicht im Raum bin. Das gehört, meine Damen und Herren, auch zum politischen Klima und zu einer Vorgangsweise, wie wir sie uns denken. *(Abg. Staudinger: Herr Minister, das ist ja eine kindische Unterstellung, was Sie da machen! — Gegenrufe bei der SPÖ. — Präsident Thalhammer gibt das Glockenzeichen.)*

Nein, das ist ein Faktum. Ich möchte nur eine merkwürdige Koinzidenz von Vorfällen darstellen, mehr nicht. Ich habe darauf nur hingewiesen.

Ich will aber, wenn vom politischen Klima die Rede ist, darauf verweisen, daß wir, gerade von meinem Ressort her, ein Klima der Gesprächsbereitschaft geschaffen haben, das nicht durch noch so harte Äußerungen der größeren Oppositionspartei aus der Welt zu schaffen ist. Das Abkommen vom 10. Dezember 1981, das heute mehrfach zitiert wurde, ist ein Beweis dafür.

Heute, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus, sind die dazu notwendigen Gesetze eingebracht worden. Das ist doch ein Zeichen des positiven politischen Klimas in diesem Lande. Aber über Stilfragen wird man diskutieren müssen.

Der Herr Abgeordnete Taus sagt heute, man müßte endlich der Regierung empfehlen, vom hohen Roß herunterzusteigen. Mein Mitarbeiter im Bereich der Finanzverwaltung, der Herr Abgeordnete Sandmeier, spricht von einer Hochnäsigkeit dieser Bundesregierung. Das sind doch nicht Äußerungen, die zu einer Verbesserung des Klimas beitragen können. *(Abg. Staudinger: O Gott! Bitte um ein paar Minuten Mitleid!)*

Jetzt komme ich auf den Kern der Sache. Der Herr Abgeordnete Taus sagt, es werden Faustschläge ausgeteilt — wörtliches Zitat. Ich habe für mich mein Gewissen erforscht und festgestellt *(Abg. Fachleitner: Daß der Taus was versteht!)*, daß ganz einfach kein Zitat zu finden ist, keine öffentliche Äußerung, keine Pressemeldung, die es rechtfertigen könnte, daß man vom Austeilen von Faustschlägen sprechen könnte. *(Abg. A. Schlager: Es gibt ja auch einen Bundeskanzler!)*

Ja, es gibt einen Bundeskanzler, für dessen Konzilianz ich die Hand ins Feuer lege *(Beifall bei der SPÖ)* und dessen Stil sehr viel beigetragen hat zu dieser in Österreich heute so positiven Situation. *(Abg. A. Schlager: Die*

10374

Nationalrat XV. GP — 102. Sitzung — 21. Jänner 1982

Bundesminister Dr. Salcher*Schläge vom Bundeskanzler unter die Gürtellinie!*

Ich möchte aber auch von einer sachlichen Doppelstrategie der Österreichischen Volkspartei reden. Heute wird gesagt, die Staatsschuld sei zu hoch. Vor kurzer Zeit wurde darauf verwiesen, die Budgetdefizite, das Budgetdefizit 1982 im besonderen, sei viel zu hoch. Ich habe dies ja hier aufgezählt, vorgelesen.

Auf der anderen Seite dieser Strategie steht ein Forderungspaket, das sinnigerweise der Abgeordnete Gorton als Einsparungspaket bezeichnet hat, das das Budget mit 20 Milliarden Schilling mehr belasten würde.

Wenn wir über den heutigen Finanzschuldenbericht sprechen, Hohes Haus, dann sollte man sich auch die Frage stellen, was mit dem Geld getan wurde. Blicken wir zurück auf das Jahr 1975: Überall in Europa ging, als Folge des Ersten Ölpreisschocks, die private Nachfrage zurück. Überall in Europa kam es in der Bauwirtschaft zu einem beträchtlichen Einbruch. Und nur dadurch, daß wir vom Budget her diese fehlende private Nachfrage durch eine vermehrte öffentliche Nachfrage ausgleichen haben, war es in Österreich möglich, diese schwierige, krisenhafte Situation besser als sonstwo in Europa zu bewältigen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Österreich ist das einzige Land, in dem die Bauwirtschaft nicht eingebrochen ist. Wenn wir die reale Wertschöpfung in der Bauwirtschaft betrachten, so liegt sie im Vergleich zu 1975 heute real um über 25 Prozent höher.

Da nützen alle Vergleiche, Kollege Gorton, nichts, alle Vergleiche, die den Staat mit einem Unternehmen vergleichen wollen. Sie wissen doch ganz genau: Das Budget ist eine Einnahmen- und Ausgabenrechnung. Da kann man nicht entnehmen, welche Werte damit geschaffen wurden. Ich würde gerne einmal für den Bund eine Unternehmensbilanz machen, und da würden Sie deutlich sehen, daß weit mehr Werte geschaffen wurden mit diesen Geldern, als zusätzliche Schulden aufzunehmen waren. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dkfm. Gorton: Über die Umwegrentabilität bekommen Sie die Steuern, mit denen müssen Sie die Schulden zurückzahlen!)*

Wir haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, diesen Kurs der Vollbeschäftigung durch verschiedene Instrumente unterstützt. Eines dieser Instrumente war die Budgetpolitik. Und wir haben seither, seit 1975, zwei Wahlen in Österreich gehabt, und wir fühlen uns durch den Ausgang dieser Wahlen

legitimiert, diesen Kurs der Vollbeschäftigung fortzusetzen. *(Beifall bei der SPÖ!)*

Ich bitte Sie, meine Herren von der größeren Oppositionspartei, die österreichische Wirtschaftspolitik nicht allein nach „Spiegel“-Berichten, die voller Fehler sind, zu beurteilen. Ich empfehle Ihnen, den in allernächster Zeit kommenden Bericht der OECD-Prüfer, strenger Herren also, sich zu Gemüte zu führen.

Da werden Sie die Beurteilung der Höhe der österreichischen Staatsverschuldung im Vergleich zu anderen Ländern sehen. Da werden Sie Empfehlungen sehen, die geradewegs ausgerichtet sind auf die Fortsetzung unserer bisherigen Wirtschafts- und Budgetpolitik.

Es ist ja nicht so, daß wir uns nicht bemüht hätten, die Budgetdefizite abzusenken. Wenn man etwa einen Vergleich über Kennzahlen der Bundeshaushalte nimmt und sieht, daß wir die Nettodefizitquote, das ist bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt 1981, auf 2,8 Prozent absenken konnten — es war im Jahre 1976 beispielsweise noch 4,6 Prozent —, so ist damit das Bestreben gekennzeichnet — mittelfristig und kurzfristig ist das ja nicht zu machen —, auf die sogenannte Seidel-Formel anzuzielen, nämlich 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts als Grenzmarke des Nettodefizits mittelfristig zu erreichen.

Nehmen Sie doch internationale Vergleiche zur Kenntnis, die ich Ihnen jetzt mit einer Bemerkung darlegen möchte, die nicht zu vermeiden ist. Ich vergleiche jetzt die Finanzschulden des Zentralstaates, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt, und möchte dazu noch bemerken, daß die Aufgabenverteilungen zwischen Oberstaat und Gliedstaaten in anderen föderativen Republiken anders gelagert sind. Wenn man etwa die vielen Aufgaben der Länder in der Bundesrepublik Deutschland betrachtet — die müssen etwa Universitäten selbst betreiben —, so ist das bei einem Vergleich mit zu berücksichtigen.

Österreich hat, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt, eine Finanzschuld 1980 von 26,2 Prozent gehabt. Die Vergleichszahlen für die Vereinigten Staaten von Amerika waren 35,7 Prozent, für Schweden 46,4 Prozent, für Großbritannien 49,1 Prozent, für Japan 34,5 Prozent, für Italien 46 Prozent, für die Niederlande 31,2 Prozent. Man kann doch nicht im Parlament hier so tun, als hätte Österreich eine Weltspitzenstellung bei der Verschuldung. Diese Zahlen sprechen eine andere Sprache. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn man, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus, über Finanztrans-

Bundesminister Dr. Salcher

aktionen verhandelt, die zwischen Staaten notwendig sind, dann sieht man deutlich, wie hoch das Rückzahlungspotential Österreichs einzuschätzen ist. Ich wehre mich dagegen, nicht nur deshalb, weil es der Republik schadet, sondern ganz einfach deshalb, weil es unwahr ist, weil es objektiv widerlegbar ist, ich wehre mich dagegen, wenn Abgeordnete des österreichischen Nationalrates hier am Rednerpult darlegen möchten, entgegen der Richtigkeit, entgegen der Wahrheit, Österreich sei ein schlechter Schuldner. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Sandmeier: Und was ist mit der jährlichen Zuwachsrate?)*

Was den relativen Anteil der Auslandsverschuldung an der Staatsschuld anlangt, meine sehr verehrten Damen und Herren, so hat sich das seit 1969 im wesentlichen nicht verändert. Es handelt sich um die gleichen Größenordnungen.

Für sehr gefährlich halte ich — und da komme ich auf die Frage, ist der Bund ein guter oder ein schlechter Schuldner, zurück — Äußerungen wie etwa jene des Herrn Abgeordneten Sandmeier, der da sagt, der Bund komme seinen Verpflichtungen nicht nach. Das kann man nicht sagen. *(Abg. Sandmeier: Das habe ich nicht gesagt! Ich habe gesagt, für internationale Banken gilt Österreich in puncto Bonität nicht mehr als erste Adresse!)*

Herr Abgeordneter Sandmeier, ich kenne Ihr Konzept nicht so genau, ich kann Ihnen die Seite nicht angeben. Aber den Zusammenhang kann ich Ihnen sagen. Als Sie auf die Ausführungen des Abgeordneten Nowotny wegen der übermäßigen Steigerung der Verschuldung mancher Bundesländer im Vergleich zum Bund eingegangen sind, haben Sie geantwortet, der Grund liege darin, daß der Bund seinen Verpflichtungen nicht nachkomme. Lesen Sie das in Ihrem Konzept bitte nach.

Sie haben auch den „Spiegel“ zitiert. Es ist ja merkwürdig, welche Quellen ÖVP-Abgeordnete in letzter Zeit zu Hilfe nehmen. Der Herr Bundesrat Stummvoll hat den Vogel abgeschossen, der hat aus der „Bild-Zeitung“ zitiert. Der Herr Abgeordnete Sandmeier zitiert aus dem „Spiegel“, offenbar aus Freude, daß Unterstellungen kompiliert wiedergegeben werden. Das kann doch ein Abgeordneter nicht unwidersprochen lassen. Ich hätte mir erwartet, daß das Parlament wie ein Mann gegen eine solche Berichterstattung aufsteht. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dkfm. Gorton: Das ist von Ihnen eine Unterstellung!)*

Wissen Sie, was da drinnen steht, Herr Abgeordneter Sandmeier, und was von Ihnen unwidersprochen geblieben ist? Da steht drinnen *(Abg. Dr. Schwimmer: Das „Traummännlein“ als Finanzminister!)*, für 1982 wird mit 4,1 Prozent Arbeitslosigkeit gerechnet. Glatte Lüge. Da steht drinnen, der exemplarische soziale Frieden schwindet. Ja, woher haben die Herrschaften das, die das geschrieben. *(Abg. Dr. König: Dallinger!)*

Und so etwas, meine sehr geehrten Damen und Herren, bleibt hier von der Oppositionspartei unwidersprochen. Wir können doch diese Zitate nicht ohne Widerspruch hinnehmen. *(Abg. Staudinger: Schieben Sie das dem Sandmeier nicht in die Schuhe!)* Es gibt einfach — ob es Ihnen gefällt oder nicht, ob Sie durcheinanderrufen, ich kann nicht Zwischenrufe aufnehmen, die so ungeordnet kommen *(Abg. Dr. Schwimmer: Wir werden eine Zwischenrufordnung erfinden)* — objektive Daten, etwa die Stabilität, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Arbeitslosenrate.

Herr Abgeordneter Dr. Schwimmer! Bitte noch einmal. Ich gebe Ihnen gerne Antwort. Sie sprechen immer so... *(Abg. Dr. Schwimmer: Für Sie werden wir eine Zwischenrufordnung erfinden!)*

Ja, das wäre sehr gut, dann könnte ich sogar auf einen Zwischenruf antworten, der Ihnen einmal als guter Zwischenruf einfiel. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Man vergleiche die Stabilität, man vergleiche die Vollbeschäftigung, man vergleiche die Wachstumsraten, man vergleiche objektive Wirtschaftsdaten, und man sieht, daß Österreich in dieser schwierigsten Zeit seit 1945, international gesehen, ganz ausgezeichnet abgeschlossen hat. *(Abg. Sandmeier: 40 Prozent der Bauarbeiter in der Steiermark haben keine Arbeit!)*

In einem Winter wie dem heurigen, in einer überbesetzten Bauwirtschaft wie der unseren, wird es temporär Schwierigkeiten geben, aber ich komme auf unser Programm noch zu reden. Wir schauen nicht zu, wir jammern nicht, wir kritisieren nicht, sondern wir handeln, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ebenso einen Widerspruch muß eine Äußerung des Abgeordneten Gorton erfahren, der eine Diskussion über die steuerliche Investitionsförderung als Einleitung genommen hat, um zu sagen, daß die Investitionsbereitschaft in Österreich unterdurchschnittlich wäre. Ich habe hier einen Zeugen, den Sie sicher nicht bestreiten werden.

Bundesminister Dr. Salcher

Herr Präsident Sallinger hat mehrfach in letzter Zeit darauf hingewiesen, wie groß die Investitionsbereitschaft, wie überraschend groß die Investitionsbereitschaft der österreichischen Wirtschaft wäre. Ich bitte Sie, sich auf eine Lesart in dieser Situation einzustellen.

In voller Übereinstimmung bin ich aber mit dem Herrn Abgeordneten Dr. Taus, wenn er das hohe Zinsniveau beklagt, wenn er davon ausgeht, daß dieses hohe Zinsniveau sicherlich für eine wirtschaftliche Expansion als Hemmschuh wirken wird. Nur: Der Druck dieser Hochzinspolitik kommt vom internationalen Bereich. Die Situation in den Vereinigten Staaten ist ausreichend bekannt, ich brauche sie also nicht zu beschreiben.

Wenn man also die Hochzinspolitik beklagt, sie als Hemmnis für wirtschaftliche Expansion bezeichnet, dann müßte man sich von einem Politiker vom Kaliber eines Dr. Taus erwarten, daß er sagt, was sollte Österreich in dieser Situation tun? (*Abg. Ing. Dittrich: Die Kreditsteuern abschaffen!*)

Das sind doch marginale Prozentsätze, die in die Hunderstel hineingehen. Aber, Herr Präsident Dittrich, Sie wissen doch genau, daß sich Österreich nicht autonom von dieser Hochzinspolitik abkoppeln kann. Den Preis hat man ja deutlich gesehen, als wir das 1979/1980 versucht haben: 30 Prozent der Devisenreserven sind abgeflossen. Da muß man den Mut haben zu sagen, eine neue Forderung auf den Tisch: Wenn die Zinsen, welche von den Banken verlangt werden als Sollzinsen, zu hoch sind, dann soll der Staat höhere Zinszuschüsse geben. Dann hätten Sie mit einem Schlag zwei Fliegen. Einmal höhere Zuschüsse und zum anderen könnten Sie dem Finanzminister wieder vorwerfen, daß das Budgetdefizit wieder ausgeweitet werde.

Es ist nun einmal so, daß wir mit dieser Hochzinspolitik zu leben haben, die aus einer verfehlten wirtschaftstheoretischen Ansatzsuche der Regierung der Vereinigten Staaten abzuleiten ist.

Man glaubt nämlich, durch knappes Geld, das durch hohe Zinsen knapp gehalten wird, die Stabilität zu verbessern, die Inflationsrate absenken zu können in den Vereinigten Staaten. Da ist der Ansatz, dem konservative Wirtschaftspolitiker sehr gerne nachgehen. Aber gleichzeitig kommt von diesen hohen Zinsen ein Kostendruck zustande, der alle Stabilitätsbemühungen automatisch zunichte machen wird. (*Abg. Dr. König: Aber es wirkt sich doch ganz anders aus, wenn ein Betrieb Eigenkapital hat, als wenn er durch die Wirt-*

schaftspolitik, die — zugegeben im Vorjahr — betrieben wurde, seines Eigenkapitals weitgehend enblößt ist!)

Herr Abgeordneter Dr. König! Auch das nehme ich gerne auf. Lies nach nicht bei Shakespeare, sondern bei Professor Horst Knapp. Professor Horst Knapp hat diese Frage sehr deutlich untersucht und meint, daß es als Folge einer beinahe exzessiven indirekten Investitionsförderung zu folgender Entwicklung gekommen ist: Weil die österreichische Investitionsförderung so gut sei, meinte Knapp, haben Betriebe — Kollege Graf, jetzt sage ich das Wort, das uns beiden so gefällt —, um diese Vorteile zu lukrieren (*Abg. Graf: „Lukrisieren“ hat der Blecha gesagt!*), einen relativ hohen Anteil von Fremdkapital in Kauf genommen, um den Vorteil der steuerlichen Förderung zu bekommen.

Jetzt ist über diese Situation, die an sich nicht sehr unangenehm wäre, darübergefahren das Hochzinsniveau, das nicht wir in Österreich zu verantworten haben, und dieser Fremdmittelanteil wird zu einer größeren Belastung, als das ursprünglich in den Wirtschaftsplanungen vorhanden war. Aber ich schätze Sie zu hoch, Kollege König, als daß ich Ihnen abnehme, daß Sie das ernst meinen, daß es die Steuerpolitik der Regierung wäre, die diese Eigenkapitaldecke ausgehöhlt hätte. (*Abg. Dr. König: Das Abgabenänderungs-gesetz hat das zweifelsohne bewirkt!*)

Ich möchte noch einmal zurückkommen auf das, was der Abgeordnete Dr. Taus zum Finanzschuldenbericht gemeint hat. Er hat eine sehr saubere Analyse, vom Finanzschuldenbericht ausgehend, zur wirtschaftlichen Situation gegeben. Aber keine Konsequenzen. Er war nur der Meinung, wir befänden uns in der schwierigsten weltwirtschaftlichen Situation seit 1945, und er meinte, wir hätten in Österreich dagegen zuwenig getan.

Entschuldigen Sie, wenn ich Sie etwa im Bereich der Arbeitslosenrate mit einem Vergleich aufhalte. Betrachten wir die OECD-Daten, die der größten westlichen Industriestaaten; es sind auch die kleinen dabei. Und da haben wir vom Ende 1969 bis zu den frühen siebziger Jahren eine durchschnittliche Arbeitslosenrate von 3 Prozent festzustellen. Nota bene auch Ende der sechziger Jahre in Österreich. Dann ist es zu einer rapiden Steigerung gekommen, um das Jahr 1975, auf 5 Prozent Arbeitslosenrate. Und in der dritten Stufe, nach dem zweiten Ölpreisschock, ist die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt der OECD-Staaten auf 7 Prozent gestiegen. Und wenn die Prognosen 1982 stimmen, wird es im Jahr

Bundesminister Dr. Salcher

1982 eine Arbeitslosenrate in den OECD-Staaten von 8 Prozent geben.

Da muß ich jetzt sagen: Mir ist in Österreich vom Gefühl, vom Ansatz meiner Politik her, ein Arbeitsloser schon zu viel. Aber ich möchte es doch als Erfolg dieser Bundesregierung reklamieren, ein Erfolg der gemeinsamen Politik der Sozialpartner zudem, daß Österreich diese Steigerungsstufen nicht mitgemacht hat und wir alles dazu beitragen werden, daß wir auch im Jahre 1982 mit Anstand über die Runden kommen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Herr Abgeordnete Dr. Taus hat dann zusammenfassend gesagt, aus dieser Regierungsklausur vom 11. Jänner 1982 sei nichts herausgekommen.

In anderen Ländern diskutiert man noch, ob man ein Beschäftigungs Sonderprogramm machen soll oder nicht. Und wenn diese Leute zu einem Ja kommen, werden sie noch weiter diskutieren, wie dieses Programm ausschauen wird.

Wir haben viel Neues auf dieser Klausur präsentiert. Oder sind 5 000 Neubauwohnungen in einem Sonderprogramm außerhalb der Wohnbauförderung nichts Neues? Die Althausanierung wird mit einer Milliarde Schilling bedacht, 1,5 Milliarden Schilling kommen zusätzlich für den Straßenbau. Wir ziehen Bundesaufträge vor, um die Dauer der Winterarbeitslosigkeit zu verringern. Wir werden in einem BÜG, das schon in Vorbereitung ist — die Vorbereitung ist abgeschlossen —, jene Mittel zur Verfügung stellen, um im Fremdenverkehr eine Milliarde Schilling investieren zu können. Für die Top-Aktion, die anfangs etwas belächelt wurde und jetzt allenthalben und überall als Erfolg bezeichnet wird, werden 1982 1,5 Milliarden Schilling zur Verfügung stehen, für die Forschung zusätzlich 100 Millionen Schilling für wirtschaftsnahe Forschung. Dazu kommt noch die neue Form von Kapitalbeteiligungsmöglichkeiten zur Schaffung von Risikokapital, was zwischen den Parteien ausgemacht wurde. Dazu kommt noch der Investitionsabsetzbetrag, der aus administrativen Gründen noch besser sein wird als ursprünglich konzipiert, nämlich eine Investitionsprämie.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Da kann einer der wichtigsten Wirtschaftssprecher der größeren Oppositionspartei nicht sagen, aus dieser Regierungsklausur sei nichts hervorgekommen, es sei nichts geschehen.

Wir werden — und das werden wir unbeirrt tun — eine ausgewogene Wirtschaftspolitik in

dieser schwierigen Zeit fortsetzen. Das ist eine Summe von Instrumenten. Über die Einkommenspolitik und ihre Vorteile wurde bereits gesprochen.

Über die Währungspolitik muß ich reden, und zwar aus einem ganz bestimmten Grund. Da gibt es irgendeinen Rat, einen Wirtschaftsbeirat oder einen Wirtschaftsrat, der ÖVP, der zusammengekommen ist. Und nach dem Wirtschaftsrat haben einige der ÖVP nahestehende Professoren, sonst hätten sie sich wahrscheinlich nicht beteiligt, zur Währungspolitik gesagt, man sollte nicht mehr diesen Kurs der relativen Hartwährungspolitik fortsetzen, man sollte an eine geringe Abwertung denken. Man schraubt jetzt an der Abwertungsschraube, und ich möchte sagen, über die Währung soll nicht geredet werden, sonst kommt sie ins Gerede. Und über eine Änderung dieser Hartwährungspolitik ist mit mir überhaupt nicht zu reden, weil wir nur auf diese Weise die Stabilität, die binnenwirtschaftliche Stabilität zustandegebracht haben.

Ich warne alle jene, die da äußern, mit dem Schilling soll etwas geschehen, mehr Verantwortung zu haben, auch wenn man der Oppositionspartei nahesteht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! In diesem Bereich kommt der Budgetpolitik, in diesem Bereich kommt der Fiskalpolitik eine maßgebende Rolle zu. Und gerade jene Maßnahmen, die wir gemeinsam besprochen haben, weisen doch den Weg, den wir unter Umständen, wenn Sie wollen, gemeinsam gehen.

Der letzte Pfeiler, auf dem unsere Politik ruht, und der wichtiger ist als je zuvor, das ist die Strukturpolitik, die sicherstellen soll, daß die Investitionen, die getätigt werden, daß die Investitionsanreize, die gegeben werden, ein Optimum in Richtung auf eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik bringen.

Meine Damen und Herren! Jeder, der guten Willens ist, ist eingeladen, diesen österreichischen Weg weiter mit uns zu gehen. *(Beifall bei der SPÖ.)* 13.54

Präsident Thalhammer: Aus gegebenem Anlaß mache ich unsere geschätzten Besucher und Zuhörer auf der Galerie aufmerksam, daß weder Beifallskundgebungen noch Mißfallenskundgebungen gestattet sind. Ich bitte, die Hausordnung zu beachten.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Graf. Ich erteile ihm das Wort und mache auf die geschäftsordnungsmäßigen Bestimmungen aufmerksam.

10378

Nationalrat XV. GP — 102. Sitzung — 21. Jänner 1982

13.54

Abgeordneter **Graf (ÖVP)**: Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Herr Minister! Ich muß Sie fast widerwillig tatsächlich berichtigen. Man kann Empfindlichkeit nicht tatsächlich berichtigen, und man kann Klimaver-schlechterungen nicht tatsächlich berichtigen.

Sie haben gesagt: Taus, der die Absenz auf der Regierungsbank kritisierte, habe möglicherweise eine Doppelstrategie gemacht, weil Sie mit Mock telefonierten.

In zweifacher Hinsicht darf ich Sie doch mit einem lachenden Auge, ich hoffe, korrigieren. Wir wissen weder, wann Mock mit wem telefoniert, noch wollen wir das wissen. George Orwell ist noch nicht hier, daher kann von einer Doppelstrategie gar keine Rede sein.

Zweite Berichtigung: Sie waren tatsächlich nicht herinnen, als Taus zu reden begann. Als er begann, kritisierte er die völlige Leere der Regierungsbank. Das war eine Tatsache.

Daraufhin kam der Herr Staatssekretär Löschnak, und dann sagte Taus, daß der Finanzminister zwei Staatssekretäre hat und meinte, irgend jemand könne schon hier sein. Das ist die tatsächliche Berichtigung.

Ein Grund für Beleidigungen ist nicht nur deshalb nicht vorhanden, sondern darf ich das noch dazu sagen: Wir haben uns bemüht, Ihnen in einem anderen Gesprächskreis diesen Vorfall aufzuklären. Daher würde ich glauben, daß neben der Berichtigung — ich bewege mich nicht außerhalb der Geschäftsordnung, sonst würde mir sonst noch etwas einfallen, — der Fall jetzt ausgestanden und berichtet ist. *(Beifall bei der ÖVP.)* 13.56

Präsident **Thalhammer**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Schüssel. Ich erteile es ihm.

13.57

Abgeordneter Dr. **Schüssel (ÖVP)**: Meine Damen und Herren! Dort fortfahrend, wo Robert Graf aus Geschäftsordnungsgründen aufhören mußte, sage ich das dazu, was aus Geschäftsordnungsgründen er nicht sagen konnte. Wir haben soeben eine seltsame Mischung erlebt, Polemik von der Regierungsbank, gepaart mit einer gewaltigen Portion Dünnhäutigkeit, und es sollte eigentlich bei einem Minister Ihres Kalibers nicht passieren, Herr Dr. Salcher. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zur Frage Dr. Taus, Doppelstrategie, auch noch einen Satz. Ich weiß nicht, wer bei dieser sagenhaften Stadthallenkonferenz von Ihnen dabei gewesen ist. Dort wurde Doppelstrategie praktiziert. Denn eines bitte, meine Damen

und Herren von der Linken, nehmen Sie uns auch ab: Wir verhandeln zu jeder Tag- und Nachtzeit, wenn es darum geht, für die österreichische Wirtschaft, für die Arbeitnehmer etwas herauszuverhandeln. Nur: Als nützliche Idioten wollen wir uns dabei nicht mißbrauchen lassen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Soll heißen: Freundlichkeit dann, wenn man uns braucht, und Beschimpfung in Massenveranstaltungen, wenn es angenehm ist und die eigene Stimmung hochputscht. Das soll sich gerade ein erfahrener Politiker wie der Bundeskanzler — ich bin keiner, erfahren nämlich — überlegen, ob es immer richtig ist, hier mit der Masse, die eine eigene psychologische Gesetzmäßigkeit entwickelt, mitzueulen. Er hat das nicht notwendig. *(Abg. Mühlbacher: Das gilt auch für Ihre Partei!)* Aber ja, wir haben in der letzten Zeit keine Massenkonzert mit 7 000 Leuten notwendig gehabt, Herr Mühlbacher. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun hat der Herr Finanzminister noch einige Dinge erwähnt, auf die man eingehen muß. Er ist leider nicht herinnen, er muß es sehr eilig haben, den Argumenten auf seine Rede zu entkommen, aber ich werde es Ihnen trotzdem nicht ersparen. Er hat als Vergleich gebracht, daß Österreich ohnedies irrsinnig günstig liegt, die Verschuldung des Zentralstaates in Prozenten des Bruttoinlandsproduktes, und hat erklärt, wie gut eigentlich Österreich aussieht.

Diesen Vergleich hätte er besser nicht machen sollen, er ist übrigens in diesem Finanzschuldenbericht auch eliminiert worden, er war im Bericht 1980 noch drinnen. Ich habe ihn mir vorsichtshalber mitgenommen und konnte daher mitlesen und ihn auch ergänzen um die aktuellen Zahlen 1981 und 1982.

Österreich hat, das ist richtig, im Jahre 1980 26,2 Prozent Verschuldung in Prozenten des Volkseinkommens gehabt. Mittlerweile sind es allerdings 28,6 Prozent geworden.

Im Jahre 1973 waren es noch 10,5 Prozent. Also eine gewaltige Steigerung, beinahe um das Dreifache, wenn man rechnen kann. Zugeben. Der Einwand gilt. Und genau die Länder, die Dr. Salcher zitiert hat, Großbritannien und andere, die ja die Vorkriegsschulden durchaus heute noch mitzutragen haben — für Österreich sind ja die Vorkriegsschulden nicht mehr existent —, haben die umgekehrte Entwicklung. *(Abg. Wille: Haben die Vereinigten Staaten eine Vorkriegsschuld, die sie zurückzahlen müssen?)* USA, Großbritannien, selbstverständlich. *(Neuerlicher Zwi-*

Dr. Schlüssel

schenruf des Abg. Wille.) Nein, aber natürlich haben die USA, hat die Schweiz, hat zum Beispiel Schweden, Großbritannien eine Verschuldung noch von früher mitgenommen. Das hat die Ausgangslage für uns enorm erleichtert, und da komme ich zum Beweis. Diese Staaten haben ihre Verschuldung abgesenkt, Großbritannien um 3 Prozent ... (*Abg. Wille: Eine derartige Argumentation ...!*)

Hören Sie zu oder hören Sie nicht zu? Die USA von 39 auf 36 Prozent, die Schweiz hält immer noch bei 11 Prozent, wir bitte bei 28,6 Prozent. Ja was will denn der Finanzminister mit dieser Tabelle beweisen? — Er kann höchstens beweisen, daß Österreich im Tempo der Verschuldenszunahme einsame Spitze auf der ganzen übrigen Welt ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und noch etwas: Salcher hat gesagt, wir sollen uns die Zitate nicht aussuchen dürfen, wir dürfen den „Spiegel“ nicht zitieren. Wie ein Mann hätte das Parlament aufstehen müssen, um den „Spiegel“ zu verurteilen. Heute vormittag war eine Fragestunde. Da hat sich der Vizekanzler ereifert im Brustton gerechten Zorns: Der „Wiener Zeitung“ wird man doch noch zuschreiben dürfen, freie Kommentare zu schreiben. Und das gilt für den „Spiegel“ nicht? Ich identifiziere mich überhaupt nicht damit! Im Gegenteil: Wir würden es viel lieber lesen, wenn im „Spiegel“ wie in allen österreichischen und internationalen Zeitungen Lobeshymnen über die österreichische Wirtschaft stehen würden. Nur sie stehen halt nicht mehr drin. Die Zitate können wir uns als freigewählte Abgeordnete aussuchen, wie wir wollen, und nicht wie es dem Dr. Salcher paßt! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Sie waren auch weit weniger empfindlich und sensibel, als es darum gegangen ist, jene Zitate auszuwählen, die den positiven Kurs Ihrer Wirtschaftspolitik zu beweisen schienen. Bitte, jetzt gibt es halt kritische Stimmen. Man wird doch wohl noch darauf hinweisen dürfen. Ich sage Ihnen: Zugegeben, falsche Zahlen, 4,1 Prozent Arbeitslose ist ein echter Druckfehler, gemeint ist natürlich 3,1 Prozent. Das decken wir ja nicht ab. Nur ein bißchen weniger Selbstgefälligkeit wäre auch gerade bei der Linken und bei einem Vertreter der Regierungspartei angebracht. Er soll wenigstens hinhören, wie die Stimmung im Ausland zu werden beginnt. Das hat doch Dr. Taus eindringlich wie selten einer heute vormittag erwähnt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir können uns nicht abkoppeln vom internationalen Zinsniveau — das als vorletztes Argument. Meine Damen und Herren! Wir

sind doch gerade dabei, uns abzukoppeln, denn genau diese Verschuldenspolitik mit einer hausgemachten Zinskomponente führt doch dazu, daß dann, wenn international die Zinsen zurückgehen werden — ich hoffe, sie werden irgendwann hinuntergehen —, genau die hausgemachte Zinskomponente, die derzeit bei 1,5 Prozent liegen dürfte — das bestätigen unabhängige Experten aller Lager —, verhindern wird, daß auch bei uns der Zinsdruck zurückgeht.

Letzter Punkt. Salcher hat erwähnt, wie gut alle diese Dinge waren, die in der Regierungsklausur vorgebracht wurden. Meine Damen und Herren von der Linken! Sensationell war es tatsächlich nicht! Da waren sicher einige Anregungen drinnen, die auch wir aufgreifen werden, zu denen wir stehen. Aber die 5 000 Wohnungen, die heute genannt wurden als Riesenerfolg, die sind doch nur deshalb notwendig, weil Sie seit elf Jahren nicht in der Lage sind, damalige Wahlversprechen — nämlich jedes Jahr 5 000 neue Wohnungen zu bauen — einzulösen. Das ist doch die Wahrheit! Jetzt erreichen Sie bestenfalls den Stand 1971. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Salcher sagt: 1,5 Milliarden mehr für den Straßenbau. Vorher sind diese doch aus dem Budget für 1982 herausgestrichen worden, und jetzt werden sie unter dem Druck, als ob man das nicht hätte ahnen können, wieder hineingenommen. Ein ungeheurer beschäftigungs- und strukturpolitischer „Erfolg“.

Zur Althausanierung, die hier gefeiert wurde. Das ist die Beruhigungspille in Wahrheit, wie man die Dinge entkleidet, der Mythos oder das Rundherum, die Aura. Das ist nichts anderes als die Beruhigungspille für die österreichische Versicherungswirtschaft, die unter den Folgen des von Ihnen durchgepeitschten Mietrechtsänderungsgesetzes noch genug zu „kiefeln“ haben wird. Wenn Sie mich fragen, ohnedies ein unzureichender Ersatz.

Weil Sie die Top-Milliarde, die 1,5 Milliarden jetzt mittlerweile erwähnt haben, das ist ja keine Kunst. Da braucht sich ein Finanzminister nicht berühen dafür, er hat ja selber finanziell keinen Strich dazu beigetragen, sondern es ist finanziert durch Geldschöpfung der Österreichischen Notenbank. Da würden uns allen miteinander eine Menge guter Projekte einfallen: Die Notenbank soll es zahlen, unten im Keller druckt einer die notwendigen Scheine dafür, und wir lassen uns oder Sie lassen sich dann im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit dafür berühen. Also mit dem Lob und mit dem originellen Wirtschaftsre-

Dr. Schlüssel

zept ist es ja bei Gott nicht so weit her, wie Salcher getan hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun, meine Damen und Herren, zum eigentlichen Thema selbst. Es wurde auch kritisiert, wir hätten nicht genügend erklärt, warum wir diesen Finanzschuldenbericht ablehnen. Ich sage Ihnen sehr klar, warum. Erstens, weil wir mit der Technik der Berichterstattung nicht einverstanden sind. Das ist kein Vorwurf an die Beamten, die den Bericht zusammengeschrieben haben. Es ist der Vorwurf an die Auftraggeber, weil der Bericht damit verzerrt ist — er ist nicht falsch, aber er hat andere, verzerrende Ausgangsjahre gewählt, wodurch die Statistik verschönt wurde.

Es sind unschöne Tabellen — das haben einige meiner Vorredner schon gebracht — entfernt worden, um das gute Bild nicht zu trüben. Das ist auch — das ist hier aber nicht erwähnt worden — von unseren Experten im Staatsschuldenausschuß kritisiert worden. Sie sind nur mehrheitlich von Ihnen hier abgeschmettert worden und haben dann letztlich halt den Bericht inhaltlich akzeptiert.

Aber der zweite Grund, warum wir heute nein sagen, ist ein sehr einfacher: Wir wollen mit diesem Nein der österreichischen Öffentlichkeit sehr klarmachen, daß wir mit den Grundsätzen, mit der Philosophie Ihrer Verschuldenspolitik absolut nicht einverstanden sind. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Diese Philosophie der raschen Verschuldung läßt sich in drei Argumente — sie sind ja auch heute so gekommen — kurz zusammenfassen. Sie sagen: Erstens: Defizite stabilisieren die Konjunktur. Zweitens: Schuldenmachen sichert letztlich die Arbeitsplätze. Drittens: Österreich ist immer noch eine erste Adresse, und im Ausland ist es noch viel schlimmer.

Jetzt schauen wir uns diese drei Argumente, die Sie immer wieder bringen wie das Om mani padme hum der Tibetanischen Gebetsmühlen, einmal sachlich und ohne Emotion in Ruhe an.

Erstens: Sie behaupten also, die Defizite stabilisieren die Konjunktur. Frage: Stimmt das eigentlich? Ist es wirklich richtig, obwohl wir jede Sekunde um 2 000 S mehr ausgeben als wir einnehmen, daß mit diesen Defiziten die Konjunktur stabilisiert werden konnte? — Es war teilweise richtig, das gebe ich dem Dr. Veselsky zu, im Jahr 1975. Stimmt. Seither ist es falsch, denn 1975 ist die gesamte Munition wirtschaftspolitisch verbraucht worden. Wie Stephan Koren einmal gesagt hat, hat man nicht nur die Munition verschossen, sondern

gleich auch das ganze Waffenarsenal hinterdreingeworfen.

In Österreich haben wir seit 1975 jährlich ungefähr 50 — heuer sogar 60 — Milliarden Defizit. Es ist uns mit diesen Defiziten nur eines wirklich gelungen: die Konjunktur schwanken zu lassen, nämlich im Jahre 1979 5 Prozent reales Wachstum, 1980 nur mehr 3, 1981 bereits Null, 1982 werden 2 Prozent erwartet, während im gesamten OECD-Durchschnitt das Wachstum ziemlich genau immer bei plus 1,25 Prozent gewesen ist. Das heißt, mit sehr viel Aufwand haben Sie etwas erreicht: Die Defizite sind stabil geblieben und die Konjunktur hat geschwankt, also genau das Gegenteil von dem, was Sie behaupten.

Wo kann denn nun überhaupt der Staat stabilisierend eingreifen? Nehmen wir zum Beispiel — heute auch erwähnt — den Bereich der Bauaufträge. Dort ist der Staat der größte Auftraggeber. Man müßte also annehmen, daß gerade dort der Staat am ehesten die größtmögliche Beruhigung der konjunkturellen Landschaft erreichen könnte. Das Gegenteil, bitte sehr, ist wahr. Wir haben die jüngsten Zahlen gehört: 53 000 Bauarbeiter sind arbeitslos, das ist jeder dritte Bauarbeiter, und das, obwohl der Staat in diesem Bereich der größte Auftraggeber ist.

Wir haben insgesamt ein „einziges“ — wörtliches Zitat, es stimmt „eh“ nicht, aber es hat halt der Bundeskanzler gesagt — „fix und fertiges baureifes Projekt in der Schublade liegen“, das ist das Konferenzzentrum, und deshalb muß es gebaut werden. Abgesehen davon, daß es nicht stimmt, aber würde es stimmen, frage ich mich: Wozu haben wir dann eigentlich eine langfristige Investitionsplanung auf zehn Jahre — 1979/89 — gebraucht, wenn dann unter dem Strich, wenn es kritisch wird, ein einziges Projekt aus der Schublade herausgezogen werden kann. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Sie berufen sich dabei immer auf den sattsam bekannten Keynes, der heute ja auch schon einigemal zitiert wurde. Nun sagt aber Keynes etwas ganz anderes, als Sie immer behaupten. Keynes behauptet nämlich nicht so wie manche Redner auf der Linken, daß man mit irgendwelchen Beschäftigungsprogrammen die Konjunktur stabilisieren soll und dafür Defizite machen, sondern Keynes sagt sehr klar: Das einzige Mittel, die Konjunktur zu stabilisieren, ist, über die Investitionsankurbelung — da kann man ruhig Defizite in Kauf nehmen —, die Konjunktur zu stabilisieren, nicht durch irgendwelche Programme. *(Abg. Dr. Veselsky: Weiters tritt*

Dr. Schüssel

er für eine Sozialisierung der Investitionen ein!)

Und jetzt frage ich Sie, Herr Kollege Veselsky: Wie würden Sie jetzt in Österreich die Investitionsentscheidungen ansehen? Haben Sie nicht das Gefühl, daß hier bereits mehr gemacht wurde als vom guten John Maynard Keynes gewollt — in manchen Bereichen jedenfalls? Ich würde sie mit jedenfalls mehr als der Hälfte ansetzen.

Keynes sagt also: Über Investitionen, nicht über Konsumausgaben soll man die Konjunktur beleben. Und jetzt schauen wir uns an, wie es im Budget aussieht. Gerade dort, wo Keynes Impulse verlangt, spart der Staat. Zitieren wir heute noch einmal Helmuth Kramer, den Leiter des Wirtschaftsforschungsinstitutes, er sagt wörtlich:

„Der Finanzminister hat dem Parlament für 1982 ein Budget vorgelegt, dessen Ausgaben um 7,4 Prozent über 1981 liegen, in dem aber für Investitionen um 6 Prozent weniger als im vergangenen Jahr zur Verfügung stehen.“

Meine Damen und Herren! Die Ausgaben steigen um rund 7,5 Prozent, die Investitionen sinken um 6 Prozent. Sie machen genau das Gegenteil von dem, was Keynes wollte, Sie machen eigentlich eine prozyklische Investitionspolitik, an sich eine Todsünde, das dürfte noch niemandem aufgefallen sein. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Bergmann: O ja, dem Veselsky!)*

Aber das ist nicht nur bei den Investitionen so, sondern auch bei der Investitionsförderung, also bei den indirekten Investitionsförderungen. Dort sinken die Förderungen um 7 Prozent.

Noch etwas: Diese Defizite, von denen die Rede ist, die müssen ja auch irgendwoher finanziert werden. Nun gab es dazu im Herbst eine ganz interessante Diskussion, in der sich Direktor Dr. Lachs, aus dem ÖGB kommend, früher wirtschaftspolitischer Referent des ÖGB, nunmehr ja schon vorgesehen als Direktor in der Oesterreichischen Nationalbank — also nicht irgend jemand —, zu Wort gemeldet hat, und zwar hat Tommy Lachs im Herbst vorigen Jahres erklärt:

„Die Investitionstätigkeit der Unternehmen wird beeinträchtigt durch die starken Zinsschwankungen.“ Eine wieder auflebende Investitionstätigkeit sieht er an die Gewährung echter, langfristiger Kredite, also solcher mit gleichbleibenden Zinssätzen, geknüpft.

Antwort darauf, Generaldirektor Vranitzky, auch Ihnen nahestehend, ein „egghead“ aus

dem Androsch-Stall: Das ist alles richtig, was Lachs sagt, nur das Problem ist: „Ein gewisser großer Kunde auf dem Kapitalmarkt nimmt für sich auf dem Kapitalmarkt alle langfristigen Kredite, die bei gegebener Anlagenstruktur gewährt werden können, ausschließlich für sich in Anspruch.“ Jetzt dürfen Sie dreimal raten, wer dieser gewisse große Kunde ist? — Der Bund, er hat vier Buchstaben.

Der Bund löst also echte Verdrängungseffekte aus, indem er sich die günstigsten Kredite selbst unter den Nagel reißt, und die schlechteren Risiken, die schlechteren Konditionen bleiben über für alle anderen. Meine Damen und Herren! Das ist genau das, was wir kritisieren: daß in Wirklichkeit ein Crowding-out-Effekt passiert, der die Privatwirtschaft und damit in weiterer Folge auch die Arbeitsplätze gefährdet.

Zweites Argument von Ihnen: Ihre Schulden dienen ja nur dazu, Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Da sind jetzt schon viele Schlagworte ge- und mißbraucht worden. Da hat es früher geheißt: 5 Prozent Inflation sind mir lieber als 5 Prozent Arbeitslose, dann hat es geheißt: 5 Milliarden Schilling Schulden bereiten mir weniger schlaflose Nächte als 5 Prozent Arbeitslose und so weiter, das läßt sich ja weiterdrehen.

Meine Damen und Herren von der Linken! Wahr ist heute — heute! —: Wir haben etwa 6,5 Prozent Inflation, wir haben jährlich eine Neuverschuldung von 30 Milliarden Schilling, nicht 5, und zur Stunde mindestens 5 Prozent Arbeitslose. Es besteht die echte Gefahr — wir haben zuerst im kleinen Kreis darüber diskutiert, Ihr Sozialminister Dallinger weiß das auch ganz genau —, daß die Arbeitslosenrate sogar bis auf 5,5 Prozent, vielleicht sogar noch höher, hinaufgehen könnte. Das ist die Wahrheit! Nicht 5 Prozent da oder dort! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nicht fünf Prozent da oder dort! Beides haben wir heute! Das ist unser Problem! Das ist immer wieder von den Rednern der Österreichischen Volkspartei kritisiert worden, davor haben wir gewarnt. Sie haben uns lächerlich gemacht, Sie haben sich darüber hinweggesetzt. Jetzt sind Sie in der Rolle, in der die Wirtschaft wirklich mit dem Rücken zur Wand steht, wo es sehr wenig Möglichkeiten gibt. Ein paar originelle Rezepte, die wir alle gerne hätten, den Stein der Weisen, in den man hineinschaut und die Lösung findet, den gibt es halt leider nicht, nur sehr viel mühsame Anstrengung, wozu wir gerne bereit sind, nur manchmal das Gefühl haben, daß auch bei Ihnen nach wie vor die Propaganda einen zu hohen Stellenwert hat.

Dr. Schüssel

Vom Wirtschaftsforschungsinstitut bis zu anderen unabhängigen Experten hin sagen alle, daß die Behauptung, zusätzliche Budgetdefizite sichern Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, immer weniger richtig wird. Diese Behauptung ist auch logisch begründbar, überprüfbar. *(Abg. Wille: Alle werden zusätzliche Beschäftigungsprogramme machen! Schauen Sie sich die Deutschen an!)*

Gut, aber nur, Herr Abgeordneter Wille, mit dieser resignativen Feststellung, daß es „alle“ machen werden, kann es ja nicht getan sein. Man wird ja wohl in einer wirtschaftspolitischen Debatte noch fragen dürfen: Ist das, was alle machen, sinnvoll?

Immerhin gibt es zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland immer noch eine sozial-liberale Regierung, die mit dem Rücken zur Wand verzweifelt versucht, eine mittelfristige Politik durchzuhalten, entgegen dem dortigen Druck des DGB und mancher anderer Illusionisten. Und ich behaupte: Das sind Illusionisten, denn es gibt kein einziges Programm, das in zwei Monaten solche Beschäftigungseffekte erzielen könnte, daß wir uns das Ansteigen auf 5 oder 6 Prozent Arbeitslosigkeit wirklich ersparen könnten. Jeder, der das behauptet, lügt sich und der österreichischen Öffentlichkeit in den Sack. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Warum stimmt diese Behauptung nicht? — Weil die Finanzierungsausgaben bei sehr hohem Defizit immer größer werden und der Platz, der Spielraum für beschäftigungswirksame Programme immer kleiner. Das sagt ja auch Kramer sehr deutlich.

Das Bruttodefizit ist heute etwa gleich groß wie der Aufwand für Tilgung und Zinsen für die österreichische Staatsschuld. Das heißt, es bleibt unter dem Strich kein Spielraum mehr. Die Schulden fressen uns langsam auf. *(Beifall bei der ÖVP.)*

1973, damit wir uns das Tempo ein bißchen vergegenwärtigen, kamen wir noch mit jedem achten Steuerschilling aus, um die Staatsschuld zu bedienen, heute wird bereits jeder dritte Steuerschilling weggefressen nur vom Schuldendienst. Die große Gefahr, meine Damen und Herren, ist ja dabei folgende: Daß sich natürlich im Budget damit die Ausgaben von den produktiven Ausgaben immer mehr verschieben zu den konsumptiven und zu den reinen Finanzierungsausgaben. Das heißt aber, daß wir aus dem Budget wenig bis nichts zu erwarten haben an zusätzlichen Wachstumsimpulsen, damit wir die notwendigen etwa 3,5 Prozent mittelfristiges Wachstum erreichen, die wir brauchen, damit wir

die Beschäftigungsprobleme absichern können. Das heißt also, trotz hohen Defizits wirkt das Budget für die Arbeitsplätze und für die Einkommen entstabilisierend. Das ist die Wahrheit! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das wissen viele von Ihnen auch. Der Vorsitzende des Staatsschuldenausschusses, Professor Frisch, auch ein Sozialist, hat bei der Präsentation dieses Berichts in der Öffentlichkeit erklärt:

Will man wieder Handlungsspielraum für konjunkturschwache Jahre gewinnen, dann ist ein Dauerdefizit von netto 30 Milliarden Schilling untragbar.

Die Finanzierung der Budgetdefizite durch Kreditaufnahmen hat aber überdies noch ein weiteres Problem, denn es verschiebt natürlich wiederum, wenn man es nicht über Steuern, sondern über Kredite finanziert, die Ausgabenstruktur hin zum Konsum. Und das Problem besteht darin, daß damit die Schulden von heute zu den Steuern von morgen gemacht werden. Und da ist etwas sehr Unangenehmes passiert, das uns wahrscheinlich politisch noch sehr viel mehr als alles andere auf den Kopf fallen wird; daß diese ganze Problematik von heute weggewälzt und auf die kommende Generation übertragen wird. Ich sage Ihnen sehr deutlich, ich halte das nachgeradezu für unmoralisch — für unmoralisch —, alle die Probleme, deren Lösung Sie heute versäumen, der morgigen, der jungen Generation aufzubürden. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ob es sich um die Lösung der Staatsschuldenprobleme handelt, ob es sich um das AKH oder UKH — UNO-Konferenzhaus — handelt, um Folgekostenproblematik, alles wird jetzt entschieden, geplant, verbetoniert, und morgen wird es dann die nachfolgende Generation auslöffeln müssen. Ich sage Ihnen sehr deutlich: Ich habe das Gefühl, daß dem Bundeskanzler dieser Aspekt völlig gleichgültig ist. Sein Blick — das ist sicherlich auch eine Frage der Erfahrung des Alters — ist auf den Tag gerichtet, möglichst auf den heutigen, vielleicht noch in einer mittelfristigen Planung auf den morgigen Tag. Diese Folgeprobleme sind ihm offensichtlich leider völlig egal geworden, und das ist das eigentliche Problem.

Nehmen wir nur die Zeitbombe der Sozialversicherung her. Jeder von uns hat es gelesen, wenige von uns reden darüber. Der Pensionsdynamik-Beirat hat berechnet, daß die ungedeckte Finanzierungslücke in der Sozialversicherung in den Jahren 1982 bis 1986 200 Milliarden ausmachen wird! 200 Milliarden Schilling, für die derzeit auf Grund der

Dr. Schlüssel

gegebenen Einnahmensituation, soweit sie abschätzbar ist, und der gesetzlichen Lage, keine Bedeckung vorgesehen ist.

Und jetzt sage ich Ihnen auch etwas sehr offen: Wir können doch nicht dazu übergehen, jetzt in einem solchen Ausmaß Pensionen und Sozialleistungen auch noch über Kredite zu finanzieren. Da muß doch diesem Parlament und diesen politischen Parteien mehr einfallen, als nur zu sagen, darüber reden wir heute nicht, weil es unangenehm ist und Wahlen vielleicht irgendwann vor der Tür stehen. Da müssen doch Lösungen angeboten werden und nicht nur gesagt werden, heute geht es uns gut, die nach uns sollen das ganze lösen. Das ist wahrscheinlich der schwerste Vorwurf, der Bruno Kreisky einmal treffen wird. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Nun zurück zur aktuellen beschäftigungspolitischen Diskussion. Im Herbst hat Professor Streissler schon mit einer gewissen „Nase“ gewarnt: „Sollte das Jahr 1982 wirtschaftlich schlechter als erwartet ausfallen, so muß dem dann aufkeimenden Ruf nach zusätzlichen Budgetdefiziten gleich jetzt entgegengehalten werden: Sie werden wenig nützen, insbesondere auch wenig zusätzliche Beschäftigung erhalten können. Sie schaffen nämlich nicht nur, sondern vernichten nunmehr in erheblichem Ausmaß auf der anderen Seite auch Beschäftigung.“ Natürlich ist in der Tat die Versuchung groß — wie in Deutschland, wie bei der Regierungsklausur —, zu glauben, mit kurzfristigen Programmpillen der Arbeitslosigkeit, diesem Gespenst, entgegen zu können. Und die Zahlen sind beunruhigend! Das ist nicht so, wie der Dr. Salcher heute gesagt hat, ein Winter wie dieser, in Zeiten wie diesen gibt es halt auch saisonale Probleme. Das ist mehr. Wir haben heute die schlechteste Arbeitsmarktsituation seit dem Jahre 1963. Das sind nicht mehr nur saisonale Probleme, da steckt mehr dahinter. Das ist zum Teil auch ein demographisches Problem, das bisher für uns gewirkt hat. Das war nämlich auch mit einer der Gründe, warum wir uns seit 1975 nicht voll in die Problematik hineinbegeben mußten, die andere Länder getroffen hat. Diese demographischen Erleichterungen sind für uns jetzt weg.

Aber die Wirtschaft ist bitte kein Spielautomat, wo man oben ein Programmierl und ein bisserl Geld hineinfüttert und unten marschieren die Arbeitsplätze munter heraus. So einfach ist das nicht. Was wir Ihnen vorwerfen, ist, daß eigentlich eine fundierte Analyse fehlt, was denn eigentlich die Ursachen dieser Arbeitslosigkeit, die im Herbst plötzlich so rasant angestiegen ist, sind. Ist es eine rein

konjunkturelle Krise? Sind strukturelle Probleme dahinter? Sind das Probleme des Fortschritts? Des Produktivitätsfortschritts? Ist es eine Nachfragerücke, die entstanden ist? Sind die Kosten pro Arbeitseinheit das eigentliche Problem?

Meine Damen und Herren! Diese Studie fehlt. Und solange es eine solche gründliche Analyse nicht gibt, so lange sind auch alle Programmberuhigungsspielen so gut wie sinnlos, weil sie daneben gehen.

Ich hätte zum Beispiel gerne den Herrn Finanzminister — der vorzeitig die Flucht ergriffen hat, um sich das alles nicht anhören zu müssen — gefragt, ob er persönlich der Meinung ist, ob es sich um eine konjunkturelle oder um eine strukturelle Krise im Augenblick handelt. Er hat ja einige Male schon angedeutet, daß er sie selber auch für eine strukturelle hält; gut! Wenn er sie für eine strukturelle hält, dann ist doch zwingend erforderlich, bei einer strukturpolitischen Krise mit anderen wirtschaftspolitischen Maßnahmen — Gedankenstrich —, also mit einem Kurswechsel Ihrer Politik, eine Änderung der Lage herbeizuführen. Sie können es auch anders nennen, das ist mir persönlich ganz wurscht. Aber strukturelle Krisen, strukturelle Probleme erfordern natürlich ganz andere Lösungen, als Sie sie bisher angeboten haben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich würde auch dem Abgeordneten Wille nicht von vornherein sagen, daß wir uns gegen ein Programm wenden. Nur: Ein solches Programm hat dann einen Sinn, wenn am Anfang die Analyse gestanden ist, wenn wir genau wissen, wo wir eingreifen wollen, was wir eigentlich bekämpfen. Man kann nicht im Rundumschlag mit eh fast nichts in der Hand alles mit der großen Feuerwehrspritze zudecken, wenn man weiß, daß hinten noch dazu kein Wasser mehr im Tümpel ist, sondern man muß dann das Instrumentarium ganz gezielt einsetzen. Nur, selbst wenn wir uns darauf einigen, dann müßte ich doch auch wissen, wo setze ich das Instrumentarium ein, wo? In welchen Branchen? Regional? Ist wirklich der Raum für den Bau des Konferenzzentrums also in einem auch problematischen Bereich, aber bei Gott nicht so problematisch wie die Obersteiermark, wie die mit 14, 12 Prozent Arbeitslosenraten kämpfenden Bezirke an der nördlichen, an der südlichen Grenze, ist wirklich die Region richtig gewählt? Müssen wir uns nicht branchenspezifisch etwas einfallen lassen? Das ist alles nicht beantwortet. Ein Programmierl da, eine Idee dort, alles bunt zusammengeschnürt, das zusammen ergibt kein Rezept, meine ich.

10384

Nationalrat XV. GP — 102. Sitzung — 21. Jänner 1982

Dr. Schüssel

Wenn wir uns zu einer Spritze durchringen, dann ist die Frage des Zeitpunktes enorm entscheidend. Ist es richtig, jetzt Penicillin zu spritzen, wo die Grippe gerade erst beginnt? Oder ist es nicht klüger, noch zuzuwarten und vor allem alle anderen Probleme von der Leistungsbilanz angefangen bis Zinsprobleme usw., Budgetsanierung nicht abzuwerten und zu stören? Das ist alles nicht entschieden.

Und das werfen wir Ihnen vor, daß Sie im Grunde, weil halt zufällig eine Regierungsklausur angesetzt ist oder weil zufällig eine beunruhigende Zahl in der Luft steht, irgend etwas bunt zusammenmischen, ein Glasperlenspiel, das in Wirklichkeit überhaupt keine ernst zu nehmende Wirkung entfalten kann.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie Arbeitsplatzimpulse geben wollen, dann stelle ich jetzt einmal eine Idee in den Raum, die vielleicht gar nicht einmal so ausgereift ist, aber einfach ein Denkanstoß sein soll: Dann gehen wir doch weg von dem, was Sie in den letzten Jahren immer wieder gemacht haben, nämlich die Arbeitsplätze insgesamt teurer zu machen, einerseits über Löhne, andererseits über Steuern und zum dritten über die Lohnnebenkosten. Versuchen wir doch, in die genau entgegengesetzte Richtung zu gehen, versuchen wir doch — meinetwegen befristet —, die Arbeitsplätze in einer gewissen Zeit billiger zu machen. Das muß jetzt gar nicht heißen „Lohnverzicht“ oder gar „Lohnkürzungen“. Entsteuern wir die Arbeitsplätze, machen wir die Lohnnebenkosten — befristet — geringer. Ich bin überzeugt, daß wir damit wahrscheinlich einen viel wirkungsvolleren Beschäftigungsimpuls erzielen könnten als mit all den anderen Ideen, die bisher im Raum gewesen sind.

Präsident Benya hat am 19. November zur „Presse“ gesagt — und ich kann das nur voll unterstreichen —: „Nur solange die Produktivität vorhanden ist, kann man Arbeitsplätze nützen.“

Ich glaube, es wird keinen hier im Saal geben, der diesen Satz nicht unterstreichen kann. Wenn wir ihn aber unterstreichen, dann bemühen wir uns doch, genau dieses Argument, das im Grunde der Kern einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik ist — richtig verstanden, ohne Dogmen, ohne daß ich jetzt ein Steuerungselement vor allen anderen herausgreife —, mit hereinzunehmen und es nicht vorzeitig abzuwerten. (Abg. Dr. Veselsky: Das ist ja Strukturpolitik für uns in Österreich!)

Ja, aber ich habe ja gar nichts gegen Strukturpolitik, Kollege Veselsky, nur: in der Hoch-

konjunktur haben Sie keine Strukturpolitik gemacht, weil man es nicht gebraucht hat. Und jetzt in der Rezession getraut man sich diese nicht zu machen, weil es weh tut. Jetzt frage ich Sie endlich einmal: Wann fangen Sie denn an mit der Strukturpolitik? Wir sind ja eh dafür; dann gehen Sie halt mit uns zusammen, machen wir gemeinsam ein Konzept, dann werden wir weitersehen. (Abg. Dr. Veselsky: Wir haben ja ein Konzept!) Na bisher habe ich nicht sehr viel davon gesehen.

Die griffige Primitivformel jedenfalls, durch Schulden Arbeitsplätze sichern, ich hoffe, es ist mir gelungen zu beweisen, daß sie nicht nur falsch ist, sondern daß das Umgekehrte stimmt. Daß noch mehr Schulden im Gegenteil sogar die Arbeitsplätze gefährden würden. „Milliardenschwere Beschäftigungsprogramme“ — schreibt Michael Jungblut in der „Zeit“ am 1. Jänner 1982 — „würden zwar kaum dazu beitragen, eine nennenswerte Zahl von Dauerarbeitsplätzen — Betonung auf „Dauerarbeitsplätzen“ — „zu schaffen, sie würden dagegen mit Sicherheit dazu führen, daß der Finanzminister trotz aller guten Vorsätze entweder hohe Schulden machen oder die Abgabenlast weiter erhöhen müßte.“

Genau das, meine Damen und Herren von der Linken, sind für uns keine tauglichen Alternativen. Eine höhere Verschuldung bedeutet einen Vertrauensverlust im Inland und im Ausland, bedeutet einen Druck auf den Schillingkurs nach unten. Da brauche ich bitte nicht den Wirtschaftsrat der ÖVP zitieren. Dieser Druck auf den Schilling kommt ganz von allein, und er bedeutet gleichzeitig einen Druck auf die Zinsen nach oben; und höhere Steuern auf der anderen Seite als Alternative bedeuten auch nichts Positives, nämlich noch weniger Leistungsbereitschaft, Ausweichen in Steuerhinterziehung, Untergrundwirtschaft usw.

Meine Damen und Herren! Ein Prozent Zinsenentlastung für die gesamte österreichische Wirtschaft durch Beschränkung der Defizite und Schulden bringt insgesamt 5 Milliarden Schilling Entlastung. Das wäre eine Summe, die mit jedem noch so teuren Beschäftigungsprogramm von Ihrer Seite spielend Schritt halten könnte. Und das, meine Damen und Herren von der Linken, das wäre unsere Alternative von der Österreichischen Volkspartei. (Beifall bei der ÖVP.)

Und zum letzten und dritten Argument: Österreich ist nach wie vor eine erste Adresse, und im Ausland ist es ohnedies noch viel schlimmer; daher: wir wachsen relativ mit in unserer Verschuldung, alles kein Problem! Stimmt's oder stimmt's nicht? Und da setze

Dr. Schüssel

ich jetzt ein bei unserer Kritik auch des Berichtes selber.

Sie haben natürlich einen ganz „klassen“ — für uns und für die Öffentlichkeit natürlich weniger „klass“ — Trick bei der Berichterstellung gemacht. Sie haben erstmals einen Fünfjahresrhythmus hineingegeben als Vergleichszeitraum, nämlich die Jahre 1975 bis 1980. Sie sind also abgewichen vom Zehnjahresvergleich 1970/1980, sondern haben das Jahr 1975 bewußt herausgegriffen, weil damals die Situation besonders grauslich war und natürlich seither der Vergleich ein wenig — relativ natürlich nur — besser ausfällt. Nur ist es halt natürlich schon ein wenig simpel, zu glauben, daß zumindestens kritische Oppositionelle auf einen derartigen statistischen Trick hereinfliegen. Würden Sie nämlich das Jahr 1970 nehmen, würde sich ein ganz anderes Bild ergeben.

Zweitens enthält dieser Bericht ja nur eine Momentaufnahme. Und mehrere haben schon gesagt, den dynamischen Vergleich, die Zuwachsraten, den internationalen Vergleich, haben Sie vorsichtshalber schon draußen gelassen, denn da würde sich sowohl bei der Pro-Kopf-Verschuldung als auch bei der Verschuldung in Prozent des Volkseinkommens ergeben, daß Österreich einsam an der Spitze liegt. Das Tempo der Verschuldung macht uns somit vor allem Sorgen. Und nicht nur das Tempo, auch der zunehmend enger werdende Spielraum.

Es ist der Spielraum gegenüber dem Ausland enger geworden. Das hat Taus schon erwähnt. Der Anteil der Auslandsschuld nimmt wiederum zu und liegt derzeit bei rund 30 Prozent. Ein Drittel unserer gesamten Fremdenverkehrseinnahmen wird bereits durch die Tilgung und Zinsenbedienung der Auslandskredite aufgefressen. Ein Drittel sämtlicher Fremdenverkehrseinnahmen, die schwer verdient werden müssen gegen härteste ausländische Konkurrenz.

Nun ist bei diesen Auslandsschulden noch ein Punkt dabei, den man Ihnen natürlich auch nicht ersparen darf. Ich hätte es auch gern noch dem Dr. Salcher vorgerechnet, der noch immer draußen weilt. 87 Prozent der Auslandsschulden sind in D-Mark oder Schweizer Franken aufgenommen worden. Und aus dieser Zahl ergibt sich ja eigentlich zwangsläufig das Dilemma, in dem der Finanzminister steckt. Er ist der Gefangene einer Hartwährungspolitik. Die Hartwährungspolitik, meine Damen und Herren, ist erzwungen durch Ihre Verschuldungspolitik. Stellen Sie sich die Katastrophe vor, wenn eine leichte Abwertung passieren würde, weil

natürlich logischerweise D-Mark und Schweizer Franken — beim Schweizer Franken haben wir es eh schon gespürt — weiter oben bleiben, und damit ja die Zinsen- und Tilgungsbedienung ja noch viel teurer wird. Verschämt ist es angedeutet im Bericht drinnen. Es heißt da wörtlich auf Seite 28: „Die Tatsache, daß sich über 1975 bis 1980 geringe Bewertungsunterschiede ergaben, ist Ausdruck einer Staatsschuldenpolitik, die auf die österreichische Hartwährungspolitik abgestimmt ist.“ Ich würde es sogar umdrehen: Die österreichische Hartwährungspolitik ist abgestimmt auf ihre Staatsschuldenpolitik. Und das ist das Problem.

Der wirtschaftspolitische Spielraum wird natürlich ebenfalls enger. Eine Zahl zum Vergleich. Der Schuldendienst für heuer, für 1982, ist gleich groß wie ein gesamtes Budget vor 19 Jahren, 1963. (*Abg. Dr. Mock: Das waren Zeiten!*) Also allein der Schuldendienst von heuer beträgt mit ungefähr 56 Milliarden Schilling gleich viel wie die Gesamtausgaben eines Budgets vor 19 Jahren. Und es hat der Professor Frisch auch mit Recht erkannt — ich weiß nicht, warum Sie den Vergleich nicht aushalten . . . (*Ruf bei der SPÖ: Was hat einer vor 19 Jahren verdient, und was verdient er heute? Wie waren die anderen Relationen? Der Vergleich hinkt doch sehr!*)

Herr Abgeordneter, das hat ja mit dem Verdienst des einzelnen Arbeitnehmers überhaupt nichts zu tun. Der Vergleich hinkt überhaupt nicht! Das haben die Amerikaner genauso. Das ist ein internationaler Vergleich. Der Vergleich hinkt insofern nicht, weil er Ihnen klarmachen soll, daß wir heute einen Verlust an Spielraum haben durch die Bedienung der Finanzschuld. Mit diesem Spielraum hätte man vor 19 Jahren ein Gesamtbudget bestreiten können. (*Beifall bei der ÖVP.*) Der Professor Frisch — ein Sozialist, wenn Sie schon mir nicht glauben — sagt selber (*Abg. Dr. Mock: Er ist ein Universitätsprofessor!*) — er ist Hochschulprofessor, Wissenschaftler, ein großer Mann, ich verneige mich vor ihm —, das Problem wird für den Dr. Salcher sein: das Gaspedal in der jetzigen Situation wird er vielleicht gerade noch finden, die Frage ist nur, ob überhaupt noch genug Saft drinnen ist, daß ein bißchen an Beschleunigung erzielt werden kann.

Meine Damen und Herren! Und ein letzter Punkt. Die eingegangenen wirtschaftspolitischen Risiken und Verpflichtungen werden immer größer und immer höher. Und auch hier ist der Bericht weder transparent noch vollständig, denn dieser Bericht — das sagt ja das Wort Finanzschuldenbericht — umfaßt ja

10386

Nationalrat XV. GP — 102. Sitzung — 21. Jänner 1982

Dr. Schüssel

nur die Finanzschulden, die derzeit ungefähr bei 300 Milliarden Schilling liegen dürften. Wenn ich aber die Gesamtverpflichtungen, die Österreich eingegangen ist, erfasse, dann muß ich dazurechnen die Verwaltungsschulden, die derzeit bei 70 bis 80 Milliarden Schilling liegen dürften — genaue Zahlen stehen uns ja nicht zur Verfügung —, ich müßte dazurechnen — die Sondergesellschaften sind ja nur ein kleiner Zipfel davon, die sind drinnen im Bericht — die Leasingverpflichtungen — darüber gibt es überhaupt keine Aufstellung präziser Art — und alle eingegangenen Haftungen, Kapital plus Zinsen plus Kosten, in der Größenordnung von 380 Milliarden Schilling. Wenn Sie das aufaddieren, kommen Sie zu einer gigantischen Summe von 750 bis 780 Milliarden Schilling. Das sind beinahe 75 bis 78 Prozent eines jährlichen Volkseinkommens, wo wir insgesamt Verpflichtungen eingegangen sind.

Sie können es anders sagen: Drei Viertel bis vier Fünftel eines Jahresvolkseinkommens wurden in Risiko gestellt oder bereits verbraucht und konsumiert.

Meine Damen und Herren! Da brauche ich erst gar nicht den „Spiegel“ zitieren mit seiner Überschrift „Modell Österreich — abgewirtschaftet“, oder das an sich sehr schöne Zitat „Österreich hat die Weltwirtschaftskrise auf rein gymnastische Weise bewältigt: durch Wegschauen“.

Da ist etwas Wahres dran. So wenig ich mich mit anderen Zahlen und Aussagen identifiziere, an diesem Satz ist etwas Wahres dran.

Der Professor Tichy, ein Österreicher, ein angesehener Ökonom, er hat auch Aufträge vom Finanzministerium bekommen, sagt es vornehmer, aber nicht weniger deutlich:

„Wir haben in den letzten Jahren kein größeres Problem wirklich gelöst. Wir sind die meisten Probleme nicht einmal angegangen. Wir disponieren bloß für die unmittelbare Gegenwart. Wir sind dabei, durch unsere Form der Problemlösung die Zukunft erheblich vorzubelasten.“

Dem ist an sich nichts hinzuzufügen. Es ist genauso schön, genauso richtig wie das „Spiegel“-Zitat. Ich glaube, da ist wirklich weniger Selbstgefälligkeit auch auf seiten der Linken durchaus mit angebracht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Jetzt haben Sie gesagt: Lösungen. — Gut. Ich versuche einige Schlagworte als Lösungen mit einzubringen. Wobei mir schon klar ist, das sind alles keine einfachen Lösungen und

sie wären mühsam in die Realität umzusetzen. *(Abg. Wille: Schlagworte sind keine Lösungen!)* Ein Schlagwort kann durchaus eine Lösung mit umschreiben, Herr Abgeordneter Wille. Ich will uns ja nicht allen miteinander selbst verordnete Heftpflaster auf den Mund picken, wir werden uns wohl auch mit wenigen Stichworten und Kürzeln behelfen können.

Wichtigster Punkt überhaupt — Josef Taus hat es heute erwähnt in einer an sich überhaupt bemerkenswerten Rede —: maßvolle Einkommenspolitik.

Meine Damen und Herren! Hier kommt den Sozialpartnern eine ungeheure Bedeutung zu. Und jede, auch noch so parteiintern vielleicht verständliche Aussage des Bundeskanzlers in der Stadthalle vor Tausenden Vertrauenspersonen sollte an diesem Eckpfeiler, der wenigstens noch funktioniert, nicht rütteln. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Diese maßvolle Einkommenspolitik wird schwer sein, wir wissen das. Wir wissen, daß da auch den Gewerkschaften enorm viel zugemutet wird. Aber wir wissen auch, daß der internationale Druck gigantisch ist. Schauen wir uns die deutschen Lohnabschlüsse an, die samt und sonders erheblich unter den österreichischen liegen. Das ist ein Problem.

Und ich sage noch etwas dazu: Das ist nicht nur auf der Makroebene zu lösen, also oben in den Sozialpartnerverhandlungen. Das setzt auch Disziplin in den Betrieben voraus.

Ich sage Ihnen einen Fall, warum ich das hier so deutlich akzentuiere und so deutlich sage: Ich halte es beispielsweise für untragbar, daß in manchen Betrieben, zum Beispiel in der VOEST, im Jahr 1980 neben einer maßvollen Lohnpolitik, Lohnrunde auf Sozialpartnerebene eine zusätzliche innerbetriebliche Lohnerhöhung von zwei Prozent dazugegeben wurde. Ich halte das für problematisch, denn damals war auch die Lage der VOEST nicht sehr rosig. Und das haben auch die Donawitzer bekommen, obwohl damals natürlich das Problem Donawitz bereits evident auf dem Tisch gelegen ist. Und die Lage der SGP — damit Sie nicht glauben, das war einmal, 1980 — ist auch heute nicht rosig, und es wurde trotzdem noch einmal eine innerbetriebliche Lohnerhöhung von 0,7 Prozent draufgegeben. Und bei Wagner-Biró — auch keine rosige Lage — wurden auch noch einmal zwei Prozent draufgegeben.

Meine Damen und Herren! Das unterläuft das, was ich gesagt habe. Ich halte es für untragbar, daß man auf der einen Seite Haftungen, Subventionen, Eigenkapitalzufuhr

Dr. Schüssel

von der öffentlichen Hand in Anspruch nimmt — wozu wir uns alle bekennen, da gehen wir mit — und auf der anderen Seite solche innerbetrieblichen Lohnerhöhungen vorkonsumiert oder mitkonsumiert, die durch nichts gerechtfertigt sind. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Wille: Ich bitte um Beispiele für das nächste Mal!)* Gerne, gerne, ich bin gerne bereit. Aber ich glaube, daß man das auch einmal sagen muß, damit man nicht nur theoretisiert und damit ich mich nicht Ihrem Vorwurf aussetze, nur Schlagworte zu verwenden.

Zweiter Punkt: Wir brauchen aktive Problemlösung. Nicht wegschauen. Stichwort: Sozialversicherung. Das ist ein Thema, das jetzt schon in einer Arbeitsgruppe — kann sein Beirat, kann sein Parteiengespräche — angegangen werden muß, denn Entscheidungen von heute werden ja hier erst in zehn, fünfzehn, zwanzig Jahren wirklich sichtbar und müßten daher jetzt angegangen werden.

Dritter Punkt: Umschichtungen im Budget. Weg von den konsumptiven, hin zu den produktiven Ausgaben. Zwei Drittel der gesamten Neuverschuldung frißt zum Beispiel das Defizit der Österreichischen Bundesbahnen und der Bundesbetriebe auf.

Meine Damen und Herren! Wer das akzeptiert, ohne daß ihn dabei etwas stört, der hat meinem Gefühl nach das Recht verwirkt, ernsthaft an der Lösung der Zukunftsprobleme mitzuwirken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Entbürokratisierung, Verwaltungsreform: Das bezieht sich nicht nur auf Personalabbau durch Nichtnachbesetzung von Ausscheidern, von ausscheidenden Beamten, sondern das bezieht sich auch darauf, daß man den Betrieben bürokratische Hemmnisse aus dem Weg räumt, zum Beispiel Investitionshemmnisse.

Nächster Punkt: Analyse und Erkennen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten als strukturelle Anpassungskrise und Widerstehen der Versuchung, durch kreditfinanzierte Beruhigungspillen den notwendigen Anpassungsdruck zu mildern.

Meine Damen und Herren! Ich weiß, was ich hier sage. Das ist nicht so einfach, wie es sich redet. Aber trotzdem setzt das voraus — das, was Veselsky urgiert — einen strukturellen Konsens, der derzeit weit und breit nicht zu finden ist.

Letzter Punkt: Wir brauchen neben der Förderung bestehender Betriebe viel eher eine Förderung junger statt der Subventionierung alter, unrentabler Unternehmungen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich habe ver-

sucht, die drei Schlagworte, die Sie immer wieder bringen — Defizite stabilisieren die Konjunktur, Schulden sichern Arbeitsplätze, es ist eh nicht so arg, weil wir in Österreich noch gut sind gegenüber dem Ausland —, klarzustellen als das, was sie sind, nämlich als Täuschungen, im günstigsten Fall Selbsttäuschungen.

Ich fordere Sie daher auf: Führen wir gemeinsam den notwendigen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik durch, bevor ihn uns andere von außen aufzwingen. — Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP.)* ^{14.46}

Präsident **Thalhammer**: Zu einer Erwiderung auf die von Herrn Abgeordneten Staudinger abgegebene tatsächliche Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Veselsky zum Wort gemeldet.

Ich mache aufmerksam, daß es sich um eine persönliche Angelegenheit handeln muß und die Redezeit ebenfalls fünf Minuten nicht überschreiten darf.

Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter.

^{14.46}

Abgeordneter Dr. **Veselsky** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich melde mich in einer persönlichen Angelegenheit zum Wort.

Der Kollege Staudinger hat zunächst den Zwischenruf „Unsinn“ zurückgezogen. Ich habe ihm dafür gedankt.

Er hat aber im nächsten Satz gesagt, er hält mir zugute, daß ich die präzise Aussage des Abgeordneten Mitterer nicht kannte, denn sonst müßte Kollege Staudinger im Hinblick auf den Konsens, den ich hier angesprochen habe, von Unredlichkeit reden. Und Unredlichkeit ist eben eine Unterstellung, eine persönliche Angelegenheit.

Ich möchte zu dieser Sache sagen: Ich fordere Kollegen Staudinger auf, auch das zurückzunehmen, eben — so wie die Behauptung des Unsinn. *(Abg. Bergmann: Das ist keine Entgegnung! — Abg. Grabner: Warten!)* Denn ich stütze mich entgegen dem dann nicht verlesenen Text des Rundfunkinterviews auf veröffentlichte Zeitungsberichte vom 30. 10. 1974. *(Abg. Staudinger: Noch einmal, bitte!)* Vom 30. 10. 1974. *(Abg. Staudinger: Welche Zeitung?)* Sie meinen, ich werde jetzt die „Arbeiter-Zeitung“ zitieren, die Sie kennen. Ich zitiere den „Kurier“, und zwar lese ich Ihnen vor:

„Einiges Aufsehen erregte in Gastein eine Formulierung des Ex-Handelsministers Otto Mitterer. In einem ORF-Interview sagte er auf die Frage, ob im Kampf gegen die Infla-

10388

Nationalrat XV. GP — 102. Sitzung — 21. Jänner 1982

Dr. Veselsky

tion eine gewisse Arbeitslosigkeit in Kauf genommen werden könnte: ‚Wenn es sich so ergibt, eher ja, als daß die gesamte Bevölkerung verarmt.‘“

Und ich fahre fort: „Wenig später, während die ÖVP-Spitze über ihre Mißbilligung dieser Mitterer-Äußerung sich kein Blatt vor den Mund nahm, korrigierte Klubobmann Koren, es geht nicht darum, Arbeitskräfte abzubauen, sondern die Übernachtfrage zu stoppen. Der Inflationsdruck sei von der Nachfrageseite her zu verringern.“

Das aus dem „Kurier“ vom 30. 10. 1974, das war mir bekannt. Es war mir nicht vorgelegen. Ich könnte Ihnen jetzt auch noch die „Arbeiter-Zeitung“ vom gleichen Tag vorlesen. (*Abg. Staudinger: Darf ich einen Zwischenruf machen?*) Bitte, gerne. (*Abg. Staudinger: Ist das, was ich vorgelesen habe, die Mitschrift des tatsächlichen Interviews, unrichtig gewesen?*) Sie haben es nicht vorgelesen, Herr Kollege! (*Abg. Staudinger: Sie lesen eine Zeitung!*) 14.50

Präsident Thalhammer: Ich würde vorschlagen, keine Zwiegespräche zu führen. Die Zeit ist mit fünf Minuten begrenzt. Die persönliche Angelegenheit ist, glaube ich, hinreichend dargelegt.

Abg. Dr. Veselsky: Ich danke sehr. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Thalhammer: Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Stippel. Ich erteile es ihm.

14.51

Abgeordneter Dr. Stippel (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Beim Zuhören der Reden verschiedener Oppositionspolitiker mußte ein Beobachter, der unvoreingenommen hier sitzt, das Gefühl bekommen, als ob wir uns hier in Österreich in einem schlecht entwickelten, fast in einem unterentwickelten Staate befinden würden. Der Herr Abgeordnete Dkfm. Gorton hat wortwörtlich von der derzeitigen Not, die es in diesem Lande gibt, gesprochen, und ich weiß nicht, was der Herr Abgeordnete Sandmeier gemeint hat, wenn er zitierte, daß die Sozialisten beim Regierungsantritt 1970 unter dem Schlagwort, ein modernes Österreich schaffen zu wollen, angetreten sind, und wenn er daran die Frage knüpft, was denn nun aus diesem Motto der SPÖ geworden sei.

Der Herr Abgeordnete Bauer verglich die Staatsschulden von heute mit der Zeit des Wiederaufbaues in unserem Lande und stellte die Frage, ob es denn richtig sei, daß die

Schulden heute größer seien als damals. Er hat dabei ganz vergessen und völlig außer acht gelassen, um wieviel reicher dieses Land in der Zeit seit dem Wiederaufbau geworden ist, um wieviel reicher dieses Land allein in den letzten zehn Jahren geworden ist. Ja, meine Damen und Herren in diesem Hohen Hause, haben Sie denn vergessen, daß in den letzten zehn Jahren 260 Bundesschulen gebaut wurden, daß Hunderte Autobahnkilometer errichtet wurden, Hunderte Straßenkilometer an Bundesstraßen, daß Spitäler ausgebaut wurden, die sozialen Leistungen weiter ausgebaut wurden? Haben Sie das alles nicht gesehen? Und dann will man den Schuldenstand aus der Zeit des Wiederaufbaues mit dem heutigen vergleichen! Ich glaube, daß das eher eine unzulässige Sache ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Der Herr Abgeordnete Schüssel, der am Ende seiner Ausführungen mit einer Reihe von Vorschlägen gekommen ist, die es sicherlich zu überprüfen geben wird, sprach ganz am Ende seiner Rede von Täuschungen. Ich muß dieses Wort „Täuschungen“, Kollege Schüssel, ebenfalls energisch zurückweisen. Denn all das, was hier in diesem Staat geschaffen wurde, liegt klar auf der Hand. Damit wollen wir niemanden täuschen, wir können auch niemanden damit täuschen.

Aber lassen Sie mich, bevor ich auf einige Punkte näher zu sprechen komme, ein klein wenig in die Vergangenheit schauen.

Meine Damen und Herren! Die drei Jahrzehnte von 1945 bis etwa 1975, also in die Mitte der siebziger Jahre, waren so eine Art glorreiche Jahrzehnte. Es gab damals nämlich sozusagen als Treibstoff für die Wirtschaft billige, genügend vorhandene und leicht handhabbare Energie. Und eben weil es das gegeben hat, konnte die Wirtschaft — natürlich neben anderen Faktoren, aber das war der Hauptfaktor — so rasch vorangetrieben werden.

Und dann geschah es Mitte der siebziger Jahre plötzlich — natürlich bedingt durch politische Ereignisse —, daß sich dieser Treibstoff für die Wirtschaft, die Energie innerhalb kürzester Zeit um ein Vielfaches verteuert hat. Die Folge war eine weltweite Einkommensverteilung zwischen den einzelnen Ländern, weil nämlich in den Industrieländern eine Nachfrageverminderung einsetzte und die gut und sehr gut verdienenden Erdölländer das Geld, das sie für ihre Produkte von diesen Industrieländern empfangen haben, gar nicht zur Gänze ausgeben konnten.

Wie versuchte man nun dieser Krise entgegenzuwirken?

Dr. Stippel

Manche Länder, die Weichwährungsländer, werteten ab, zum Beispiel Italien und Großbritannien. Die Folgen sehen wir heute: Dort geht es ja gar nicht mehr um die Frage, Inflation oder Arbeitslosigkeit, sondern dort hat man ja beides gemeinsam.

Andere Länder, zum Beispiel die Bundesrepublik, konzentrierten sich in erster Linie auf die Inflationsbekämpfung — mit dem Erfolg, daß auch dort die Arbeitslosenziffern leider in die Höhe schnellten.

Österreich ging einen anderen Weg, und zwar, wie sich gezeigt hat, einen Weg, der, im internationalen Vergleich gesehen, und das kann ja niemand bestreiten, ein hervorragender Weg, nämlich der österreichische Weg schlechthin, gewesen ist und noch immer ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Österreich blieb bei der Hartwährungspolitik einschließlich der Politik des Deficit-spending. Damit wurde vor allem der Ausbau der Infrastruktur vorangetrieben. Dieser Ausbau der Infrastruktur hat es mit sich gebracht, daß wir heute viele Bauvorhaben eben nicht mehr bauen müssen und andere Einrichtungen öffentlicher Natur nicht mehr schaffen müssen in diesem Lande, weil sie schon da sind, und das ist, bitte, auch mit ein Grund, warum es am Arbeitsmarkt heute in Österreich gewisse Schwierigkeiten gibt.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Niemand von der Regierungspartei, der hier in letzter Zeit gesprochen hat, hat in Abrede gestellt, daß es am Arbeitsmarkt Probleme gibt. Aber wir wehren uns dagegen, so zu dramatisieren und dieses Österreich in einen Topf mit allen übrigen westlichen Industriestaaten zu werfen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir stecken heute in einer echten Weltwirtschaftskrise, und dieser Weltwirtschaftskrise können wir uns ganz einfach nicht auf Dauer entziehen.

Es wurde an diesem Pulte hier heute oft genug vom hohen Zinsniveau gesprochen. Ich brauche darauf nicht mehr weiter einzugehen.

Die teure Energie allerdings, die ist hier heute allzu wenig angeklungen, und das möchte ich noch einmal zum Ausdruck bringen, daß vor allem auch die teure Energie eine sehr beachtliche Mitschuld trägt an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die wir haben.

In diesem Zusammenhang darf ich mir auch die Frage erlauben, wie lange wir es uns in Österreich leisten können, auf etwas zu verzichten, das schon seit Jahren relativ bil-

lige Energie in diesem Lande produzieren könnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Frage der Staatsschulden — und damit komme ich zum eigentlichen Thema — stellt heute weltweit ein ungeheures Problem dar, sowohl im Westen als auch im Osten, das ist gar keine Frage. Überall steht dieses Problem im Brennpunkt politischer Auseinandersetzungen.

Dabei tauchen aber häufig falsche Meinungen in der Öffentlichkeit auf. Da wird zum Beispiel behauptet, und das ist hier auch heute mehrfach von den Oppositionsrednern gesehen, daß die Menschen durch die Staatsschuld ärmer würden.

Ich sage, das ist falsch. Das Gegenteil tritt ein, weil nämlich die Investitionen ein höheres Volksvermögen erwirken und weil dadurch bedingt höhere Löhne für Arbeiter, aber auch bessere Gewinne für die Unternehmer herauskommen. *(Abg. Dr. Jörg Haider: Stimmt das: Das Volksvermögen steigt auch mit den Toten bei Autounfällen?)*

Ferner, Herr Kollege Haider, wird immer wieder zur Senkung der Staatsverschuldung die Forderung nach Senkung der Staatsausgaben aufgestellt, also von Ausgabenkürzungen gesprochen. Auch das haben wir heute hier gehört.

Ich glaube, das ist ebenfalls nicht ganz richtig, weil nämlich eine Senkung der Staatsausgaben ganz einfach dazu führen muß, daß es auch zu einer Senkung der Einnahmen kommt. Und, meine Damen und Herren, wohin dann die Wirtschaft treibt, brauche ich hier nicht zu erläutern. Das haben wir schon gehabt, das haben wir in Österreich schon in einer Zeit gehabt, in der die Sozialisten in diesem Lande nicht an der Regierung waren.

Schließlich gibt es auf der anderen Seite wieder Meinungen, die aussagen: Die Staatsschulden können ja unendlich hoch wachsen. Das ist natürlich das andere Extrem. Das geht natürlich auch nicht. Denn es kann ja sein, daß das Kreditangebot mit der Nachfrage nicht mehr mitkommt oder daß die Zinsenlast zu hoch wird, wie das eben jetzt der Fall ist.

So können eben nur zielführende produktive Investitionen eingesetzt werden, die rasch inlandswirksam werden. Und, meine Damen und Herren von der rechten Seite, diese zielführenden produktiven Investitionen werden ja laufend eingesetzt.

Ich habe bei Ihren Debattenbeiträgen immer wieder den Eindruck gewonnen, als würde jetzt in Österreich überhaupt nur ein

10390

Nationalrat XV. GP — 102. Sitzung — 21. Jänner 1982

Dr. Stippel

Konferenzzentrum in Wien gebaut werden. Sie vergessen dabei völlig, obwohl es Ihnen schon gestern und auch heute mehrmals gesagt wurde, daß dieses Konferenzzentrum nur 3 Prozent des ganzen Investitionsvolumens ausmacht.

Sie vergessen, auch wenn Sie die zwölf Punkte der Bundesregierung kritisieren, die sicher rasch inlandswirksam sein werden, daß im normalen Bundesbudget 1982, das wir hier erst kürzlich beschlossen haben, Milliardenmittel für Investitionen bereitgestellt werden. Es sind an die 70 Millionen Schilling, wenn ich das in Erinnerung rufen darf. Allein im Bereich der Bauinvestitionen sind 38,4 Milliarden Schilling vorgesehen. Dazu kommen Ausgabenermächtigungen für den Wasserwirtschaftsfonds, dann 2,5 Milliarden Schilling auf Grund der Novelle zum Fernmeldegesetz, nochmals Ausgaben für die Wasserwirtschaft aus zweckgebundenen Bundeseinnahmen einschließlich Wohnungsbau in der Höhe von 15,2 Milliarden Schilling und so weiter. Schließlich sind noch 5,2 Milliarden Schilling im Konjunkturausgleichsbudget enthalten.

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Es gibt generell zwei Möglichkeiten, die Wirtschaftspolitik zu konzipieren. Man kann eine expansive Beschäftigungspolitik betreiben, die natürlich zu einem Budgetdefizit und damit zu einer höheren Staatsverschuldung führen kann, aber man kann auch — und das führt dann sicherer zu einer größeren Staatsverschuldung — eine restriktive Wirtschaftspolitik betreiben. Ich frage alle, die hier sitzen, was besser ist: Ist es besser, Arbeitsplätze zu finanzieren, oder ist es besser, dann, wenn die Arbeitsplätze nicht mehr da sind, die Arbeitslosen zu bezahlen? Ich glaube, wer hier richtig überlegt, wird es nicht schwer haben, diese Frage zu beantworten.

Es wurden an dieser Stelle heute sehr häufig internationale Vergleiche genannt. Man kann die Dinge drehen und wenden, wie man will, Österreich kommt im internationalen Vergleich, was die Wirtschaft anbelangt, noch immer sehr gut weg. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es gibt natürlich Schwierigkeiten. Wir verleugnen sie nicht. Wir nennen sie und wir arbeiten dort, wo es Schwierigkeiten gibt, um diese Schwierigkeiten wegzubekommen. Aber das Urteil des Auslandes über Österreich ist nicht jenes Urteil, das in dem „Spiegel“-Artikel steht, den Sie heute mehrmals hier zitiert haben. *(Zwischenruf des Abg. Probst.)*

Persönlich habe ich vor wenigen Wochen Gelegenheit gehabt, auch mit konservativen Politikern in Großbritannien und in Schwe-

den zu sprechen. Ich sage hier wirklich die Wahrheit. Diese konservativen Politiker — ich habe auch genug Zeugen hier im Hause sitzen — haben uns tatsächlich immer wieder die Frage gestellt: Wie macht ihr das in Österreich, daß ihr nicht diese Schwierigkeiten habt im wirtschaftspolitischen Bereich, wie wir sie haben? Und wir haben diesen Ihren Freunden in anderen Parlamenten eine kurze Antwort gegeben. Wir haben gesagt: Man hat in Österreich rechtzeitig, am Beginn der Krise Mitte der siebziger Jahre, die Problematik erkannt, man hat rechtzeitig Maßnahmen gesetzt und ist nicht, wie der Herr Abgeordnete Taus heute in seiner Rede gemeint hat — ich glaube, es war der Herr Abgeordnete Taus —, in den Maßnahmen wirtschaftspolitischer Natur hinten nachgehinkt.

Genau die Tatsache, daß fast alle anderen Industriestaaten der Welt große wirtschaftliche Probleme im Vergleich zu Österreich haben, beweist, daß wir in Österreich rechtzeitig Maßnahmen gesetzt haben und man nur in anderen Ländern zu spät begonnen hat, richtige Maßnahmen zu setzen, oder aber zum richtigen Zeitpunkt — falsche Maßnahmen angewandt hat. Das muß man, glaube ich, auch in aller Deutlichkeit einmal zum Ausdruck bringen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Staatsschuld im internationalen Vergleich ist — ich habe die Tabelle hier liegen — sicherlich nicht erfreulich. Österreich liegt aber — das wurde heute bereits von einem meiner Vorredner meiner Fraktion genannt — erst an zehnter Stelle unter 13 repräsentativen Industriestaaten. Neun Staaten haben eine höhere Staatsverschuldung.

Im Inland ist es so, daß zwar der Anteil der Schuld, gemessen am Budgetvolumen und an den Gesamteinnahmen des Bundes, angestiegen ist, aber, was erfreulich ist, die jährlichen Zuwächse immer geringer werden. Ich zitiere aus dem Bericht, den wir heute hier verhandeln, auf Seite 27 die Tabelle 25, wo ein deutliches Abnehmen der Neuverschuldung in Prozent des Budgetvolumens von 19,8 Prozent auf 9,9 Prozent seit dem Jahr 1975 ausgewiesen erscheint.

Sie hörten das, sehr geschätzte Damen und Herren, auch schon aus dem Munde des Finanzministers: Im internationalen Vergleich gehört Österreich zu den am wenigsten verschuldeten Ländern. Dies gilt — das sage ich auch schon — ebenso für die Neuverschuldung. Die Budgetdefizite in den meisten anderen Industriestaaten liegen wesentlich höher: zum Beispiel in Schweden oder in Italien derzeit über 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, in Japan, in Belgien, in Großbritannien

Dr. Stippel

und so fort über 5 Prozent und bei uns in Österreich 2,8 Prozent.

Eine Prognose des Instituts für Höhere Studien speziell für die österreichische Wirtschaft, die mir vorliegt, ist gebremst optimistisch schon für das Jahr 1982. Es wird in der zweiten Jahreshälfte dieses Jahres ein gewisser Aufschwung erwartet, so etwa im Bereich der Steigerung des Bruttoinlandsproduktes um zirka 2,7 Prozent. Die Erwartungen für 1983 liegen noch höher.

Die Zunahme des privaten Konsums, bedingt durch eine gewisse steuerliche Entlastung, wird sicherlich zu einer Erhöhung der Inlandsnachfrage führen. Die Probleme auf dem Arbeitsmarkt hoffen wir zuversichtlich durch die gezielten Maßnahmen der Bundesregierung beseitigen zu können.

Es wird auch eine wenn auch geringfügig sinkende Inflationsrate erwartet, was in den Jahren 1982 und 1983 zu einer Realeinkommenssteigerung von zirka 1 Prozent führen dürfte. So gibt es auch sehr berechtigte Hoffnungen, weiterhin sinkende jährliche Zuwachsraten bei der Staatsverschuldung zu erzielen.

Vor zwei Dingen sei gegen Ende meiner Ausführungen aber gewarnt. Ich habe in letzter Zeit mehrmals das Schlagwort vom Protektionismus gehört. Man kann nicht genug davor warnen, denn Protektionismus kann keine Einbahnstraße sein. Wenn eine Volkswirtschaft protektionistische Maßnahmen setzt, dann muß sie natürlich damit rechnen und auch erwarten, daß andere Länder diesem Land gegenüber ebenfalls protektionistisch eingestellt sein werden. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Es gilt auch vor dem so oft zitierten Schlagwort des Nullwachstums zu warnen, denn Nullwachstum bedeutet ja, relativ gesehen, zur Entwicklung der Gesellschaft in Wahrheit bereits einen Abstieg in der Wirtschaft. Vielmehr müssen wir all unsere Anstrengungen darauf richten, die Vollbeschäftigung und das Wirtschaftswachstum weiter in den Vordergrund zu stellen, denn dies sichert dann letztlich auch ein Im-Griff-Behalten des Problems der Staatsverschuldung. *(Beifall bei der SPÖ.)* 15.09

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Staudinger.

15.10

Abgeordneter **Staudinger** (ÖVP): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Es wäre eine Mißachtung des Abgeordneten Dr. Veselsky, würde ich mich nicht zu seiner

Wortmeldung noch einmal zu Wort melden und zu seiner Erwidern folgendes ausführen:

In der Zeit von 1966 bis 1970 hat uns auch die damalige Opposition, die sozialistische Parlamentsfraktion, nie vorgeworfen, daß wir die Sicherung der Arbeitsplätze, die Vollbeschäftigung zu wenig ernst nehmen. Die Sicherung der Vollbeschäftigung, die Sicherung der Arbeitsplätze war das unangefochtene Dogma auch der ÖVP-Alleinregierungszeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Da hat es nie etwas zu deuteln gegeben. Es ist in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung nur weniger davon geredet worden, weil es offenbar auch weniger notwendig gewesen ist, darüber zu reden.

Nun ist es bei dem Interview, das der Abgeordnete Mitterer am 29. Oktober 1974 gegeben hat und von dem der „Kurier“ — von Abgeordneten Dr. Veselsky zitiert — am 30. 10. 1974 berichtete, auch direkt und indirekt um die Sicherung der Vollbeschäftigung, um die wirtschaftliche Situation in Österreich gegangen. Natürlich wäre es für die Österreichische Volkspartei ungeheuer peinlich, würde ein Mann, der immerhin Minister in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung gewesen ist, tatsächlich in irgendeiner Weise gesagt haben: Wir nehmen die Arbeitsplatzsicherung zugunsten irgendeiner anderen wirtschaftlichen Größe nicht ernst. Wir vernachlässigen das.

Aus dem ganzen Interview — ich habe nicht die Zeitung zitiert, sondern die Mitschrift von dem Interview — geht keine einzige Aussage hervor, die eine solche Auslegung rechtfertigen würde. Es ist von der wirtschaftlichen Situation die Rede. Der Österreichische Rundfunk fragt, weil Mitterer davon redet, daß aus der Inflation, aus der Überforderung des Nationalproduktes die Arbeitslosigkeit erwachsen könnte, „ein noch größeres Desaster“, wie er wörtlich sagt: „Wäre die Wirtschaftspolitik, wie sie derzeit in der Bundesrepublik Deutschland praktiziert wird, für Sie ein Vorbild?“ 1974 waren die ersten Anzeichen von Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland erkennbar.

Nun wäre es denkbar, daß Mitterer gesagt hätte: Ja, bitte, wie es die Bundesdeutschen machen, so könnten wir es auch machen. Mitterer tat das nicht, sondern er sagte wortwörtlich: „Ja ich möchte nicht sagen ein Vorbild, sie hat leider“ — die deutsche Wirtschaftspolitik — „dort auch viel zu spät angesetzt, zweifellos wird es notwendig sein, unpopuläre Maßnahmen zu setzen, wie man sie auch in Deutschland setzt. Daß dort eine Schnell-

10392

Nationalrat XV. GP — 102. Sitzung — 21. Jänner 1982

Staudinger

bremsung vorgenommen wird“ — eine Schnellbremsung! —, „bei der der Wagen zwar zum Stehen kommt, aber das Publikum bei den Fenstern hinausfliegt. Das ist eine zweite Sache. Hätte man vor Jahren, auch unter Brandt schon, diese Politik in etwas gemilderter Form angetragen, dann wäre es sicher nicht zu den jetzigen Auswirkungen gekommen.“ Das sind Auswirkungen, die der Redner ganz offenbar bedauert, die er nicht gutheißt. „Ich glaube aber trotzdem“ — so fährt er fort —, „daß die Inflation in der jetzigen Höhe nicht zu halten ist...“

1973 haben wir eine Inflation von 9,1 Prozent gehabt. Der seinerzeitige Artikelverfasser, der von mir sehr geschätzte Artikelverfasser Dr. Veselsky hat sich sehr oft mit diesen Problemen auseinandergesetzt und wird mir zugeben, daß wir in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung wegen einer Geldwertverdünnungsrate von 3 Prozent von Ihnen geprügelte wurden mit einer Regelmäßigkeit sondergleichen, daß einmal eine Sondersitzung des Parlaments angedroht worden war, weil die Schuhpaste um 20 Groschen oder sonst irgendein Artikel geringfügig teurer geworden ist. Bei 3 Prozent! 1973 hatten wir eine Geldwertverdünnung, eine Inflationsrate von 9,1 Prozent. 1974, also in dem Jahr, in dem Mitterer geredet hat, waren es 10,9 Prozent.

Das muß man wissen. Das muß man sich in Erinnerung rufen. Dann wird man auch verstehen, daß Mitterer sagte: Die Inflation ist etwas, was der gesamten Bevölkerung, insbesondere den Ärmsten, auf den Kopf fällt. Er sagte: „Ich glaube aber trotzdem, daß die Inflation in der jetzigen Höhe nicht zu halten ist und daß sie das Hauptübel darstellen und wahrscheinlich die Quelle eines späteren wirtschaftlich schweren, großer schwieriger Situation auslösen wird.“ Das ist die Unsauberkeit einer Redeweise bei einem Interview. „Also Vollbeschäftigung auf jeden Preis das heißt auch mit einer hohen Inflationsquote, das halte ich für falsch.“

Nun zitiere ich es noch einmal wortwörtlich: „Vollbeschäftigung ja, die Überbeschäftigung nein.“

Das haben wir ja immer gesagt. Das haben wir auch dem seinerzeitigen Finanzminister Dr. Androsch vorgeworfen. In einer Zeit, in der Witze in den Zeitungen gewesen sind, wonach die Manager gesagt haben: Ich brauche keine Marktanteile, ich brauche einen Lehrling, in einer Zeit, in der man wirklich mit der Lampe Arbeitskräfte gesucht hat, in einer Zeit, in der man Personalpolitik nach dem Prinzip gemacht hat: Wer schläft, kündigt nicht!, in dieser Zeit war natürlich die

Überhitzung ein Problem sondergleichen und hat sich selbstverständlich auf die Inflationsrate ausgewirkt. In dieser Zeit war dies das Problem schlechthin.

Mitterer mußte sich daher als Abgeordneter, der sich speziell mit Wirtschaftsfragen beschäftigte, mit dieser Situation befassen. Aber die Situation, wie sie in Deutschland war — ich sage es noch einmal —, hat er nicht gutgeheißen. Er wollte keine Arbeitslosigkeit. „Vollbeschäftigung ja, Überbeschäftigung nein“. Das ist die Aussage des Abgeordneten Mitterer. Keine andere Aussage, auch nichts, was es später an Interpretationen gegeben hat, kann diese Grundlinie seines Interviews verwischen oder abschwächen.

Herr Abgeordneter Dr. Veselsky! Es geht mir insbesondere Ihnen gegenüber wirklich nicht darum, irgendwelche scharfen Töne zu gebrauchen. Ich habe gesagt: Wenn Sie den Text des Interviews mit Mitterer kennen, dann, bitte, muß ich Sie der Unredlichkeit zeihen. Sie haben ohnehin dadurch, daß Sie den „Kurier“ zitiert haben, bereits kundgetan: Sie kennen den wortwörtlichen Text des Interviews nicht. Daher gilt auch der hypothetische Vorwurf der Unredlichkeit nicht. Ich bitte Sie nur wirklich dringend, nicht Ihre eigene Propaganda zu glauben. Das wäre eine Leichtfertigkeit sondergleichen. *(Beifall bei der ÖVP.)* ^{15.18}

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Jörg Haider.

^{15.19}

Abgeordneter Dr. Jörg Haider (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Obwohl der Finanzschuldenbericht in einem sehr hoffnungsvollen hellen Grün gehalten ist, ist doch sein Inhalt eher dazu angetan, Alarmlichter aufleuchten zu lassen, was ja auch dadurch unterstrichen wird, daß sich die Regierungspartei, die erst vor wenigen Wochen im alten Jahr noch ein Budget über die Bühne gebracht hat, das als solide Arbeit des Finanzministers dargestellt wurde, plötzlich veranlaßt sah, im Rahmen einer Regierungsklausur eine Erweiterung ihres Budgets vorzunehmen. Das ist so etwa nach der Methode gegangen, daß man, als die Alarmlichter aufgeleuchtet haben, die finanziellen Speisereste, die der Finanzminister jetzt noch zusammengebracht hat, zusammengekratzt hat, um daraus ein Festmenü für die Österreicher zuzubereiten oder um es ihnen zumindest als solches schmackhaft zu machen.

Wir glauben, daß es schon richtig ist, wie Kollege Veselsky heute ausgeführt hat, daß die internationale Situation zu sehr ernsten

Dr. Jörg Haider

Überlegungen Anlaß gibt und sicherlich auch die Empfehlungen, soweit sie im Finanzschuldenbericht enthalten sind, und das statistische Material als Grundlage der Entscheidungen zu verwenden sind.

Aber eines, glaube ich, muß auch deutlich gemacht werden, Herr Kollege Veselsky, daß die internationale Situation allein nicht für unsere Schwierigkeiten heute verantwortlich gemacht werden kann. Wir haben auch hausgemachte Probleme in Österreich, weil diese Regierung — und das hat ja gerade mein Vordner von Ihrer Fraktion wieder bewiesen — in einer nostalgischen Art und Weise von einer Entwicklung lebt, die Sie 1975 gesteuert haben, wo Sie aber jetzt nicht mehr in der Lage sind, auch nur annähernd jene Maßnahmen zu ergreifen, die 1975 tatsächlich ein wirksamer Beitrag zur Vollbeschäftigung waren. 1982 sind Sie mehr oder weniger handlungsunfähig geworden auf Grund Ihrer Verschuldenspolitik und legen sich jetzt selbst die Handschellen einer sehr leichtfertigen Budgetpolitik an.

Da muß man dann die Frage stellen, ob wirklich alle Schulden gleich zu betrachten sind. Ich glaube, daß Schulden und Schulden einfach nicht dasselbe sind. Meine Damen und Herren! Schumpeter, der ja sicherlich Ihrer Gruppierung nicht fernstand, hat das bereits in seinem Buch „Die Krise des Steuerstaates“ deutlich gemacht, wenn er sagt: Die Finanzen sind einer der besten Angriffspunkte der Untersuchung des sozialen Getriebes.

Ich glaube, das vergessen Sie und vernachlässigen Sie immer im Zusammenhang auch mit der Gesamtschuldenentwicklung des Staates, daß man die Untersuchung am sozialen Getriebe des Gesamtstaates anhängen muß und die Frage zu stellen hat: Ja haben wir denn wirklich in den letzten fünf, sechs und sieben Jahren die richtigen Schulden gemacht? Herr Kollege Veselsky hat damit zu argumentieren versucht, daß er sagte, na ja, Österreich ist ja in der internationalen Verschuldensstatistik sowieso erst an zehnter Stelle.

Meine Damen und Herren! Das ist ja kein Kompliment, wenn ich daran denke, daß Länder wie Belgien, das nicht einmal mehr in der Lage ist, die Gehälter der Staatsbeamten zu bezahlen, vor uns rangieren, wenn ich daran denke, daß Länder wie Italien vor uns rangieren, obwohl sie im August nicht mehr in der Lage sein werden, die Pensionen für die italienische Bevölkerung zu bezahlen.

Das ist keine Auszeichnung, und es ist auch

nicht richtig, die Schweiz immer wieder als ein Land zu zitieren, das in bezug auf den Verschuldensgrad vor Österreich liegt. Denn es kommt immer — und das bitte ich Sie zu berücksichtigen — wesentlich darauf an, wie denn ein Staat die fortschreitende Verschuldung zu verkraften hat. Dabei ist es wesentlich, wie der Außenwert einer Währung ist.

Nehmen wir ein Beispiel her und rechnen wir es durch. Kollege Schüssel hat ja schon zitiert, daß zu 87 Prozent unsere Auslandsverschuldung in D-Mark oder in Schweizer Franken stattfindet. Daher ist es eine nicht zu vernachlässigende Größe, diese beiden Währungen zu betrachten. Österreich zeichnet also beispielsweise in der Schweiz eine Anleihe; das würde bei einer Anleihe von 1000 Schweizer Franken und bei einer Verzinsung von 10 Prozent bedeuten, daß dem österreichischen Staat Aufwendungen durch Zinszuschüsse oder Renditen in der Höhe von 100 Schweizer Franken erwachsen würden. Das war im Jahre 1975 zum damaligen Kurswert ein Aufwand der Republik Österreich von 620 S für eine Anleihe von 1000 Schweizer Franken, die in der Schweiz für Österreich gezeichnet wurde.

Bis 1981 hat sich aber der Außenwert des Schweizer Franken ganz gewaltig verschoben. Es würde Österreich aus der Zeichnung von 1000 Schweizer Franken Anleihe eine Belastung von 890 S erwachsen. Sie können das also jetzt umgekehrt sehen und sagen, die Schweiz verkraftet auf Grund des hohen Außenwertes ihrer Währung selbstverständlich viel leichter die Staatsverschuldung als Österreich, weil in den letzten sechs Jahren der Kaufkraftgewinn des Schweizer Franken im Verhältnis zum österreichischen Schilling über 40 Prozent betragen hat.

Meine Damen und Herren! Dieses Moment vergessen Sie, wenn Sie hier argumentieren. Sie können nicht nur die Globalzahlen hernehmen, sondern Sie müssen auch damit rechnen, daß ja Schulden zurückgezahlt werden müssen und daß die Belastungen, wenn sich die Außenrelation unserer Währung verschlechtert, natürlich auch für den Staat eine ungeheuerliche Dimension annehmen werden.

Auch wir Freiheitlichen wollen, meine sehr geschätzten Damen und Herren von der Regierungspartei, die Stabilität der Wirtschaft und der Arbeitsplätze in Österreich. Darüber gibt es ja überhaupt keine Diskussion. Aber wir wollen Sie auch darauf hinweisen, daß man nicht mit jeder Form von Verschuldung Arbeitsplätze sichern kann. Und das ist vielleicht Ihr grundlegender Irrtum: Wenn

10394

Nationalrat XV. GP — 102. Sitzung — 21. Jänner 1982

Dr. Jörg Haider

die Regierung sagt, machen wir Schulden, dann glauben Sie, daß das gleichbedeutend ist mit Arbeitsplatzsicherung. Ich sage Ihnen, daß in den letzten sechs Jahren seit 1976 die Verschuldung des Staates fast ausschließlich zur Abdeckung von unrentablen Defiziteinrichtungen des Staates verwendet wurde, aber nicht mehr zur Sicherung von produktiven Arbeitsplätzen in der österreichischen Wirtschaft. Das kann man sehr leicht nachvollziehen.

Herr Kollege Nowotny hat gemeint, wir machen eben soviel Schulden, um der Bevölkerung und damit den Arbeitslosen zusätzliches Leid zu ersparen. Meine Damen und Herren! Wir haben heute die höchste Arbeitslosenrate seit 23 Jahren. Was haben Sie also wirklich getan? Ihre Argumente stimmen ja nicht mehr zusammen. Wenn Sie wirklich die Schulden zur Sicherung der Arbeitsplätze gemacht haben, dann dürften wir heute nicht ein Niveau der Arbeitslosigkeit haben, wie wir es in 23 Jahren der letzten Entwicklung dieser Republik nicht gehabt haben, und es ist dann nicht die internationale Entwicklung.

Ich zitiere Ihnen hier Herrn Professor Hankl, der ein langjähriger Berater des seinerzeitigen SPD-Wirtschaftsministers Schiller, der ja bekanntermaßen Ihnen auch ideologisch sehr nahesteht, gewesen ist. Der sagt auf die Frage, ob denn die Arbeitslosigkeit wirklich nur ein quasi Abfallprodukt der internationalen Wirtschaftsentwicklung ist: „Jede Arbeitslosigkeit hat nichts mit objektiven Daten zu tun, sondern mit falschen Reaktionen auf eine Situation.“

Meine Damen und Herren! Eine Stimme aus Ihrem Lager. Wenn wir heute die höchste Arbeitslosenrate seit 23 Jahren haben, dann bedeutet das im Klartext Ihrer Wirtschaftswissenschaften, daß Sie falsche Reaktionen auf geänderte Situationen gesetzt haben.

Wir weisen es daher aus der Sicht unserer Fraktion ganz entschieden zurück, daß der Herr Bundeskanzler jetzt die Flucht nach vorne antritt und mit einer Generalbeschimpfung all dessen, was nicht sozialistisch ist, versucht, die Opposition in ihrem Bestreben, wirtschaftlich zu sanieren und Arbeitsplätze zu sichern, zu verteufeln. *(Beifall bei der FPÖ.)* Denn das, meine Damen und Herren, was er am 13. Jänner an Weisheiten von sich gegeben hat über die „Sozialistische Korrespondenz“ anlässlich seines großen Auftritts bei der Vertrauensmännerkonferenz ist stark, wo er wörtlich sagt: „Die Opposition wartet seit nunmehr elf Jahren auf eine Massenarbeitslosigkeit, um die Regierungspolitik verurteilen zu können.“

Meine Damen und Herren! Hier müßten wir empfindlich sein, aber nicht so wie der Herr Finanzminister Salcher, der sich verbietet, daß die Opposition überhaupt noch Zeitungen liest, damit sie etwas zu zitieren hat. Sie sind in einem Maß empfindlich geworden und auf der anderen Seite arrogant durch Ihre Macht, daß sie nicht einmal davor zurückschrecken, gefährlichste Verunglimpfungen der Opposition zu betreiben, und das verbitten wir uns ein- für allemal. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Denn die Situation Ihrer Schuldenpolitik, mit der Sie, wie auch dieser Finanzschuldenbericht sehr deutlich macht, nur vorgeblich Arbeitsplätze gesichert haben, hat uns doch in eine Lage gebracht, daß wir nur mit Mühe in der Lage sind, die Zinsen dieser gravierend angewachsenen Verschuldung zu bezahlen.

Ich gebe Ihnen ein paar Ziffern aus dem Finanzschuldenbericht. 1975 38 Milliarden Schilling Neuverschuldung, das war damals der große Investitionsstoß, um die Arbeitsplätze zu sichern. Das bedeutete einen Zinsaufwand von 4,6 Milliarden Schilling. Meine Damen und Herren! Rechnen Sie durch, das bedeutet im Verhältnis zur Neuverschuldung einen Anteil der Zinsenbelastung von 14 Prozent.

1982 beträgt die Neuverschuldung aus dem Budget 31 Milliarden Schilling, der Zinsaufwand allein aber beträgt 28 Milliarden Schilling. Das heißt, wir haben über 90 Prozent der Neuverschuldung dafür zu verwenden, daß wir die Zinsen für unsere Altschulden überhaupt bezahlen können. Ja wo wollen Sie denn Arbeitsplätze sichern? Mit lumpigen 3 Milliarden Schilling, die Sie dann womöglich noch für irgendwelche bankrotten Staatsbetriebe als Subventionen verwenden, werden Sie sicherlich keine konjunkturbelebenden Impulse setzen können. Denn das bedeutet, daß der Finanzminister in jeder Minute 107 000 S allein an Zinsen zurückzahlen muß. Das ist ein Jahresgehalt für einen durchschnittlichen Arbeiter in einem Betrieb, meine Damen und Herren. Und das ist die Dramatik der Situation, daß wir uns neu verschulden müssen — das referiert auch der Bericht —, um allein die Zinsen zu bezahlen; da tilgen wir noch gar nicht unsere Schulden, die angelaufen sind.

Ich glaube daher, daß sich hier an diesen Zahlen sehr deutlich die Kritik der Opposition und von uns Freiheitlichen äußert, die geäußert haben, daß es nach 1975, in einer Zeit, in der die Konjunktur so recht und schlecht dahingeplätschert ist — manche haben gesagt, es ist eine Art Wellblechkonjunktur —, notwendig gewesen wäre, rechtzeitig Rückzah-

Dr. Jörg Haider

lungen zu beginnen und den Schuldenberg des Staates im Budget abzubauen, ganz nach dem Grundsatz: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Heute haben wir eine Notstandssituation, das beweisen Sie mit Ihrer Regierungsklausur. Sie haben aber kein Geld mehr, weil Sie sich keine Zeit genommen haben, rechtzeitig zu sparen.

Meine Damen und Herren, es ist daher geradezu abenteuerlich, wenn der Herr Finanzminister noch heute von der Regierungsbank zu erklären wagt, daß in der Bauwirtschaft kein Einbruch passiert sein soll. Ich frage mich, entweder hat er keine Information oder er verzichtet überhaupt künftighin, sich sachlich über die Dinge auseinanderzusetzen. Wenn in einem Wirtschaftszweig ein Einbruch passiert ist, dann ist es sicherlich die Bauwirtschaft, die neben den metallverarbeitenden Berufen die höchste Steigerungsrate der Arbeitslosigkeit hat.

Da ist es sicherlich auch die Situation, daß wir seit Mai 1981 entsprechend den Berichten auch des Wirtschaftsforschungsinstituts einen Sockel an Arbeitslosigkeit aufgebaut haben, der monatlich um 2000 Personen gewachsen ist. Das hat es in früheren Jahren nicht gegeben.

Daher glauben wir, daß Sie viel zu leichtfertig mit all diesen Dingen umgehen. Denn ich glaube Ihnen schon, daß Sie ein paar Baufirmen retten werden. Das sind nämlich genau jene Baufirmen, wo der Bund oder das Land schon die Haftung übernommen hat und wo man nicht zur Kasse gebeten werden will. Die große Zahl der kleinen und mittleren Baubetriebe, die um Aufträge ringen, die vom Häuselbauen leben, die von den kleineren Aufträgen leben, haben entsprechende Einbrüche mit der Konsequenz, daß uns das vor allem in den regionalen Bereichen enorme Probleme bringt.

Kollege Veselsky hat es ja zugegeben in seiner Wortmeldung, als er gesagt hat, die OECD würde uns sogar empfehlen, mehr Schulden zu machen. Das glaube ich schon, weil Sie in der Situation stehen, daß Sie eigentlich heute ein konjunkturbelebendes Sofortprogramm machen müßten — nur ist Ihnen das Geld ausgegangen. Jetzt geben Sie es nicht zu und machen eine Alibiaktion mit ein paar sonderbaren Projekten, die Sie in der Regierungsklausur zusammengestoppelt haben, über die man sehr, sehr geteilter Meinung sein kann.

Wir wiederholen als freiheitliche Opposition unseren Vorwurf: Hätte Kreisky 1978 als Staatsmann gehandelt und nicht als Politiker, nicht als Parteipolitiker, dann hätte er seiner-

zeit dem Rat seines damaligen Finanzministers Androsch Folge leisten müssen, die Schulden abzubauen, um für schlechtere Zeiten gerüstet zu sein. Damals hat er sich aber für das Gewinnen von Wahlen entschieden, einen kurzfristigen Aspekt ins Auge gefaßt und läßt heute insgesamt die österreichische Bevölkerung durch massive Einkommenseinbrüche und über 100 000 Arbeitslose für seine kurzsichtige Politik büßen. Das sind die falschen Schulden, die Sie damals gemacht haben, und es sind die falschen Schulden, die Sie noch immer und auch in der Zukunft offenbar, wenn man Ihr Budget liest und wenn man diesen Finanzschuldenbericht analysiert, aufrechtzuerhalten gedenken.

Die Zuschüsse etwa für öffentliche Betriebe, wie für die Österreichische Bundesbahn, oder die hoch defizitären Sozialversicherungsanstalten, wo Herr Kollege Schüssel schon dargestellt hat, daß wir allein bis zum Jahr 1986 200 Milliarden Schilling ungedeckte Gebarung haben. Das heißt, das Geld fehlt uns sowohl in der Krankenversicherung als auch bei den Pensionen. Es gibt kein Sanierungskonzept und es ist eher zu erwarten, daß dieser Aufwand mehr steigt.

Das einzige Latein und die einzige Weisheit, die der Herr Sozialminister bisher von sich gegeben hat, ist die Forderung an das Bundesbudget, einen höheren Bundesanteil zu bekommen. — Ja das ist wenig phantasievoll in Anbetracht dieser Situation.

Aber vergleichen wir einmal mit der Situation 1975. Damals hat man für Bundesbahn und Sozialversicherung insgesamt 35,5 Milliarden Bundeszuschüsse geleistet. 1982 leistet man bereits 50,9 Milliarden Schilling, obwohl das gesamte Budgetdefizit rund 60 Milliarden beträgt. Also wir brauchen fast alles, was wir an Defizit in Österreich erwirtschaften, ausschließlich zur Defizitabdeckung der Österreichischen Bundesbahn und zur Defizitabdeckung im Bereich der Sozialversicherungsanstalten.

Meine Damen und Herren! Das ist eine Dimension der Verantwortlichkeit, die sich hier auftut, weshalb wir an die Adresse der Regierungspartei eine Klarstellung machen müssen: Hier haben Sie versagt. Denn Sie schleppen diesen Klotz am Bein mit sich herum und riskieren, daß Sie kein Geld haben, jetzt in einer Phase der konjunkturellen Schwierigkeiten ein wirksames Programm zu starten. Noch immer sind Ihnen offenbar die Arbeitsplätze bei der Bundesbahn mit einem Zuschuß von 225 000 S pro Kopf mehr wert als der Arbeitsplatz für einen sonstigen Arbeitnehmer. Denn das Investitionsprogramm, das

10396

Nationalrat XV. GP — 102. Sitzung — 21. Jänner 1982

Dr. Jörg Haider

Sie jetzt gestartet haben mit dem Wohnbaufortprogramm in der Höhe von 2,5 Milliarden Schilling, soll 20 000 Arbeitsplätze schaffen.

Was bedeutet denn das? Das bedeutet, daß Ihnen dieser Arbeitsplatz nur halb so viel wert ist wie der Zuschußbetrieb Bundesbahn. 125 000 S für einen sonstigen Arbeitsplatz — 225 000 Schilling für einen Arbeitsplatz bei der Österreichischen Bundesbahn.

Meine Damen und Herren! Hier liegen die Dinge weit auseinander, und wir wissen auch, daß Sie das Gleichgewicht verloren haben. 1975 haben Sie bei einer annähernd gleich großen Wirtschaftskrise 38 Milliarden Schulden machen können, um einen Impuls für die Wirtschaft zu setzen und die Beschäftigung zu sichern. 1982 können Sie 2,5 Milliarden Schilling auf den Tisch legen und glauben, daß das der Weisheit letzter Schluß ist.

Das ist für uns aus der Sicht der freiheitlichen Opposition der Abschied von einer Politik der Arbeitsplatzsicherung, meine Damen und Herren, 1975 haben wir nur einen Finanzschuldenanteil an den Gesamteinnahmen des Bundesbudgets von 51 Prozent gehabt. 1980 betragen aber die Finanzschulden schon mehr, als die Gesamteinnahmen aus unserem Budget betragen. Das heißt, budgetmäßig ist das, was wir in einem Jahr erwirtschaften, für den Staat weniger, als unser Finanzschuldenaufwand und unsere Finanzschulden heute betragen. Das ist natürlich die Dramatik, in die Sie sich selbst hineingespielt haben. Ich glaube, daß eigentlich das Spiel aus ist, das Sie seit 1975 den Österreichern vorgegaukelt haben, weil Sie dieser Umverteilungsmechanismus in ein ungeheures Dilemma gebracht hat.

Wir bekennen uns auch zu dieser Politik, wie Keynes sie konzipiert hat, daß man in konjunkturellen Wellentälern auch durch öffentliche Investitionen Existenzsicherung und Wirtschaftsförderung betreibt. Wir bekennen uns auch zu dem, was Kollege Veselsky heute gesagt hat, als er meinte: Die Investition muß sozialisiert werden. Das heißt aber auch, daß der Staat an dieses Gebot gebunden ist, das heißt, daß der Staat mehr Werte schaffen muß, als er im Wege der Steuern und Abgaben von den Bürgern durch Kaufkraftentzug einfordert. Dieses Gebot halten Sie heute nicht mehr ein.

Meine Damen und Herren! Das ist Ihre Problematik, in die Sie heute hineingekommen sind. Ich glaube daher, daß es wohl ein bißchen großspurig war, wenn Kollege Nowotny gemeint hat: Deshalb hat die Regierung sofort ein Expansionsprogramm auf den Tisch

gelegt, weil man gesehen hat, daß wir in wirtschaftlich schwierige Situationen hineinkommen. Es war mehr ein „Expansionsnächchen“, möchte ich sagen, als ein Expansionsprogramm. Es ist auch nicht rasch gehandelt worden, wie Kollege Nowotny in Verteidigung der Regierungsposition gemeint hat.

Wo ist denn rasch gehandelt worden, meine Damen und Herren? Hätten Sie wirklich rasch gehandelt, dann hätten wir nicht jetzt eine so hohe Winterarbeitslosigkeit im Baugewerbe. Denn dann hätte halt die Frau Staatssekretär bereits vor einem halben Jahr ein Wohnbauprogramm zustande gebracht. Aber das hat sie nicht, daher hat sie versagt. Weil hier die Regierung nicht rasch zu handeln in der Lage war, macht sie jetzt ein Notprogramm, das ganz untauglich ist. Aber wir werden dafür der Frau Staatssekretär wohl die Ehre eines Staatspreises für versäumte Gelegenheiten zukommen lassen, denn sie trägt mit große Verantwortung dafür, daß heute in der Bauwirtschaft wie auch im Baunebengewerbe eine ganz, ganz triste Situation besteht, und ich frage mich schön langsam, wie lange wir uns wirklich den Luxus eines Staatssekretariats leisten wollen, das bisher nichts anderes zuwege gebracht hat, als Arbeitsplätze zu verhindern oder zu vernichten.

Wo haben wir den Impuls in der Wohnbaupolitik? Es ist ein sonderbares Programm, das hier vorgelegt worden ist. Und wenn Sie jetzt im Jänner wieder etwas zusammengestoppelt haben, dann ist das genau jene Politik, die Sie immer an den anderen kritisieren, nämlich dieses Stop and go, einmal einbremsen, das anderemal wieder Gas geben. Man weiß eigentlich schon lange nicht mehr, was herauskommt.

Die Vollbeschäftigung wird heute — das ist richtig — sicherlich durch die Lohndisziplin bei den Tarifabschlüssen aufrechterhalten und aufrechterhalten durch den Dienstleistungssektor, der bis zu einem gewissen Grad aufnahmefähig war, und auch durch die Investitionen in den Länderbudgets, meine Damen und Herren, denn die Länder haben die Ausfallhaftung in vielen Bereichen für den Bund übernommen: beim Wohnbau, beim Straßenbau, beim Schulbau, bei den Sozialhilfeaktivitäten. Hier werden gigantische Summen aufgewendet, um das zu tun, wozu der Bund sich nicht mehr bekennt, obwohl er eigentlich gesetzlich dazu verpflichtet gewesen wäre.

Ich glaube daher, daß es aus der Sicht unserer freiheitlichen Opposition nicht richtig ist, wenn die Regierung auf ihrem Standpunkt besteht und so wie der Finanzminister agiert,

Dr. Jörg Haider

der heute gesagt hat: Na ja, wir wollen versuchen, mehr oder weniger die Dinge nicht schlechter werden zu lassen. Das ist kein befriedigendes Argument, das hier vorgetragen worden ist.

Wir vertrauen auch nicht darauf, daß der Bundeskanzler mit seiner Aladin-Aktion einen billigen Kredit von irgend jemandem bekommen wird, um Österreich über die Runden zu bringen, sondern wir sind der Meinung, daß ein Programm gemacht werden soll, das eine langfristige Perspektive für eine gedeihliche Entwicklung bringt. Das heißt erstens, sparen in den Defizitbetrieben, die ich angezogen habe, und das heißt zum zweiten, einen Kostenvorteil für unsere wirtschaftlichen Aktivitäten herauszuschinden. Der Arbeitsplatz muß wieder kostengünstiger werden.

Das deshalb, meine Damen und Herren, weil wir auf Grund der gesunkenen Kaufkraft im Inland, die ja durch die Besteuerung und Abgabentwicklung bewirkt wurde, notwendigerweise unsere erste Chance im Export sehen können.

Wir müssen also Kostenvorteile in der Situation der Bewertung der Arbeitsplätze erringen, dann werden wir auch im Export erfolgreich sein können. Wir werden endlich eine einkommensteuerliche Gleichbehandlung der selbständigen und der unselbständigen Einkommen brauchen, und wir werden — das ist sicherlich notwendig — auch dem Bereich der Entstaatlichung, sprich: dem Abbau des Verwaltungsaufwandes in den Betrieben, das Wort reden müssen, um unnötige, unproduktive Tätigkeiten in produktive Funktionen umleiten zu können.

Noch haben Sie Zeit, dem Parlament etwas Vernünftiges vorzulegen. Wir sind nicht überzeugt, meine Damen und Herren, daß auf der Grundlage dieses Finanzschuldenberichtes die Regierung wirklich gewappnet ist, die schwierigen Zeiten, in die wir hineingehen, durchzustehen. Gemeinsam muß es uns ein Anliegen sein, auch in einem Jahr, wenn der neue Finanzschuldenbericht vorliegt, nicht eine verschlechterte Situation vorzufinden, sondern wieder mehr Handlungsspielraum im Budget und durch einen Abbau der Schuldenpolitik vorzunehmen, um dann wirklich für produktive Zweige die Investitionen zu haben. Darauf haben wir bis heute eine Antwort vermißt. *(Beifall bei der FPÖ.)* ^{15.44}

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Steidl.

^{15.44}

Abgeordneter Dr. Steidl (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um in der sozialistischen Bundesregierung Finanzminister werden zu können, muß man offenbar über zwei Eigenschaften verfügen: über eine harte Faust und eine dünne Haut. Herr Finanzminister Dr. Salcher hat sich heute über Stil und Ton der Opposition beklagt. Darüber darf er sich nicht wundern, denn er selbst hat keine Bedenken, von der Regierungsbank aus sehr wohl polemisch zu werden. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Da kann er von uns nicht verlangen, daß er sozusagen als Mimose auf der Regierungsbank unter einen Glassturz gestellt wird. Er muß sich eben auch angewöhnen, zu wissen, daß das Parlament kein Gewächshaus für Nole-me-tangere-Pflanzen ist, sondern die Stätte der demokratischen politischen Auseinandersetzungen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Stippel! Ich weiß nicht, wem Sie heute zugehört haben, daß Sie den Eindruck bekommen haben, Österreich sei in der Darstellung der Opposition ein unterentwickeltes Land. Ich glaube, außer Ihnen hat niemand im Hause hier einen solchen Eindruck bekommen, wohl aber weiß man, daß Österreich nicht jenes Paradies ist, als das Sie und Ihre Freunde von der Sozialistischen Partei es darstellen. Österreich ist — und das sei hier wieder einmal gesagt — ein wirtschaftlich blühendes, hoch entwickeltes Land dank des Fleißes unserer Bevölkerung, dank des Einfallsreichtums und der Kreativität unserer Mitarbeiter und dank der Risikobereitschaft der Unternehmer. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn wir uns heute gegen verschiedene Richtungen der Wirtschaftspolitik wehren, dann deshalb, weil wir glauben, daß der Erfolg unserer Politik nicht durch wirtschaftspolitische Maßnahmen der Bundesregierung zunichte gemacht werden sollte. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir sollten es uns — Dr. Taus hat es heute sehr deutlich gesagt — abgewöhnen, immer schwarz-weiß zu sehen, wir sollten vielmehr der Realität in die Augen schauen. Was hat es, meine Damen und Herren, für einen Sinn, alles, was gut und positiv ist, als Erfolg der Regierung darzustellen, und bei negativen Erscheinungen zu sagen, das sei von der Regierung nicht zu beeinflussen oder es sei nur marginal zu beeinflussen. Gerade in der jetzigen Zeit haben wir Realistiken notwendig. Wir dürfen uns bei der Beurteilung nicht von einseitigen Sichten leiten lassen, sondern müssen beide Teile sehen.

Deshalb muß ja auch klargestellt sein, daß

10398

Nationalrat XV. GP — 102. Sitzung — 21. Jänner 1982

Dr. Steidl

die Entwicklung, die zum heutigen Schuldenstand geführt hat, nicht die Folge von Defiziten für konjunkturelle Maßnahmen ist, wie es Herr Professor Nowotny dargestellt hat. Ein Budgetdefizit aus konjunkturellen Gründen hat seinerzeit Minister Dr. Kamitz in Kauf genommen. Aber sofort, nachdem er damit die Konjunktur angekurbelt hatte, hat er wieder dafür gesorgt, daß der Manövrierraum im Budget wieder hergestellt wird, während Dr. Androsch vom konjunkturpolitischen Defizit des Jahres 1975 in das strukturelle Defizit der Zeit seither gestürzt ist.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Daß wir heute ein strukturelles Budgetdefizit haben, läßt sich wohl kaum mehr bestreiten. Man könnte es an Hand verschiedener Ziffern beweisen. Nehmen Sie, meine Damen und Herren, die fixen Verpflichtungen, die bestehen, und stellen Sie denen die Einnahmen gegenüber. Sie werden feststellen, daß nicht einmal diese Verpflichtungen mit den normalen Einnahmen abgedeckt werden könnten, sondern daß es auch dazu schon der Aufnahme von Krediten bedarf.

Nehmen Sie, meine Damen und Herren, als zweites den Schuldendienst, und Sie werden auch hier dokumentiert finden, daß der Schuldendienst nur dann möglich ist, wenn neue Schulden nach der Methode Loch auf Loch zu aufgenommen werden.

Und nehmen Sie drittens die bisher häufig geübte Betrachtungsweise, daß das Investitionsbudget mit Krediten finanziert werden sollte. Auch hier werden Sie feststellen, daß auch das nicht mehr möglich ist, weil unser Spielraum so eingeengt ist, daß wir Mühe haben, die laufenden und die gesetzlichen Verpflichtungen abzudecken.

Unsere Budget-Strukturprobleme nähern sich ja in verschiedenen Bereichen bereits dem Finanzierungsinfarkt. Wenn wir heute von Dr. Schüssel gehört haben, daß wir bis 1986 im Bereich der Sozialversicherung einen Abgang von 200 Milliarden Schilling haben werden, dann sagt das doch mehr als viele Tabellen und Vergleichsziffern.

Oder nehmen wir das Gesundheitswesen, von dem wir wissen, daß es bei einer Zunahme im bisherigen Ausmaß einfach nicht mehr finanzierbar ist.

Oder nehmen Sie, meine Damen und Herren, den Bereich des Wohnbaues. Da werden Sie auch feststellen müssen, daß mit den herkömmlichen bisherigen Methoden nicht mehr das Auslangen gefunden werden kann.

Wenn wir aber wissen, daß wir ein struktu-

relles Defizit haben, dann müssen wir doch versuchen, Wege zu gehen, die zum Abbau dieses Defizits führen. Es wird uns wahrscheinlich nichts anderes übrigbleiben, als eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, bei der die Ausgaben weniger steigen als die Einnahmen.

Wir haben, meine Damen und Herren, Vorschläge gemacht, wie wir einen solchen Weg ohne Aufgabe unserer bisherigen Errungenschaften gehen können. Aber weil diese Vorschläge von der Österreichischen Volkspartei kommen, glauben Sie, sie nicht unbedingt annehmen zu müssen.

Was uns, Hohes Haus, meine Damen und Herren, so sehr bedrückt, ist, daß diese Schuldenpolitik permanent fortgesetzt wird, daß wir kein Ende dieser Schuldenexpansion absehen können. Ich gebe zu, Ihr sogenanntes Schuldenmanagement arbeitet ausgezeichnet, es arbeitet aber auch teilweise unter Ausschaltung des Parlaments. Denn die Umschichtungen, die vorgenommen werden, sind ja letzten Endes zum Teil nichts anderes als eine neue Schuldenaufnahme. Wenn Sie heute Verpflichtungen, die Sie in fünf Jahren abzudecken hätten, auf 20 oder 25 Jahre verlängern, ändern Sie damit den Schuldendienst und greifen einer Entscheidung des Parlaments genaugenommen vor. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daß diese Politik des Finanzministers Salcher doch auf arge Bedenken stößt — nicht nur in den Reihen der Opposition, sondern auch in der Öffentlichkeit —, zeigt ein Artikel, der heute in den „Salzburger Nachrichten“ erschienen ist und in dem es heißt:

„Zu welchen Konditionen der neuerliche Kredit in Milliardenhöhe von Saudi-Arabien gewährt wird, wurde nicht bekannt. In Detailverhandlungen soll außerdem geklärt werden, wofür das Geld verwendet wird.“ Und weiter heißt es, was sehr zu Bedenken Anlaß gibt: „In eingeweihten Kreisen wurde allerdings bereits zu Beginn dieser Woche erklärt, die Milliarden sollen der SPÖ zum nächsten Wahlsieg verhelfen.“

Ich glaube, meine Damen und Herren, es kann nicht Ziel einer Regierung sein, Schulden aufzunehmen, um die nächsten Wahlen zu gewinnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wenn wir lesen, daß man noch nicht weiß, wofür diese Schulden Verwendung finden sollen, dann wird ein eklatanter Grundsatz verletzt, der bisher bei der Aufnahme von Schulden aus dem Ausland eingehalten wurde, nämlich der sogenannte Deckungsgrundsatz, der besagt, daß Schulden aus dem

Dr. Steidl

Ausland nur objektbezogen aufgenommen werden.

Wenn heute gesagt wurde, das Verhältnis Auslandsschulden und Inlandsschulden zu den Gesamtschulden hätte sich nicht verändert, so mag das in der Relation richtig sein, in absoluter Höhe haben wir aber heute eine Auslandsabhängigkeit, die sicherlich nicht unbeachtlich ist. Und vergessen Sie das eine nicht: Durch die Auslandsverschuldung nehmen wir durch Jahre, um nicht zu sagen, Jahrzehnte in Kauf, daß unsere Leistungsbilanz negativ beeinflusst wird. Wenn wir jährlich 10, 15 oder 20 Milliarden Schilling an das Ausland zahlen müssen an Zinsen, an Rückzahlungen, dann sind das Gelder, die uns in der österreichischen Wirtschaft fehlen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dr. Taus hat heute sehr deutlich zur Frage der Auslandsverschuldung Stellung genommen, und ich meine, Sie sollten von einem solchen Fachmann doch annehmen, was er aus seiner Praxis und seiner bewährten Tätigkeit an Erfahrungen gesammelt hat.

Lassen Sie mich aber, meine Damen und Herren, noch einiges zu den Inlandsschulden sagen.

Die Inlandsschulden nehmen wir auf dem Kapitalmarkt auf. Und wenn der Herr Abgeordnete Josseck gestern gemeint hat, daß sich beim Bau des Konferenzpalastes die Bauarbeiter gegenseitig zertreten, dann ist diese Gefahr dort vielleicht weniger groß als auf dem Kapitalmarkt, wo sich der derzeitige Finanzminister und sein Vorgänger dauernd auf die Zehen steigen.

Wir haben auf dem Kapitalmarkt ein Gedränge, und wir müssen wissen: Diejenigen Mittel, die der Staat in Anspruch nehmen muß, um sein Budget zu finanzieren, diese Mittel fehlen der Wirtschaft. Die fehlenden Mittel führen zu einer Angebotsverkürzung, und nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage werden die Zinsen dann zwangsläufig höher.

Wenn behauptet wird, die Zinsenhöhe sei nur marginal beeinflussbar, dann, meine Damen und Herren, stimmt das grundsätzlich nicht. Es ist wissenschaftlich nachgewiesen, daß der hausgemachte Teil der hohen Zinsen 1,5 bis 2 Prozent ausmacht. Und 2 Prozent weniger Zinsen werden alle jene zu schätzen wissen, die selbst Investitionen mit Fremdmitteln vornehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Sie kennen ja das Problem der hohen Zinsen, dieser hohen Zinsen, die Investitionen verhindern und

Betriebe mit getätigten Investitionen gefährden.

Ich komme aus einem Gebiet, in dem sehr intensiv Fremdenverkehr betrieben wird. Ich glaube, meine Nachbargemeinde Saalbach mit über 2 Millionen Nächtigungen hat halb so viele Nächtigungen wie ganz Wien. Sie können sich vorstellen, daß in diesem Gebiet — Zell am See, die Sportregion gehört dazu — ein sehr großer Investitionsbedarf vorhanden ist. Und Sie wissen, meine Damen und Herren, daß die Unternehmer nicht von heute auf morgen investieren, sondern daß sie langfristige Investitionspläne in der Schublade haben. Diese Unternehmer könnten heute jede Stunde derartige Aufträge geben. Aber sie scheuen sich, weil sie die hohen Zinsen nicht verkraften können.

Es ist heute bei der geringen Eigenkapitalausstattung der Betriebe, die von Jahr zu Jahr durch die steuerliche Auszehrung noch geringer wird und daher bei Investitionen einen hohen Fremdmiteleinsatz erfordert, fast nicht mehr möglich, daß diese Investitionen so unbesehen getätigt werden. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Dadurch unterbleiben bedauerlicherweise zwangsläufig eine Reihe von Neubauten, werden viele Erweiterungsbauten nicht gemacht, werden Ersatzinvestitionen nicht vorgenommen, behilft man sich noch für einige Jahre mit dem vorhandenen Geräte- und Maschinenpark.

Hohe Zinsen gefährden aber ebenso bestehende Betriebe. Was soll ein Unternehmer tun, der einen 20-Millionen-Schilling-Kredit aufgetrieben hat, seinerzeit zu 9 Prozent, und der jetzt 14 oder 15 Prozent dafür zahlen muß. Das bedeutet ja, meine Damen und Herren, bei 20 Millionen Schilling um 1 Million Schilling mehr Zinsen. Und 1 Million Schilling mehr Zinsen, 5 Prozent mehr bei einer Gewinnmarke von vielleicht 4,5 oder 5 Prozent, ist einfach nicht mehr drinnen. Die verstärkte Konkurrenz, die es nicht erlaubt, die höheren Zinsen auf die Preise umzuschlagen, führt dann zwangsläufig zu Betriebsschwierigkeiten und zu Insolvenzen.

Herr Dr. Erich Schmidt war am Samstag wieder mit einem solchen Problem aus meiner Umgebung befaßt. Er weiß aus der Praxis, wie sehr diese hohen Kreditzinsen unsere Wirtschaft und unsere Investitionen beeinträchtigen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir dürfen uns deshalb nicht wundern, wenn die Insolvenzstatistik im Jahre 1981 einen neuen Rekord erreicht hat, und wir dürfen auch nicht erstaunt sein, wenn wir auf diesem hohen Stand die Insolvenzen für das

10400

Nationalrat XV. GP — 102. Sitzung — 21. Jänner 1982

Dr. Steidl

Jahr 1982 befürchten müssen, wobei ja die Gefahr nicht nur darin besteht, daß der betroffene Betrieb zugrunde geht, sondern auch darin, daß er durch die Schneeballwirkung auch eine Reihe weiterer Betriebe in Schwierigkeiten bringt.

Meine Damen und Herren! Es sollte an sich nicht das Ziel der Regierungspolitik sein, durch Zinsstützungsaktionen der verschiedensten Art hier permanent Hilfe zu leisten. Es ist, das wissen wir, im gegenwärtigen Zinsstadium einfach nicht anders möglich. Aber auch hier, glaube ich, könnte die Regierung an sich mehr tun.

Wenn ich mir vorstelle, daß anstatt der Milliarden für General Motors viele Zinsstützungsaktionen hätten gemacht werden können, dann wäre es vielleicht möglich gewesen, ein Kreditvolumen von 80 bis 100 Milliarden Schilling flüssigzumachen. Und was 80 bis 100 Milliarden Schilling für unsere Wirtschaft bedeuten, das, meine Damen und Herren, können Sie, glaube ich, abschätzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Oder wenn ich, weil wir schon von der staatlichen Unterstützung reden, an die Komfortzimmeraktion denke, deren Sätze seit zehn Jahren unverändert sind: Das bedeutet doch, meine Damen und Herren, nichts anderes, als daß die Unterstützung sich um mehr als die Hälfte vermindert hat.

Ich habe es sehr bedauert, Herr Minister Dr. Staribacher, daß Sie nicht in der Lage waren, unserem Antrag auf Aufstockung der Mittel für die Komfortzimmeraktion Folge zu leisten. Gerade heute, in der zunehmenden Konkurrenz im Fremdenverkehr, wäre es notwendig, den Qualitätsbetten größere Aufmerksamkeit zu schenken. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Staribacher.)*

Herr Minister! Vor zehn Jahren haben Sie die gleichen Beträge gegeben wie heute. Und nachdem nicht zuletzt durch die Schuld der sozialistischen Bundesregierung der Geldwert sich sehr vermindert hat, wäre es notwendig, die Beträge entsprechend zu valorisieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir sind, meine Damen und Herren, und das sagte ich eingangs, bei einem strukturellen Budgetdefizit. Die Expansion der Staatsverschuldung schreitet voran, ihr Ende ist nicht abzusehen. Wenn wir das wissen, dann müssen wir aber einen anderen Weg gehen. Wir müssen eine neue Art von Politik machen.

Wir sehen, daß die konjunkturpolitische Manövrierfähigkeit des Budgets stark einge-

schränkt ist. Wir sehen, die Auslandsabhängigkeit wird durch die zunehmende Verschuldung immer größer. Und wir haben es heute in Andeutungen gehört, die Währungsstabilität könnte gefährdet sein.

Lassen Sie mich, um aktuell und nicht aktuell zu sein, etwas zitieren, was Cicero 55 vor Christi gesagt hat: „Der Staatshaushalt“ — sagte er — „muß ausgeglichen sein. Der Staatsschatz soll wieder aufgefüllt werden. Die öffentlichen Schulden müssen verringert werden. Die Arroganz der Behörden muß gemäßigt und kontrolliert werden. Die Zahlungen an ausländische Regierungen müssen reduziert werden, wenn der Staat nicht bankrott gehen soll. Die Leute sollen wieder lernen zu arbeiten, statt auf öffentliche Rechnung zu leben.“ Cicero, 55 vor Christi!

Ich lade Sie ein, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei: Gehen Sie mit uns, helfen Sie uns, eine andere Art auch von Wirtschaftspolitik zu machen. Eine andere Art von Wirtschaftspolitik führt aber auch zu einer Veränderung unserer Schulden und führt zu einer neuen Manövrierfähigkeit des Budgets. *(Beifall bei der ÖVP.)* 16.02

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Schlußwort wird keines gewünscht.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den vorliegenden Bericht III-105 der Beilagen zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

2. Punkt: Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung betreffend den Bericht des Bundesministers für soziale Verwaltung (III-101 der Beilagen) über die Tätigkeit der Arbeitsinspektion auf dem Gebiet des Bundesbedienstetenschutzes im Jahre 1979 (845 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 2. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Bundesministers für soziale Verwaltung über die Tätigkeit der Arbeitsinspektion auf dem Gebiet des Bundesbedienstetenschutzes im Jahre 1979.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Pichler. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Pichler: Herr Präsident! Hohes Haus! Gemäß § 9 des Bundesbediensteten-Schutzgesetzes haben die Arbeitsinspek-

Pichler

torate zu Jahresbeginn dem Bundesminister für soziale Verwaltung Bericht über ihre Tätigkeit und ihre Wahrnehmungen im vorangegangenen Jahr auf dem Gebiet des Bedienstetenschutzes zu erstatten. Diese Berichte sind vom Bundesminister für soziale Verwaltung zusammenzufassen und dem Nationalrat vorzulegen. Dem Bericht ist eine Dringlichkeitsreihung der auf Grund der Beanstandungen zu treffenden Maßnahmen anzuschließen.

Am Ende des Jahres 1979 waren der Arbeitsinspektion 3 285 Dienststellen vorge-merkt, auf die das Bundesbediensteten-Schutzgesetz anzuwenden war. In den 347 von der Arbeitsinspektion besuchten Dienststellen waren insgesamt 12 023 Bedienstete beschäftigt. Bei diesen Besichtigungen wurden insgesamt 1 411 Beanstandungen vorgenommen.

Die Arbeitsinspektorate erhielten im Jahre 1979 von insgesamt 2 995 Unfällen Bediensteter des Bundes Kenntnis, die Zahl der Todesfälle belief sich auf 12. Hievon ereigneten sich 913 Unfälle mit 6 Toten außerhalb der Dienststelle und standen nicht im Zusammenhang mit der Dienstverrichtung.

Die erwähnte Verpflichtung, auf Grund der Beanstandungen eine Dringlichkeitsreihung zu erstellen, erfolgte nach drei Dringlichkeitsstufen. Als besonders dringende Maßnahmen werden im Bericht angeführt:

„Schutzmaßnahmen gegen eine Gefährdung durch elektrischen Strom; Anbringung von Schutzeinrichtungen an Betriebseinrichtungen und Betriebsmitteln; Sicherung von Arbeitsstellen, Verkehrswegen u. a. gegen die Gefahr von Absturz von Menschen und Material; Sicherung der Benützbarkeit der Verkehrswege und Fluchtwege, insbesondere aus Bereichen, in denen Brandgefahr besteht; Brandschutzmaßnahmen; Schutzmaßnahmen gegen Gefährdung durch gesundheitsschädliche Einwirkungen, wie Einwirkung von gesundheitsschädlichen Stoffen; gesundheitsschädlichen Strahleneinwirkungen; Lärm, Staub und Erschütterungen.“

Weiters enthält der Bericht eine konkrete Dringlichkeitsreihung gegliedert nach Resorts.

Der Ausschuß für soziale Verwaltung hat in seiner Sitzung am 8. Oktober 1981 den gegenständlichen Bericht in Verhandlung genommen. Nach einer Debatte, an der sich die Abgeordneten Dr. Feurstein und Dkfm. Bauer sowie der Bundesminister für soziale Verwaltung Dallinger beteiligten, wurde einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Kenntnis-

nahme des gegenständlichen Berichtes zu empfehlen.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für soziale Verwaltung somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht des Bundesministers für soziale Verwaltung über die Tätigkeit der Arbeitsinspektion auf dem Gebiet des Bundesbedienstetenschutzes im Jahre 1979 (III-101 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich, General- und Spezialdebatte in einem durchzuführen.

Präsident: Wortmeldungen liegen keine vor.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den vorliegenden Bericht III-101 der Beilagen zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

3. Punkt: Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 145/A (II-3227 der Beilagen) der Abgeordneten Braun, Steinbauer, Dr. Frischenschlager und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Rundfunkgesetz 1974 und das Arbeitsverfassungsgesetz geändert werden (964 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 3. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 145/A der Abgeordneten Braun, Steinbauer, Dr. Frischenschlager und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Rundfunkgesetz 1974 und das Arbeitsverfassungsgesetz geändert werden.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hochmair. Ich bitte ihn um seinen Bericht.

Berichterstatter **Hochmair:** Durch die im vorliegenden Initiativantrag vorgeschlagenen Novellierung des Rundfunkgesetzes soll dem Österreichischen Rundfunk die Möglichkeit gegeben werden, mit jenen journalistischen und programmgestaltenden Mitarbeitern, deren Beschäftigungsausmaß einen bestimmten Umfang nicht übersteigt, befristete Arbeitsverhältnisse in beliebiger Zahl abschließen zu können.

Der Verfassungsausschuß hat den Initiativantrag am 13. Jänner 1982 in Verhandlung gezogen und nach Wortmeldungen der Abgeordneten Dr. Ermacora, Dr. Frischenschlager und Dr. Hauser sowie des Bundesministers

10402

Nationalrat XV. GP — 102. Sitzung — 21. Jänner 1982

Hochmair

Dallinger einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Annahme des Gesetzentwurfes in der vorliegenden Fassung zu empfehlen.

Der Verfassungsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem dem schriftlichen Ausschlußbericht angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, Herr Präsident, bitte ich Sie, die Debatte zu eröffnen.

Präsident: Ich danke für die Ausführungen.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Braun.

16.12

Abgeordneter **Braun** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Zum vorliegenden Initiativantrag bringe ich den **Abänderungsantrag** der Abgeordneten Braun, Steinbauer, Dr. Frischenschlager und Genossen ein zum Antrag betreffend Abänderung des Rundfunkgesetzes 1974 und des Arbeitsverfassungsgesetzes in der Fassung des Berichtes des Verfassungsausschusses (964 der Beilagen).

Der Nationalrat wolle in zweiter Lesung beschließen:

1. Im Artikel I Z. 2 hat der Absatz 6 zu lauten:

„(6) Erstrecken sich befristete Arbeitsverhältnisse im Sinne des Abs. 5 ab Beginn des ersten Arbeitsverhältnisses mit oder ohne Unterbrechungen über einen Zeitraum von fünf Jahren, so gebührt bei einer gem. Abs. 5 Z. 2 vorgenommenen Beendigung des Arbeitsverhältnisses eine Abfertigung. Diese gebührt auch dann, wenn das Unternehmen die Verständigung unterläßt, jedoch kein weiteres befristetes Arbeitsverhältnis abschließt, oder das Arbeitsverhältnis durch berechtigten vorzeitigen Austritt oder unverschuldete Entlassung des Arbeitnehmers endet. Die Abfertigung beträgt bei einer Dauer von mehr als fünf Jahren ab Beginn des ersten Arbeitsverhältnisses ein Zwölftel, bei einer Dauer von mehr als zehn Jahren ein Neuntel, bei mehr als fünfzehn Jahren ein Sechstel, bei mehr als zwanzig Jahren zwei Neuntel und bei mehr als fünf- und zwanzig Jahren ein Drittel jenes Entgeltes, das der Arbeitnehmer in den letzten drei Jahren vor Beendigung des Arbeitsverhältnisses erhalten hat. Auf diese Abfertigung ist eine nach anderen Bestimmungen allenfalls gebührende Abfertigung anzurechnen.“

2. Im Artikel II (§ 133 a Arbeitsverfassungsgesetz) werden die Worte „das

Arbeitsverhältnis“ durch die Worte „ein solches Arbeitsverhältnis“ ersetzt.

Herr Präsident! Ich bitte, diesen Abänderungsantrag in die Verhandlungen einzubeziehen. *(Beifall bei der SPÖ.)* 16.14

Präsident: Der Antrag ist genügend unterstützt und steht mit in Verhandlung.

Zum Wort ist niemand mehr gemeldet.

Der Berichterstatter wünscht kein Schlußwort.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 964 der Beilagen.

Es liegt ein gemeinsamer Abänderungsantrag der Abgeordneten Braun, Steinbauer und Dr. Frischenschlager vor.

Ich lasse daher über den Gesetzentwurf sogleich in der Fassung dieses gemeinsamen Abänderungsantrages abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Der Gesetzentwurf ist auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

4. Punkt: Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (816 der Beilagen): Europäisches Übereinkommen über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland samt Anlage und Erklärung der Republik Österreich (956 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 4. Punkt der Tagesordnung: Europäisches Übereinkommen über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland samt Anlage und Erklärung der Republik Österreich.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Manndorff. Ich bitte um seinen Bericht.

Berichterstatter **Manndorff:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich berichte über die Regierungsvorlage (816 der Beilagen): Europäisches Übereinkommen über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland samt Anlage und Erklärung der Republik Österreich.

Manddorff

In besonderen Bereichen des Verwaltungsrechtes hat Österreich mit ausländischen Staaten Abkommen abgeschlossen, die eine wechselseitige Amtshilfe vorsehen. Darüber hinaus wird — bedingt durch die internationalen Verflechtungen und die zunehmende Mobilität von Personen — aber ganz allgemein für das Verwaltungsrecht eine wechselseitige Amtshilfe mit ausländischen Staaten erforderlich. In diesem Zusammenhang besteht ein besonderes Problem darin, daß mangels entsprechender internationaler Abkommen die Zustellung von Bescheiden an Personen in einem anderen Staat nicht zulässig ist. Eine im Rahmen des Europarates eingesetzte Arbeitsgruppe hat nun das gegenständliche Übereinkommen über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland ausgearbeitet, durch das eine Lücke in der wechselseitigen Amtshilfe zwischen den Staaten beseitigt werden soll.

Der Verfassungsausschuß hat den vorliegenden Staatsvertrag am 11. Dezember 1981 in Verhandlung gezogen und nach Wortmeldungen des Abgeordneten Dr. Ermacora sowie des Staatssekretärs Dr. Löschnak einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Genehmigung des Abschlusses dieses Staatsvertrages zu empfehlen.

Die Erlassung von Gesetzen im Sinne des Art. 50 Abs. 2 B-VG hält der Verfassungsausschuß im vorliegenden Fall für entbehrlich.

Der Verfassungsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Der Abschluß des Europäischen Übereinkommens über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland samt

Anlage und Erklärung der Republik Österreich (816 der Beilagen) wird genehmigt.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Verhandlungen einzuleiten.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, dem Abschluß des gegenständlichen Staatsvertrages samt Anlage und Erklärung der Republik Österreich in 816 der Beilagen die Genehmigung zu erteilen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Selbständigen Anträge 148/A bis 152/A eingebracht worden sind. Ferner sind die Anfragen 1657/J bis 1664/J eingelangt.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für heute um 16 Uhr 20 Minuten mit folgender Tagesordnung ein:

Bericht des Verfassungsausschusses betreffend den Bericht der Bundesregierung (III-117 der Beilagen) über die Vorbereitungen zur Ratifikation des Europäischen Niederlassungsabkommens vom 13. Dezember 1955 (957 der Beilagen).

In dieser Sitzung findet keine Fragestunde statt.

Die jetzige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 16 Uhr 20 Minuten